J. W. Stalin

Werke

7

1925

HERAUSGEGEBEN
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEE
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DER SOWJETUNION (BOLSCHEWIKI)

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZETRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

DIETZ VERLAG BERLIN
1952

INHALT

VORWORT

Der 7. Band der Werke J. W. Stalins enthält die Schriften, die im Laufe des Jahres 1925 geschrieben worden sind.

In dieser Periode vollendeten die Arbeiterklasse und die Bauernschaft unter Führung der bolschewistischen Partei die Wiederherstellung der Volkswirtschaft. Das Land der Sowjets trat in die Periode der sozialistischen Industrialisierung ein, in deren Zeichen der XIV. Parteitag der bolschewistischen Partei stand. Die Frage des Charakters, der Perspektiven der Entwicklung unseres Landes, des Schicksals des Sozialismus in der Sowjetunion erhob sich in dieser Zeit vor der Partei bereits als Frage der Praxis.

In den Schriften „Zu den Ergebnissen der Arbeiten der XIV. Konferenz der KPR(B)", „Fragen und Antworten", „Der Oktober, Lenin und die Perspektiven unserer Entwicklung", „Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XIV. Parteitag der KPdSU(B)" und anderen begründet J. W. Stalin allseitig die auf den Sieg des Sozialismus in der UdSSR unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung gerichtete Generallinie der bolschewistischen Partei und entlarvt die Kapitulantenlinie der Trotzkisten und Sinowjewleute - der Restauratoren des Kapitalismus.

Die Fragen der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, der Erziehung und Heranziehung der werktätigen Massen und der Jugend zur aktiven Teilnahme am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft werden in folgenden Arbeiten behandelt: „Über ‚Dymowka'", „Zur Frage des Proletariats und der Bauernschaft", „Über das Aktiv des Kommunistischen Jugendverbands auf dem Lande", „Über die Aufgaben des Kommunistischen Jugendverbands", „An die erste Unionskonferenz der proletarischen Studentenschaft", „Über die politischen Aufgaben der Universität der Völker des Ostens" sowie in der Unterredung mit Teilnehmern einer Beratung der Agitpropabteilungen am 14. Oktober 1925 und in anderen Arbeiten.

Im 7. Band haben Artikel und Reden Aufnahme gefunden, die der Lage in den kommunistischen Parteien des Auslands und ihren Aufgaben unter den Bedingungen der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus gewidmet sind: „Zur internationalen Lage und zu den Aufgaben der kommunistischen Parteien", „Über die tschechoslowakische Kommunistische Partei", „Zur nationalen Frage in Jugoslawien", „Über die Perspektiven der KPD und über die Bolschewisierung", „Brief an Genossen Me-rt".

Zum erstenmal werden veröffentlicht: die Rede auf der Plenartagung des ZK der KPR(B) am 19. Januar 1925, die Unterredung mit Teilnehmern einer Beratung der Agitpropabteilungen am 14.Oktober 1925, der Brief an die Mitglieder der Redaktion der „Komsomolskaja Prawda" und die Briefe an die Genossen D-ow, Me-rt und Jermakowski.

Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU(B)

1925

ARBEITERINNEN UND BÄUERINNEN, GEDENKT DES VERMÄCHTNISSES ILJITSCHS UND ERFÜLLT ES!

Als der große Führer und Lehrer der Werktätigen, unser Lenin, vor einem Jahr von uns schied, hinterließ er uns ein Vermächtnis, wies er uns den Weg, den wir gehen müssen, um den endgültigen Sieg des Kommunismus zu erringen. Erfüllt das Vermächtnis Iljitschs, Arbeiterinnen und Bäuerinnen! Erzieht eure Kinder im Geiste dieses Vermächtnisses!

Genosse Lenin hinterließ uns das Vermächtnis, mit allen Kräften das Bündnis der Arbeiter und Bauern zu stärken. Festigt dieses Bündnis, Arbeiterinnen und Bäuerinnen!

Genosse Lenin lehrte die Werktätigen, die Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die Bourgeoisie, die innere und die auswärtige, zu unterstützen. Gedenkt dieses Vermächtnisses, Arbeiterinnen und Bäuerinnen! Unterstützt die Macht der Arbeiterklasse, die ein neues Leben aufbaut!

Genosse Lenin lehrte uns, das Banner der Kommunistischen Partei, der Führerin aller Unterdrückten, hochzuhalten. Schließt euch um diese Partei zusammen, Arbeiterinnen und Bäuerinnen - sie ist eure Partei!

Am Jahrestag von Iljitschs Tod lässt die Partei den Ruf erschallen: Freie Bahn der Arbeiterin und der Bäuerin, die zusammen mit der Partei ein neues Leben aufbauen.

J. Stalin

Geschrieben am 5. Januar 1925.
Veröffentlicht in der Zeitschrift
„Rabotniza” (Die Arbeiterin) Nr. 1,
Januar 1925.

AN DEN LEHRERKONGRESS[1]

Die Phalanx der Volksschullehrer bildet einen der notwendigsten Bestandteile der großen Armee der Werktätigen unseres Landes, die auf der Grundlage des Sozialismus ein neues Leben aufbauen.

Der Weg, den die Arbeiterklasse geht, um zum Sozialismus zu gelangen, kann nur dann zum Siege führen, wenn im gleichen Schritt mit der Arbeiterklasse die Millionenmassen der werktätigen Bauernschaft diesen Weg gehen, wenn die Arbeiterklasse unablässig die Führung der werktätigen Massen verwirklicht.

Der Dorfschullehrer muss wissen, dass es ohne eine solche Führung keine Diktatur des Proletariats geben und dass ohne diese Diktatur unser Land nicht frei und unabhängig sein kann.

Zu einem der Bindeglieder zu werden, die die Bauernmassen mit der Arbeiterklasse verbinden - das ist die Hauptaufgabe des Dorfschullehrers, wenn er der Sache seines Volkes, der Sache seiner Freiheit und Unabhängigkeit wirklich dienen will.

J. Stalin
6. Januar 1925.

„Utschitelskaja Gaseta”
(Die Lehrerzeitung) Nr. 2,
10.Januar 1925.

ÜBER DIE AUFGABEN DER ZEITSCHRIFT „KRASNAJA MOLODJOSH“[2]

In einer Unterredung mit Redaktionsmitgliedern erklärte Genosse Stalin, auf die Aufgaben der Zeitschrift eingehend, folgendes:

Die Zeitschrift muss es sich zur Hauptaufgabe machen, die proletarische parteilose Studentenschaft zur Arbeit der Sowjetmacht und der Kommunistischen Partei heranzuziehen. Das wird die Zeitschrift nur dann erreichen, wenn sie tatsächlich zu einer wirklichen sowjetischen Studentenzeitschrift wird. Die Arbeit an den Hochschulen, in den Organen des Volkskommissariats für Volksbildung usw. weist natürlich noch eine Reihe von Mängeln auf. Die Studentenschaft, die diese Mängel besser als irgend jemand anders kennt, muss sie systematisch aufdecken, kritisieren, auf sie hinweisen, damit wir unsere Arbeit mit vereinten Kräften verbessern können. Daher ist es notwendig, die Besten aus der parteilosen proletarischen Studentenschaft weitgehend zur Mitarbeit an der Zeitschrift heranzuziehen. Die Studentenschaft muss fühlen, dass dies ihre Zeitschrift ist, die ihr hilft, zu arbeiten und sich zu entwickeln.

Zu den Aufgaben bestimmter Rubriken der Zeitschrift bemerkte Genosse Stalin folgendes:

In den politischen Rubriken der Zeitschrift sollen nur die grundlegenden Fragen der Arbeit der Partei und der Sowjetmacht behandelt werden. Es hat keinen Sinn, hier dasselbe zu bringen, was andere Zeitschriften bringen. Jedes Presseorgan in unserer Union muss seinen bestimmten Platz in der allgemeinen Arbeit haben. Die Rubriken „Studentenleben”, „Literatur”, „Wissenschaft und Technik” müssen weitgehendst entwickelt werden. Das heißt gerade die Rubriken, an denen die Studentenschaft selbst aktiv mitarbeiten und in denen sie hervortreten kann. Auch in der Rubrik „Hochschulreform” ist es notwendig, neben den Lehrern und Professoren die Studentenschaft zur Bearbeitung einzelner Fragen heranzuziehen. Wenn die Zeitschrift die Losung „Näher an die Studentenschaft” verwirklicht, wird sie ihre Aufgabe besser erfüllen und tatsächlich zu einem mit der sowjetischen Studentenschaft eng verbundenen Organ werden.

Zeitschrift „Krasnaja Molodjosh”
(Die Rote Jungend) Nr. 1 (5),
Januar 1925.

REDE AUF DER PLENARTAGUNG DES ZK UND DER ZKK DER KPR(B)[3]

17. Januar 1925

Genossen! Im Auftrag des Sekretariats des ZK habe ich eine notwendige Mitteilung zu machen über Dinge, die die Diskussion betreffen, und über die Resolutionen, die mit der Diskussion zusammenhängen. Leider sind wir gezwungen, die Frage des Auftretens Trotzkis ohne seine Teilnahme zu erörtern, da er, wie man heute mitteilte, infolge Krankheit verhindert ist, auf dem Plenum zu erscheinen.

Sie wissen, Genossen, dass die Diskussion mit dem Auftreten Trotzkis, mit seinen „Lehren des Oktober", begann.

Die Diskussion hat Trotzki begonnen. Die Diskussion wurde der Partei aufgezwungen.

Als Antwort auf das Auftreten Trotzkis erhob die Partei zwei grundsätzliche Beschuldigungen gegen ihn. Die erste - Trotzki versucht, den Leninismus zu revidieren; die zweite - Trotzki versucht, eine grundlegende Änderung der Parteiführung herbeizuführen.

Trotzki hat auf diese Beschuldigungen von seiten der Partei nichts zu seiner Rechtfertigung vorgebracht.

Es ist schwer zu sagen, warum er nichts zu seiner Rechtfertigung vorgebracht hat. Die übliche Erklärung beschränkt sich darauf, dass er erkrankt sei und daher nicht die Möglichkeit gehabt habe, etwas zu seiner Rechtfertigung zu sagen. Aber daran ist die Partei natürlich nicht schuld. Wenn Trotzki nach jeder Attacke gegen die Partei einen Fieberanfall erleidet, so ist hieran die Partei nicht schuld.

Heute erhielt das Zentralkomitee eine Erklärung Trotzkis (Erklärung an das ZK vom 15. Januar), in der es heißt, dass er deshalb nicht Stellung genommen und nichts zu seiner Rechtfertigung vorgebracht habe, weil er die Polemik nicht vertiefen und die Frage nicht zuspitzen wollte. An die Stichhaltigkeit einer solchen Erklärung kann man natürlich glauben oder auch nicht glauben. Ich persönlich glaube nicht daran. Erstens, seit wann sollte Trotzki begriffen haben, dass sein wiederholtes Auftreten gegen die Partei das gegenseitige Verhältnis zuspitzt? Und wann eigentlich sollte Trotzki diese Wahrheit begriffen haben? Es ist doch nicht das erste Mal, dass Trotzki gegen die Partei auftritt, und nicht zum ersten Mal ist er erstaunt oder bedauert er, dass sein Auftreten eine Zuspitzung hervorrief. Zweitens, wenn er wirklich darum besorgt ist, dass sich das gegenseitige Verhältnis in der Partei nicht verschlechtert, warum gab er dann die „Lehren des Oktober" heraus, die gegen den führenden Kern der Partei gerichtet und dazu angetan sind, das gegenseitige Verhältnis zu verschlechtern und zuzuspitzen? Darum bin ich der Meinung, dass diese Erklärungen Trotzkis absolut nicht stichhaltig sind.

Einige Worte zu der Erklärung Trotzkis an das ZK vom 15. Januar, über die ich oben sprach und die an die Mitglieder des ZK und der ZKK verteilt worden ist. Zu beachten und zur Kenntnis zu nehmen ist vor allem die Erklärung Trotzkis, dass er bereit sei, auf Weisung der Partei jeden beliebigen Posten anzunehmen, dass er bereit sei, sich jeder beliebigen Kontrolle zu unterwerfen, insofern es sich um seine zukünftigen Reden und Artikel handelt, und dass er es im Interesse der Sache für absolut notwendig halte, ihn schnellstens vom Posten des Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrats abzuberufen.

Das alles muss man natürlich zur Kenntnis nehmen.

Was das Wesen der Sache betrifft, so sind zwei Punkte zu beachten: bezüglich der „permanenten Revolution" und der Änderung der Parteiführung. Trotzki erklärt, wenn es überhaupt vorgekommen sei, dass er nach dem Oktober gelegentlich zu der Formel der „permanenten Revolution" zurückkehrte, so nur, wenn er sich mit der Parteigeschichte befasst habe, wenn er sich der Vergangenheit zuwandte, nicht aber, wenn er die heutigen politischen Aufgaben klarlegte. Diese Frage ist wichtig, denn sie berührt die Grundlagen der

leninistischen Ideologie. Ich bin der Ansicht, dass man diese Erklärung Trotzkis weder als Klarstellung noch als Rechtfertigung gelten lassen kann. Sie enthält nicht einmal eine Spur der Anerkennung seiner Fehler. Das ist ein Ausweichen vor der Frage. Was bedeutet die Erklärung, dass die Theorie der „permanenten Revolution” etwas sei, was sich auf die Parteigeschichte beziehe? Wie soll man das verstehen? Die Parteigeschichte ist nicht nur ein Hort, sondern auch ein Interpret der Parteidokumente. Da gibt es Dokumente, die seinerzeit Geltung hatten und dann außer Geltung kamen. Da gibt es auch solche Dokumente, die für die Partei maßgebende Bedeutung hatten und auch weiterhin haben. Da gibt es ferner solche Dokumente, die ausschließlich negativen Charakter, negative Bedeutung hatten und mit denen die Partei nicht einverstanden sein kann. Zu welcher Kategorie von Dokumenten rechnet Trotzki seine Theorie der „permanenten Revolution”? Zur Kategorie der positiven oder der negativen? Hierüber hat Trotzki in seiner Erklärung nichts gesagt. Er ist der Frage ausgewichen. Er hat sie umgangen. Daher bleibt die Beschuldigung der Revision des Leninismus bestehen.

Trotzki erklärt weiter, er sei, was die durch den XIII. Parteitag entschiedenen Fragen betrifft, weder im ZK, noch im Rat für Arbeit und Verteidigung, geschweige denn vor dem Lande auch nur ein einziges Mal mit irgendwelchen Vorschlägen aufgetreten, die bereits entschiedene Fragen direkt oder indirekt wieder aufgeworfen hätten. Das ist nicht wahr. Wovon sprach Trotzki vor dem XIII. Parteitag? Von der Untauglichkeit der Kader und der Notwendigkeit einer grundlegenden Änderung der Parteiführung. Wovon spricht er jetzt in den „Lehren des Oktober”? Von der Untauglichkeit des führenden Kerns der Partei und der Notwendigkeit seiner Ablösung. Das ist die Schlussfolgerung aus den „Lehren des Oktober”. Die „Lehren des Oktober” sind herausgegeben worden, um diese Schlussfolgerung zu begründen. Das ist der Zweck der „Lehren des Oktober”. Daher bleibt die Beschuldigung, dass Trotzki eine grundlegende Änderung der Parteiführung herbeizuführen sucht, bestehen.

Insgesamt gesehen, stellt die Erklärung Trotzkis folglich keine Klarstellung im wahren Sinne dieses Wortes dar, sondern eine Sammlung diplomatischer Ausflüchte und eine Wiederaufnahme des alten Streits um Fragen, die von der Partei bereits entschieden sind.

Nicht ein solches Dokument forderte die Partei von Trotzki.

Trotzki hat offensichtlich nicht begriffen, und ich zweifle, dass er jemals begreifen wird, dass die Partei von ihren ehemaligen oder jetzigen Führern nicht diplomatische Ausflüchte, sondern ehrliche Anerkennung ihrer Fehler verlangt. Trotzki hatte offenbar nicht den Mut, seine Fehler offen anzuerkennen. Er hat nicht begriffen, dass in der Partei das Gefühl von Kraft und Würde erstarkt ist, dass die Partei sich als Herr des Hauses fühlt und von uns verlangt, dass wir den Kopf vor ihr zu beugen wissen, wenn die Umstände dies erfordern. Trotzki hat das nicht begriffen.

Wie haben unsere Organisationen auf das Auftreten Trotzkis reagiert? Sie wissen, dass eine ganze Reihe Resolutionen von Ortsorganisationen zu dieser Frage vorliegen. Sie sind in der „Prawda” veröffentlicht worden. Man könnte sie in drei Kategorien einteilen. Die eine Kategorie dieser Resolutionen fordert den Ausschluss Trotzkis aus der Partei. Die andere Kategorie fordert die Entfernung Trotzkis aus dem Revolutionären Kriegsrat und seine Abberufung aus dem Politbüro. Die dritte Kategorie der Resolutionen, zu der auch der letzte Resolutionsentwurf gehört, den heute das ZK von Genossen aus Moskau, Leningrad, dem Ural, der Ukraine zugeschickt erhielt, fordert die Entfernung Trotzkis aus dem Revolutionären Kriegsrat und seine bedingte Belassung im Politbüro.

Das sind die drei Hauptgruppen von Resolutionen zur Frage des Auftretens Trotzkis.

Das Zentralkomitee und die ZKK haben zwischen diesen Resolutionen zu wählen.

Das ist alles, was ich Ihnen über die Angelegenheiten, die die Diskussion betreffen, mitzuteilen hatte.

J. Stalin, Über den Trotzkismus. Moskau 1925.

REDE AUF DER PLENARTAGUNG DES ZK DER KPR(B)

19. Januar 1925

Ich habe das Wort ergriffen, um den Antrag des Genossen Frunse in jeder Weise zu unterstützen. Ich denke, dass wir hier über drei Dinge zu beschließen haben.

Erstens muss der Antrag des Genossen Frunse auf Bewilligung neuer Mittel - 5 Millionen Rubel, insgesamt 405 Millionen - angenommen werden.

Zweitens muss ein Beschluss über die Bestätigung des Genossen Frunse als Vorsitzender des Revolutionären Kriegsrats angenommen werden.

Drittens muss die Partei verpflichtet werden, den neuen Revolutionären Kriegsrat auf jegliche Weise zu unterstützen, indem sie ihm Mitarbeiter zur Verfügung stellt.

Ich muss sagen, im Zusammenhang damit, dass gewisse Erfordernisse unserer Wirtschaftsorgane gewachsen sind, dass die wirtschaftlich-kulturellen Erfordernisse über unsere Möglichkeiten hinauswachsen, hat sich bei uns in letzter Zeit eine gewisse liquidatorische Stimmung in bezug auf die Armee herausgebildet. Es gibt bei uns Genossen, die da sagen, man solle die Armee allmählich, nach und nach, auflösen und sie auf eine Miliz reduzieren. Es handelt sich dabei nicht um das Milizsystem, sondern um eine Friedensarmee, um die Verwandlung der Armee in eine einfache Miliz, die unfähig ist, kriegerischen Verwicklungen gerüstet zu begegnen.

Ich muss auf das kategorischste erklären, dass mit dieser liquidatorischen Stimmung entschieden Schluss gemacht werden muss.

Warum? Weil sich in letzter Zeit die internationale Lage von Grund aus zu ändern beginnt. Es reifen neue Voraussetzungen heran, die uns neue Verwicklungen ankündigen, und wir müssen auf diese vorbereitet sein. Die Frage der Intervention wird erneut aktuell.

Was sind dies für Tatsachen?

Erstens die Verstärkung der kolonialen und überhaupt der Befreiungsbewegung im Osten. Indien, China, Ägypten, der Sudan - das sind wichtige Basen für den Imperialismus. Dort wächst die koloniale Bewegung und wird weiter wachsen. Das muss die herrschenden Schichten der Großmächte zwangsläufig gegen uns, gegen die Sowjets, aufbringen, denn sie wissen, dass der Samen, der auf diesen fruchtbaren Boden im Osten fällt, keimt und aufgehen wird, unbedingt aufgehen wird.

Die zweite Tatsache: In Nordafrika, im Gebiet von Marokko und Tunis, reifen Verwicklungen heran. Im Zusammenhang hiermit geht eine neue Umgruppierung der Kräfte, eine neue Vorbereitung zu neuen kriegerischen Verwicklungen unter den Imperialisten vor sich. Die Tatsache, dass Spanien eine Niederlage in Marokko erlitten hat[4]; dass Frankreich seine Hände nach Marokko ausstreckt; dass England die Stärkung Frankreichs in Marokko nicht dulden wird; dass Italien versucht, sich die neue Lage zunutze zu machen, um die Hände nach Tunis auszustrecken; dass die anderen Staaten das nicht zulassen werden; dass England und Frankreich, miteinander wetteifernd, in jeder Weise bemüht sind, ihren Einfluss auf dem Balkan, in den durch den Zerfall Österreich-Ungarns entstandenen neuen Staaten, zu sichern - - all das erinnert an die uns bekannten Tatsachen aus der Geschichte des vergangenen Krieges, erinnert an die Geschehnisse, die dem vergangenen Krieg vorausgingen. Albanien - hier kann von Zufall[5] keine Rede sein, hier haben wir es mit dein Kampf der Großmächte um die Festigung ihres Einflusses auf diesem kleinen Fleck zu tun. All das zeugt davon, dass im Zusammenhang mit den begonnenen Verwicklungen im Fernen Osten und mit den sich in Nordafrika eröffnenden neuen Perspektiven eine Vorbereitung der Kräfte und ihre Umgruppierung in ganz Europa erfolgt. All das sind Voraussetzungen für einen neuen Krieg. Ein neuer Krieg aber kann unser Land nicht unberührt lassen.

Die dritte Tatsache: Die Verstärkung der revolutionären Stimmung unter den Arbeitern in England. Das ist eine Tatsache von erstrangiger Bedeutung. England ist das Land, das die

Vormachtstellung in Europa innehat. Die beginnende Spaltung zwischen dem Generalrat der Gewerkschaften Englands und der Arbeiterpartei, die Risse, die sich innerhalb der Arbeiterpartei in England zu bilden begonnen haben und die tiefer werden - all das zeugt davon, dass dort etwas Revolutionäres, etwas Neues heranwächst. Das alarmiert die herrschenden Schichten Englands. Das muss sie gegen Sowjetrußland aufbringen, denn die Belebung der Bewegung in England erfolgt unter dem Banner der Freundschaft mit Rußland.
Die vierte Tatsache: Im Zusammenhang mit jenen Voraussetzungen, über die ich sprach, im Zusammenhang damit, dass die Voraussetzungen für einen Krieg heranreifen und der Krieg, natürlich nicht morgen oder übermorgen, wohl aber in einigen Jahren, unvermeidlich werden kann, im Zusammenhang damit, dass der Krieg die innere, die revolutionäre Krise sowohl im Osten als auch im Westen verschärfen muss - im Zusammenhang damit stehen wir zwangsläufig vor der Aufgabe, auf alles vorbereitet zu sein. Ich bin der Meinung, dass die Kräfte der revolutionären Bewegung im Westen groß sind; sie wachsen und werden wachsen, es kann dazu kommen, dass sie manchenorts die Bourgeoisie zu Boden werfen. Das stimmt. Aber sich zu behaupten, wird für sie sehr schwierig sein. Hiervon zeugen klar die Beispiele der Randstaaten, zum Beispiel Estlands und Lettlands. Bei Verwicklungen in den uns umgebenden Ländern wird sich vor uns unbedingt die Frage unserer Armee, ihrer Macht, ihrer Bereitschaft als lebenswichtige Frage erheben.
Das bedeutet nicht, dass wir bei einer solchen Situation unbedingt aktiv gegen irgendjemand auftreten müssen. Dem ist nicht so. Wenn irgendjemand solche Gedanken bei sich aufkommen lässt, so ist das falsch. Unser Banner bleibt nach wie vor das Banner des Friedens. Sollte aber der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können - wir werden auftreten müssen, aber wir werden als letzte auftreten. Und wir werden auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte.
Die Schlussfolgerung hieraus ist: Wir müssen auf alles vorbereitet sein, wir müssen unsere Armee vorbereiten, sie mit Kleidung und Schuhwerk versehen, sie ausbilden, die technische Ausrüstung verbessern, die Chemie, das Flugwesen verbessern und überhaupt unsere Rote Armee auf die gebührende Höhe bringen. Das fordert von uns die internationale Lage.
Darum meine ich, dass wir entschieden und unwiderruflich den Forderungen der Militärbehörde entgegenkommen müssen.

Zum ersten Mal veröffentlicht.

AN DIE „RABOTSCHAJA GASETA"[6]

Gedenkt Iljitschs, liebt, studiert Iljitsch, unseren Lehrer, unseren Führer.
Kämpft und siegt über die inneren und auswärtigen Feinde - nach Iljitschs Vorbild.
Baut das neue Leben, die neue Lebensweise, die neue Kultur auf - nach Iljitschs Vorbild.
Lehnt niemals die Kleinarbeit ab, denn aus dem Kleinen entsteht das Große darin besteht eins der wichtigsten Vermächtnisse Lenins.

J. Stalin

„Rabotschaja gaseta"
(Die Arbeiterzeitung) Nr. 17,
21. Januar 1925.

BRIEF AN GENOSSEN D-OW

Genosse D-ow!

Ich antworte mit Verspätung: aus Zeitmangel konnte ich nicht rechtzeitig antworten.

1. Ich glaube, dass Sie den Artikel[7] schlecht gelesen haben, sonst hätten Sie dort unbedingt das Zitat aus Iljitschs Artikel finden müssen, das vom „Siege des Sozialismus in einem Lande” spricht.

2. Wenn Sie den Artikel aufmerksam durchlesen, so werden Sie wahrscheinlich begreifen, dass es sich nicht um den vollständigen Sieg des Sozialismus, sondern um den Sieg des Sozialismus überhaupt handelt, das heißt darum, die Gutsbesitzer und Kapitalisten zu verjagen, die Macht zu ergreifen, die Attacken des Imperialismus abzuschlagen und den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft zu beginnen. All dies kann dem Proletariat in einem Lande durchaus gelingen, eine vollständige Garantie gegen die Restauration kann jedoch nur das Ergebnis „gemeinsamer Anstrengungen der Proletarier mehrerer Länder” sein.

Es wäre töricht gewesen, die Oktoberrevolution in Rußland zu beginnen, wenn man überzeugt gewesen wäre, dass sich das siegreiche Proletariat Rußlands bei offenkundiger Sympathie von seiten der Proletarier der anderen Länder, aber ohne den Sieg in mehreren Ländern, „einem konservativen Europa gegenüber nicht behaupten kann”. Das ist kein Marxismus, sondern ganz gewöhnlicher Opportunismus, Trotzkismus, alles, was Sie nur wollen. Wenn die Theorie Trotzkis richtig wäre, so hätte Iljitsch unrecht gehabt, als er behauptete, dass wir das Rußland der NÖP in ein sozialistisches Rußland verwandeln werden, dass wir „alles haben, was notwendig ist, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten” (siehe „Über das Genossenschaftswesen”[8]).

3. Sie haben anscheinend nicht beachtet, dass der veröffentlichte Artikel ein Teil des „Vorworts” ist. Wenn Sie dies beachtet hätten, so hätten Sie - glaube ich - verstanden, dass man das „Vorwort” als Ganzes nehmen muss.

4. Das Gefährlichste in unserer politischen Praxis ist, wenn man das siegreiche proletarische Land als etwas Passives zu betrachten sucht, das, solange nicht die siegreichen Proletarier anderer Länder zu Hilfe kommen, zu nichts weiter fähig ist, als auf der Stelle zu treten. Nehmen wir an, dass es in den nächsten fünf bis zehn Jahren Sowjetordnung in Rußland im Westen noch nicht zur Revolution kommt; nehmen wir an, dass unsere Republik während dieser Periode ihre Existenz trotzdem behauptet als Sowjetrepublik, die unter den Verhältnissen der NÖP die sozialistische Wirtschaft aufbaut (Zu dieser zweiten Annahme bin ich voll und ganz berechtigt, da die Kräfte unserer Republik wachsen und wachsen werden und die Unterstützung von seiten der westlichen Genossen zunimmt und zunehmen wird.) - glauben Sie, dass sich unser Land während dieser fünf bis zehn Jahre damit beschäftigen wird, Wasser ins Meer zu tragen, und nicht damit, die sozialistische Wirtschaft zu organisieren? Man braucht diese Frage nur zu stellen, um zu begreifen, wie gefährlich die Theorie der Leugnung des Sieges des Sozialismus in einem Lande ist.

Bedeutet das aber, dass dieser Sieg vollständig, dass er endgültig sein wird? Nein, das bedeutet es nicht (siehe mein „Vorwort`"), da, solange die kapitalistische Umkreisung besteht, die Gefahr einer militärischen Intervention ständig vorhanden sein wird. Dass dies aber trotzdem ein Sieg des Sozialismus, nicht aber eine Niederlage ist, sieht ein jeder. Und dass dieser Sieg zugleich eine Voraussetzung für den Sieg der Revolution in anderen Ländern ist - daran zu zweifeln gibt es wohl kaum einen Grund.

Ich sehe, dass einige Genossen sich noch nicht von der alten sozialdemokratischen Theorie losgesagt haben, die besagt, dass in Ländern, die kapitalistisch weniger entwickelt sind als, sagen wir, England oder Amerika, für die proletarische Revolution kein Boden vorhanden sei.

5. Ich rate Ihnen, einige Artikel von Iljitsch in dem Sammelband „Gegen den Strom”[9], seine Schriften „Die proletarische Revolution”[10] und „Die Kinderkrankheit”[11] sowie seinen Artikel „Über das Genossenschaftswesen” nochmals zu lesen.

Mit kommunistischem Gruß

J. Stalin

25. Januar 1925.

Zum erstenmal veröffentlicht.

ÜBER „DYMOWKA”

Rede in der Sitzung des Orgbüros des ZK der KPR(B)[12]
26. Januar 1925

Vor allem die Frage Sosnowski, obgleich sie nicht die zentrale Frage ist. Man beschuldigt ihn, er habe irgendwo in der Presse behauptet, der gesamte Sowjetapparat, sogar das System - sei verfault. Ich habe diese Behauptungen nicht gelesen, und niemand hat angegeben, wo Sosnowski dies geschrieben hat. Wenn er irgendwo erklärt hätte, dass das Sowjetsystem verfault sei, so wäre er ein Konterrevolutionär.

Hier habe ich sein Buch. Darin heißt es: „Da ich das ukrainische Dorf nicht gut genug kenne, wage ich nicht zu beurteilen, inwieweit Dymowka für alle ukrainischen Dörfer typisch ist. Mögen hierüber bessere Kenner der Sowjetukraine urteilen. Ich erlaube mir jedoch zu behaupten, dass Dymowka keineswegs eine Ausnahme ist. Aus der örtlichen Presse, aus Gesprächen mit Funktionären, aus Begegnungen mit Bauern, aus einigen mir unter die Hände gekommenen Dokumenten habe ich entnommen, dass ‚Dymowka'-Elemente auch in anderen Dörfern zu finden sind.”

Das ist sehr gelinde gesagt, und hier ist keine Rede von irgendeiner Zersetzung des Sowjetsystems oder des Sowjetapparats im Ganzen. Daher sind die von der Kommission oder von einzelnen Genossen erhobenen Beschuldigungen gegen Sosnowski unrichtig. Ob diese Beschuldigungen von einem Gouvernementskomitee, einem Kreiskomitee, einer Kommission oder von einzelnen Personen erhoben werden, ist einerlei, sie sind durch nichts bestätigt, es gibt dafür keine Unterlagen.

Im Gegenteil, ich möchte hervorheben, dass Sosnowski sich hierbei ein Verdienst erworben hat. Davon hat niemand etwas gesagt. Das Verdienst der „Prawda”, das Verdienst Sosnowskis, das Verdienst Demjan Bjednys, dass sie nämlich genügend Mut hatten, ein Stück lebendigen Lebens herauszugreifen und dem ganzen Land zu zeigen - dieses Verdienst muss man unbedingt hervorheben. Hiervon muss man sprechen, nicht aber davon, dass sie den Bogen überspannt hätten.

Man sagt, Sosnowski habe den Bogen überspannt. Aber in solchen Fällen, wenn allgemein die Tendenz besteht, alles von der offiziellen Seite zu betrachten, derweilen die Eiterbeulen weiter irgendwo verborgen bleiben und die ganze Arbeit verderben, in solchen Fällen ist es angebracht, den Bogen zu überspannen. Unbedingt ist das angebracht. Das ist unvermeidlich. Das kann nur ein Plus ergeben. Natürlich wird man damit diesen oder jenen vor den Kopf stoßen, die Sache aber gewinnt dabei. Ohne aber einzelne Personen etwas vor den Kopf zu stoßen, kann man keine Abhilfe schaffen.

Die Grundfrage in dieser Angelegenheit besteht meiner Meinung nach nicht darin, dass ein Dorfkorrespondent ermordet wurde, und nicht einmal darin, dass es bei uns ein Dymowka gibt - all das ist sehr schlecht, aber nicht darin liegt das Wesen der Sache. Das Wesen der Sache liegt darin, dass unsere Funktionäre da und dort im Dorf, im Amtsbezirk, im Rayon, im Kreis nur nach Moskau schauen, dass sie nicht willens sind, sich der Bauernschaft zuzuwenden, und nicht begreifen, dass es nicht genügt, sich mit Moskau gut zu stehen, sondern dass man sich auch mit der Bauernsthaft gut stehen muss. Darin besteht der grundlegende Fehler, die Hauptgefahr bei unserer Arbeit auf dem Lande.

Viele Funktionäre sagen, bei uns im Zentrum sei es Mode geworden, neue Reden über das Dorf zu schwingen, dies sei eine Diplomatie für die Außenwelt, wir hätten gar nicht den ernsten und festen Willen, unsere Politik im Dorf zu verbessern. Das gerade halte ich für das Gefährlichste. Wenn unsere Genossen draußen im Lande nicht glauben wollen, dass wir allen Ernstes darangegangen sind, unseren Funktionären eine neue Einstellung zum Dorf, zur Bauernschaft anzuerziehen, wenn sie das nicht begreifen, wenn sie daran nicht glauben wollen - so ist das eine sehr ernste Gefahr. Einen Umschwung in dieser Stimmung unserer

örtlichen Funktionäre erzielen, den Kurs entschieden ändern, damit unsere Politik gegenüber dem Dorf als etwas Ernsthaftes, absolut Notwendiges angesehen wird - das ist es, was wir jetzt tun müssen.

Wir haben drei Verbündete: das internationale Proletariat, das sich mit der Revolution nicht beeilt; die Kolonien, die sehr langsam in Bewegung kommen, und die Bauernschaft. Über den vierten Verbündeten, das heißt über die Konflikte im Lager unserer Feinde, spreche ich jetzt nicht. Wann die internationale Revolution in Bewegung kommen wird, ist schwer zu sagen, aber wenn sie in Bewegung kommt, wird dies von entscheidender Bedeutung sein. Wann die Kolonien in Bewegung kommen, ist gleichfalls schwer zu sagen, das ist eine sehr ernste und schwierige Frage, über die sich nichts Genaues sagen lässt. Mit der Bauernschaft aber arbeiten wir jetzt zusammen - das ist unser dritter Verbündeter, und zwar ein Verbündeter, der uns schon jetzt direkte Hilfe leistet, der uns die Armee stellt, Brot liefert usw. Mit diesem Verbündeten, das heißt mit der Bauernschaft, arbeiten wir zusammen, gemeinsam mit ihr bauen wir den Sozialismus auf; ob gut oder schlecht, aber wir bauen ihn auf, und wir müssen diesen Verbündeten gerade jetzt, besonders jetzt, zu schätzen wissen.

Darum rücken wir jetzt die Frage der Bauernschaft in den Vordergrund unserer Arbeit.

Es muss gesagt werden, dass der jetzige Kurs unserer Politik ein neuer Kurs ist, der eine neue Linie unserer Politik in bezug auf das Dorf beim Aufbau des Sozialismus bedeutet. Das wollen die Genossen nicht begreifen. Wenn sie dies - und das ist das Wesentliche - nicht begreifen, dann wird uns keine Arbeit gelingen, dann wird es bei uns keinen sozialistischen Aufbau geben. Und insofern unsere Genossen, dies Wesentliche vergessend, von ihren sozusagen behördlichen Erwägungen hingerissen sind, Erwägungen solcherart, dass man Moskau alles „im besten Licht” zeigen müsse, dass bei uns alles aufs beste bestellt sei, dass man die Eiterbeulen verdecken müsse, dass Kritik nicht notwendig sei, da sie die örtlichen Machtorgane, die örtlichen Funktionäre diskreditiere - insofern solche Auffassungen vorhanden sind, sehe ich hierin die Quelle einer äußerst ernsten Gefahr. Hiermit muss man Schluss machen und den Genossen sagen, dass man sich nicht scheuen darf, ein Stück lebendigen Lebens ans Tageslicht zu ziehen, so unangenehm es auch sein mag. Wir müssen bei unseren Genossen eine Umstellung erzielen in dem Sinne, dass sie nicht nur nach Moskau schauen, sondern es lernen, das Gesicht der Bauernschaft zuzuwenden, für die sie ja arbeiten, dass sie die Eiterbeulen nicht verdecken, sondern im Gegenteil uns helfen, unsere Fehler aufzudecken, sie zu überwinden und die Arbeit auf dem Wege voranzutreiben, der jetzt durch die Partei vorgezeichnet ist.

Eins von beiden (ich habe schon wiederholt davon gesprochen): Entweder wir werden gemeinsam mit der parteilosen Bauernschaft, gemeinsam mit unseren Sowjet- und Parteifunktionären in den einzelnen Orten uns selbst kritisieren, um unsere Arbeit zu verbessern, oder die Unzufriedenheit der Bauern wird sich ansammeln und in Form von Aufständen hervorbrechen. Bedenken Sie, dass auf Grund der neuen Bedingungen, unter den Verhältnissen der NÖP, ein neues Tambow oder ein neues Kronstadt[13] keineswegs ausgeschlossen sind. Eine große Warnung war der transkaukasische, georgische Aufstand[14]. Solche Aufstände sind auch in Zukunft möglich, wenn wir nicht lernen werden, unsere Eiterbeulen aufzudecken und auszumerzen, wenn wir nur darauf bedacht sein werden, nach außen hin den Anschein zu erwecken, als ob alles aufs beste bestellt sei.

Darum glaube ich, dass man hier nicht von Mängeln und nicht von Übertreibungen einzelner Schriftsteller, die die Unzulänglichkeiten in unserer Arbeit aufdecken, sprechen soll, sondern von ihren Verdiensten.

Hier muss ich zur Frage unserer Schriftsteller, unserer Korrespondenten übergehen. Ich glaube, dass wir an eine Periode herangekommen sind, in der die Arbeiter- und Dorfkorrespondenten zu einem der wichtigsten Hebel zur Verbesserung unserer Aufbauarbeit im Dorf, zur Aufdeckung unserer Mängel und folglich zu ihrer Beseitigung und zur Verbesserung der Sowjetarbeit werden können. Wir sind uns dessen vielleicht nicht alle

bewusst, aber für mich ist klar, dass die Verbesserung unserer Arbeit gerade von dieser Seite her begonnen werden muss. Diese in ihrer Mehrheit für Eindrücke empfänglichen, von Wahrheitsliebe durchglühten Menschen, die bestrebt sind, Missstände aufzudecken, die bestrebt sind, unsere Mängel um jeden Preis zu beseitigen, Menschen, die keine Kugel fürchten - diese Menschen müssen meiner Meinung nach einen der wichtigsten Hebel bei der Aufdeckung unserer Mängel und der Verbesserung unserer örtlichen Partei- und Sowjetaufbauarbeit bilden.
Daher muss man auf die Stimme dieser Genossen hören, darf man die Mitarbeiter unserer Presse nicht schmähen. Durch sie könnten wir, wie durch eine Art Barometer, das die Mängel unserer Aufbauarbeit unmittelbar anzeigt, sehr vieles an den Tag bringen und berichtigen.
Was die ZKK anbetrifft, so denke ich, dass die ZKK eine im Allgemeinen richtige Resolution angenommen hat - vielleicht wäre es angebracht, einiges zu verbessern, neu zu redigieren.
In der Presse müssen die Geschehnisse von Dymowka so dargelegt werden, dass unsere Genossen verstehen, woher dies alles kommt. Es handelt sich nicht darum, dass ein Dorfkorrespondent ermordet wurde, und noch viel weniger darum, den Sekretär eines Kreiskomitees oder Gouvernementskomitees nicht vor den Kopf zu stoßen, sondern darum, die Verbesserung unserer sozialistischen Aufbauarbeit im Dorf in Schwung zu bringen. Das ist das Wesentliche. Darum handelt es sich.

J. Stalin, Die Bauernfrage.
Moskau/Leningrad 1925.

ZUR FRAGE DES PROLETARIATS UND DER BAUERNSCHAFT

Rede auf der XIII. Gouvernementskonferenz der Moskauer Organisation der KPR(B)[15]

27. Januar 1925

Genossen! Ich wollte einige Worte über die Grundlagen der Politik sagen, die die Partei gegenwärtig gegenüber der Bauernschaft verfolgt. Über die besonders große Bedeutung, die heute der Frage der Bauernschaft zukommt, besteht kein Zweifel. Viele gehen sogar so weit, dass sie sagen, eine neue Ära, die Ära der Bauernschaft, sei angebrochen. Andere begannen die Losung „Das Gesicht dem Dorfe zu" so aufzufassen, als ob sie besage, man solle der Stadt den Rücken kehren. Wiederum andere verstiegen sich so weit, dass sie sogar von einer politischen NOP sprechen. Das ist natürlich Unsinn. Das ist natürlich alles Übertreibung. Wenn man aber von diesen Übertreibungen absieht, so bleibt eins bestehen, nämlich, dass die Frage der Bauernschaft gegenwärtig, gerade jetzt, besonders große Bedeutung gewinnt.

Warum? Wie kommt das?

Dafür gibt es zwei Gründe. Ich spreche nur von den wichtigsten Gründen.

Der erste Grund, weshalb die Bauernfrage bei uns gegenwärtig besonders große Bedeutung gewonnen hat, besteht darin, dass von den Verbündeten der Sowjetmacht, von allen Hauptverbündeten, die das Proletariat hat - und solcher gibt es meiner Ansicht nach vier -, die Bauernschaft der einzige Verbündete ist, der unserer Revolution schon jetzt direkte Hilfe leisten kann. Es handelt sich um direkte Hilfe, gerade jetzt, im gegenwärtigen Augenblick. Alle übrigen Verbündeten sind, obwohl ihnen eine große Zukunft bevorsteht und sie eine gewaltige Reserve unserer Revolution darstellen, heute dennoch leider nicht imstande, unserer Macht, unserem Staate direkte Hilfe zu leisten.

Was sind das für Verbündete?

Der erste Verbündete, unser Hauptverbündeter, ist das Proletariat der entwickelten Länder. Das fortgeschrittene Proletariat, das Proletariat des Westens, ist eine gewaltige Kraft, und es ist der zuverlässigste, der wichtigste Verbündete unserer Revolution und unserer Macht. Aber leider liegen die Dinge so, leider befindet sich die revolutionäre Bewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern in einem solchen Zustand, dass das Proletariat des Westens heute nicht imstande ist, uns direkte und entscheidende Hilfe zu leisten. Wir haben seine indirekte, seine moralische Unterstützung, deren Wert wir gar nicht hoch genug schätzen können, die unschätzbar ist - so bedeutsam ist sie, diese Hilfe. Aber dennoch ist das nicht jene direkte und unmittelbare Hilfe, deren wir jetzt bedürfen.

Der zweite Verbündete - das sind die Kolonien, die unterdrückten Völker in den wenig entwickelten Ländern, die von den höher entwickelten Ländern unterdrückt werden. Das, Genossen, ist eine gewaltige Reserve unserer Revolution. Sie kommt aber zu langsam in Bewegung. Sie wird uns zu Hilfe kommen, wird uns direkte Hilfe leisten, aber augenscheinlich nicht bald. Und eben darum ist sie nicht imstande, uns schon jetzt bei unserem sozialistischen Aufbau, bei der Festigung der Macht, beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft direkte Hilfe zu leisten.

Der dritte Verbündete, den wir haben, ist nicht greifbar, ist unpersönlich, aber in höchstem Grade wichtig. Das sind die Konflikte und Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern, die zwar mit Händen nicht greifbar sind, die aber zweifellos eine gewaltige Unterstützung für unsere Macht und unsere Revolution bedeuten. Das mag seltsam erscheinen, aber es ist eine Tatsache, Genossen. Wenn die beiden Hauptkoalitionen der kapitalistischen Länder während des imperialistischen Krieges im Jahre 1917 nicht gegeneinander einen Kampf auf Leben und Tod geführt, wenn sie einander nicht an der Kehle gepackt hätten, nicht

gegenseitig in Anspruch genommen gewesen wären, so dass sie keine Zeit hatten, sich mit dem Kampf gegen die Sowjetmacht zu befassen, so hätte sich die Sowjetmacht damals wohl kaum behaupten können. Der Kampf, die Konflikte und Kriege zwischen unseren Feinden, das ist, wie gesagt, ein für uns überaus mächtiger Verbündeter. Wie ist es um diesen Verbündeten bestellt? Es ist so bestellt, dass sich das Weltkapital nach dem Kriege, nachdem es einige Krisen überstanden hatte, zu erholen begann. Das muss man zugeben. Die wichtigsten Siegerländer, England und Amerika, haben jetzt eine solche Kraft erlangt, dass sie die materiellen Möglichkeiten haben, die Sache des Kapitals nicht nur im eigenen Lande mehr oder minder erträglich zu gestalten, sondern auch Frankreich, Deutschland und anderen kapitalistischen Ländern neues Blut einzuflößen. Das ist die eine Seite der Sache. Und diese Seite der Sache führt dazu, dass sich die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern vorläufig nicht in jenem gesteigerten Tempo entwickeln, wie das unmittelbar nach dem Kriege der Fall war. Das ist ein Plus für das Kapital und ein Minus für uns. Dieser Prozess hat jedoch auch eine andere Seite, eine Kehrseite. Die Kehrseite besteht aber darin, dass sich trotz aller relativen Stabilität, die das Kapital vorläufig noch zu erlangen vermochte, die Widersprüche am anderen Ende der gegenseitigen Beziehungen, die Widersprüche zwischen den fortgeschrittenen Ausbeuterländern und den rückständigen, ausgebeuteten Ländern, den Kolonien und abhängigen Ländern, immer mehr zu verschärfen und zu vertiefen beginnen und die „Arbeit” des Kapitals von einer neuen, „unerwarteten” Seite her zu vereiteln drohen. Die Krise in Ägypten und im Sudan - darüber haben Sie in den Zeitungen wohl gelesen -, sodann eine ganze Reihe von Widerspruchsknoten in China, die die heutigen „Verbündeten” verfeinden und die Macht des Kapitals untergraben können, eine neue Reihe von Widerspruchsknoten in Nordafrika, wo Spanien Marokko verliert, nach dem Frankreich seine Hand ausstreckt, das es aber nicht in seinen Besitz wird bringen können, weil England eine Kontrolle Frankreichs über Gibraltar nicht zulassen wird - all dies sind Tatsachen, die in vielem an die Vorkriegsperiode er-innern und die für die „Aufbauarbeit” des internationalen Kapitals eine Gefahr heraufbeschwören müssen.

Das sind die Plus- und die Minusposten in der Gesamtbilanz der Entwicklung der Widersprüche. Da aber die Plusposten für das Kapital auf diesem Gebiet vorerst noch die Minusposten überwiegen und da kriegerische Zusammenstöße zwischen den Kapitalisten von heute auf morgen nicht zu erwarten sind, so ist es klar, dass es um unsern dritten Verbündeten immer noch nicht so bestellt ist, wie wir es wünschten.

Es bleibt der vierte Verbündete, die Bauernschaft. Sie lebt an unserer Seite, wir bauen gemeinsam mit ihr - ob gut oder schlecht, aber gemeinsam mit ihr - das neue Leben auf. Dieser Verbündete, Sie wissen es ja selbst, ist nicht gerade fest, die Bauernschaft ist kein so zuverlässiger Verbündeter wie das Proletariat der kapitalistisch entwickelten Länder. Aber dennoch ist sie ein Verbündeter, und von allen Verbündeten, die wir haben, ist sie der einzige, der uns schon jetzt direkte Hilfe leistet und leisten kann und dafür unsere Hilfe erhält.

Darum gewinnt die Frage der Bauernschaft gerade heute, da sich die Entwicklung der revolutionären und aller anderen Krisen ein wenig verlangsamt hat, eine besonders große Bedeutung.

Das ist der erste Grund, weshalb die Bauernfrage besonders große Bedeutung hat.

Der zweite Grund, weshalb wir gegenwärtig die Frage der Bauernschaft in den Mittelpunkt unserer Politik stellen, besteht darin, dass unsere Industrie, die die Grundlage des Sozialismus und die Grundlage unserer Macht bildet, dass diese Industrie sich auf den inneren, auf den bäuerlichen Markt stützt. Ich weiß nicht, wie die Dinge liegen werden, wenn sich unsere Industrie mit voller Macht entwickeln wird, wenn wir die Bedürfnisse des inneren Marktes werden befriedigen können und vor der Frage der Eroberung des ausländischen Marktes stehen werden. Und vor dieser Frage werden wir eines Tages stehen - dessen können Sie gewiss sein. Wir werden in der Zukunft wohl kaum darauf rechnen dürfen, dass wir dem Kapital, das erfahrener ist als wir, ausländische Märkte im Westen wegnehmen können. Was

aber die Märkte im Osten anbelangt, zu dem wir keineswegs in schlechten Beziehungen stehen - und diese Beziehungen werden sich noch verbessern -, so werden wir hier günstigere Bedingungen haben. Ohne Zweifel werden Textilien, Verteidigungsmittel, Maschinen usw. jene Haupterzeugnisse darstellen, mit denen wir den Osten versorgen und in Konkurrenz mit den Kapitalisten treten werden. Das betrifft aber die Zukunft unserer Industrie. Was die Gegenwart betrifft, da wir noch nicht einmal ein Drittel der Möglichkeiten unseres bäuerlichen Marktes ausgeschöpft haben, so besteht jetzt, gegenwärtig, unser Hauptproblem in der Frage des inneren Marktes, und vor allem des bäuerlichen Marktes. Gerade weil gegenwärtig der bäuerliche Markt die Hauptbasis unserer Industrie darstellt, gerade darum sind wir als Vertreter der Macht und als Vertreter des Proletariats daran interessiert, die Lage der bäuerlichen Wirtschaft in jeder Hinsicht zu verbessern, die materielle Lage der Bauernschaft zu verbessern, die Kaufkraft der Bauernschaft zu heben, die Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft zu bessern und jenen Zusammenschluss herzustellen, von dem Lenin sprach, den wir aber immer noch nicht so hergestellt haben, wie es notwendig wäre.

Daraus ergibt sich der zweite Grund, weshalb wir, als Partei, gegenwärtig die Frage der Bauernschaft in den Vordergrund rücken und der Bauernschaft besondere Aufmerksamkeit und besondere Sorge zuteil werden lassen müssen.

Das sind die Ausgangspunkte der Politik unserer Partei in der Frage der Bauernschaft.

Das ganze Übel, Genossen, besteht darin, dass viele unserer Genossen nicht begreifen oder nicht begreifen wollen, wie wichtig diese Frage ist.

Oft hört man sagen: In Moskau haben unsere Führer eine Mode daraus gemacht, über die Bauernschaft zu reden. Das ist wohl nicht ernst zu nehmen. Das ist nur Diplomatie. Moskau braucht diese Reden für die Außenwelt. Wir können ruhig unsere alte Politik fortsetzen. Das sagen die einen. Andere wiederum sagen, dass die Reden über die Bauernschaft nur leere Redensarten seien. Wenn die Moskauer nicht in den Kanzleien säßen, sondern heraus aufs Land kämen, dann würden sie sehen, was die Bauernschaft ist und wie die Steuern erhoben werden. Solche Reden kann man hören. Ich glaube, Genossen, dass von allen Gefahren, die uns drohen, die größte Gefahr darin besteht, dass unsere Funktionäre draußen im Lande die vor uns stehende Aufgabe nicht begreifen.

Eins von beiden:

Entweder begreifen unsere Genossen draußen im Lande den ganzen Ernst der Frage der Bauernschaft, und dann werden sie wirklich alles daransetzen, um die Bauernschaft in unsere Aufbauarbeit einzubeziehen, um die bäuerliche Wirtschaft zu verbessern und den Zusammenschluss zu festigen; oder die Genossen begreifen das nicht, und dann kann es mit einem Fiasko für die Sowjetmacht enden.

Mögen die Genossen nicht glauben, dass ich irgendjemand schrecken will. Nein, Genossen, das hätte keinen Zweck und keinen Sinn. Die Frage ist zu ernst, und man muss so an sie herangehen, wie es ernsten Leuten ziemt.

Wenn die Genossen nach Moskau kommen, sind sie häufig bestrebt, alles „im besten Licht” zu zeigen: Bei uns im Dorf ist ja alles aufs beste bestellt. Von dieser bürokratischen Schönfärberei wird einem mitunter übel. Indes ist klar, dass nicht alles in bester Ordnung ist und auch nicht sein kann. Es ist klar, dass es Mängel gibt, die man ohne Angst vor Kritik aufdecken und dann beseitigen muss. Die Frage ist doch die: Entweder wir, die ganze Partei, erlauben den parteilosen Bauern und Arbeitern, uns zu kritisieren, oder sie werden uns durch Aufstände kritisieren. Der Aufstand in Georgien war eine Kritik. Der Aufstand in Tambow war gleichfalls eine Kritik. Und der Aufstand in Kronstadt, was war er anderes als eine Kritik? Eins von beiden: Entweder wir hören auf, nach Beamtenmanier alles in bester Ordnung zu finden und nach Beamtenmanier an die Sache heranzugehen, fürchten keine Kritik und lassen uns von den parteilosen Arbeitern und Bauern kritisieren, die doch die Auswirkungen unserer Fehler an ihrem eigenen Leibe spüren; oder wir tun das nicht, und dann wird sich die

Unzufriedenheit ansammeln, wird anwachsen, und dann erfolgt die Kritik in Form von Aufständen.
Die größte Gefahr besteht heute darin, dass viele unserer Genossen diese Besonderheit der gegenwärtigen Lage nicht begreifen.
Steht diese Frage - die Frage der Bauernschaft - in irgendeinem Zusammenhang mit der Frage des Trotzkismus, mit der Frage, die Sie hier erörtert haben? Zweifellos ja.
Was ist Trotzkismus?
Trotzkismus bedeutet Unglaube an die Kräfte unserer Revolution, Unglaube an das Bündnis der Arbeiter und Bauern, Unglaube an den Zusammenschluss. Worin besteht jetzt unsere Hauptaufgabe? Sie besteht, um mit den Worten Iljitschs zu sprechen, darin, das Rußland der NÖP in ein sozialistisches Rußland zu verwandeln. Kann man diese Aufgabe bewältigen, ohne den Zusammenschluss herzustellen? Nein, das kann man nicht. Kann man den Zusammenschluss, das Bündnis der Arbeiter und Bauern, verwirklichen, ohne die Theorie des Unglaubens an dieses Bündnis, das heißt die Theorie des Trotzkismus, zu zerschlagen? Nein, das kann man nicht. Die Schlussfolgerung ist klar: Wer aus der NÖP als Sieger hervorgehen will, der muss den Trotzkismus als ideologische Strömung begraben.
Vor der Revolution im Oktober sagte Iljitsch oft, dass von allen ideologischen Gegnern die Menschewiki die gefährlichsten sind, da sie Unglauben an den Sieg des Oktobers zu verbreiten suchen. Daher, so sagte er, kann man, ohne den Menschewismus zu zerschlagen, den Sieg des Oktober nicht erringen. Ich denke, dass wir eine gewisse Analogie zwischen dem Menschewismus von damals, während der Periode des Oktobers, und dem Trotzkismus von heute, während der Periode der NÖP, zu verzeichnen haben. Ich denke, dass von allen ideologischen Strömungen im Kommunismus im gegebenen Moment, nach dem Siege des Oktober, unter den gegenwärtigen Bedingungen der NÖP, der Trotzkismus als die gefährlichste angesehen werden muss, denn er sucht Unglauben an die Kräfte unserer Revolution, Unglauben an das Bündnis der Arbeiter und Bauern zu verbreiten, Unglauben an das Werk der Verwandlung des Rußlands der NÖP in ein sozialistisches Rußland. Daher kann man, ohne den Trotzkismus zu zerschlagen, unter den Bedingungen der NÖP nicht den Sieg erringen, kann man nicht die Verwandlung des heutigen Rußlands in ein sozialistisches Rußland erreichen.
Das ist der Zusammenhang zwischen der Politik der Partei gegenüber der Bauernschaft und dem Trotzkismus.

„Prawda" Nr. 24,
30. Januar 1925.

ÜBER DIE PERSPEKTIVEN DER KPD UND ÜBER DIE BOLSCHEWISIERUNG

Unterredung mit dem Mitglied der KPD Herzog

1. Frage (Herzog). Schätzen Sie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der demokratisch-kapitalistischen Republik Deutschland so ein, dass die Arbeiterklasse in einer mehr oder minder nahen Zukunft den Kampf um die Macht wird führen müssen?

Antwort (Stalin). Es wäre schwer, diese Frage mit strikter Entschiedenheit zu beantworten, wenn es sich um Termine und nicht um die Tendenz handelte. Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, dass die gegenwärtige Situation sich sowohl den internationalen als auch den inneren Bedingungen nach wesentlich von der Situation des Jahres 1923 unterscheidet. Das schließt jedoch nicht aus, dass sich die Situation in Anbetracht der Möglichkeit ernster Veränderungen in der äußeren Lage in der nächsten Zeit schroff zugunsten der Revolution ändern kann. Die Labilität der internationalen Lage ist eine Garantie dafür, dass diese Annahme sich als durchaus wahrscheinlich erweisen kann.

2. Frage. Wird in Anbetracht der gegebenen ökonomischen Lage und der gegebenen Kräfteverhältnisse bei uns eine längere Vorbereitungsperiode notwendig sein, um die Mehrheit des Proletariats zu gewinnen (eine Forderung, die Lenin den kommunistischen Parteien aller Länder als eine äußerst wichtige, vor der Eroberung der politischen Macht zu lösende Aufgabe stellte)?

Antwort. Insofern es sich um die ökonomische Lage handelt, kann ich die Angelegenheit nur an Hand der allgemeinen Angaben einschätzen, über die ich verfüge. Ich denke, dass der Dawesplan[16] schon einige Resultate gezeitigt hat, die zu einer relativen Stabilität der Lage geführt haben. Das Eindringen amerikanischen Kapitals in die deutsche Industrie, die Stabilisierung der Valuta, die Verbesserung einiger der wichtigsten Zweige der deutschen Industrie - was keineswegs eine gründliche Gesundung der deutschen Wirtschaft bedeutet -, endlich eine gewisse Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse - all das musste zu einer gewissen Festigung der Positionen der Bourgeoisie in Deutschland führen. Das ist, sozusagen, die „positive" Seite des Dawesplans.
Aber der Dawesplan hat noch „negative" Seiten, die sich in einem bestimmten Zeitabschnitt unvermeidlich zeigen und die „positiven" Resultate dieses Plans zunichte machen müssen. Zweifellos bedeutet der Dawesplan für das deutsche Proletariat eine doppelte Presse des Kapitals, eine innere und eine äußere. Der Widerspruch zwischen der Erweiterung der deutschen Industrie und der Einengung des Feldes der Außenmärkte für diese Industrie, das Missverhältnis zwischen den übermäßigen Forderungen der Entente und den begrenzten Möglichkeiten der Befriedigung dieser Forderungen durch die deutsche Volkswirtschaft - all das verschlechtert unvermeidlich die Lage des Proletariats, der kleinen Bauern, der Angestellten und der Intelligenz und muss somit zur Explosion, zum direkten Kampf des Proletariats um die Machtergreifung führen.
Aber dieser Umstand darf nicht als die einzige, für die deutsche Revolution günstige Voraussetzung angesehen werden. Für den Sieg dieser Revolution ist außerdem notwendig, dass die Kommunistische Partei die Mehrheit der Arbeiterklasse vertritt, dass sie zur entscheidenden Kraft in der Arbeiterklasse wird. Es ist notwendig, dass die Sozialdemokratie entlarvt und zerschlagen wird, dass sie zu einer verschwindenden Minderheit in der Arbeiterklasse hinabgedrückt wird. Ohne dies ist an die Diktatur des Proletariats gar nicht zu denken. Damit die Arbeiter siegen können, muss sie ein Wille beseelen, muss sie eine Partei führen, eine Partei, die das unbestrittene Vertrauen der Mehrheit der Arbeiterklasse besitzt.

Wenn es innerhalb der Arbeiterklasse zwei miteinander konkurrierende gleich starke Parteien gibt, dann ist selbst bei günstigen äußeren Bedingungen ein dauerhafter Sieg unmöglich. Lenin war der erste, der in der Periode vor der Oktoberrevolution hierauf, als auf der notwendigsten Voraussetzung des Sieges des Proletariats, besonders bestand.
Als die für die Revolution günstigste Lage könnte man eine solche Lage ansehen, bei der die innere Krise in Deutschland und das entschiedene Wachstum der Kräfte der Kommunistischen Partei mit ernstlichen Komplikationen im Lager der äußeren Feinde Deutschlands zusammenfallen würden.
Ich denke, dass das Fehlen dieses letzteren Umstands in der revolutionären Periode des Jahres 1923 bei weitem nicht die letzte negative Rolle gespielt hat.

3. Frage. Sie sagten, dass die KPD die Mehrheit der Arbeiter hinter sich haben muss. Diesem Ziel wurde bisher zuwenig Aufmerksamkeit geschenkt. Was muss man Ihrer Meinung nach tun, um die KPD in eine solche tatkräftige Partei mit progressiv wachsender Werbekraft zu verwandeln?

Antwort. Manche Genossen meinen, die Partei festigen und sie bolschewisieren bedeute alle Andersdenkenden aus der Partei hinausjagen. Das ist natürlich falsch. Die Sozialdemokratie kann nur im Verlauf des tagtäglichen Kampfes für die konkreten Bedürfnisse der Arbeiterklasse entlarvt und zu einer verschwindenden Minderheit in der Arbeiterklasse hinabgedrückt werden. Die Sozialdemokratie muss angeprangert werden nicht auf der Grundlage von fern liegenden Fragen, sondern auf der Grundlage des tagtäglichen Kampfes der Arbeiterklasse für die Verbesserung ihrer materiellen und politischen Lage, wobei die Fragen des Arbeitslohnes, des Arbeitstages, der Wohnverhältnisse, der Versicherung, der Steuern, der Arbeitslosigkeit, der Verteuerung der Lebenshaltung usw. eine überaus ernste, wenn nicht die entscheidende Rolle spielen müssen. Den Sozialdemokraten Tag für Tag auf der Grundlage dieser Fragen Schläge versetzen und ihren Verrat aufdecken - das ist die Aufgabe.
Diese Aufgabe wäre jedoch nicht restlos gelöst, wenn die Fragen der alltäglichen Praxis nicht mit den grundlegenden Fragen der internationalen und der inneren Lage Deutschlands verknüpft würden und wenn diese ganze alltägliche Arbeit nicht in der gesamten Arbeit der Partei vom Standpunkt der Revolution und der Eroberung der Macht durch das Proletariat beleuchtet würde.
Eine solche Politik kann jedoch nur eine Partei durchführen, an deren Spitze ein Stamm von Führern steht, die genügend erfahren sind, um alle und jegliche Blößen der Sozialdemokratie für die Stärkung ihrer Partei auszunützen, und die genügend theoretisch geschult sind, um bei Teilerfolgen nicht die Perspektive der revolutionären Entwicklung zu verlieren.
Damit erklärt sich auch hauptsächlich, dass die Frage der führenden Kader der kommunistischen Parteien überhaupt, darunter auch der deutschen Kommunistischen Partei, eine der wesentlichen Fragen des Prozesses der Bolschewisierung darstellt.
Um die Bolschewisierung durchzuführen, ist es notwendig, wenigstens einige grundlegende Voraussetzungen zu schaffen, ohne die überhaupt eine Bolschewisierung der kommunistischen Parteien unmöglich ist.
1. Es ist notwendig, dass die Partei sich nicht als Anhängsel des parlamentarischen Wahlapparats betrachtet, wie es im Grunde genommen die Sozialdemokratie tut, und auch nicht als Gratisbeilage zu den Gewerkschaften, wovon zuweilen gewisse anarcho-syndikalistische Elemente faseln, sondern als die höchste Form der Klassenvereinigung des Proletariats, die berufen ist, alle übrigen Formen der proletarischen Organisationen, von den Gewerkschaften bis zur Parlamentsfraktion, zu führen.

2. Es ist notwendig, dass die Partei, besonders ihre führenden Elemente, sich der revolutionären Theorie des Marxismus, die mit der revolutionären Praxis untrennbar verbunden ist, voll bemächtigen.
3. Es ist notwendig, dass die Partei die Losungen und Direktiven nicht auf Grund eingelernter Formeln und geschichtlicher Parallelen, sondern als Ergebnis einer sorgfältigen Analyse der konkreten Bedingungen der revolutionären Bewegung im Lande und im internationalen Maßstab ausarbeitet, wobei die Erfahrungen der Revolutionen aller Länder unbedingt mit in Rechnung gestellt werden müssen.
4. Es ist notwendig, dass die Partei die Richtigkeit dieser Losungen und Direktiven im Feuer des revolutionären Kampfes der Massen überprüft.
5. Es ist notwendig, dass die gesamte Arbeit der Partei, besonders wenn in ihr die sozialdemokratischen Traditionen noch nicht überwunden sind, auf neue, revolutionäre Art umgestellt wird, darauf berechnet, dass jeder Schritt der Partei, jede ihre Aktion naturgemäß zur Revolutionierung der Massen, zur Vorbereitung und Erziehung der breiten Massen der Arbeiterklasse im Geiste der Revolution führt.
6. Es ist notwendig, dass die Partei es in ihrer Arbeit versteht, die höchste Prinzipienfestigkeit (nicht zu verwechseln mit Sektierertum!) mit einem Maximum an Verbundenheit und Kontakt mit den Massen (nicht zu verwechseln mit Nachtrabpolitik!) zu verbinden, da es ohne diese Bedingung für die Partei unmöglich ist, nicht nur die Massen zu lehren, sondern auch von ihnen zu lernen, nicht nur die Massen zu führen und sie auf das Niveau der Partei emporzuheben, sondern auch auf die Stimme der Massen zu lauschen und ihre brennendsten Nöte zu erkennen.
7. Es ist notwendig, dass die Partei es versteht, in ihrer Arbeit eine unversöhnliche revolutionäre Einstellung (nicht zu verwechseln mit revolutionärem Abenteurertum!) mit einem Maximum an Elastizität und Manövrierfähigkeit (nicht zu verwechseln mit Anpassungspolitik!) zu verbinden, da es ohne diese Bedingung für die Partei unmöglich ist, alle Formen des Kampfes und der Organisation zu meistern, die Tagesinteressen des Proletariats mit den grundlegenden Interessen der proletarischen Revolution zu verbinden und in ihrer Arbeit den legalen Kampf mit dem illegalen Kampf zu verknüpfen.
8. Es ist notwendig, dass die Partei ihre Fehler nicht verhüllt, dass sie die Kritik nicht fürchtet, dass sie es versteht, ihre Kader an Hand ihrer eigenen Fehler zu verbessern und zu erziehen.
9. Es ist notwendig, dass die Partei es versteht, in die grundlegende führende Gruppe die besten Elemente der fortschrittlichen Kämpfer aufzunehmen, die genügend Hingabe besitzen, um wahrhafte Vertreter der Bestrebungen des revolutionären Proletariats zu sein und die genügend Erfahrung haben, um wirkliche Führer der proletarischen Revolution zu werden, die fähig sind, die Taktik und die Strategie des Leninismus anzuwenden.
10. Es ist notwendig, dass die Partei die soziale Zusammensetzung ihrer Organisationen systematisch verbessert und sich von zersetzenden opportunistischen Elementen reinigt, wobei sie die Erreichung einer maximalen Einheitlichkeit als Ziel vor Augen haben muss.
11. Es ist notwendig, dass die Partei eine eiserne proletarische Disziplin entwickelt, die auf der Grundlage der ideologischen Einheit, der Klarheit der Ziele der Bewegung, der Einheit des praktischen Handelns und des bewussten Verhaltens der breiten Parteimassen zu den Aufgaben der Partei erwächst.
12. Es ist notwendig, dass die Partei die Durchführung ihrer eigenen Beschlüsse und Direktiven systematisch überprüft, da ohne diese Bedingung die Gefahr besteht, dass sie sich in leere Versprechungen verwandeln, die nur geeignet wären, das Vertrauen der breiten proletarischen Massen zur Partei zu untergraben.
Ohne diese und ähnliche Bedingungen ist die Bolschewisierung ein leerer Schall.

4. Frage. Sie sagten, dass neben den negativen Seiten des Dawesplans die zweite Voraussetzung für die Eroberung der Macht von seiten der KPD eine solche Lage ist, bei der

die Sozialdemokratische Partei vor den Augen der Massen völlig entlarvt dasteht und keine ernsthafte Kraft innerhalb der Arbeiterklasse mehr darstellt. Bis dahin ist in Anbetracht der realen Tatsachen noch ein weiter Weg. Hier machen sich die Mängel und Schwächen der jetzigen Arbeitsmethoden der Partei deutlich merkbar. Wie kann man sie beseitigen? Wie schätzen Sie das Resultat der Dezemberwahlen des Jahres 1924 ein, bei denen die Sozialdemokratie - eine völlig korrupte und verfaulte Partei - nicht nur keine Stimme verloren, sondern etwa zwei Millionen Stimmen gewonnen hat?

Antwort. Hier handelt es sich nicht um die Mängel der Arbeit der deutschen Kommunistischen Partei. Hier handelt es sich vor allem darum, dass die amerikanischen Anleihen und das Eindringen des amerikanischen Kapitals plus die stabilisierte Valuta, die die Lage etwas verbesserten, die Illusion von der Möglichkeit einer grundlegenden Liquidierung der mit der Lage Deutschlands verbundenen inneren und äußeren Gegensätze geschaffen haben. Auf dieser Illusion ritt auch die deutsche Sozialdemokratie wie auf einem weißen Ross in den gegenwärtigen Reichstag hinein. Wels tut sich jetzt mit seinem Wahlsieg groß. Aber er begreift anscheinend nicht, dass er sich einen fremden Sieg zuschreibt. Gesiegt hat nicht die deutsche Sozialdemokratie, sondern die Gruppe Morgan. Wels war und bleibt nur einer der Kommis Morgans.

„Prawda" Nr. 27,
3. Februar 1925.

BRIEF AN GENOSSEN ME-RT

Werter Genosse Me-rt!

Ihren Brief vom 20. Februar habe ich erhalten. Nehmen Sie vor allem meinen Gruß entgegen. Und nun zur Sache.

1. Sie (und nicht nur Sie) haben die Angelegenheit mit dem Interview mit Herzog zu sehr aufgebauscht. Davonjagen konnte ich ihn nicht und werde es auch nicht tun, nicht nur, weil er Mitglied der Partei ist, sondern auch, weil er mit einem Brief des Genossen Geschke zu mir kam, in dem dieser mich beschwor, Herzog ein Interview zu geben. Eine Kopie dieses Briefes schicke ich Ihnen zu. Das deutsche Original des Briefes wurde von mir bereits an das ZK der KPD gesandt. Wenn allein aus der Tatsache, dass Herzog in Anbetracht der schriftlichen Bitte des Genossen Geschke ein Interview gegeben wurde, schon die Schlussfolgerung gezogen wird, das ZK der KPR(B) mache eine Wendung zu Brandler oder beabsichtige, sie zu machen, dann bedeutet das, nicht einmal aus einer Mücke, sondern aus einem Nichts einen Elefanten zu machen und ins Leere zu treffen. Wenn das ZK der KPR(B) erführe, dass Sie oder andere Mitglieder des ZK der KPD das ZK der KPR(B) der Sympathien zu Brandler-Thalheimer[17] und einer Wendung von den Linken zu den Rechten verdächtigen, würde es sich krank lachen.

2. Sie haben vollkommen Recht, wenn Sie behaupten, dass die deutsche Kommunistische Partei gewaltige Erfolge erzielt hat. Zweifelsohne gehören Brandler und Thalheimer zur Kategorie des alten Typus von Führern, deren Zeit vorbei ist und die von Führern des neuen Typus in den Hintergrund gedrängt werden. Bei uns in Rußland fand der Prozess des Absterbens einer ganzen Reihe alter führender Funktionäre aus den Kreisen der Literaten und alter „Führer” ebenfalls statt. Er verschärfte sich in Perioden revolutionärer Krisen, er ließ nach in Perioden der Sammlung der Kräfte, aber er fand immer statt. Die Lunatscharski, Pokrowski, Roshkow, Goldenberg, Bogdanow, Krassin usw. - das sind die ersten mir einfallenden Beispiele ehemaliger bolschewistischer Führer, die dann eine untergeordnete Rolle spielten. Das ist ein notwendiger Prozess der Erneuerung der führenden Kader einer lebendigen und sich entwickelnden Partei. Der Unterschied zwischen den Brandler-Thalheimer und diesen letzteren Genossen besteht, nebenbei bemerkt, darin, dass die Brandler und Thalheimer, außer allem anderen, den alten sozialdemokratischen Ballast mit sich schleppen, während die oben genannten russischen Genossen von einem solchen Ballast frei waren. Und dieser Unterschied spricht, wie Sie sehen, nicht zugunsten der Brandler-Thalheimer, sondern gegen sie. Die Tatsache, dass es der KPD gelungen ist, die Brandler und Thalheimer von der Bühne zu verdrängen und zu verjagen - schon allein diese Tatsache spricht dafür, dass die KPD wächst, sich vorwärts bewegt, bedeutende Erfolge hat. Ich spreche schon gar nicht von jenen unzweifelhaften Erfolgen der KPD, über die Sie vollkommen richtig in Ihrem Briefe schreiben. Jetzt zu meinen, es gäbe im ZK der KPR(B) Leute, die planten, das Rad der Entwicklung der deutschen Kommunistischen Partei zurückzudrehen, bedeutet, eine zu schlechte Meinung vom ZK der KPR(B) zu haben. Vorsichtiger, Genosse Me-rt...

3. Sie sprechen von der Linie der KPD. Zweifellos ist ihre Linie - ich spreche von der politischen Linie - richtig. Damit erklären sich eigentlich auch jene nahen, freundschaftlichen (und nicht nur kameradschaftlichen) Beziehungen zwischen der KPR(B) und der KPD, von denen Sie selbst in Ihrem Briefe sprechen. Aber bedeutet das, dass wir einzelne Fehler in der politischen Arbeit der KPD oder der KPR(B) vertuschen sollen? Natürlich bedeutet es das nicht. Kann man behaupten, das ZK der KPD oder das ZK der KPR(B) seien frei von einzelnen Fehlern? Kann man behaupten, eine teilweise Kritik an der Tätigkeit des ZK der KPD (ungenügende Ausnützung des Barmat-Skandals[18], die bekannte Abstimmung der kommunistischen Fraktion im Preußischen Landtag zur Frage der Wahl des Landtagspräsidenten, die Frage der Steuern in Verbindung mit dem Dawesplan usw.) sei

unvereinbar mit einer völligen Solidarisierung mit der allgemeinen Linie des ZK der KPD? Es ist klar, dass man das nicht kann. Was wird aus unseren Parteien werden, wenn wir, sagen wir, im Exekutivkomitee der Komintern zusammenkommen und die Augen vor einzelnen Fehlern unserer Parteien verschließen, uns für eine Parade „des völligen Einverständnisses" und des „Wohlergehens" begeistern und in allem einander zustimmen werden? Ich denke, dass solche Parteien niemals revolutionäre Parteien werden können. Das wären Mumien, aber keine revolutionären Parteien. Mir scheint, dass manche deutsche Genossen zuweilen nicht abgeneigt sind, von uns zu fordern, dem Zentralkomitee der KPD immer nur zuzustimmen, wobei sie selber stets bereit sind, dem Zentralkomitee der KPR(B) in allem zuzustimmen. Ich bin entschieden gegen diese gegenseitige Zustimmerei. Nach Ihrem Brief zu urteilen, sind auch Sie dagegen. Umso besser für die KPD.

4. Ich bin entschieden gegen die Politik des Hinausjagens aller anders denkenden Genossen. Ich bin nicht darum gegen eine solche Politik, weil ich mit den Andersdenkenden Mitleid hätte, sondern darum, weil eine solche Politik in der Partei ein Regime des Einschüchterns, ein Regime des Furchteinflößens, ein Regime erzeugt, das den Geist der Selbstkritik und der Initiative tötet. Es ist nicht gut, wenn man die Führer der Partei fürchtet, sie aber nicht achtet. Führer der Partei können nur in dem Falle wirkliche Führer sein, wenn man sie nicht nur fürchtet, sondern sie auch in der Partei achtet, ihre Autorität anerkennt. Solche Führer heranzubilden ist schwer, das ist eine langwierige und schwierige, aber unbedingt notwendige Sache, denn ohne diese Bedingung kann die Partei nicht als wirklich bolschewistische Partei bezeichnet werden, kann die Disziplin der Partei keine bewusste Disziplin sein. Ich glaube, dass die deutschen Genossen gegen diese offenkundige Wahrheit sündigen. Um Trotzki und seine Anhänger zu desavouieren, entfalteten wir russischen Bolschewiki eine ganz intensive prinzipielle Aufklärungskampagne für die Grundlagen des Bolschewismus gegen die Grundlagen des Trotzkismus, obgleich wir, nach der Kraft und dem spezifischen Gewicht des ZK der KPR(B) zu urteilen, ohne diese Kampagne hätten auskommen können. War diese Kampagne notwendig? Sie war unbedingt notwendig, denn durch sie haben wir Hunderttausende neuer Mitglieder der Partei (und Nichtmitglieder) im Geiste des Bolschewismus erzogen. Es ist äußerst traurig, dass unsere deutschen Genossen nicht die Notwendigkeit empfinden, den Repressalien gegen die Opposition eine breite prinzipielle Aufklärungskampagne vorausgehen zu lassen oder sie durch eine solche zu ergänzen, und somit die Erziehung der Parteimitglieder und der Parteikader im Geiste des Bolschewismus erschweren. Brandler und Thalheimer davonzujagen ist nicht schwer, das ist eine leichte Sache. Aber das Brandlerianertum zu überwinden ist eine komplizierte und ernste Angelegenheit; da kann man mit Repressalien allein die Sache nur verderben - hier muss man den Boden tief umpflügen und die Köpfe ernstlich aufklären. Die KPR(B) entwickelte sich stets durch Widersprüche, das heißt im Kampf gegen nichtkommunistische Strömungen, und nur in diesem Kampf wurde sie stark, schmiedete sie wirkliche Kader. Vor der KPD liegt derselbe Weg der Entwicklung durch Widersprüche, durch einen wirklichen, ernsten und langwierigen Kampf gegen nichtkommunistische Strömungen, besonders gegen die sozialdemokratischen Traditionen, das Brandlerianertum u. a. Aber für einen solchen Kampf sind Repressalien allein nicht genügend. Gerade darum denke ich, dass man die innerparteiliche Politik des ZK der KPD elastischer gestalten muss. Ich bezweifle nicht, dass es die KPD verstehen wird, die Mängel auf diesem Gebiet abzustellen.

5. Sie haben vollkommen Recht hinsichtlich der Arbeit in den Gewerkschaften. Die Rolle der Gewerkschaften ist in Deutschland eine andere als in Rußland. In Rußland sind die Gewerkschaften nach der Partei entstanden und waren im Grunde genommen Hilfsorgane der Partei. Anders war es in Deutschland und in Europa überhaupt. Dort ist die Partei aus den Gewerkschaften hervorgegangen, hinsichtlich des Einflusses auf die Massen konkurrierten die Gewerkschaften erfolgreich mit der Partei und hingen der Partei oft wie ein schweres Bleigewicht an den Füßen. Würde man die breiten Massen in Deutschland oder in Europa

überhaupt fragen, mit welcher Organisation sie sich mehr verbunden fühlen, mit der Partei oder mit den Gewerkschaften, so würden sie ohne Zweifel antworten, dass ihnen die Gewerkschaften näher stehen als die Partei. Ob das nun schlecht ist oder gut, jedenfalls ist es Tatsache, dass die parteilosen Arbeiter in Europa die Gewerkschaften als ihre Hauptfestungen betrachten, die ihnen im Kampf gegen die Kapitalisten (Arbeitslohn, Arbeitstag, Versicherung und dergleichen mehr) helfen, während sie die Partei als eine Art Hilfsorganisation, als etwas Zweitrangiges, wenn auch Notwendiges einschätzen. Daraus erklärt sich denn auch, dass der direkte Kampf, den die „Ultralinken" gegen die heutigen Gewerkschaften von außen her führen, von den breiten Arbeitermassen als Kampf gegen ihre Hauptfestungen gewertet wird, an denen sie jahrzehntelang gebaut haben und die die „Kommunisten" jetzt zerstören wollen. Dieser Besonderheit keine Rechnung tragen heißt die ganze Sache der kommunistischen Bewegung im Westen zugrunde richten. Hieraus aber ergeben sich zwei Schlussfolgerungen:
Erstens, man kann im Westen die Millionenmassen der Arbeiterklasse nicht gewinnen, ohne die Gewerkschaften zu erobern, und zweitens, man kann die Gewerkschaften nicht erobern, ohne innerhalb dieser Gewerkschaften zu arbeiten und dort seinen Einfluss zu festigen.
Gerade darum muss man auf die Arbeit unserer Genossen in den Gewerkschaften besondere Aufmerksamkeit richten.
Das ist vorläufig alles. Schelten Sie mich nicht wegen meiner Offenheit und Schärfe.

J. Stalin
28. II. 25.

Zum erstenmal veröffentlicht.

ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG

Keine einzige große Bewegung der Unterdrückten in der Geschichte der Menschheit ist ohne Teilnahme der werktätigen Frauen vor sich gegangen. Die werktätigen Frauen, die Unterdrücktesten von allen Unterdrückten, wollten und konnten niemals abseits der großen Heerstraße der Befreiungsbewegung bleiben. Die Befreiungsbewegung der Sklaven hat, wie bekannt, Hunderte und Tausende großer Märtyrerinnen und Heldinnen hervorgebracht. In den Reihen der Kämpfer für die Befreiung der Leibeigenen standen Zehntausende werktätiger Frauen. Es ist nicht verwunderlich, dass die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse, die machtvollste aller Befreiungsbewegungen der unterdrückten Massen, Millionen werktätiger Frauen unter ihrem Banner sammelte.

Der Internationale Frauentag legt Zeugnis ab von der Unbesiegbarkeit der Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse und ist ein Vorbote ihrer großen Zukunft.

Die werktätigen Frauen, die Arbeiterinnen und Bäuerinnen, bilden eine gewaltige Reserve der Arbeiterklasse. Diese Reserve macht mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Ob diese Frauenreserve für die Arbeiter-klasse oder gegen sie sein wird - davon hängt das Schicksal der proletarischen Bewegung, der Sieg oder die Niederlage der proletarischen Revolution, der Sieg oder die Niederlage der proletarischen Staatsmacht ab. Daher besteht die erste Aufgabe des Proletariats und seines Vortrupps, der kommunistischen Partei, darin, einen entschiedenen Kampf zu führen, um die Frauen, die Arbeiterinnen und Bäuerinnen, dem Einfluss der Bourgeoisie zu entreißen, die Arbeiterinnen und Bäuerinnen politisch aufzuklären und unter dem Banner des Proletariats zu organisieren.

Der Internationale Frauentag ist ein Mittel, um die weibliche Arbeitsreserve für das Proletariat zu gewinnen.

Aber die werktätigen Frauen sind nicht nur eine Reserve. Sie können und müssen bei einer richtigen Politik der Arbeiterklasse zu einer wirklichen Armee der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie werden. Aus der weiblichen Arbeitsreserve eine Armee der Arbeiterinnen und Bäuerinnen zu schmieden, die Seite an Seite mit der großen Armee des Proletariats kämpft - darin besteht die zweite und entscheidende Aufgabe der Arbeiterklasse.

Der Internationale Frauentag muss ein Mittel werden, um die Arbeiterinnen und Bäuerinnen aus einer Reserve der Arbeiterklasse in eine aktive Armee der Befreiungsbewegung des Proletariats zu verwandeln.

Es lebe der Internationale Frauentag!

J. Stalin

„Prawda" Nr. 56,
8. März 1925.

DAS ZK DER KPR(B) AN DAS ZENTRALEXEKUTIVKOMITEE DER KUOMINTANG

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands trauert gemeinsam mit Ihnen über den Verlust des Führers der Kuomintang[19] und des Organisators des nationalen Befreiungskampfes der Arbeiter und Bauern Chinas für die Freiheit und Unabhängigkeit des chinesischen Volkes, für die Einheit und Selbständigkeit des chinesischen Staates.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands zweifelt nicht daran, dass das große Werk Sun Yat-sens nicht mit Sun Yat-sen stirbt, dass das Werk Sun Yat-sens in den Herzen der chinesischen Arbeiter und Bauern zum Schrecken der Feinde des chinesischen Volkes weiterleben wird.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands ist überzeugt, dass die Kuomintang das Banner Sun Yat-sens in dem großen Kampf für die Befreiung vom Imperialismus hochhalten wird, dass es der Kuomintang gelingen wird, dieses Banner in Ehren voran zutragen bis zum vollständigen Sieg über den Imperialismus und seine Agenten in China.

Sun Yat-sen ist tot - es lebe das Werk Sun Yat-sens, möge das Vermächtnis Sun Yat-sens leben und an Kraft gewinnen!

Sekretär des Zentralkomitees
der Kommunistischen Partei Rußlands
J. Stalin

13. März 1925.

„Prawda" Nr. 60,
14. März 1925.

ZUR INTERNATIONALEN LAGE UND ZU DEN AUFGABEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN

Aus der Reihe der Erscheinungen, die auf dem Gebiet der internationalen Lage von entscheidender Bedeutung sind, müssen folgende grundlegende Tatsachen hervorgehoben werden:

1. Es steht außer Zweifel, dass es dem Kapital gelungen ist, aus dem Morast der Nachkriegskrise herauszukommen. Die Stabilisierung der Währung in einer Reihe kapitalistischer Länder, das Anwachsen des Welthandels und die Erweiterung der Produktion in einzelnen Ländern, die Ausfuhr und das Eindringen von Kapital, besonders von englisch-amerikanischem, in die Länder Europas und Asiens - all dies zeugt von den Erfolgen der „Aufbauarbeit" des Kapitals. Diese „Arbeit" geht bekanntlich mit dem englisch-amerikanischen Block an der Spitze vor sich. Als eins der wichtigsten Ergebnisse dieser „Arbeit" ist die so genannte „Dawesierung" Deutschlands anzusehen, das heißt der Übergang von der Methode der militärischen Intervention zur Methode der finanziellen Intervention, zur Methode der finanziellen Knechtung Deutschlands.

2. Es steht gleichfalls außer Zweifel, dass im Zentrum Europas, in Deutschland, die Periode des revolutionären Aufschwungs bereits beendet ist. Die Periode des Aufschwungs der Revolution, wenn die Bewegung aufwallt, anschwillt und über die Ufer tritt, die Losungen der Partei aber hinter der Bewegung zurückbleiben, wenn die Massen den Rahmen der Gesetzlichkeit sprengen und gegen die alte Ordnung Sturm laufen, sich eigenmächtig ein neues Recht schaffend - diese Periode ist in Deutschland bereits vorüber. Aus der Periode des Sturms ist die Arbeiterbewegung in Deutschland in eine Periode der Sammlung der Kräfte eingetreten, in eine Periode der Formierung und Ausbildung der proletarischen Armee unter dem Banner des Kommunismus. Es bedarf wohl kaum des Beweises, dass dieser Umstand eine ernste Bedeutung haben muss. Dies muss mit umso größerer Bestimmtheit gesagt werden, damit man sich in der neuen Lage schnell orientieren und die Arbeit zur Vorbereitung der Revolution auf neue Weise beginnen kann.

Das sind die Tatsachen, die für die Bourgeoisie eine positive Bedeutung haben, denn sie zeugen von der Kraft und von den Erfolgen des Kapitals im gegebenen Augenblick.

Neben diesen Tatsachen gibt es aber noch eine Reihe von Tatsachen, die für den Kapitalismus eine negative Bedeutung haben:

1. Es steht außer Zweifel, dass zugleich mit der Erstarkung des Kapitalismus ein Anwachsen der Gegensätze zwischen den kapitalistischen Gruppen vor sich geht, ein Anwachsen der Kräfte, die den Kapitalismus schwächen und zersetzen. Der Kampf zwischen England und Amerika um das Erdöl, um Kanada, um Absatzmärkte und dergleichen mehr; der Kampf zwischen dem englisch-amerikanischen Block und Japan um die östlichen Märkte; der Kampf zwischen England und Frankreich um den Einfluss in Europa; schließlich der Kampf zwischen dem geknechteten Deutschland und der herrschenden Entente - all dies sind allgemein bekannte Tatsachen, die davon zeugen, dass die Erfolge des Kapitals nicht von Dauer sind, dass der Prozess der „Gesundung" des Kapitalismus die Voraussetzungen seiner inneren Schwäche und Zersetzung in sich birgt.

2. Das Anwachsen und die Stärkung der nationalen Befreiungsbewegung in Indien, in China, in Ägypten, in Indonesien, in Nordafrika usw., die das Hinterland des Kapitalismus untergraben. Wenn die „Gesundung" des Imperialismus eine Erweiterung der Einflusssphäre in den Kolonien und abhängigen Ländern erfordert, der Kampf dieser Länder gegen den Imperialismus sich aber zweifellos verstärkt, so ist es klar, dass die Erfolge des Imperialismus auf diesem Gebiet nicht dauerhaft sein können.

3. Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in Europa und die Krise der Amsterdamer Vereinigung[20]. Der Kampf der englischen Gewerkschaften um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die Unterstützung dieses Kampfes seitens der sowjetischen

Gewerkschaften, die Verwandlung des Kampfes um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in einen Kampf gegen die konterrevolutionäre Spitze von Amsterdam (Oudegeest, Sassenbach, Jouhaux usw.), die die Linie der Spaltung der Gewerkschaften verfolgt - all dies sind Tatsachen, die dafür sprechen, dass die Amsterdamer Vereinigung eine tiefe Krise durchmacht. Was aber bedeutet die Krise von Amsterdam? Sie zeugt von der Labilität der bürgerlichen Macht; denn die Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie bildet einen Bestandteil und eine Stütze dieser Macht.

4. Das wirtschaftliche Wachstum der Sowjetunion. Es steht außer Zweifel, dass die Lügenmärchen der bürgerlichen Schreiberlinge über die Unfähigkeit der Sowjets, die Industrie in Gang zu bringen, völliges Fiasko erlitten haben. Es steht außer Zweifel, dass die Industrie der Sowjetunion in den letzten zwei Jahren nach der Intervention und der Blockade wiedererstanden und erstarkt ist. Es steht außer Zweifel, dass sich die materielle und kulturelle Lage der Arbeiter in dieser kurzen Frist wesentlich verbessert hat. Es steht außer Zweifel, dass diese Verbesserung auch weiterhin fortschreiten wird. Alle diese Umstände sind jetzt von entscheidender Bedeutung für die Revolutionierung der Arbeiter der kapitalistischen Länder. Ich glaube, dass sich die Arbeiter des Westens nie so sehr für Rußland interessiert haben wie jetzt. Warum? Weil zu ihnen Gerüchte gelangen über das neue Dasein der sowjetischen Arbeiter in einem Arbeiterstaat, der Sowjetunion heißt, und sie die Glaubwürdigkeit dieser Gerüchte nachprüfen möchten. Die Tatsache, dass Dutzende und Hunderte von Arbeitern, ohne Unterschied der Richtungen, aus Europa nach Rußland reisen und jeden Winkel durchforschen diese Tatsache zeugt ohne Zweifel davon, dass das Interesse für Rußland unter den Arbeitern des Westens mit jedem Monat wachsen wird. Es steht außer Zweifel, dass diese Pilgerfahrten nach Rußland zunehmen werden. Und wenn sie sich überzeugt haben werden, dass jeder Schritt in der Entwicklung der Industrie in Rußland zugleich einen Schritt zur Verbesserung der Lage der Arbeiter bedeutet, nicht aber zu deren Verschlechterung, wie dies gewöhnlich in den kapitalistischen Ländern der Fall ist, dann werden sie verstehen, dass es auch für sie, die Arbeiter des Westens, an der Zeit ist, bei sich zu Hause einen Arbeiterstaat zu errichten. Darum stellt schon allein die Existenz des Sowjetstaates für den Imperialismus eine tödliche Gefahr dar. Darum können keine Erfolge des Imperialismus von Dauer sein, solange der Sowjetstaat auf der Welt besteht und sich entwickelt.

Dies sind die Tatsachen, die für die Bourgeoisie eine negative Bedeutung haben, denn sie zeugen von der Stärke der revolutionären Bewegung und von ihren voraussichtlichen Erfolgen in der nächsten Zukunft.

Der Kampf dieser entgegengesetzten Tendenzen, der negativen und der positiven, stellt die Grundlage und den Inhalt der gegenwärtigen internationalen Lage dar.

In diesem Kampf der Gegensätze erwuchs der so genannte Pazifismus, der verblühte, noch ehe er aufgeblüht war, und der weder eine „Ära” noch eine „Epoche” noch eine „Periode” einleitete. Er hat weder die Hoffnungen der Paktierer noch die Befürchtungen der Konterrevolutionäre gerechtfertigt.

In diesem Kampf sind die „glorreichen” Namen Poincares und Hughes', MacDonalds und Herriots untergegangen.

Welche von diesen Tendenzen werden die Oberhand gewinnen, die positiven oder die negativen?

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass mit der Zeit die für den Kapitalismus negativen, für die Revolution günstigen Tendenzen siegen müssen; denn der Imperialismus ist unfähig, die ihn zerfressenden Widersprüche zu lösen, denn er ist nur fähig, sie zeitweise zu lindern, so dass sie dann wieder hervortreten und sich mit neuer vernichtender Kraft entfalten. Aber es besteht auch kein Zweifel, dass gegenwärtig die für den Kapitalismus positiven, günstigen Tendenzen die Oberhand gewinnen.

Darin besteht die Besonderheit der jetzigen internationalen Lage. Das Ergebnis ist, dass wir eine gewisse Periode der Stille in Europa und Amerika haben, die durch die national-revolutionäre Bewegung in den Kolonien „gestört" und durch die Existenz, Entwicklung und Stärkung der Sowjetunion „getrübt" wird.
Für die Bourgeoisie bedeutet das eine Atempause, verstärkte Kapitalausfuhr, weitere Bereicherung, Verstärkung der Unterdrückung und Ausbeutung in den Kolonien, Verstärkung des Drucks auf die Sowjetunion, Konzentrierung aller Kräfte der Konterrevolution uni das englisch-amerikanische Kapital.
Für das Proletariat der kapitalistischen Länder bedeutet das den Beginn einer Periode der Sammlung der Kräfte, den Beginn einer Periode der Formierung und Ausbildung proletarischer Armeen unter dem Banner des Kommunismus unter den Verhältnissen eines Systems von Repressalien, das mit einem System von „Freiheiten" abwechselt.
Für die Kolonien bedeutet das die Verstärkung des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung und Ausbeutung, die Verstärkung des Kampfes um die Befreiung vorn Imperialismus.
Für die Sowjetunion bedeutet das die Anspannung aller Kräfte für die weitere Entwicklung der Industrie, für die Verstärkung der Wehrfähigkeit des Landes, für die Konzentrierung der revolutionären Kräfte aller Länder gegen den Imperialismus.
Hieraus ergeben sich die Aufgaben der kommunistischen Parteien:
1. Alle und jegliche Gegensätze im Lager der Bourgeoisie zwecks Zersetzung und Schwächung ihrer Kräfte, zwecks Stärkung der Positionen des Proletariats restlos auszunützen.
2. Die konkreten Formen und Methoden der engeren Verbindung der Arbeiterklasse der fortgeschrittenen Länder mit der national-revolutionären Bewegung der Kolonien und abhängigen Länder zwecks allseitiger Unterstützung dieser Bewegung gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Imperialismus, festzulegen.
3. Den Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung vorwärts zutreiben und zu Ende zu führen, eingedenk dessen, dass dies das zuverlässigste Mittel zur Gewinnung der Millionenmassen der Arbeiterklasse ist. Denn man kann die Millionenmassen des Proletariats nicht gewinnen, ohne die Gewerkschaften zu erobern, die Gewerkschaften aber kann man nicht erobern, ohne in ihnen zu arbeiten und dort Monat um Monat, Jahr um Jahr das Vertrauen der Arbeitermassen immer mehr zu erwerben. Ohne dies ist an die Erringung der Diktatur des Proletariats gar nicht zu denken.
4. Die konkreten Formen und Methoden der engeren Verbindung der Arbeiterklasse mit dem durch die bürokratische Maschine des bürgerlichen Staates und durch die räuberischen Preise der allmächtigen Truste niedergedrückten Kleinbauerntum festzulegen, eingedenk dessen, dass der Kampf um das Kleinbauerntum eine dringende Aufgabe der Partei ist, die zur Diktatur des Proletariats schreitet.
5. Die Sowjetmacht zu unterstützen und die interventionistischen Machenschaften des Imperialismus gegen die Sowjetunion zu durchkreuzen, eingedenk dessen, dass die Sowjetunion das Bollwerk der revolutionären Bewegung aller Länder ist, dass die Erhaltung und Stärkung der Sowjetunion die Beschleunigung des Sieges der Arbeiterklasse über die Weltbourgeoisie bedeutet.

„Prawda" Nr. 66,
22. März 1925.
Unterschrift: J. Stalin.

ÜBER DIE TSCHECHOSLOWAKISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

Rede in der tschechoslowakischen Kommission des EKKI[21]
27. März 1925

Genossen! Wenn man von einigen Einzelheiten und persönlichen Momenten absieht, die von einigen Genossen angeführt wurden und die nicht zur Sache gehören, könnte man die Meinungsverschiedenheiten in der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei in folgenden 9 Fragen zusammenfassen:
1. Macht die tschechoslowakische Kommunistische Partei eine Krise durch?
2. Welches ist die Grundursache der Krise?
3. Welcher Art ist die Krise, das heißt, von wo droht die Gefahr, von links oder von rechts?
4. Welche Gefahr ist die ernstere, die linke oder die rechte?
5. Warum ist die Gefahr von rechts die realste Gefahr?
6. Wie muss der Kampf gegen die rechte Gefahr geführt werden, damit im Ergebnis des Kampfes eine wirkliche Bolschewisierung erreicht und ein wirklicher Ausweg aus der Krise gefunden wird?
7. Welches ist die nächste Aufgabe hinsichtlich der Bolschewisierung der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei?
8. Über die Rechte der Komintern gegenüber den nationalen Sektionen.
9. Über den Genossen Kreibich und die Drohung mit der Spaltung.

Macht die tschechoslowakische Kommunistische Partei eine Krise durch? Ja, sie macht eine Krise durch. Das wird von beiden Seiten zugegeben. Darüber bestehen zwischen ihnen keine Meinungsverschiedenheiten. Genosse Smeral ist sogar noch weiter gegangen, indem er sagte, dass die Krise tiefer gehe, als es von einigen Genossen gewöhnlich dargestellt wird.
Welches ist die Grundursache der Krise? Genosse Smeral hat vollkommen recht, wenn er behauptet, dass die Grundursache der Krise in den Schwierigkeiten liegt, die mit dem Übergang von der Periode des revolutionären Aufschwungs zur Periode der Stille verknüpft sind. Eine Übergangsperiode, die eine neue Orientierung erforderlich macht, ruft gewöhnlich diese oder jene Krise in der Partei hervor. So liegen die Dinge gegenwärtig auch in der Tschechoslowakei.
Welcher Art ist die Krise, und von wo droht die Gefahr, von links oder von rechts? Auch hier hat Genosse Smeral recht, wenn er behauptet, dass die Gefahr von beiden Seiten droht, sowohl von links als auch von rechts. Es besteht die Gefahr der Überschätzung der Teilforderungen auf Kosten der Grundforderungen, der Überschätzung der parlamentarischen Tätigkeit und der Arbeit in den Gewerkschaften. Das ist eine Gefahr von rechts, denn sie führt zur Anpassung an die Bourgeoisie. Anderseits besteht die Gefahr der Unterschätzung der Teilforderungen, der parlamentarischen Tätigkeit, der Arbeit in den Gewerkschaften usw. Das ist eine Gefahr von links, denn sie führt zur Loslösung von den Massen und zum Sektierertum. Der Wunsch des Genossen Smeral, in diesem Kampf zweier entgegengesetzter Abweichungen eine Position der Mitte einzunehmen, ist durchaus berechtigt. Schlimm ist nur, dass es ihm nicht gelungen ist, sich in dieser Position zu behaupten, und dass er ins Schlepptau der Rechten geraten ist.
Welche von diesen Gefahren ist die ernstere, die linke oder die rechte? Ich glaube, Genosse Smeral ist sich über diese Frage nicht klar geworden. Er richtet seine Kritik hauptsächlich gegen die Linken, in der Annahme, dass hier die Hauptgefahr liege. Die Tatsachen besagen indes, dass die Hauptgefahr von rechts droht, nicht aber von links. Das hat Genosse Smeral nicht begriffen, und darin besteht sein erster Fehler.
Warum ist die Gefahr von rechts gegenwärtig die ernsteste Gefahr? Aus drei Gründen.

Erstens. Der Übergang vom Aufschwung zur Stille vermehrt an und für sich, schon seiner ganzen Natur nach die Chancen der Gefahr von rechts. Wenn der Aufschwung revolutionäre Illusionen erzeugt und als Hauptgefahr die linke Gefahr hervorruft, so erzeugt die Periode der Stille im Gegenteil sozialdemokratische, reformistische Illusionen und ruft als Hauptgefahr die rechte Gefahr hervor. Im Jahre 1920, als die Arbeiterbewegung im Aufschwung begriffen war, verfasste Lenin die Schrift „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit". Warum verfasste Lenin gerade diese Schrift? Weil die linke Gefahr damals die ernsteste Gefahr war. Ich glaube, wenn Lenin noch am Leben wäre, so würde er jetzt eine neue Schrift über „Die rechte Abweichung, die Alterskrankheit" verfassen, denn jetzt, in der Periode der Stille, da die kompromisslerischen Illusionen zwangsläufig zunehmen, ist die rechte Gefahr die ernsteste Gefahr.
Zweitens. Wie Genosse Smeral berichtete, besteht die tschechoslowakische Kommunistische Partei mindestens zu 70 Prozent aus ehemaligen Sozialdemokraten. Es bedarf wohl kaum des Beweises, dass sozial-demokratische Rückfälle in einer solchen Partei nicht nur möglich, sondern sogar unausbleiblich sind. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, dass dieser Umstand die Gefahr von rechts nur noch verstärken muss.
Drittens. Der tschechoslowakische Staat stellt einen Staat des nationalen Sieges der Tschechen dar. Die Tschechen haben bereits ihren Nationalstaat, in dem sie die herrschende Nation sind, erhalten, den Arbeitern geht es da vorläufig nicht übel: es gibt keine Arbeitslosigkeit, alles schwelgt in der Idee des Nationalstaates. All das muss natürlich Illusionen des nationalen Friedens zwischen den Klassen in der Tschechoslowakei erzeugen. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, dass dieser Umstand seinerseits zur Entstehung und Verschärfung der Gefahr von rechts führt. Darin ist auch die Ursache dafür zu suchen, dass die Rechten und die Linken auf der nationalen Linie auseinandergingen, dass die Slowaken und die Deutschen (die unterdrückten Nationen) auf den linken Flügel gerieten, die Tschechen aber auf den entgegengesetzten Flügel. Genosse Smeral hat von der Gefährlichkeit einer solchen Scheidung gesprochen. Das ist natürlich richtig. Richtig ist aber auch, dass eine solche Scheidung durchaus verständlich ist, wenn man die oben angeführten nationalen Besonderheiten des tschechoslowakischen Staates und die herrschende Stellung der Tschechen in Betracht zieht.
Das sind die wichtigsten Ursachen, die die Gefahr von rechts in der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei zu einer besonders ernsten Gefahr machen.
Wie muss der Kampf gegen die rechte Gefahr in der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei geführt werden? Diese Frage führt uns zum eigentlichen Kern der Meinungsverschiedenheiten. Man sollte meinen, dass der Kampf gegen diese Gefahr mit größter Entschlossenheit und Unerbittlichkeit geführt werden muss. Aber bei den tschechischen Kommunisten ist das Gegenteil der Fall. Bekämpft Genosse Smeral die Gefahr von rechts? Ja, er bekämpft sie. Aber er bekämpft sie so, dass statt einer Überwindung der Rechten bei ihm letzten Endes eine Kultivierung, eine Unterstützung, eine Verteidigung der Rechten gegen die Schläge der Linken herauskommt. Das ist etwas seltsam, Genossen, aber es ist eine Tatsache. Darin besteht der zweite und grundlegende Fehler des Genossen Smeral.
Urteilen Sie selbst.
1. Es ist eine Tatsache, dass ein Artikel des Genossen Kreibich existiert, in dem er für den Trotzkismus Stellung nimmt. Es ist eine Tatsache, dass dieses Dokument in Parteikreisen bekannt ist und von Hand zu Hand geht. Es wäre notwendig gewesen, dieses Dokument ans Tageslicht zu bringen und seinen Verfasser zu zerschmettern, ideologisch zu zerschmettern, vor den Augen der Arbeiter, um der Partei die Möglichkeit zu geben, sich über die Gefahr des Trotzkismus klar zu werden und ihre Kader im Geiste des Bolschewismus zu erziehen. Denn was ist der Trotzkismus anderes als der rechte Flügel im Kommunismus, als die Gefahr von rechts? Wie aber handelte Genosse Smeral in diesem Fall? Anstatt den Trotzkismus des Genossen Kreibich der ganzen Partei zur Kenntnis zu bringen, hat er die Frage kurzerhand

vertuscht und verschleiert, hinter den Kulissen der Partei behandelt und dort in aller Stille „gelöst”, in der gleichen Weise, wie gewöhnliche „Missverständnisse” beigelegt werden. Den Gewinn davon hatten der Trotzkismus und der Genosse Kreibich. Den Verlust hatte die Partei. Anstatt des Kampfes gegen die Rechten ergab sich eine Beschützung der Rechten.

2. Es ist bekannt, dass einige Führer dreier Gewerkschaftsverbände - der Transportarbeiter, der Holzarbeiter und der Bauarbeiter - ein gewisses Dokument herausgegeben haben, in dem die volle Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der Partei gefordert wird. Es ist bekannt, dass dieses Dokument von dem Vorhandensein einer ganzen Anzahl rechter Elemente in den Gewerkschaften der Tschechoslowakei zeugt. Es wäre notwendig gewesen, dieses Dokument offen vor der Partei der Kritik zu unterziehen und sie vor der Gefahr einer Loslösung der Gewerkschaften von der Partei zu warnen. Wie handelte Genosse Smeral in diesem Fall? Er vertuschte kurzerhand auch diese Frage, indem er das Dokument einzog und es auf diese Weise vor den Parteimassen verbarg. Und die Rechten blieben unversehrt, und das „Parteiprestige” blieb gewahrt. Das nennt sich Kampf gegen die Rechten!

3. Es ist bekannt, dass es in der kommunistischen Parlamentsfraktion rechte Elemente gibt. Es ist bekannt, dass sich diese Elemente immer wieder der Führung der Partei entziehen und sich dem ZK der Partei gegenüberzustellen suchen. Der Kampf gegen diese Elemente ist dringend notwendig, besonders jetzt, besonders unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Stille. Wie kämpft Genosse Smeral gegen diese Gefahr? Anstatt die rechten Elemente der kommunistischen Fraktion zu entlarven, nimmt er sie in Schutz und rettet sie durch eine Kautschukresolution über die Anerkennung der Parteiführung, die im Ergebnis eines hinter den Kulissen geführten inneren Kampfes im vierten Jahr des Bestehens der Partei angenommen wurde. Wiederum hatten die Rechten den Gewinn, und die Partei hatte den Verlust.

4. Schließlich der Fall Bubnik. Ich muss sagen, Genossen, dass die Periode der Stille keine Periode der absoluten Aktionslosigkeit ist. Die Periode der Stille ist eine Periode der Formierung und Ausbildung der proletarischen Armeen, eine Periode ihrer Vorbereitung zur Revolution. Die Ausbildung der proletarischen Armeen kann aber nur im Verlauf von Aktionen erfolgen. Die Teuerung, die in letzter Zeit in der Tschechoslowakei eingesetzt hat, ist eine günstige Voraussetzung für diese Aktionen. Bekanntlich hat die tschechoslowakische Kommunistische Partei den Augenblick genutzt und kürzlich eine Reihe von Demonstrationen anlässlich der Teuerung durchgeführt. Bekanntlich hat der rechte Kommunist Bubnik, der jetzt aus der Partei ausgeschlossen ist, die Gelegenheit ebenfalls benutzt und die Aktion der Arbeiter zu hintertreiben versucht, indem er der Partei in den Rücken fiel. Was hat Genosse Smeral unternommen, um die Partei davor zu bewahren, dass ihr die Rechten in den Rücken fallen? Anstatt den „Fall” Bubnik zu benutzen und an Hand dieses Falles die ganze Gruppe der Rechten vor der Partei schonungslos zu entlarven, hat Genosse Smeral die prinzipielle Frage, die Frage der Rechten, auf den individuellen Fall Bubnik beschränkt, obgleich die ganze Welt weiß, dass Bubnik nicht allein steht, dass er Anhänger sowohl in den Gewerkschaften als auch in der kommunistischen Parlamentsfraktion und in der Presse hat. Um den Preis eines kleinen Opfers (Ausschluss Bubniks) hat er die Gruppe der Rechten vor der Zertrümmerung bewahrt, zum Schaden der grundlegenden Interessen der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei. Und das nennt sich beim Genossen Smeral Taktik des Kampfes gegen die Rechten!

Genosse Smeral bezeichnet diese Taktik als „feine”, „delikate” Taktik. Mag sein, dass diese Taktik tatsächlich fein ist, aber dass sie mit der bolschewistischen Taktik des unversöhnlichen Kampfes gegen die Rechten nichts gemein hat, daran kann nicht der geringste Zweifel bestehen. Genosse Smeral vergisst das russische Sprichwort: „Die feinsten Fäden reißen am leichtesten.” Er hat vergessen, dass Feinheit keine Garantie gegen ein Fiasko bietet. So ist es bekanntlich auch gekommen; denn diese „feine” Taktik gegenüber den Rechten hat der ersten Probe schon nicht standgehalten und hat Fiasko erlitten, als die mit dieser Taktik

großgepäppelte Gruppe Bubnik die Aktion des tschechischen Proletariats, die vor kurzem stattgefunden hat, beinahe zum Scheitern gebracht hätte. Die Stärkung der Rechten und der Verrat Bubniks - das ist das Ergebnis der „;feinen“ Taktik des Genossen Smeral. Deshalb glaube ich, dass die „feine” Taktik des Genossen Smeral eine Taktik der Rettung der Rechten ist, eine Taktik der Vertiefung der Krise, eine Taktik, die den Untergang der Partei nach sich zu ziehen droht.
Woran ist die alte Sozialdemokratie als revolutionäre Partei zugrunde gegangen? Unter anderem daran, dass Kautsky und Konsorten die „feine” Taktik der Beschirmung und der Rettung der Rechten, die „delikate” Taktik der „Einigkeit und des Friedens” mit Ed. Bernstein und Konsorten in der Praxis anwandten. Und was war das Ergebnis davon? Das Ergebnis war, dass im kritischen Augenblick, unmittelbar vor dem Kriege, die rechten Sozialdemokraten die Arbeiter verrieten, dass die „Orthodoxen” in die Gefangenschaft der Rechten geraten waren und dass die Sozialdemokratie als Ganzes ein „lebender Leichnam” geworden war. Ich glaube, dass mit der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei im Laufe der Zeit das gleiche geschehen kann, wenn Sie die „feine” Taktik des Genossen Smeral nicht schnell und entschlossen durch die bolschewistische Taktik des schonungslosen Kampfes gegen die rechten Gruppierungen im Kommunismus ersetzen. Damit will ich den Genossen Smeral nicht mit den Sozialdemokraten auf eine Stufe stellen. Keinesfalls. Er ist zweifellos ein Kommunist, und vielleicht sogar ein prächtiger Kommunist. Aber ich will damit sagen, dass er unvermeidlich zum Sozialdemokratismus hinab gleiten wird, wenn er sich von seiner „feinen” Taktik nicht lossagt.
Welches ist die nächste Aufgabe der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei?
Ihre nächste Aufgabe besteht darin, gleichzeitig mit dem Kampf gegen die „ultralinken” Abweichungen einen entschiedenen Kampf gegen die Gefahr von rechts zu führen, um die Rechten völlig zu isolieren und endgültig zu überwinden. Zusammenschluss aller wahrhaft revolutionären Elemente der Partei, um die rechten Gruppierungen völlig zu liquidieren - das ist die Aufgabe der Partei, das ist der Ausweg aus der Krise. Geschieht das nicht, ist an eine Bolschewisierung der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei überhaupt nicht zu denken.
Das bedeutet natürlich noch nicht, dass alle Rechten unbedingt und restlos ausgeschlossen werden müssen. Der Ausschluss ist nicht das entscheidende Mittel im Kampf gegen die Rechten. Das Wesentlichste ist, die rechten Gruppierungen im Verlauf eines prinzipiellen Kampfes ideologisch und moralisch zu zerschlagen, wobei die breiten Parteimassen in diesen Kampf hineingezogen werden müssen. Das ist eins der wesentlichsten und wichtigsten Mittel, um die Partei im Geiste des Bolschewismus zu erziehen. Der Ausschluss muss, wenn er wirklich notwendig ist, das natürliche Ergebnis der ideologischen Zerschmetterung des Gegners sein. In dieser Hinsicht haben die Linken in der Tschechoslowakei einen ernsten Fehler begangen, als sie sich mit dem Ausschluss Bubniks beeilten. Anstatt den „Fall” Bubnik restlos auszunützen und ihn mit der prinzipiellen Stellungnahme der Rechten zur Frage der Massenaktionen zu verknüpfen, um dadurch ihr wahres Gesicht zu enthüllen, beeilten sie sich mit dem Ausschluss und schnitten sich dadurch alle Wege zum weiteren Vorgehen gegen die Rechten auf dieser Grundlage ab.
Was die Rechte der Komintern und ihre Einmischung in die Angelegenheiten der nationalen Parteien betrifft, so bin ich absolut nicht einverstanden mit einigen Genossen, die sich für die Beschneidung dieser Rechte ausgesprochen haben. Man möchte, dass sich die Komintern in eine Organisation verwandle, die über den Sternen thront, auf die Geschehnisse in den einzelnen Parteien gelassen herabsieht und die Vorgänge geduldig registriert. Nein, Genossen, die Komintern kann nicht zu einer Organisation werden, die über den Sternen thront. Die Komintern ist eine Kampforganisation des Proletariats, sie ist mit allen Wurzeln ihres Seins mit der Arbeiterbewegung verwachsen und kann nicht umhin, sich in die Angelegenheiten der einzelnen Parteien einzumischen, um die revolutionären Elemente zu unterstützen und ihre

Gegner zu bekämpfen. Natürlich haben die Parteien ihre innere Autonomie, natürlich müssen die Parteitage frei sein, und die Zentralkomitees müssen von den Parteitagen gewählt werden. Daraus aber zu folgern, dass die Komintern nicht das Recht der Leitung und folglich auch der Einmischung habe, heißt den Feinden des Kommunismus in die Hände arbeiten.

Schließlich über Genossen Kreibich. Ich denke, dass seine ganze Rede darauf berechnet war, diesen und jenen durch Drohung mit der Spaltung einzuschüchtern. Rührt die Rechten aus Brünn nicht an, sagte er, sonst geht die Sache schlecht aus, kämpft nicht gegen sie, sonst kommt es zur Spaltung. Nun, wir werden ja sehen. Genosse Kreibich soll nur aufhören, uns zu schrecken, er wird uns sowieso nicht einschüchtern. Es kann ihm nicht unbekannt sein, dass wir genügend Pulver gerochen haben und dass die Drohung mit der Spaltung bei uns nicht verfängt. Und wenn es ihm einfallen sollte, von der Drohung zur Tat überzugehen, dann bin ich so frei, ihm zu versichern, dass nur er der Leidtragende sein wird und sonst niemand.

Ich fasse zusammen. Die Partei macht eine Krise durch. Es besteht kein Zweifel über die Ursachen der Krise. Die Hauptgefahr droht von rechts. Entschiedener und unversöhnlicher Kampf gegen diese Gefahr - das ist die Aufgabe. Zusammenschluss aller revolutionären Elemente der Partei zur völligen Überwindung der Rechten - das ist der Ausweg aus der Krise. Man muss die Periode der Stille ausnützen, um die Partei zu festigen, sie zu bolschewisieren und dafür zu sorgen dass sie „immer bereit” ist, allen eventuellen „Komplikationen” zu begegnen, denn wir „wissen weder Tag noch Stunde”, da „der Bräutigam kommt” und den Weg für einen neuen revolutionären Aufschwung frei macht.

„Prawda” Nr. 72,
29. März 1925.

ZUR NATIONALEN FRAGE IN JUGOSLAWIEN

Rede in der jugoslawischen Kommission des EKKI
30. März 1925

Genossen! Ich glaube, Semitsch ist sich nicht ganz darüber klar geworden, worin das eigentliche Wesen der bolschewistischen Behandlung der nationalen Frage besteht. Die Bolschewiki haben niemals, weder vor dem Oktober noch nach dem Oktober, die nationale Frage von der allgemeinen Frage der Revolution getrennt. Das eigentliche Wesen der bolschewistischen Behandlung der nationalen Frage besteht darin, dass die Bolschewiki die nationale Frage stets in unlösbarem Zusammenhang mit der revolutionären Perspektive betrachteten.

Semitsch zitierte Lenin und sagte, Lenin sei dafür gewesen, dass eine bestimmte Lösung der nationalen Frage in der Verfassung verankert werde. Damit wollte Semitsch offenbar sagen, Lenin habe die nationale Frage als eine Verfassungsfrage angesehen, das heißt nicht als eine Frage der Revolution, sondern als eine Frage der Reform. Das ist völlig falsch. Lenin hat niemals an Verfassungsillusionen gekrankt noch kranken können. Man braucht nur seine Werke durchzusehen, um sich davon zu überzeugen. Wenn Lenin von der Verfassung sprach, so hatte er nicht einen verfassungsmäßigen Weg der Lösung der nationalen Frage im Auge, sondern den revolutionären Weg, das heißt, er betrachtete die Verfassung als ein Ergebnis des Sieges der Revolution. Wir haben in der UdSSR gleichfalls eine Verfassung, und sie spiegelt eine bestimmte Lösung der nationalen Frage wider. Diese Verfassung hat jedoch nicht als Ergebnis eines Kuhhandels mit der Bourgeoisie, sondern als Ergebnis einer siegreichen Revolution das Licht der Welt erblickt.

Semitsch beruft sich ferner auf die bekannte, im Jahre 1912 verfasste Schrift Stalins zur nationalen Frage[22] und ist dabei bemüht, dort wenigstens eine indirekte Bestätigung dafür zu finden, dass er recht hat. Aber diese Berufung erwies sich als vergebliches Bemühen, denn er hat dort weder eine Stelle noch auch nur eine entfernte Anspielung, die sein „verfassungsmäßiges" Herangehen an die nationale Frage irgendwie rechtfertigen könnte, gefunden noch finden können. Um dies zu bekräftigen, könnte ich Semitsch an die bekannte Stelle aus Stalins Schrift erinnern, wo die österreichische Methode der Lösung der nationalen Frage (die verfassungsmäßige) der Methode der russischen Marxisten (der revolutionären) entgegengestellt wird.

Diese Stelle lautet:

„Die Osterreicher gedenken, die ‚Freiheit der Nationalitäten' durch kleine Reformen, in langsamem Schritt zu verwirklichen. Wenn sie die national-kulturelle Autonomie als praktische Maßnahme vorschlagen, so rechnen sie in keiner Weise mit einer radikalen Veränderung, mit einer demokratischen Freiheitsbewegung, die sie gar nicht vorsehen. Die russischen Marxisten dagegen verbinden die Frage der ‚Freiheit der Nationalitäten' mit der voraussichtlichen radikalen Veränderung, mit der demokratischen Freiheitsbewegung; sie haben keinen Grund, auf Reformen zu rechnen. Dies aber ändert die Sache wesentlich im Hinblick auf das voraussichtliche Schicksal der Nationen in Rußland."

Das ist wohl klar.

Und das ist nicht der persönliche Standpunkt Stalins, sondern der allgemeine Standpunkt der russischen Marxisten, die die nationale Frage in unlösbarem Zusammenhang mit der allgemeinen Frage der Revolution betrachteten und betrachten.

Man kann ohne weiteres sagen, dass die Behandlung der nationalen Frage in der Geschichte des russischen Marxismus zwei Stadien durchgemacht hat: das erste, bis zur Oktoberrevolution, und das zweite - das der Oktoberrevolution. Im ersten Stadium wurde die nationale Frage als ein Teil der allgemeinen Frage der bürgerlich-demokratischen Revolution, das heißt als ein Teil der Frage der Diktatur des -Proletariats und der Bauernschaft, betrachtet.

Im zweiten Stadium, als sich die nationale Frage erweitert und in die Frage der Kolonien verwandelt hatte, als sich die nationale Frage aus einer innerstaatlichen Frage in eine Weltfrage verwandelt hatte, wurde die nationale Frage bereits als ein Teil der allgemeinen Frage der proletarischen Revolution, als ein Teil der Frage der Diktatur des Proletariats betrachtet. Hier wie dort war die Methode, wie Sie sehen, streng revolutionär.

Ich glaube, Semitsch ist sich über alles das noch nicht ganz klar geworden. Daher seine Versuche, die nationale Frage auf den Boden der Verfassung hinabzudrücken, das heißt, sie als Frage einer Reform zu betrachten.

Diesem Fehler entspringt sein zweiter Fehler, der darin besteht, dass er nicht sehen will, dass die nationale Frage dem Wesen der Sache nach eine Bauernfrage ist. Nicht eine Agrarfrage, sondern eben eine Bauernfrage, denn das sind zwei verschiedene Dinge. Es ist vollkommen richtig, dass die nationale Frage nicht mit der Bauernfrage identifiziert werden darf, denn außer Bauernfragen schließt die nationale Frage noch Fragen der nationalen Kultur, des nationalen Staatswesens u. a. ein. Aber ebenso steht auch außer Zweifel, dass die Grundlage der nationalen Frage, ihr inneres Wesen dennoch die Bauernfrage bildet. Daraus erklärt sich denn auch, dass die Bauernschaft die Hauptarmee der nationalen Bewegung abgibt, dass es ohne Bauernarmee keine machtvolle nationale Bewegung gibt noch geben kann. Und das eben ist gemeint, wenn man sagt, dass die nationale Frage dem Wesen der Sache nach eine Bauernfrage ist. Ich glaube, hinter Semitschs Sträuben, diese Formel anzuerkennen, verbirgt sich eine Unterschätzung der der nationalen Bewegung innewohnenden Kraft und eine Verkennung des zutiefst volkstümlichen, zutiefst revolutionären Charakters der nationalen Bewegung. Diese Verkennung und diese Unterschätzung stellen eine große Gefahr dar, denn sie bedeuten in der Praxis eine Unterschätzung der inneren potentiellen Kraft, die der Bewegung, sagen wir, der Kroaten für die nationale Freiheit innewohnt, eine Unterschätzung, die zu ernsten Komplikationen für die gesamte jugoslawische Kommunistische Partei führen kann.

Darin besteht Semitschs zweiter Fehler.

Als Fehler muss auch zweifellos angesehen werden, wenn Semitsch versucht, die nationale Frage in Jugoslawien außerhalb des Zusammenhangs mit der internationalen Lage und mit den voraussichtlichen Perspektiven in Europa zu behandeln. Davon ausgehend, dass es augenblicklich unter den Kroaten und Slowenen keine ernstliche Volksbewegung für die Unabhängigkeit gibt, gelangt Semitsch zu dem Schluss, dass die Frage des Rechts der Nationen auf Lostrennung eine akademische, jedenfalls keine aktuelle Frage sei. Das stimmt natürlich nicht. Selbst wenn man gelten lassen wollte, dass diese Frage augenblicklich nicht aktuell ist, so kann sie doch durchaus aktuell werden, wenn ein Krieg beginnt, beziehungsweise sobald ein Krieg beginnt, wenn in Europa eine Revolution ausbricht, beziehungsweise sobald sie ausbricht. Dass ein Krieg aber unvermeidlich beginnen wird und dass sie sich dort unbedingt in die Haare geraten werden, daran kann es keinen Zweifel geben, wenn man die Natur und die Entwicklung des Imperialismus in Betracht zieht.

Im Jahre 1912, als wir russischen Marxisten den ersten Entwurf eines nationalen Programms skizzierten, hatten wir noch in keinem Randgebiet des Russischen Reichs eine ernstliche Unabhängigkeitsbewegung zu verzeichnen. Wir hielten es jedoch für notwendig, in unser Programm einen Punkt über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung aufzunehmen, das heißt über das Recht einer jeden Nationalität auf Lostrennung und selbständige staatliche Existenz. Warum taten wir das? Weil wir nicht nur davon ausgingen, was damals vorhanden war, sondern auch davon, was sich im allgemeinen System der internationalen Beziehungen entwickelte, was im Anzug war, das heißt, wir rechneten damals nicht nur mit der Gegenwart, sondern auch mit der Zukunft. Und wir wussten: Wenn irgendeine Nationalität die Lostrennung fordert, dann werden die russischen Marxisten dafür kämpfen, dass das Recht auf Lostrennung jeder dieser Nationalitäten gesichert werde. Semitsch hat sich in seiner Rede

wiederholt auf Stalins Schrift über die nationale Frage berufen. In dieser Schrift Stalins wird aber über die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit folgendes gesagt:
„Das Anwachsen des Imperialismus in Europa ist kein Zufall. In Europa wird es dem Kapital zu eng, und auf der Suche nach neuen Märkten, billigen Arbeitskräften, neuen Anlagemöglichkeiten drängt es ungestüm in fremde Länder. Das führt aber zu außenpolitischen Verwicklungen und zum Krieg.... Es ist... sehr wohl ein Zusammentreffen innerer und äußerer Konjunkturen möglich, bei dem es diese oder jene Nationalität in Rußland notwendig fände, die Frage ihrer Unabhängigkeit aufzuwerfen und zu lösen. Und natürlich ist es nicht Sache der Marxisten, in solchen Fällen Hindernisse zu schaffen."
Dies wurde bereits im Jahre 1912 geschrieben. Sie wissen, dass sich dieser Grundsatz in der Folge voll und ganz bestätigt hat, sowohl in der Kriegszeit als auch nach dem Krieg, besonders aber nach dem Sieg der Diktatur des Proletariats in Rußland.
Mit um so größerer Berechtigung müssen solche Möglichkeiten in Europa im allgemeinen und speziell in Jugoslawien in Betracht gezogen werden, besonders jetzt, nachdem die national-revolutionäre Bewegung in den unterjochten Ländern in die Tiefe gegangen ist und die Revolution in Rußland gesiegt hat. Es muss auch der Umstand berücksichtigt werden, dass Jugoslawien kein völlig unabhängiges Land ist, dass es mit gewissen imperialistischen Gruppierungen verbunden ist und sich folglich nicht jenem großen Spiel der Kräfte entziehen kann, das außerhalb Jugoslawiens vor sich geht. Und wenn Sie ein nationales Programm für die jugoslawische Partei schaffen - und es handelt sich im gegebenen Fall gerade darum - so müssen Sie daran denken, dass das Programm nicht nur davon ausgehen darf, was im jeweiligen Moment vorhanden ist, es muss auch davon ausgehen, was sich entwickelt und auf Grund der internationalen Verhältnisse unausbleiblich eintreten wird. Darum glaube ich, dass die Frage des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung als aktuelle, dringliche Frage betrachtet werden muss.
Nun zum nationalen Programm. Den Ausgangspunkt des nationalen Programms muss der Grundsatz der Sowjetrevolution in Jugoslawien bilden, der Grundsatz, dass ohne den Sturz der Bourgeoisie und den Sieg der Revolution die nationale Frage nicht auch nur einigermaßen befriedigend gelöst werden kann. Natürlich sind Ausnahmen möglich. Eine solche Ausnahme gab es zum Beispiel vor dem Krieg bei der Lostrennung Norwegens von Schweden, worauf Lenin in einem seiner Artikel ausführlich eingeht[23]. Das war aber vor dem Krieg und bei einem ganz außergewöhnlichen Zusammentreffen günstiger Umstände. Nach dem Krieg, und besonders nach dem Sieg der Sowjetrevolution in Rußland, dürften solche Fälle kaum noch möglich sein. Jedenfalls sind die Aussichten für solche Möglichkeiten jetzt dermaßen gering geworden, dass man sie gleich Null setzen kann. Wenn dem aber so ist, so ist es klar, dass wir ein Programm nicht auf Größen aufbauen können, deren Wert gleich Null ist. Darum muss der Grundsatz der Revolution den Ausgangspunkt des nationalen Programms bilden.
Weiter. In das nationale Programm muss unbedingt ein besonderer Punkt über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung einschließlich der staatlichen Lostrennung aufgenommen werden. Ich habe vorhin schon davon gesprochen, warum man unter den jetzigen inneren und internationalen Verhältnissen ohne einen solchen Punkt nicht auskommen kann.
Schließlich muss im Programm auch ein besonderer Punkt über die national-territoriale Autonomie für diejenigen Nationalitäten Jugoslawiens enthalten sein, die es nicht für nötig befinden werden, sich von Jugoslawien loszutrennen. Wer da meint, eine solche Kombination komme nicht in Frage, ist im Unrecht. Das stimmt nicht. Unter bestimmten Bedingungen, nach einem Sieg der Sowjetrevolution in Jugoslawien, ist es durchaus möglich, dass manche Nationalitäten nicht werden ausscheiden wollen, ähnlich wie dies bei uns in Rußland der Fall war. Es versteht sich, dass das Programm für einen solchen Fall einen Punkt über die Autonomie enthalten muss im Hinblick auf die Umwandlung des jugoslawischen Staates in eine Föderation autonomer Nationalstaaten auf der Grundlage des Sowjetsystems.

Also Recht auf Lostrennung für diejenigen Nationalitäten, die sich werden lostrennen wollen, und Recht auf Autonomie für diejenigen Nationalitäten, die es vorziehen werden, im Rahmen des jugoslawischen Staates zu verbleiben.
Um Missverständnisse zu vermeiden, möchte ich bemerken, dass das Recht auf Lostrennung nicht als Pflicht, nicht als Verpflichtung, sich loszutrennen, aufgefasst werden darf. Eine Nation kann von diesem Recht Gebrauch machen und sich lostrennen, es steht ihr aber auch frei, keinen Gebrauch davon zu machen, und wenn sie das nicht will, so ist das ihre Sache, und dem muss man Rechnung tragen. Manche Genossen machen aus dem Recht auf Lostrennung eine Pflicht, indem sie zum Beispiel von den Kroaten die Lostrennung um jeden Preis fordern. Diese Stellungnahme ist falsch und muss verworfen werden. Recht und Pflicht darf man nicht verwechseln.

„Bolschewik" Nr. 7,
15. April 1925.

ÜBER DAS AKTIV DES KOMMUNISTISCHEN JUGENDVERBANDS AUF DEM LANDE

Rede in der Sitzung des Orgbüros des ZK der KPR(B)
6. April 1925

Genossen! Die erste Aufgabe besteht darin, dem Jugendverband seinen proletarischen Grundkern zu sichern, als den Kern, der den ganzen Verband führt. Der Referent hat über diese Frage nichts gesagt. Das ist auch nicht verwunderlich, da von der Arbeit des Kommunistischen Jugendverbands auf dem Lande die Rede ist, nicht aber vom proletarischen Kern. Das ändert jedoch nichts daran, dass die Sicherung des proletarischen Kerns auch weiterhin die Hauptaufgabe des Kommunistischen Jugendverbands bleibt. Ich denke, dass in dieser Richtung im Kommunistischen Jugendverband eine mehr oder weniger erfolgreiche Arbeit geleistet wird. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die Hereinziehung der Arbeiterjugend in den Kommunistischen Jugendverband erfolgreich vor sich geht, wobei die Zeit nicht fern ist, da der Verband nicht weniger als neun Zehntel der gesamten Arbeiterjugend erfassen wird.

Die zweite Aufgabe besteht in der richtigen Verteilung der Funktionäre des proletarischen Kerns auf die Knotenpunkte und wichtigsten Bezirke der Union, um zu gewährleisten, dass die Kräfte dieses Kerns wirklich die Führung über den bäuerlichen Teil der Jugend ausüben. Ich gehe davon aus, dass der bäuerliche Teil der Jugend zahlenmäßig ihren proletarischen Teil überwiegt. Ich gehe davon aus, dass die proletarischen Kräfte der Jugend nicht ausreichen, um sie gleichmäßig auf alle Kreise und Amtsbezirke der Sowjetunion zu verteilen. Darum ist es notwendig, diese Kräfte so zu verteilen, auf solche Punkte, von denen aus es am leichtesten sein wird, die Führung der bäuerlichen Jugend zu gewährleisten.

Ich bin nicht der Meinung, dass der Kommunistische Jugendverband diese Aufgabe ebenso erfolgreich bewältigt wie die erste Aufgabe. Dennoch ist aber Grund zu der Annahme vorhanden, dass der Kommunistische Jugendverband mit aller Energie an der Bewältigung dieser Aufgabe arbeitet und dass diese Arbeit in nächster Zeit sicherlich ihre Resultate zeitigen wird.

Die dritte Aufgabe besteht darin, dem Kommunistischen Jugendverband ein zahlenmäßig starkes bäuerliches Jugendaktiv im Dorf zu sichern, dieses Aktiv politisch zu erziehen, es zum Verfechter der proletarischen Politik auf dem Lande und zu dem Bindemittel zu machen, das das Proletariat mit den werktätigen Massen der Bauernschaft verbindet. Das ist eine schwierige und höchst komplizierte Sache. Diese Aufgabe in kurzer Zeit zu lösen, ist völlig unmöglich. Es bedarf gewaltiger Anstrengungen und größter Anspannung der Kräfte des proletarischen Kerns des Kommunistischen Jugendverbands, um diese Aufgabe zu bewältigen. Gelöst werden muss sie aber um jeden Preis. Denn geschieht das nicht, ist weder eine Festigung des Kommunistischen Jugendverbands noch die Sicherung des Zusammenschlusses zwischen Arbeitern und Bauern möglich.

Wie aber kann man dem Kommunistischen Jugendverband ein bäuerliches Aktiv sichern, wie kann man dieses Aktiv erziehen und erreichen, dass es zum Verfechter der proletarischen Politik auf dem Lande wird?

Es heißt, dass die Zahl allein der Dorfzellensekretäre im Kommunistischen Jugendverband nicht weniger als 27000 beträgt. Es heißt, dass es außer den Zellensekretären noch aktive jungkommunistische Funktionäre in den Genossenschaften, in den Sowjets, in den Bauernkomitees, in den Kulturinstitutionen usw. gibt. Es heißt, dass alles das zusammen ein Aktiv von nicht weniger als hunderttausend Jungkommunisten auf dem Lande ergeben muss. Ob das alles stimmt, ist schwer zu sagen. Wenn das alles aber stimmt, so muss ich sagen, dass dieses Aktiv, wenn man es auszunutzen versteht, eine gewaltige Kraft darstellen kann, die

fähig ist, Wunder zu wirken. Dieser Umstand ist umso wichtiger, als die Partei gegenwärtig auf dem Lande über ein zahlenmäßig weit schwächeres Aktiv verfügt.
Und die Aufgabe lautet: Wie soll man dieses zahlenmäßig starke Aktiv erziehen, wie soll man erreichen, dass es nicht nur in Worten, sondern in der Tat zum Verfechter der proletarischen Politik auf dem Lande wird?
Ich habe nicht vor, hier eine erschöpfende Antwort zu geben. Das ist in einer kurzen Rede ganz unmöglich. Aber einige Grundbedingungen aufzuzeigen, die für das richtige Herangehen an diese Aufgabe unerlässlich sind, ist auch in einer kurzen Rede durchaus möglich. Was sind das für Bedingungen? Es gibt wenigstens acht solche Bedingungen.
Erstens. Es ist notwendig, das Aktiv der Jugend im Dorf mit populären Broschüren und Nachschlagebüchern zu versorgen, in denen die Dekrete, die die Sowjetmacht zugunsten der Dorfarmut erlässt, erläutert werden. Es ist notwendig, dass dieses Aktiv diese Dekrete ganz genau kennt, dass es sie der Dorfarmut zu erläutern versteht und dass es auf Grund dieser Dekrete die Interessen der Dorfarmut gegen die Übergriffe der Kulaken zu verteidigen versteht. Ich bin der Meinung, dass die Nichtkenntnis dieser Dekrete und ihre systematische Verletzung durch die „Machthabenden” im Dorf eins der Grundübel der gegenwärtigen Zustände im Dorf sind. Das Aktiv des Kommunistischen Jugendverbands im Dorf muss über die revolutionäre Gesetzlichkeit wachen. Es muss sich mit Leib und Seele für die Dorfarmut einsetzen. Das ist zweifellos eine gewöhnliche und prosaische Aufgabe. Es steht außer Zweifel, dass es viel leichter ist, über die Weltrevolution zu schwätzen, als diese mit den Sowjetdekreten in Verbindung stehende gewöhnliche und alltägliche Aufgabe zu bewältigen. Ebenso steht aber auch außer Zweifel, dass ohne die Bewältigung dieser Aufgabe kein Zusammenschluss mit der Bauernschaft möglich ist.
Zweitens. Es ist notwendig, das Aktiv der Jugend im Dorf mit populären Broschüren über die elementaren Grundlagen der Agronomie zu versorgen. Es ist notwendig, dass dieses Aktiv die Landwirtschaft studiert, sich mit den Maßnahmen zu deren Verbesserung bekannt macht und es versteht, den Bauern die notwendigen Auskünfte auf diesem Gebiet zu geben. Der Bauer nimmt den Jungkommunisten häufig nicht ernst, verhält sich spöttisch ihm gegenüber. Das kommt daher, weil der Bauer ihn für losgerissen von der Wirtschaft, für einen Ignoranten, für einen Nichtstuer hält. Daher die Aufgabe, den Jungkommunisten mit der Wirtschaft eng zu verbinden. Der Aktivist des Jugendverbands kann sich die Achtung und das Vertrauen des Bauern nur dann erringen, wenn er mit der Landwirtschaft eng verbunden ist, wenn er es lernt, nützliche Ratschläge zur Hebung der bäuerlichen Wirtschaft, zu ihrer Verbesserung und Stärkung zu erteilen. Das ist natürlich keine leichte und vielleicht sogar eine langweilige Arbeit. Das ändert aber nichts daran, dass diese Arbeit notwendig ist, um uns das Vertrauen der Bauernschaft zu erringen.
Drittens. Es ist notwendig, das Aktiv des Kommunistischen Jugendverbands im Dorf mit populären Broschüren über die landwirtschaftliche Steuer, über das lokale Budget, über die Finanzlage des Landes zu versorgen. Die Steuer und das lokale Budget sind jetzt das Wichtigste im Dorf. Auf diesem Gebiet wird heute unendlich viel Missbrauch getrieben. Wie die Steuerveranlagung vorzunehmen ist, damit der arme Bauer nicht zu Unrecht belastet, der Kulak aber nicht von den Steuerlasten befreit werde; wie und für welche. Bedürfnisse die Gelder des lokalen Budgets zu verausgaben sind; wie zu erreichen ist, dass Missbräuche auf diesem Gebiet aufgedeckt und ausgemerzt werden - all das sind Fragen, an denen der Aktivist des Kommunistischen Jugendverbands nicht vorübergehen kann. Sich in all das einzuschalten und der werktätigen Bauernschaft zu Hilfe zu kommen - darin besteht die Aufgabe. Das ist ebenfalls keine leichte und bei weitem keine verlockende Arbeit. Aber ohne eine solche Arbeit gibt es keinen und kann es keinen Sowjetaufbau im Dorf geben.
Viertens. Es ist notwendig, das Aktiv des Kommunistischen Jugendverbands im Dorf mit populären Nachschlagebüchern über die Fragen des Sowjetaufbaus, der Belebung der Sowjets und der Heranziehung der Bauernschaft zur Verwaltung des Dorfes, des Amtsbezirks, des

Rayons, des Kreises usw. zu versorgen. Es ist notwendig, dass der Aktivist des Jugendverbands die Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der lokalen Sowjets, über die Rechte und Pflichten der Bauern gegenüber den Sowjets, über das Wahlsystem, über die Ordnung, in der die Wahlen vor sich gehen, usw. ganz genau kennt. Der Bauernschaft die Politik der Partei und der Sowjetmacht auf dem Lande klarzumachen, zu erreichen, dass diese Politik ehrlich und gewissenhaft durchgeführt wird - darin besteht die Aufgabe. Ohne das ist an die Erringung des Vertrauens der Bauernschaft, an die Erweiterung des bäuerlichen Aktivs, an die Entfaltung der proletarischen Demokratie im Dorf nicht einmal zu denken.
Fünftens. Es ist notwendig, das Aktiv des Kommunistischen Jugendverbands im Dorf mit populären Broschüren über die landwirtschaftlichen, Kredit- und Konsumgenossenschaften, über die Artels und die Kollektivwirtschaften überhaupt zu versorgen. Es ist notwendig, dass der Aktivist des Jugendverbands es versteht, die Bauernschaft für die Einführung des Genossenschaftswesens im Dorf zu gewinnen. Das ist eine höchst schwierige und komplizierte Arbeit, aber sie ist absolut notwendig, um das Dorf in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen. Die landwirtschaftlichen und Kreditgenossenschaften sind heute von erstrangiger Bedeutung für den Bauern. Zu erreichen, dass die Bauernschaft die Genossenschaften als ihre ureigene, sie selbst angehende Angelegenheit betrachtet - darin besteht die Aufgabe. Dabei ist die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass das Fehlen von Inventar bei den armen Schichten der Bauernschaft eine besondere Lage im Dorf schafft, die bei einer bestimmten Hilfe seitens der Kreditanstalten des Staates die Schaffung von Artels und Kollektivwirtschaften begünstigt. Die Aufgabe besteht darin, den armen Schichten der Bauernschaft die Möglichkeit zu geben, dabei einen entsprechenden Vorzugskredit zu erhalten. Der Aktivist des Kommunistischen Jugendverbands kann an diesen lebenswichtigen Fragen nicht vorübergehen.
Sechstens. Es ist notwendig, das Aktiv des Kommunistischen Jugendverbands im Dorf mit den erforderlichen Anweisungen und Materialien für den kulturellen Aufbau im Dorf, für den Ausbau von Lesestuben, für die Liquidierung des Analphabetentums usw. zu versehen. Der Aktivist des Jugendverbands muss zum natürlichen Helfer der Sowjets und überhaupt der Kulturkräfte im Dorf bei der Verbreitung der Sowjetkultur werden - darin besteht die Aufgabe.
Siebentens. Es ist notwendig, dass das Aktiv des Kommunistischen Jugendverbands im Dorf genaue Anweisungen über die Rechte und Pflichten der Jungkommunisten, über die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Kommunistischen Jugendverband und der Partei, zwischen den Sowjets und dem Kommunistischen Jugendverband erhält. Der Aktivist des Jugendverbands muss sich als Helfer der Partei und der Sowjetmacht im Dorf betrachten. Das Herumkommandieren im Dorf, die Übergriffe während der Wahlen zu den Sowjets, die Versuche, die Partei-, Genossenschafts- und Sowjetorganisationen zu ersetzen, das flegelhafte Benehmen bei der so genannten antireligiösen Propaganda - mit all dem muss unverzüglich aufgeräumt und Schluss gemacht werden, da all dies das Banner des Kommunistischen Jugendverbands diskreditiert und mit dem Namen eines Jungkommunisten absolut unvereinbar ist. Schonungsloser Kampf gegen diese Missstände und Herstellung der richtigen Beziehungen zwischen dem Kommunistischen Jugendverband und den Sowjet- und Parteiorganen - darin besteht die Aufgabe.
Achtens. Es ist notwendig, das Aktiv des Kommunistischen Jugendverbands im Dorf mit populären Broschüren zu versorgen: über das Bündnis der Arbeiter und Bauern, über den Sinn und die Bedeutung dieses Bündnisses, über die Diktatur des Proletariats, über die Grundlagen des Kommunismus, schließlich über die Geschichte der Oktoberrevolution sowie darüber, wie die Bauern früher, unter dem Zaren und dem Gutsbesitzer, lebten, wie sie jetzt leben und wie sie leben werden, wenn der Zusammenschluss zwischen Arbeitern und Bauern gefestigt sein wird und der Sozialismus zur Entfaltung gelangt. Der Aktivist des Jugendverbands soll sich gar nicht den Vorurteilen des Bauern anpassen. Diesen Vorurteilen Rechnung tragen und sich ihnen anpassen - das sind zwei verschiedene Dinge. Er muss es verstehen, mit dem Bauern als

Kommunist zu sprechen. Er muss es verstehen, den Bauern an Hand konkreter Tatsachen davon zu überzeugen, dass es für ihn außerhalb des Sozialismus keine Rettung gibt.

Das sind jene Bedingungen, die erfüllt werden müssen, um das Aktiv des Kommunistischen Jugendverbands im Dorf politisch zu erziehen und es zum Verfechter der proletarischen Politik auf dem Lande zu machen.

Die Aufgabe des ZK des Kommunistischen Jugendverbands besteht darin, die Realisierung dieser Bedingungen zu erleichtern und zu kontrollieren.

Man spricht von der Gefahr, die mit dem kolossalen Wachstum des Kommunistischen Jugendverbands im Dorf verbunden ist. Man spricht von einem Zustrom bäuerlicher Jugend in den Kommunistischen Jugendverband. Es steht außer Zweifel, dass hier eine gewisse Gefahr vorhanden ist. Ebenso steht aber auch außer Zweifel, dass der Kommunistische Jugendverband diese Gefahr nicht zu fürchten braucht, wenn er es versteht, die oben gestellten Aufgaben in Ehren zu erfüllen. Ein Aktiv von hunderttausend Jungkommunisten auf dem Lande - das ist eine Kraft, der kein auch noch so großer Zustrom bäuerlicher Jugend gefährlich werden kann. Es kommt nur darauf an, eine tatkräftige Arbeit zur politischen Erziehung dieses Aktivs zu leisten. Es kommt nur darauf an, dass man es versteht, die Arbeit dieses Aktivs auf die Stärkung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern zu lenken. Es kommt nur darauf an, dieses Aktiv auszunutzen zur Einbeziehung der Bauernschaft in den neuen, den Sowjetaufbau.

Also: a) Dem Kommunistischen Jugendverband den proletarischen Kern als grundlegende führende Kraft sichern; b) die aktiven Kräfte dieses Kerns auf die wichtigsten Bezirke der Sowjetunion verteilen, und zwar so, dass seine Führung gewährleistet ist; c) das Jugendaktiv im Dorf in einem Geiste erziehen, der die Verwirklichung der proletarischen Politik im Dorf gewährleistet - das sind die nächsten Aufgaben des Kommunistischen Jugendverbands überhaupt und des ZK des Kommunistischen Jugendverbands im besonderen.

Wenn sich der Kommunistische Jugendverband diese Aufgaben stellt und täglich an ihrer Bewältigung arbeitet, braucht er die Gefahren, denen er auf seinem Wege im Dorf begegnet, nicht zu fürchten.

„Prawda” Nr. 86,
15. April 1925.

AN DIE ERSTE UNIONSKONFERENZ DER PROLETARISCHEN STUDENTENSCHAFT[24]

Ein Schreiben

Genossen! Ihre Vertreter haben mich aufgefordert, zu den Aufgaben der Partei und der Parteiarbeit unter der proletarischen Studentenschaft Stellung zu nehmen.

Gestatten Sie mir, Ihnen darüber einige Worte zu sagen.

Die Besonderheit der gegenwärtigen Lage besteht darin, dass es dem Proletariat unseres Landes gelungen ist, sich die Vorbedingungen zu schaffen, die für den sozialistischen Aufbau unerlässlich sind. Es ist nicht wahr, dass man in einem einzelnen Lande, das die Kapitalisten und Gutsbesitzer besiegt und verjagt hat, den Sozialismus nicht aufbauen könne. Ein Land, in dem die Diktatur des Proletariats besteht, das über gewaltige Hilfsquellen verfügt und die Unterstützung der Proletarier aller Länder genießt - ein solches Land kann und muss den Sozialismus aufbauen. Lenin sagte mit Recht, dass unser Land alle Vorbedingungen besitzt, „um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten”. Die Besonderheit der gegenwärtigen Lage besteht darin, dass wir bereits ernstliche Schritte zur Errichtung des Sozialismus getan und den Sozialismus aus einem Heiligenbild in eine prosaische Angelegenheit alltäglicher praktischer Arbeit verwandelt haben.

Welche Rolle muss die proletarische Studentenschaft bei dieser Aufbauarbeit spielen?

Ihr kommt zweifellos eine wichtige, wenn nicht erstrangige Rolle zu. Hochschulen und kommunistische Hochschulen, Arbeiterfakultäten und Techniken - das sind Schulen zur Heranbildung der Kommandeurkader auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Kultur. Mediziner und Ökonomen, Genossenschaftler und Pädagogen, Bergbaufachleute und Statistiker, Techniker und Chemiker, Agronomen und Eisenbahner, Tierärzte und Forstwirtschaftler, Elektriker und Mechaniker - sie alle sind künftige Kommandeure bei der Errichtung der neuen Gesellschaft, beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und der sozialistischen Kultur. Ohne neue Kommandeurkader kann man die neue Gesellschaft nicht errichten, ebenso wie man ohne neue Kommandeurkader auch keine neue Armee aufbauen kann. Die Überlegenheit der neuen Kommandeurkader besteht darin, dass sie berufen sind, nicht im Interesse der Ausbeutung der Werktätigen durch eine Handvoll Reicher zu wirken, sondern im Interesse der Befreiung der Werktätigen, gegen eine Handvoll von Ausbeutern. Es kommt nur darauf an, dass die Studenten der Hochschulen-Arbeiter und Bauern, Parteimitglieder und Parteilose - diese ihre ehrenvolle Rolle erkennen und sie bewusst, nach bestem Wissen und Gewissen durchführen.

Somit ist die erste Aufgabe der Partei, zu erreichen, dass die proletarische Studentenschaft zum bewussten Erbauer der sozialistischen Wirtschaft und der sozialistischen Kultur wird.

Aber mit den Kräften der Kommandeurkader allein, ohne die direkte Unterstützung durch die werktätigen Massen, kann man die neue Gesellschaft nicht aufbauen. Um den Sozialismus errichten zu können, genügen die Kenntnisse der neuen Kommandeurkader nicht. Dazu ist noch erforderlich, dass die werktätigen Massen diesen Kommandeurkadern Vertrauen entgegenbringen und sie unterstützen. Es war ein kennzeichnender Zug der alten Kommandeurkader, die unter dem Kapitalismus wirkten, dass sie von den Arbeitern und Bauern losgelöst waren, dass sie sich über die werktätigen Massen stellten, dass sie weder auf das Vertrauen noch auf die Unterstützung dieser Massen Wert legten und dass ihnen demzufolge weder das eine noch das andere zuteil wurde. Für unser Land ist dieser Weg völlig ungangbar. Die neuen Kommandeurkader, die die neue Wirtschaft und die neue Kultur aufbauen, heißen eigentlich eben deshalb neue, weil sie mit den alten Methoden des Kommandierens entschieden und ein für allemal brechen müssen. Nicht von den Massen losgelöst, sondern aufs engste mit ihnen verbunden sein; sich nicht über die Massen stellen, sondern den Massen vorangehen, sie führen; sich nicht den Massen entfremden, sondern sich

mit ihnen verschmelzen und sich das Vertrauen, die Unterstützung der Massen erringen - das sind die neuen Wege, die die neuen Kommandeurkader bei ihrer Tätigkeit gehen müssen. Anders als auf diesen Wegen ist kein sozialistischer Aufbau denkbar.
Somit ist die zweite Aufgabe der Partei, zu erreichen, dass die proletarische Studentenschaft sich als untrennbaren Teil der werktätigen Massen betrachtet, zu erreichen, dass die Studenten sich ihrer gesellschaftlichen Rolle bewusst werden und als wahrhaft aktive Teilnehmer am gesellschaftlichen Leben auftreten.
Schließlich speziell über die kommunistischen Studenten. Es heißt, dass die kommunistischen Studenten in der Wissenschaft nur geringe Fortschritte machen. Es heißt, dass sie in dieser Hinsicht ernstlich hinter den Parteilosen zurückbleiben. Es heißt, dass die kommunistischen Studenten es vorziehen, sich mit der „hohen Politik" zu befassen, und zwei Drittel ihrer Zeit mit endlosen Diskussionen „über Weltprobleme" vergeuden. Stimmt das alles? Ich glaube, dass es stimmt. Wenn das aber stimmt, so ergeben sich daraus zum mindesten zwei Schlussfolgerungen. Erstens, die kommunistischen Studenten laufen Gefahr, schlechte Leiter des sozialistischen Aufbaus zu werden, denn man kann den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft nicht leiten, ohne die Wissenschaft gemeistert zu haben. Zweitens, wir laufen Gefahr, dass die Heranbildung der neuen Kommandeurkader zum Monopol in den Händen der alten Professoren wird, die neue Kräfte als Nachwuchs brauchen; denn Menschen, die die Wissenschaft nicht meistern wollen oder dies nicht fertig bringen, können nicht als Nachwuchs oder als neue Wissenschaftler herangebildet werden. Es erübrigt sich zu sagen, dass all das zu einer direkten Gefahr für das ganze Werk des sozialistischen Aufbaus werden muss. Kann man sich mit einer solchen Lage abfinden? Es ist klar, dass man das nicht kann. Darum müssen sich die kommunistischen Studenten und die Sowjetstudenten überhaupt klar und bestimmt als nächste Aufgabe stellen: die Wissenschaft zu meistern und einen Nachwuchs für den alten Professorenbestand aus neuen, aus Sowjetmenschen zu schaffen. Ich will damit keineswegs sagen, dass sich die Studenten nicht mit Politik beschäftigen sollen. Durchaus nicht. Ich spreche nur davon, dass die kommunistischen Studenten es verstehen müssen, die politische Arbeit mit der Meisterung der Wissenschaft zu verbinden. Es heißt, dass es schwer sei, eine solche Verbindung zu erreichen. Das ist natürlich richtig. Aber seit wann fürchten sich Kommunisten vor Schwierigkeiten? Die Schwierigkeiten auf dem Wege unseres Aufbaus sind ja gerade dazu da, von uns bekämpft und überwunden zu werden.
Außerdem muss noch ein Umstand in Betracht gezogen werden. Ich denke, dass unser Land mit seinen revolutionären Gepflogenheiten und Traditionen, mit seinem Kampf gegen Trägheit und geistige Stagnation den denkbar günstigsten Boden für das Aufblühen der Wissenschaften abgibt. Es lässt sich wohl nicht bezweifeln, dass philisterhafte Beschränktheit und Routine, die den alten Professoren der kapitalistischen Schule eigen sind, ein Hemmschuh für die Wissenschaft sind. Es lässt sich wohl nicht bezweifeln, dass zu voll entfaltetem und freiem wissenschaftlichem Schaffen nur neue, von diesen Mängeln freie Menschen fähig sind. Unser Land hat in dieser Hinsicht eine große Zukunft als Hochburg und Pflanzstätte der von allen Fesseln befreiten Wissenschaften. Ich denke, dass wir bereits begonnen haben, diesen Weg zu beschreiten. Es wäre aber traurig und der kommunistischen Studenten unwürdig, wenn sie abseits des großen Entwicklungsweges der Wissenschaft blieben. Darum gewinnt die Losung der Meisterung der Wissenschaft besondere Bedeutung.
Somit ist die dritte Aufgabe der Partei, zu erreichen, dass die proletarische Studentenschaft und vor allem die kommunistischen Studenten die Notwendigkeit der Meisterung der Wissenschaft begreifen und dass sie sie meistern.

Nehmen Sie meinen Gruß entgegen.
J. Stalin

„Prawda" Nr. 87, 16. April 1925

ZU DEN ERGEBNISSEN DER ARBEITEN DER XIV. KONFERENZ DER KPR(B)

Referat vor dem Aktiv der Moskauer Organisation der KPR(B)
9. Mai 1925

Genossen! Ich glaube, es hat keinen Sinn, hier die von der XIV. Konferenz unserer Partei[25] angenommenen Resolutionen ausführlich zu analysieren. Das würde viel Zeit in Anspruch nehmen und ist auch gar nicht notwendig. Ich glaube, wir könnten uns darauf beschränken, die Hauptlinien aufzuzeigen, die sich wie ein roter Faden durch diese Resolutionen ziehen. Das würde uns ermöglichen, die sich aus den angenommenen Resolutionen ergebenden grundlegenden Schlussfolgerungen hervorzuheben. Und dies wiederum würde fernerhin das Studium dieser Resolutionen erleichtern.

Wenn wir uns den Resolutionen zuwenden, so ließen sich die in ihnen berührten mannigfaltigen Fragen in sechs grundlegenden Fragengruppen zusammenfassen. Die erste Fragengruppe bilden die Fragen, die die internationale Lage betreffen. Die zweite Fragengruppe bilden die Fragen, die die nächsten Aufgaben der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder betreffen. Die dritte Fragengruppe bilden die Fragen, die die nächsten Aufgaben der kommunistischen Elemente der kolonialen und abhängigen Länder betreffen. Die vierte Fragengruppe bilden die Fragen, die das Schicksal des Sozialismus in unserem Lande im Zusammenhang mit der gegenwärtigen internationalen Lage betreffen. Die fünfte Fragengruppe bilden die Fragen, die unsere Parteipolitik im Dorfe und die Aufgaben der Parteiführung unter den neuen Verhältnissen betreffen. Und die sechste Fragengruppe bilden schließlich die Fragen, die den Hauptnerv unserer ganzen Industrie, nämlich die Metallindustrie, betreffen.

I
DIE INTERNATIONALE LAGE

Worin besteht das Neue und Besondere in der internationalen Lage, das im Wesentlichen den Charakter der gegenwärtigen Situation bestimmt?

Das Neue, das in der letzten Periode in Erscheinung getreten ist und der internationalen Lage seinen Stempel aufgedrückt hat, besteht darin, dass in Europa eine Ebbe der Revolution, eine gewisse Stille eingesetzt hat - das, was wir als zeitweilige Stabilisierung des Kapitalismus bezeichnen - bei gleichzeitigem Fortschreiten der wirtschaftlichen Entwicklung und Wachstum der politischen Macht der Sowjetunion.

Was bedeutet Ebbe der Revolution, Stille? Ist das nicht der Anfang vom Ende der Weltrevolution, der Beginn der Liquidierung der proletarischen Weltrevolution? Lenin hat gesagt, dass nach dem Siege des Proletariats in unserem Lande eine neue Epoche begonnen hat, die Epoche der Weltrevolution, eine Epoche voll von Konflikten und Kriegen, Angriffen und Rückzügen, Siegen und Niederlagen, eine Epoche, die zum Siege des Proletariats in den wichtigsten Ländern des Kapitalismus führt. Wenn nun in Europa eine Ebbe der Revolution begonnen hat, bedeutet das nicht, dass die These Lenins von einer neuen Epoche, der Epoche der Weltrevolution, demnach ihre Gültigkeit verliert? Bedeutet das nicht, dass es demnach mit der proletarischen Revolution im Westen vorbei ist?

Nein, das bedeutet es nicht.

Die Epoche der Weltrevolution ist eine neue Etappe der Revolution, eine ganze strategische Periode, die eine ganze Reihe von Jahren, wahrscheinlich sogar eine Reihe von Jahrzehnten, umfasst. Im Verlauf dieser Periode kann und muss es wiederholt Ebbe und Flut der Revolution geben.

Unsere Revolution hat in ihrer Entwicklung zwei Etappen, zwei strategische Perioden zurückgelegt und ist nach dem Oktober in die dritte Etappe, in die dritte strategische Periode eingetreten. Die erste Etappe (1900-1917) dauerte über 15 Jahre. Sie hatte zum Ziel den Sturz des Zarismus, den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution. Während dieser Periode hatten wir einen wiederholten Wechsel von Ebbe und Flut der Revolution. Wir hatten eine Flut im Jahre 1905. Diese Flut endete mit einer zeitweiligen Niederlage der Revolution. Sodann hatten wir eine Ebbe, die eine ganze Reihe von Jahren dauerte (1907-1912). Wir hatten ferner eine neue Flut, die mit den Ereignissen an der Lena (1912) einsetzte und sodann von einer neuen Ebbe während des Krieges abgelöst wurde. Das Jahr 1917 (Februar) leitete eine neue Flut ein, die durch den Sieg des Volkes über den Zarismus, durch den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution gekrönt wurde. Bei jeder Ebbe versicherten die Liquidatoren, dass es mit der Revolution aus sei. Die Revolution führte jedoch nach einem mehrmaligen Wechsel von Ebbe und Flut im Februar 1917 zum Siege.

Die zweite Etappe der Revolution begann mit dem Februar 1917. Sie hatte zum Ziel das Ausscheiden aus dem imperialistischen Krieg, den Sturz der Bourgeoisie und den Sieg der Diktatur des Proletariats. Diese Etappe oder diese strategische Periode dauerte insgesamt 8 Monate. Das waren aber 8 Monate der tiefsten revolutionären Krise, da Krieg und Zerrüttung die Revolution vorwärts trieben, ihren Lauf bis zum äußersten beschleunigten. Eben deshalb können und müssen diese 8 Monate revolutionärer Krise mindestens 8 Jahren normaler konstitutioneller Entwicklung gleichgestellt werden. Diese strategische Periode ist ebenso wie die vorangegangene strategische Periode nicht durch einen stetigen Aufstieg der Revolution in gerader aufsteigender Linie gekennzeichnet, wie sich dies die Spießbürger der Revolution gewöhnlich vorstellen, sondern dadurch, dass es in ihr Zeiten der Ebbe und der Flut gab. Wir hatten in dieser Periode ein gewaltiges Anschwellen der revolutionären Bewegung in den Tagen der Julidemonstration. Wir hatten ferner eine Ebbe der Revolution nach der Juliniederlage der Bolschewiki. Diese Ebbe wurde unmittelbar nach dem Kornilowputsch von einer neuen Flut abgelöst, einer Flut, die mit dem Siege der Oktoberrevolution endete. Die Liquidatoren dieser Periode schwätzten von einer vollständigen Liquidierung der Revolution nach der Juliniederlage. Die Revolution wurde jedoch nach einer Reihe von Prüfungen und mehrmaliger Ebbe bekanntlich durch den Sieg der proletarischen Diktatur gekrönt.

Nach dem Siege des Oktober sind wir in die dritte strategische Periode, in die dritte Etappe der Revolution eingetreten, die die Überwindung der Bourgeoisie im Weltmaßstab zum Ziel hat. Wie lange sich diese Periode hinziehen wird, ist schwer zu sagen. Jedenfalls steht außer Zweifel, dass sie lange dauern wird, ebenso wie auch außer Zweifel steht, dass während dieser Periode Flut und Ebbe wechseln werden. Die internationale revolutionäre Bewegung ist gegenwärtig in eine Phase der Ebbe der Revolution eingetreten, wobei diese Ebbe aus einer Reihe von Gründen, auf die ich noch zu sprechen komme, von einer Flut abgelöst werden muss, die mit dem Siege des Proletariats enden kann; es ist aber auch möglich, dass diese Flut nicht mit einem Siege endet, sondern von einer neuen Ebbe abgelöst wird, die ihrerseits von einer neuen Flut der Revolution abgelöst werden muss. Die Liquidatoren der gegenwärtigen Periode sagen, dass die eingetretene Stille das Ende der Weltrevolution bedeute. Sie irren sich aber ebenso, wie sie sich früher, während der ersten und zweiten Etappe unserer Revolution, geirrt haben, als sie jede Ebbe der revolutionären Bewegung als Zerschlagung der Revolution ansahen.

Das sind die Schwankungen innerhalb einer jeden Etappe der Revolution, innerhalb einer jeden strategischen Periode.

Wovon zeugen diese Schwankungen? Zeugen sie davon, dass die These Lenins über die neue Epoche der Weltrevolution ihre Bedeutung verloren hat oder verlieren kann? Natürlich nicht! Sie zeugen nur davon, dass sich die Revolution gewöhnlich nicht in einer geraden aufsteigenden Linie entwickelt, in einem ununterbrochenen Ansteigen des Aufschwungs, sondern im Zickzack, durch Angriffe und Rückzüge, durch Flut und Ebbe, die im Laufe der

Entwicklung die Kräfte der Revolution stählen und den endgültigen Sieg der Revolution vorbereiten.
Das ist der historische Sinn der eingetretenen Phase der Ebbe der Revolution, der historische Sinn der gegenwärtigen Stille.
Die Ebbe ist aber nur die eine Seite der Sache. Die andere Seite der Sache besteht darin, dass wir neben der Ebbe der Revolution in Europa ein stürmisches Fortschreiten der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion und ein Anwachsen ihrer politischen Macht zu verzeichnen haben.
Mit anderen Worten, wir haben nicht nur eine Stabilisierung des Kapitalismus. Wir haben zugleich eine Stabilisierung der Sowjetordnung. Wir haben somit zwei Stabilisierungen: eine zeitweilige Stabilisierung des Kapitalismus und die Stabilisierung der Sowjetordnung. Die Erreichung eines gewissen zeitweiligen Gleichgewichts zwischen diesen zwei Stabilisierungen - das ist der charakteristische Zug der gegenwärtigen internationalen Lage.
Was bedeutet aber Stabilisierung? Bedeutet das nicht eine Stagnation, und wenn die Stabilisierung eine Stagnation ist, kann dieser Begriff dann auf die Sowjetordnung angewandt werden? Nein. Stabilisierung ist keine Stagnation. Stabilisierung bedeutet Festigung der gegebenen Lage und Weiterentwicklung. Der Weltkapitalismus hat sich nicht nur auf Grund der gegebenen Lage gefestigt. Er schreitet voran und entwickelt sich weiter, erweitert seine Einflusssphäre und vermehrt seinen Reichtum. Es stimmt nicht, dass sich der Kapitalismus nicht entwickeln kann, dass die von Lenin in seinem „Imperialismus“[26] aufgestellte Theorie des Verfaulens des Kapitalismus angeblich eine Entwicklung des Kapitalismus ausschließt. Lenin hat in seiner Schrift über den „Imperialismus” schlagend bewiesen, dass das Wachstum des Kapitalismus das fortschreitende Verfaulen des Kapitalismus nicht ausschließt, sondern voraussetzt und vorbereitet.
Wir haben also zwei Stabilisierungen. Auf dem einen Pol stabilisiert sich der Kapitalismus, der die erreichte Stellung festigt und sich weiterentwickelt. Auf dem anderen Pol stabilisiert sich die Sowjetordnung, die die eroberten Positionen festigt und auf dem Wege zum Sieg vorwärts schreitet.
Wer - wen? - das ist der springende Punkt.
Weshalb verläuft die eine Stabilisierung parallel zur anderen, wieso sind diese zwei Pole entstanden? Weil es in der Welt schon keinen einheitlichen und allumfassenden Kapitalismus mehr gibt. Weil sich die Welt in zwei Lager gespalten hat - in das Lager des Kapitalismus mit dem englisch-amerikanischen Kapital an der Spitze, und in das Lager des Sozialismus mit der Sowjetunion an der Spitze. Weil die internationale Lage immer mehr durch das gegenseitige Kräfteverhältnis dieser beiden Lager bestimmt wird.
Charakteristisch ist also für den gegenwärtigen Moment nicht nur, dass sich der Kapitalismus und die Sowjetordnung stabilisiert haben, sondern auch, dass die Kräfte dieser beiden Lager ein gewisses zeitweiliges Gleichgewicht erreicht haben, mit einem gewissen Plus für das Kapital und folglich mit einem gewissen Minus für die revolutionäre Bewegung, denn die eingetretene Stille bedeutet im Vergleich zum revolutionären Aufschwung zweifelsohne ein, wenn auch nur zeitweiliges, Minus für den Sozialismus. Welcher Art ist der Unterschied zwischen diesen beiden Stabilisierungen? Wohin führt die eine und wohin die andere Stabilisierung? Die Stabilisierung unter den Verhältnissen des Kapitalismus, die das Kapital zeitweilig stärkt, führt zugleich unbedingt zur Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus, der Widersprüche: a) zwischen den imperialistischen Gruppen der verschiedenen Länder; b) zwischen den Arbeitern und Kapitalisten eines jeden Landes; c) zwischen dem Imperialismus und den Kolonialvölkern aller Länder. Die Stabilisierung unter den Verhältnissen der Sowjetordnung hingegen, die den Sozialismus stärkt, führt zugleich unbedingt zur Milderung der Gegensätze und zur Besserung der gegenseitigen Beziehungen: zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft unseres Landes; zwischen dem Proletariat und den Kolonialvölkern der unterdrückten Linder; c) zwischen der Diktatur des Proletariats und

den Arbeitern aller Länder. Es handelt sich darum, dass sich der Kapitalismus nicht entwickeln kann ohne Verstärkung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, ohne die Mehrheit der Werktätigen zu einem Hungerdasein zu verdammen, ohne Verstärkung der Unterdrückung der kolonialen und abhängigen Länder, ohne Konflikte und Zusammenstöße zwischen den verschiedenen imperialistischen Gruppen der Weltbourgeoisie. Die Sowjetordnung und die Diktatur des Proletariats dagegen können sich nur entwickeln bei einer ständigen Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Arbeiterklasse, bei einer ständigen Besserung der Lage aller Werktätigen des Sowjetlandes, bei einer fortschreitenden Annäherung und Einigung der Arbeiter aller Länder, beim Zusammenschluss der unterdrückten Völker der kolonialen und abhängigen Länder um die revolutionäre Bewegung des Proletariats. Der Weg der Entwicklung des Kapitalismus ist der Weg der Verelendung und des Hungerdaseins der gewaltigen Mehrheit der Werktätigen, wobei eine unbedeutende Oberschicht dieser Werktätigen bestochen und besser gestellt wird. Der Weg der Entwicklung der Diktatur des Proletariats dagegen ist der Weg der stetigen Hebung des Wohlstands der gewaltigen Mehrheit der Werktätigen. Gerade deshalb muss die Entwicklung des Kapitalismus zwangsläufig Verhältnisse erzeugen, die die Widersprüche des Kapitalismus verschärfen. Gerade deshalb ist der Kapitalismus unfähig, diese Widersprüche zu lösen. Gewiss, wenn das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung, das zu Konflikten und Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern wegen Kolonien führt, nicht bestände; wenn sich der Kapitalismus ohne Kapitalausfuhr in die rückständigen Länder, in die Länder der billigen Rohstoffe und Arbeitskräfte, entwickeln könnte; wenn die Überschüsse der kapitalistischen Akkumulation der „Mutterländer" nicht für die Kapitalausfuhr, sondern für eine ernstliche Entwicklung der Landwirtschaft und für die Besserung der materiellen Lage der Bauernschaft verwandt würden; wenn diese Überschüsse schließlich zur Hebung des Lebensniveaus der gesamten Masse der Arbeiterklasse verwandt würden - dann wäre von einer Verstärkung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, von einer Verelendung der Bauernschaft unter den Verhältnissen des Kapitalismus, von einer Verstärkung der Unterdrückung in den kolonialen und abhängigen Ländern, von Konflikten und Kriegen zwischen den Kapitalisten gar keine Rede. Dann wäre aber der Kapitalismus kein Kapitalismus. Das ist es ja eben, dass sich der Kapitalismus nicht entwickeln kann, ohne alle diese Widersprüche zu verschärfen und dadurch in immer größerem Maße die Bedingungen zu schaffen, die letzten Endes den Sturz des Kapitalismus erleichtern.

Das ist es ja eben, dass sich die Diktatur des Proletariats dagegen nicht weiterentwickeln kann, ohne die Bedingungen zu schaffen, die die revolutionäre Bewegung aller Länder auf eine höhere Stufe heben und den endgültigen Sieg des Proletariats vorbereiten.

Das ist der Unterschied zwischen den beiden Stabilisierungen.

Das ist der Grund, warum die Stabilisierung des Kapitalismus weder dauerhaft noch fest sein kann.

Betrachten wir die Frage der Stabilisierung des Kapitalismus konkret. Worin kommt die Stabilisierung des Kapitalismus konkret zum Ausdruck?

Erstens darin, dass es Amerika, England und Frankreich gelungen ist, zeitweilig über die Methoden und über den Umfang der Ausplünderung Deutschlands handelseinig zu werden. Mit anderen Worten, es ist ihnen gelungen, eine Abmachung zu treffen, die sie die Dawesierung Deutschlands nennen. Kann man diese Abmachung als einigermaßen dauerhaft bezeichnen? Nein, das kann man nicht. Erstens, weil die Rechnung ohne den Wirt, das heißt ohne das deutsche Volk gemacht wurde; zweitens, weil diese Abmachung ein doppeltes Joch für das deutsche Volk bedeutet - das Joch der nationalen Bourgeoisie und das Joch der ausländischen Bourgeoisie. Anzunehmen, dass eine kulturell so entwickelte Nation wie die deutsche und ein kulturell so entwickeltes Proletariat wie das deutsche sich ohne eine Reihe ernstlicher Versuche, eine revolutionäre Explosion herbeizuführen, damit abfinden würde, ein doppeltes Joch zu tragen - hieße an Wunder glauben. Selbst eine solche dem Wesen nach

reaktionäre Tatsache, wie die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten[27], lässt keinen Zweifel darüber, dass die zeitweilige Abmachung der Entente gegen Deutschland nicht dauerhaft, dass sie lächerlich unbeständig ist.
Zweitens kommt die Stabilisierung des Kapitalismus darin zum Ausdruck, dass es dem englischen, amerikanischen und japanischen Kapital gelungen ist, zeitweilig über die Festlegung der Einflusssphären in China, diesem ausgedehntesten Markt des internationalen Kapitals, über die Methoden seiner Ausplünderung handelseinig zu werden. Kann man diese Abmachung als einigermaßen dauerhaft betrachten? Das kann man ebenfalls nicht. Erstens, weil die Partner dieser Abmachung wegen des Anteils an der Ausplünderung auf Leben und Tod gegeneinander kämpfen und kämpfen werden; zweitens, weil diese Abmachung hinter dem Rücken des chinesischen Volkes zustande gekommen ist, das sich den Gesetzen der fremdländischen Räuber nicht unterwerfen will und nicht unterwerfen wird. Zeugt denn das Anwachsen der revolutionären Bewegung in China nicht davon, dass die Machenschaften der fremdländischen Imperialisten zum Scheitern verurteilt sind?
Drittens kommt die Stabilisierung des Kapitalismus darin zum Ausdruck, dass es den imperialistischen Gruppen der fortgeschrittenen Länder gelungen ist, zeitweilig über eine gegenseitige Nichteinmischung bei der Ausplünderung und Unterdrückung der „eigenen" Kolonien handelseinig zu werden. Kann man diese Abmachung oder diesen Versuch, handelseinig zu werden, als einigermaßen dauerhaft betrachten? Nein, das kann man nicht. Erstens, weil jede der imperialistischen Gruppen bemüht ist und bemüht sein wird, ein Stückchen der fremden Kolonien zu ihrem Vorteil an sich zu reißen; zweitens, weil der Druck und die Unterjochungspolitik der imperialistischen Gruppen in den Kolonien diese Kolonien nur stählen und revolutionieren, wodurch die revolutionäre Krise verschärft wird. Die Imperialisten versuchen, Indien „zur Ruhe zu bringen", Ägypten im Zaum zu halten, Marokko zu zähmen, Indochina, Indonesien an Händen und Füßen zu knebeln, und greifen zu allen nur möglichen Schlichen und Machenschaften. Es ist möglich, dass es ihnen gelingen wird, in dieser Hinsicht einige „Resultate" zu erzielen. Aber es lässt sich wohl kaum bezweifeln, dass diese Machenschaften nicht für lange herhalten werden noch herhalten können.
Viertens kann die Stabilisierung des Kapitalismus darin zum Ausdruck kommen, dass die imperialistischen Gruppen der fortgeschrittenen Länder versuchen werden, über eine Einheitsfront gegen die Sowjetunion handelseinig zu werden. Nehmen wir an, es würde gelingen, eine solche Abmachung zuwege zu bringen. Nehmen wir an, es würde ihnen gelingen, mit Hilfe aller nur möglichen Machenschaften, bis zu den schurkischen Fälschungen in Verbindung mit der Sofioter Explosion[28] usw., so etwas wie eine Einheitsfront zustande zu bringen. Gibt es einen Grund zu der Annahme, dass eine Abmachung gegen unser Land oder eine Stabilisierung auf diesem Gebiet einigermaßen dauerhaft, einigermaßen erfolgreich sein kann? Ich glaube, solche Gründe gibt es nicht. Warum? Erstens, weil die Gefahr einer Einheitsfront und eines vereinigten Angriffs der Kapitalisten dazu führen würde, dass sich das ganze Land wie ein gewaltiger Ring fester denn je zuvor um die Sowjetmacht zusammenschließen und sich in eine unbesiegbare Festung verwandeln würde, und das in einem noch größeren Maße, als dies zum Beispiel während der Invasion der „14 Staaten" der Fall war. Denken Sie an die Drohung des sattsam bekannten Churchill mit der Invasion von 14 Staaten. Sie wissen, dass er diese Drohung nur auszusprechen brauchte, und schon schloss sich das ganze Land um die Sowjetmacht gegen die imperialistischen Räuber zusammen. Zweitens, weil ein Feldzug gegen das Sowjetland unbedingt die Kräfte einer ganzen Reihe revolutionärer Knotenpunkte im Hinterland der Gegner entfesseln und die Reihen des Imperialismus zersetzen und demoralisieren würde. Dass sich in der letzten Zeit eine Unmenge solcher Knotenpunkte gebildet hat und dass sie dem Imperialismus nichts Gutes verheißen, daran dürfte es wohl kaum einen Zweifel geben. Drittens, weil unser Land schon nicht mehr allein steht, weil es in den Arbeitern des Westens und in den unterdrückten Völkern des Ostens Verbündete hat. Es lässt sich wohl kaum bezweifeln, dass ein Krieg

gegen die Sowjetunion einen Krieg des Imperialismus gegen seine eigenen Arbeiter und Kolonien bedeuten würde. Ich brauche nicht den Beweis zu führen, dass wir, falls man unser Land überfiele, nicht die Hände in den Schoß legen, sondern alle Maßnahmen ergreifen würden, um in allen Ländern der Welt den Löwen der Revolution zu wecken. Den führenden Männern der kapitalistischen Länder kann es nicht unbekannt sein, dass wir diesbezüglich schon einige Erfahrung haben.
Das sind die Tatsachen und Erwägungen, die davon zeugen, dass die Stabilisierung des Kapitalismus nicht dauerhaft sein kann, dass diese Stabilisierung die Schaffung von Bedingungen bedeutet, die zur Niederlage des Kapitalismus führen, dass die Stabilisierung der Sowjetordnung hingegen eine fortwährende Anhäufung von Bedingungen bedeutet, die zur Festigung der Diktatur des Proletariats, zur Steigerung der revolutionären Bewegung aller Länder und zum Sieg des Sozialismus führen.
Dieser prinzipielle Gegensatz zwischen den beiden Stabilisierungen, der kapitalistischen und der sowjetischen, ist der Ausdruck des Gegensatzes zwischen den beiden Wirtschafts- und Regierungssystemen, zwischen dem System des Kapitalismus und dem System des Sozialismus.
Wer diesen Gegensatz nicht begriffen hat, der wird das eigentliche Wesen der gegenwärtigen internationalen Lage nie begreifen.
Das ist das allgemeine Bild der internationalen Lage im gegenwärtigen Moment.

II
DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN DER KAPITALISTISCHEN LÄNDER

Ich gehe zur zweiten Fragengruppe über.
Das Neue und Besondere in der Lage der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder besteht gegenwärtig darin, dass die Periode der Flut der Revolution von einer Periode der Ebbe der Revolution, einer Periode der Stille abgelöst worden ist. Die Aufgabe besteht darin, die gegenwärtige Periode der Stille auszunützen zur Festigung der kommunistischen Parteien, zu ihrer Bolschewisierung, zu ihrer Verwandlung in wirkliche Massenparteien, die sich auf die Gewerkschaften stützen, zum Zusammenschluss der werktätigen Elemente der nichtproletarischen Klassen und vor allem der Bauernschaft um das Proletariat, schließlich zur Erziehung der Proletarier im Geiste der Revolution und der Diktatur des Proletariats.
Ich werde nicht alle aktuellen Aufgaben aufzählen, vor denen die kommunistischen Parteien des Westens stehen. Wenn Sie die entsprechenden Resolutionen, besonders die Resolution des erweiterten Plenums der Komintern über die Bolschewisierung[29] durchlesen, wird es Ihnen nicht schwer sein, zu begreifen, worin eben diese Aufgaben konkret bestehen.
Ich möchte auf die grundlegende Aufgabe eingehen, auf diejenige Aufgabe der kommunistischen Parteien des Westens, deren Klärung die Lösung aller übrigen aktuellen Aufgaben erleichtert.
Was ist das für eine Aufgabe?
Diese Aufgabe besteht darin, eine enge Verbindung zwischen den kommunistischen Parteien des Westens und den Gewerkschaften herzustellen. Diese Aufgabe besteht darin, die Kampagne für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu entfalten und zu Ende zu führen, allen Kommunisten zur unbedingten Pflicht zu machen, in die Gewerkschaften einzutreten, dort eine systematische Arbeit für den Zusammenschluss der Arbeiter zu einer Einheitsfront gegen das Kapital zu leisten und dadurch die Bedingungen zu schaffen, die es den kommunistischen Parteien er-möglichen, sich auf die Gewerkschaften zu stützen.

Ohne die Durchführung dieser Aufgabe ist weder die Verwandlung der kommunistischen Parteien in wirkliche Massenparteien noch die Vorbereitung der für den Sieg des Proletariats notwendigen Bedingungen möglich.

Die Gewerkschaften und die Parteien im Westen sind etwas anderes als die Gewerkschaften und die Partei bei uns in Rußland. Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den Parteien im Westen stimmen bei weitem nicht mit den gegenseitigen Beziehungen überein, die sich bei uns in Rußland herausgebildet haben. Die Gewerkschaften sind bei uns später als die Partei und um die Partei der Arbeiter-klasse entstanden. Bei uns gab es noch keine Gewerkschaften, als die Partei und ihre Organisationen bereits nicht nur den politischen, sondern auch den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse, die kleinen und kleinsten Streiks mit inbegriffen, leiteten. Dadurch erklärt sich hauptsächlich jene außergewöhnliche Autorität, die unsere Partei unter den Arbeitern vor der Februarrevolution im Vergleich zu jenen Keimen der Gewerkschaften besaß, die bei uns damals hie und da bestanden. Wirkliche Gewerkschaften sind bei uns erst nach dem Februar 1917 entstanden. Vor dem Oktober hatten wir bereits ausgebaute Gewerkschaftsorganisationen, die unter den Arbeitern gewaltige Autorität besaßen. Lenin sagte schon damals, dass ohne eine solche Stütze, wie es die Gewerkschaften sind, die Diktatur des Proletariats weder erkämpft noch behauptet werden kann. Die stärkste Entwicklung nahmen die Gewerkschaften bei uns nach der Machteroberung, besonders unter den Verhältnissen der NÖP. Es unterliegt keinem Zweifel, dass unsere machtvollen Gewerkschaften heute eine der Hauptstützen der Diktatur des Proletariats darstellen. Das Charakteristischste an der Entwicklungsgeschichte unserer Gewerkschaften besteht darin, dass sie später als die Partei, um die Partei und in Freundschaft mit der Partei entstanden, sich entwickelten und erstarkten.

Unter ganz anderen Verhältnissen entwickelten sich die Gewerkschaften im Westen Europas. Erstens sind sie dort lange vor der Partei der Arbeiterklasse entstanden und erstarkt. Zweitens haben sich dort die Gewerkschaften nicht um die Partei der Arbeiterklasse entwickelt, sondern umgekehrt, die Parteien der Arbeiterklasse sind selbst aus den Gewerkschaften hervorgegangen. Drittens mussten sich die Parteien, da das Gebiet des wirtschaftlichen Kampfes, das der Arbeiterklasse am nächsten liegt, von den Gewerkschaften sozusagen bereits erobert war, hauptsächlich mit dem politisch-parlamentarischen Kampf befassen, was auf den Charakter ihrer Arbeit und auf ihr Ansehen in den Augen der Arbeiter-klasse zurückwirken musste. Und gerade weil die Parteien dort später als die Gewerkschaften entstanden, gerade weil die Gewerkschaften lange vor den Parteien geschaffen wurden und eigentlich auch die Hauptfestungen des Proletariats in seinem Kampf gegen das Kapital darstellten - gerade deshalb sahen sich die Parteien, die sich nicht auf die Gewerkschaften stützten, als selbständige Kraft in den Hintergrund gedrängt.

Hieraus folgt aber, dass die kommunistischen Parteien, wenn sie zu einer wirklichen Massenkraft werden wollen, die fähig ist, die Revolution voranzutreiben, eine enge Verbindung mit den Gewerkschaften herstellen und sich auf sie stützen müssen.

Diese Besonderheit der Lage im Westen nicht in Betracht ziehen heißt ganz bestimmt die Sache der kommunistischen Bewegung zugrunde richten.

Dort im Westen gibt es heute noch immer einzelne „Kommunisten”, die diese Besonderheit nicht begreifen wollen und die nach wie vor für die antiproletarische und antirevolutionäre Losung „Heraus aus den Gewerkschaften!” Reklame machen. Es muss gesagt werden, dass niemand der kommunistischen Bewegung im Westen so viel Schaden zufügen kann wie diese und ähnliche „Kommunisten”. Diese Leute gedenken, die Gewerkschaften von außen her „zu attackieren”, da sie diese für ein feindliches Lager halten. Sie begreifen nicht, dass bei einer solchen Politik die Arbeiter diese Leute eben als Feinde betrachten werden. Sie begreifen nicht, dass die Arbeiter in ihrer Masse die Gewerkschaften - ob sie nun gut oder schlecht sind - dennoch als ihre Festungen betrachten, die ihnen helfen, den Arbeitslohn, den Arbeitstag usw. zu wahren. Sie begreifen nicht, dass eine solche Politik das Eindringen der

Kommunisten in die Millionenmassen der Arbeiterklasse nicht erleichtert, sondern ihm Abbruch tut.
„Ihr attackiert meine Festung”, kann der Durchschnittsarbeiter aus der Masse solchen „Kommunisten” sagen. „Ihr wollt das Werk zerstören, an dem ich jahrzehntelang gebaut habe, und mir beweisen, dass der Kommunismus besser ist als der Trade-Unionismus. Ich weiß nicht, vielleicht habt ihr auch recht in euren theoretischen Berechnungen bezüglich des Kommunismus - wie soll ich einfacher Arbeiter mich auskennen in euren Theorien - ich weiß aber das eine, dass ich meine Festungen, die Gewerkschaften, habe. Sie haben mich in den Kampf geführt, sie haben mich - recht und schlecht - gegen die Angriffe der Kapitalisten verteidigt, und jeder, der diese Festungen zu zerstören gedenkt, zerstört mein eigenes Arbeiterwerk. Hört auf, meine Festungen zu attackieren, tretet in die Gewerkschaften ein, arbeitet dort fünf Jahre oder noch länger, helft, sie zu verbessern und zu festigen, und ich werde dann sehen, was ihr für Kerle seid, und wenn ihr euch wirklich als tüchtige Kerle erweist, so werde ich mich natürlich nicht weigern, euch zu unterstützen” usw.
So oder ungefähr so begegnet der heutige Durchschnittsarbeiter des Westens den Antigewerkschaftlern.
Wer diese Besonderheit in der Psychologie des europäischen Durchschnittsarbeiters nicht begriffen hat, der wird auch nichts von der gegenwärtigen Lage unserer kommunistischen Parteien begreifen.
Worin liegt die Stärke der Sozialdemokratie im Westen?
Darin, dass sie sich auf die Gewerkschaften stützt.
Worin liegt die Schwäche unserer kommunistischen Parteien im Westen?
Darin, dass sie noch keine enge Verbindung mit den Gewerkschaften hergestellt haben und dass gewisse Elemente dieser kommunistischen Parteien gar keine enge Verbindung mit den Gewerkschaften herstellen wollen.
Daher besteht die Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien des Westens im gegenwärtigen Moment darin, die Kampagne für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu entfalten und zu Ende zu führen, ausnahmslos allen Kommunisten zur Pflicht zu machen, in die Gewerkschaften einzutreten, dort eine systematische geduldige Arbeit im Interesse des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse gegen das Kapital zu leisten und dadurch zu erreichen, dass die kommunistischen Parteien sich auf die Gewerkschaften stützen können.
Das ist der Sinn der Beschlüsse des erweiterten Plenums der Komintern über die nächsten Aufgaben der kommunistischen Parteien des Westens im gegenwärtigen Moment.

III
DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER KOMMUNISTISCHEN ELEMENTE DER KOLONIALEN UND ABHÄNGIGEN LÄNDER

Ich gehe zur dritten Fragengruppe über.
Das Neue auf diesem Gebiet besteht in folgendem:
a) die verstärkte Kapitalausfuhr aus den fortgeschrittenen in die rückständigen Länder, die durch die Stabilisierung des Kapitalismus gefördert wird, hat zur Folge, dass sich der Kapitalismus in den Kolonialländern in schnellem Tempo entwickelt und entwickeln wird, wobei er die alten Formen der sozialpolitischen Verhältnisse sprengt und neue schafft;
b) das Proletariat in diesen Ländern wächst und wird in zunehmendem Tempo wachsen;
c) die revolutionäre Arbeiterbewegung und die revolutionäre Krise in den Kolonien wächst und wird weiter wachsen;
d) im Zusammenhang damit treten bestimmte Schichten der nationalen Bourgeoisie, die reichsten und mächtigsten, hervor und werden verstärkt hervortreten, die eine Revolution im eigenen Lande mehr fürchten als den Imperialismus und darum ein Übereinkommen mit dem

Imperialismus der Befreiung ihres Landes vom Imperialismus vorziehen und somit ihre eigene Heimat verraten werden (Indien, Ägypten usw.);
e) infolgedessen kann die Befreiung dieser Länder vom Imperialismus nur im Kampf gegen die paktiererische nationale Bourgeoisie erreicht werden;
f) hieraus folgt aber, dass die Frage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern und der Hegemonie des Proletariats in den industriell entwickelten und sich entwickelnden Kolonien zu einer aktuellen Frage werden muss, ebenso wie sie vor der ersten Revolution in Rußland im Jahre 1905 aktuell wurde.
Bisher war es so, dass man vom Osten als von etwas Geschlossenem und Gleichartigem zu sprechen pflegte. Jetzt ist es für jeden klar, dass es einen einheitlichen, gleichartigen Osten nicht mehr gibt, dass es jetzt kapitalistisch entwickelte und sich entwickelnde Kolonien, anderseits aber rückständige und zurückbleibende Kolonien gibt, die nicht mit gleichem Maßstab gemessen werden können.
Bisher stellte man sich die nationale Befreiungsbewegung so vor, dass man sie als eine geschlossene Front aller nationalen Kräfte der kolonialen und abhängigen Länder - von den allerreaktionärsten Bourgeois bis zu den allerrevolutionärsten Proletariern - betrachtete. Jetzt, nach der Spaltung der nationalen Bourgeoisie in einen revolutionären und einen antirevolutionären Flügel, bietet die nationale Bewegung ein etwas anderes Bild. Neben den revolutionären Elementen der nationalen Bewegung gehen aus der Bourgeoisie paktiererische, reaktionäre Elemente hervor, die ein Übereinkommen mit dem Imperialismus der Befreiung ihres Landes vorziehen.
Hieraus ergibt sich für die kommunistischen Elemente der Kolonialländer die Aufgabe, sich mit den revolutionären Elementen der Bourgeoisie und vor allem mit der Bauernschaft gegen den Block des Imperialismus und der paktiererischen Elemente der „eigenen” Bourgeoisie zusammenzuschließen, um, mit dem Proletariat an der Spitze, einen wirklichen revolutionären Kampf für die Befreiung vom Imperialismus zu führen.
Daraus ergibt sich nur die eine Schlussfolgerung: Für eine ganze Reihe von Kolonialländern rückt jetzt ihr Jahr 1905 heran.
Die Aufgabe besteht darin, die fortgeschrittenen Elemente der Arbeiter der Kolonialländer zu einer einheitlichen kommunistischen Partei zusammenzuschließen, die fähig ist, die Führung der heranreifenden Revolution zu übernehmen.
Folgendes sagte Lenin schon im Jahre 1922 über die ansteigende revolutionäre Bewegung in den Kolonialländern:
„Die gegenwärtigen ‚Sieger' des ersten imperialistischen Gemetzels sind nicht einmal imstande, das winzig kleine Irland zu besiegen, sind nicht einmal imstande, den Wirrwarr, der unter ihnen selbst in Finanz- und Valutafragen entstanden ist, zu überwinden. Und in Indien und China brodelt es. Das sind mehr als 700 Millionen Menschen. Das ist, wenn wir die an sie grenzenden und ihnen ganz ähnlichen asiatischen Länder hinzuzählen, die größere Hälfte der Bevölkerung der Welt. Dort rückt, unaufhaltsam und immer rascher, das Jahr 1905 heran, mit dem wesentlichen und riesengroßen Unterschied, dass im Jahre 1905 die Revolution in Rußland (wenigstens anfangs) sich noch isoliert abspielen konnte, das heißt ohne unverzüglich andere Länder in die Revolution hineinzuziehen. Die in Indien und China heranwachsende Revolution aber wird und ist schon jetzt in den revolutionären Kampf, in die revolutionäre Bewegung, in die internationale Revolution hineingezogen.” (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 313, russ.)
Die Kolonialländer stehen vor ihrem Jahr 1905 - das ist die Schlussfolgerung.
Das ist der Sinn der vom erweiterten Plenum der Komintern zur Kolonialfrage angenommenen Resolutionen.

IV
ÜBER DAS SCHICKSAL DES SOZIALISMUS IN DER SOWJETUNION

Ich gehe zur vierten Fragengruppe über.

Bisher sprach ich über die von unserer Parteikonferenz angenommenen Resolutionen zu den Fragen, die unmittelbar die Komintern angehen. Jetzt gehen wir zu den Fragen über, die sich sowohl auf die Komintern als auch auf die KPR(B) direkt beziehen und daher das Bindeglied zwischen den äußeren und inneren Fragen bilden.

Wie muss sich die zeitweilige Stabilisierung des Kapitalismus auf das Schicksal des Sozialismus in unserem Lande auswirken? Bedeutet diese Stabilisierung nicht das Ende oder den Anfang vom Ende des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande?

Kann man den Sozialismus in unserem in technisch-ökonomischer Hinsicht rückständigen Lande überhaupt aus eigener Kraft errichten, wenn der Kapitalismus in den anderen Ländern für eine mehr oder minder lange Periode bestehen bleibt?

Kann man eine volle Garantie gegen die Interventionsgefahr und folglich auch gegen die Restauration der alten Ordnung in unserem Lande schaffen, wenn die kapitalistische Umkreisung fortbesteht und der Kapitalismus überdies sich gegenwärtig noch stabilisiert hat?

All dies sind Fragen, die im Zusammenhang mit der auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen entstandenen neuen Situation unvermeidlich vor uns auftauchen und die wir nicht umgehen können, auf die wir eine genaue und bestimmte Antwort geben müssen.

Unser Land weist zwei Gruppen von Gegensätzen auf. Die eine Gruppe von Gegensätzen - das sind die inneren Gegensätze, die zwischen Proletariat und Bauernschaft bestehen. Die andere Gruppe von Gegensätzen - das sind die äußeren Gegensätze, die zwischen unserem Lande, als dem Lande des Sozialismus, und allen übrigen Ländern, als den Ländern des Kapitalismus, vorhanden sind.

Betrachten wir nun diese beiden Gruppen von Gegensätzen gesondert.

Dass gewisse Gegensätze zwischen Proletariat und Bauernschaft bestehen, lässt sich natürlich nicht leugnen. Man braucht sich nur all das ins Gedächtnis zu rufen, was bei uns im Zusammenhang mit der Preispolitik in bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, im Zusammenhang mit der Festsetzung von Höchstpreisen, im Zusammenhang mit der Kampagne für die Herabsetzung der Preise für Industriewaren usw. vor sich ging und vor sich geht, um die ganze Realität dieser Gegensätze zu begreifen. Wir haben zwei Hauptklassen vor uns: die Klasse der Proletarier und die Klasse der Privateigentümer, das heißt der Bauernschaft. Daher die Unvermeidlichkeit von Gegensätzen zwischen ihnen. Die ganze Frage ist die, ob wir diese Gegensätze, die zwischen Proletariat und Bauernschaft bestehen, aus eigener Kraft überwinden können. Wenn man fragt, ob es möglich ist, den Sozialismus aus eigener Kraft zu errichten, so ist damit die Frage gemeint: Ist es möglich, die zwischen Proletariat und Bauernschaft in unserem Lande bestehenden Gegensätze zu überwinden oder nicht?

Der Leninismus beantwortet diese Frage bejahend: Ja, wir können den Sozialismus errichten, und wir werden ihn zusammen mit der Bauernschaft, unter der Führung der Arbeiterklasse aufbauen.

Worin ist eine solche Antwort begründet, womit ist sie motiviert?

Die Motive für diese Antwort bestehen darin, dass zwischen Proletariat und Bauernschaft nicht nur Gegensätze bestehen, sondern dass sie in den grundlegenden Fragen der Entwicklung auch gemeinsame Interessen haben, die diese Gegensätze aufwiegen oder zumindest aufwiegen können und die die Basis, die Grundlage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern bilden.

Worin bestehen diese gemeinsamen Interessen?

Die Sache ist die, dass es zwei Entwicklungswege der Landwirtschaft gibt: den kapitalistischen Weg und den sozialistischen Weg. Der kapitalistische Weg bedeutet eine Entwicklung, die zur Verelendung der Mehrheit der Bauernschaft im Interesse der Bereicherung der oberen Schichten der städtischen und ländlichen Bourgeoisie führt. Der sozialistische Weg hingegen bedeutet eine Entwicklung, die zur fortwährenden Hebung des Wohlstands der Mehrheit der Bauernschaft führt. Wie das Proletariat, so ist auch die Bauernschaft, und diese ganz besonders, daran interessiert, dass die Entwicklung den zweiten, den sozialistischen Weg geht. Denn nur auf diesem Wege kann die Bauernschaft vor Verelendung und Hungerdasein gerettet werden. Es braucht nicht betont zu werden, dass die Diktatur des Proletariats, die die Hauptfäden der Wirtschaft in ihren Händen hält, alle Maßnahmen ergreifen wird, um dem zweiten, dem sozialistischen Wege, zum Siege zu verhelfen. Anderseits ist es selbstverständlich, dass die Bauernschaft zutiefst daran interessiert ist, dass die Entwicklung diesen zweiten Weg geht.

Hieraus entspringt die Gemeinsamkeit der Interessen des Proletariats und der Bauernschaft, die die Gegensätze zwischen ihnen aufwiegt.

Deshalb sagt der Leninismus, dass wir zusammen mit der Bauernschaft, auf der Grundlage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern die vollendete sozialistische Gesellschaft errichten können und errichten müssen.

Deshalb sagt der Leninismus, ausgehend von den gemeinsamen Interessen der Proletarier und Bauern, dass wir die zwischen Proletariat und Bauernschaft bestehenden Gegensätze aus eigener Kraft überwinden können und überwinden müssen.

Das ist der Standpunkt des Leninismus zu dieser Frage. Augenscheinlich sind aber nicht alle Genossen mit dem Leninismus
einverstanden. Trotzki zum Beispiel schreibt über die Gegensätze zwischen Proletariat und Bauernschaft folgendes:

„Die Widersprüche in der Stellung der Arbeiterregierung in einem rückständigen Lande mit einer erdrückenden Mehrheit bäuerlicher Bevölkerung werden nur - im internationalen Maßstab, in der Arena der Weltrevolution des Proletariats ihre Lösung finden können.” (Siehe Vorwort zum Buch Trotzkis „Das Jahr 1905“.)

Mit anderen Worten, wir vermögen nicht, sind nicht imstande, die inneren Gegensätze in unserem Lande, die Gegensätze zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft aus eigener Kraft zu überwinden und aufzuheben, denn, so erfährt man, nur im Ergebnis der Weltrevolution und nur auf der Grundlage der Weltrevolution werden wir diese Gegensätze aufheben und den Sozialismus schließlich errichten können.

Es erübrigt sich zu sagen, dass diese These mit dem Leninismus nichts gemein hat.

Derselbe Trotzki fährt dann fort:

„Ohne direkte staatliche Unterstützung durch das europäische Proletariat wird die Arbeiterklasse Rußlands nicht imstande sein, die Macht zu behaupten und ihre zeitweilige Herrschaft in eine dauernde, sozialistische Diktatur zu verwandeln. Daran darf man nicht einen Augenblick zweifeln.” (Siehe Trotzki „Unsere Revolution”, S. 278.)

Mit anderen Worten, solange das westliche Proletariat nicht die Macht ergreift und uns keine staatliche Unterstützung gewährt, dürfen wir nicht einmal davon träumen, die Macht für eine auch nur einigermaßen lange Periode zu behaupten.

Weiter:

„Aussichtslos, zu glauben..., dass zum Beispiel ein revolutionäres Rußland einem konservativen Europa gegenüber sich behaupten könnte” (siehe Trotzkis Schriften, Bd. III, Teil I, S. 90).

Mit anderen Worten, wir können, so erfährt man, den Sozialismus nicht nur nicht errichten, sondern wir können uns auch nicht einmal für eine kurze Zeit, „einem konservativen Europa gegenüber” behaupten, obwohl die ganze Welt weiß, dass wir uns nicht nur behauptet,

sondern dass wir auch eine Reihe wütender Attacken des konservativen Europas auf unser Land zurückgeschlagen haben.
Und schließlich:
„Ein wirklicher Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft in Rußland”, sagt Trotzki, „wird erst nach dein Siege - des Proletariats in den wichtigsten Ländern Europas möglich sein” (ebenda S. 93).
Das ist wohl klar.
Ich habe diese Zitate angeführt, Genossen, um sie Zitaten aus den Werken Lenins gegenüberzustellen und Ihnen auf diese Weise zu ermöglichen, den Grundkern der Frage der Möglichkeit der Errichtung der vollendeten sozialistischen Gesellschaft in einem von kapitalistischen Staaten umgebenen Lande der proletarischen Diktatur zu erfassen.
Wenden wir uns nun Zitaten aus den Werken Lenins zu.
Schon im Jahre 1915, während des imperialistischen Krieges, schrieb Lenin:
„Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, dass der Sieg des Sozialismus ursprünglich in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach Enteignung der Kapitalisten und nach Organisierung der sozialistischen Produktion im eigenen Lande der übrigen, der kapitalistischen Welt entgegenstellen und würde die unterdrückten Klassen der anderen Länder auf seine Seite ziehen, in ihnen den Aufstand gegen die Kapitalisten entfachen und im Notfall sogar mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen"... Denn „die freie Vereinigung der Nationen im Sozialismus ist unmöglich ohne einen mehr oder weniger langwierigen, hartnäckigen Kampf der sozialistischen Republiken gegen die rückständigen Staaten”. (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 21, S.311 [deutsch in „Ausgewählte Werke” in zwei Bänden, Bd. I, S. 753].)
Mit anderen Worten, das Land der proletarischen Diktatur, von Kapitalisten umgeben, ist, wie es sich erweist, nicht nur imstande, die inneren Gegensätze zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft aus eigener Kraft aufzuheben, sondern es kann und muss auch den Sozialismus errichten, eine sozialistische Wirtschaft im eigenen Lande organisieren und eine bewaffnete Macht aufstellen, um den Proletariern der Nachbarländer in ihrem Kampfe um den Sturz des Kapitals zu Hilfe zu eilen.
Das ist die Grundthese des Leninismus über den Sieg des Sozialismus in einem Lande.
Das gleiche sagt Lenin, wenn auch in etwas anderer Form, im Jahre 1920 auf dem VIII. Sowjetkongress in Verbindung mit der Frage der Elektrifizierung unseres Landes:
„Kommunismus - das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes. Sonst wird das Land ein kleinbäuerliches Land bleiben, und das müssen wir klar erkennen. Wir sind schwächer als der Kapitalismus, nicht nur im Weltmaßstab, sondern auch im Innern unseres Landes. Das ist allbekannt. Wir haben das erkannt, und wir werden es dahin bringen, dass die wirtschaftliche Grundlage aus einer kleinbäuerlichen zu einer großindustriellen wird. Erst dann, wenn das Land elektrifiziert ist, wenn die Industrie, die Landwirtschaft und das Verkehrswesen eine moderne großindustrielle technische Grundlage erhalten, erst dann werden wir endgültige gesiegt haben.” (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 31, S. 484, russ.)
Mit anderen Worten, Lenin ist sich über die technischen Schwierigkeiten der Errichtung des Sozialismus in unserem Lande durchaus im klaren, aber er zieht daraus keineswegs die absurde Schlussfolgerung, dass „ein wirklicher Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft in Rußland erst nach dem Siege des Proletariats in den wichtigsten Ländern Europas möglich sein wird”, sondern er ist der Auffassung, dass wir diese Schwierigkeiten aus eigener Kraft überwinden können und den „endgültigen Sieg” erringen, das heißt den vollendeten Sozialismus errichten können.
Und ein Jahr später, im Jahre 1921, sagt Lenin:

„10-20 Jahre richtiger Beziehungen zur Bauernschaft, und der Sieg ist im Weltmaßstab (sogar bei einer Verzögerung der proletarischen Revolutionen, die anwachsen) gesichert.” („Plan und Konspekte für die Broschüre ‚Über die Naturalsteuer’“, 1921 - siehe 4. Ausgabe, Bd. 32, S. 302/303, russ.)

Mit anderen Worten, Lenin ist sich über die politischen Schwierigkeiten der Errichtung des Sozialismus in unserem Lande durchaus im klaren, aber er zieht daraus keineswegs die falsche Schlussfolgerung, dass „ohne direkte staatliche Unterstützung durch das europäische Proletariat die Arbeiterklasse Rußlands nicht imstande sein wird, die Macht zu behaupten”, sondern er ist der Auffassung, dass wir bei einer richtigen Politik gegenüber der Bauernschaft den „Sieg im Weltmaßstab” durchaus erringen, das heißt den vollendeten Sozialismus errichten können.

Was bedeutet aber eine richtige Politik gegenüber der Bauernschaft? Eine richtige Politik gegenüber der Bauernschaft ist etwas, was voll und ganz von uns und nur von uns abhängt, von der Partei, die die führende Kraft bei der Errichtung des Sozialismus in unserem Lande ist.

Dasselbe, aber mit noch größerer Bestimmtheit, sagt Lenin im Jahre 1922 in seinen Bemerkungen über das Genossenschaftswesen:

„In der Tat, die Verfügungsgewalt des Staates über alle großen Produktionsmittel, die Staatsmacht in den Händen des Proletariats, das Bündnis dieses Proletariats mit den vielen Millionen Klein- und Zwergbauern, die Sicherung der Führerstellung dieses Proletariats gegenüber der Bauernschaft usw. - ist das nicht alles, was notwendig ist, um aus den Genossenschaften, allein aus den Genossenschaften, die wir früher geringschätzig als Krämerei behandelt haben und die wir in gewisser Hinsicht jetzt, unter der NÖP, ebenso zu behandeln berechtigt sind, ist das nicht alles, was notwendig ist, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten? Das ist noch nicht die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, aber es ist alles, was zu dieser Errichtung notwendig und hinreichend ist.” (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 428 [deutsch in „Ausgewählte Werke” in zwei Bänden, Bd. II, S. 989].)

Mit anderen Worten, unter der Diktatur des Proletariats sind bei uns, wie es sich erweist, alle Vorbedingungen gegeben, die notwendig sind, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten, wobei alle und jegliche inneren Schwierigkeiten überwunden werden, denn wir können und müssen sie aus eigener Kraft überwinden. Das ist wohl klar.

Dem Einwand, dass die verhältnismäßige ökonomische Rückständigkeit unseres Landes die Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus ausschließe, tritt Lenin aufs entschiedenste entgegen und verwirft ihn als etwas, was sich mit dem Sozialismus nicht vereinbaren lässt:

„Unendlich schablonenhaft ist... ihr Argument“, sagt Lenin, „das sie im Verlauf der Entwicklung der westeuropäischen Sozialdemokratie auswendig gelernt haben und das darin besteht, dass wir für den Sozialismus noch nicht reif seien, dass uns, wie sich die verschiedenen ‚gelehrten’ Herren unter ihnen ausdrücken, die objektiven ökonomischen Voraussetzungen für den Sozialismus fehlen.” (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 437 [deutsch in „Ausgewählte Werke” in zwei Bänden, Bd. II, S. 997].)

Andernfalls hätte es ja keinen Sinn gehabt, im Oktober die Macht zu ergreifen und die Oktoberrevolution durchzuführen. Denn wenn die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Errichtung der vollendeten sozialistischen Gesellschaft aus diesen oder jenen Erwägungen ausgeschlossen wird, so verliert damit auch die Oktoberrevolution ihren Sinn. Wer die Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus in einem Lande leugnet, der muss auch zwangsläufig die Rechtmäßigkeit der Oktoberrevolution leugnen. Und umgekehrt: Wer nicht an den Oktober glaubt, der kann auch die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus unter den Verhältnissen der kapitalistischen Umkreisung nicht anerkennen. Es besteht ein enger und unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Unglauben an den Oktober und der Nichtanerkennung der sozialistischen Möglichkeiten in unserem Lande.

„Ich weiß”, sagt Lenin, „dass es natürlich Neunmalweise gibt, die sich für sehr gescheit halten und sich sogar Sozialisten nennen, die behaupten, man hätte die Macht nicht ergreifen dürfen, solange die Revolution nicht in allen Ländern ausgebrochen wäre. Diese Leute ahnen nicht, dass sie mit diesem Gerede der Revolution den Rücken kehren und auf die Seite der Bourgeoisie übergehen. Zu warten, bis die werktätigen Klassen die Revolution im internationalen Maßstab durchführen, hieße, dass alle in Erwartung zu erstarren hätten. Das ist Unsinn.” (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 27, S. 336, russ.)
So verhält es sich mit der ersten Gruppe von Gegensätzen, mit den Gegensätzen innerer Natur, mit der Frage der Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus unter den Verhältnissen der kapitalistischen Umkreisung.
Gehen wir nun zur zweiten Gruppe von Gegensätzen über, zu den äußeren Gegensätzen, die zwischen unserem Lande, als dem Lande des Sozialismus, und allen übrigen Ländern, als den Ländern des Kapitalismus, bestehen.
Worin bestehen diese Gegensätze?
Sie bestehen darin, dass, solange die kapitalistische Umkreisung besteht, auch die Gefahr der Intervention seitens der kapitalistischen Länder bestehen muss und dass, solange eine solche Gefahr besteht, auch die Gefahr der Restauration, die Gefahr der Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung in unserem Lande bestehen muss.
Kann man annehmen, dass diese Gegensätze durch ein Land völlig überwunden werden können? Nein, das kann man nicht. Denn die Anstrengungen eines Landes, selbst wenn dieses Land das Land der proletarischen Diktatur ist, genügen nicht, um es gegen die Gefahr einer Intervention völlig zu sichern. Eine volle Garantie gegen die Intervention und folglich auch der endgültige Sieg des Sozialismus ist infolgedessen nur im internationalen Maßstab, nur als Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen der Proletarier einer Reihe von Ländern oder, noch richtiger gesagt, nur als Ergebnis des Sieges der Proletarier einiger Länder möglich.
Was bedeutet endgültiger Sieg des Sozialismus?
Der endgültige Sieg des Sozialismus ist die volle Garantie gegen Interventions- und folglich auch gegen Restaurationsversuche, denn ein einigermaßen ernsthafter Restaurationsversuch kann nur mit ernster Unterstützung von außen, nur mit Unterstützung des internationalen Kapitals erfolgen. Deshalb ist die Unterstützung unserer Revolution durch die Arbeiter aller Länder, und noch mehr der Sieg dieser Arbeiter zum mindesten in einigen Ländern die unerlässliche Vorbedingung für die volle Sicherung des ersten siegreichen Landes gegen Interventions- und Restaurationsversuche, die unerlässliche Vorbedingung für den endgültigen Sieg des Sozialismus.
„Solange unsere Sowjetrepublik”, sagt Lenin, „ein allein stehendes Randgebiet der ganzen kapitalistischen Welt bleibt, wäre es eine absolut lächerliche Phantasterei und Utopie,... an das Verschwinden dieser oder jener Gefahren zu denken. Solange diese grundlegenden Gegensätze bestehen bleiben, bleiben natürlich auch die Gefahren bestehen, und man kann ihnen nicht entrinnen.” (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 31, S. 462, russ.)
Und weiter:
„Wir leben nicht nur in einem Staat, sondern in einem Staatensystem, und die Existenz der Sowjetrepublik neben den imperialistischen Staaten ist auf die Dauer undenkbar. Am Ende wird entweder das eine oder das andere siegen.” (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 29, S. 133, russ.)
Deshalb sagt Lenin:
„Endgültig siegen kann man nur im Weltmaßstab und nur durch die gemeinsamen Anstrengungen der Arbeiter aller Länder.” (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 27, S. 336, russ.)
So verhält es sich mit der zweiten Gruppe von Gegensätzen.
Wer die erste Gruppe von Gegensätzen, die durchaus mit den Kräften eines Landes überwunden werden können, mit der zweiten Gruppe von Gegensätzen verwechselt, die zu ihrer Überwindung die Anstrengungen der Proletarier mehrerer Länder erfordern, der verstößt

aufs gröblichste gegen den Leninismus, der ist entweder ein Wirrkopf oder ein unverbesserlicher Opportunist.
In gewissem Sinne als Musterbeispiel einer solchen Verwirrung könnte der Brief eines Genossen zur Frage des Sieges des Sozialismus in einem Lande dienen, den ich im Januar dieses Jahres erhielt. Er schreibt voller Bestürzung:
„Sie sagen, die Leninsche Theorie... bestehe darin, dass der Sozialismus in einem einzelnen Lande siegen kann. Ich habe leider an den entsprechenden Stellen bei Lenin keine Hinweise auf den Sieg des Sozialismus in einem Lande gefunden."
Das Schlimme hierbei ist natürlich nicht, dass dieser Genosse, den ich für einen der besten Genossen unter unserer studierenden Jugend halte, „an den entsprechenden Stellen bei Lenin keine Hinweise auf den Sieg des Sozialismus in einem Lande gefunden" hat. Es wird die Zeit kommen, wo er mehr gelesen und endlich solche Hinweise gefunden haben wird. Das Schlimme ist, dass er die inneren Gegensätze und die äußeren Gegensätze durcheinander gebracht und sich in diesem Durcheinander vollends verstrickt hat. Es wird wohl nicht überflüssig sein, Ihnen meine Antwort auf den Brief dieses Genossen mitzuteilen. Sie lautet:
„Es handelt sich nicht um den vollständigen Sieg des Sozialismus, sondern um den Sieg des Sozialismus überhaupt, das heißt darum, die Gutsbesitzer und Kapitalisten zu verjagen, die Macht zu ergreifen, die Attacken des Imperialismus abzuschlagen und den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft zu beginnen. All dies kann dem Proletariat in einem Lande durchaus gelingen, eine vollständige Garantie gegen die Restauration kann jedoch nur das Ergebnis ‚gemeinsamer Anstrengungen der Proletarier mehrerer Länder' sein.
Es wäre töricht gewesen, die Oktoberrevolution in Rußland zu beginnen, wenn man überzeugt gewesen wäre, dass sich das siegreiche Proletariat Rußlands bei offenkundiger Sympathie von seiten der Proletarier der anderen Länder, aber ohne den Sieg in mehreren Ländern ‚einem konservativen Europa gegenüber nicht behaupten kann'. Das ist kein Marxismus, sondern ganz gewöhnlicher Opportunismus, Trotzkismus, alles, was Sie nur wollen. Wenn die Theorie Trotzkis richtig wäre, so hätte Iljitsch unrecht gehabt, als er behauptete, dass wir das Rußland der NÖP in ein sozialistisches Rußland verwandeln werden, dass wir ‚alles haben, was notwendig ist, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten (siehe ‚Über das Genossenschaftswesen')...
Das Gefährlichste in unserer politischen Praxis ist, wenn man das siegreiche proletarische Land als etwas Passives zu betrachten sucht, das, solange nicht die siegreichen Proletarier anderer Länder zu Hilfe kommen, zu nichts weiter fähig ist, als auf der Stelle zu treten. Nehmen wir an, dass es in den nächsten fünf bis zehn Jahren Sowjetordnung in Rußland im Westen noch nicht zur Revolution kommt; nehmen wir an, dass unsere Republik während dieser Periode ihre Existenz trotzdem behauptet als Sowjetrepublik, die unter den Verhältnissen der NÖP die sozialistische Wirtschaft aufbaut - glauben Sie, dass sich unser Land während dieser fünf bis zehn Jahre damit beschäftigen wird, Wasser ins Meer zu tragen, und nicht damit, die sozialistische Wirtschaft zu organisieren? Man braucht diese Frage nur zu stellen, um zu begreifen, wie gefährlich die Theorie der Leugnung des Sieges des Sozialismus in einem Lande ist.
Bedeutet das aber, dass dieser Sieg vollständig, dass er endgültig sein wird? Nein, das bedeutet es nicht..., da, solange die kapitalistische Umkreisung besteht, die Gefahr einer militärischen Intervention ständig vorhanden sein wird." (Januar 1925.)
So verhält es sich mit der Frage des Schicksals des Sozialismus in unserem Lande, vom Standpunkt der bekannten Resolution der XIV. Konferenz unserer Partei aus betrachtet.

V
DIE POLITIK DER PARTEI AUF DEM LANDE

Ich gehe zur fünften Fragengruppe über.
Bevor wir uns den Resolutionen der XIV. Konferenz zuwenden, die sich mit der Politik der Partei auf dem Lande befassen, möchte ich einige Worte über den Lärm sagen, den die bürgerliche Presse anlässlich der von unserer Partei an den Mängeln unserer Arbeit auf dem Lande geübten Kritik erhob. Die bürgerliche Presse lässt alle Künste spielen, um jedermann einzureden, dass die offene Kritik an unseren eigenen Mängeln ein Zeichen der Schwäche der Sowjetmacht, ein Zeichen ihrer Zersetzung und ihres Zerfalls sei. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, dass bei diesem ganzen Lärm alles erfunden und erlogen ist.
Selbstkritik ist ein Zeichen der Stärke, nicht aber der Schwäche unserer Partei. Nur eine starke Partei, die im Leben verwurzelt ist und deren Weg zum Siege führt, kann sich eine so schonungslose Kritik an ihren eigenen Mängeln erlauben, wie sie sich unsere Partei vor dem ganzen Volk erlaubte und immer erlauben wird. Eine Partei, die die Wahrheit vor dem Volk verheimlicht, eine Partei, die das Tageslicht und die Kritik scheut, ist keine Partei, sondern eine Clique von Betrügern, die zum Untergang verurteilt sind. Die Herren Bourgeois messen uns mit ihrem Maß. Sie scheuen das Tageslicht und geben sich alle Mühe, die Wahrheit vor dem Volk zu verbergen, indem sie ihre Mängel mit dem Parademäntelchen des Wohlbefindens zu verdecken suchen. Und nun glauben sie, dass auch wir Kommunisten die Wahrheit vor dem Volk verbergen müssten. Sie scheuen das Tageslicht, denn sie brauchen nur eine einigermaßen ernsthafte Selbstkritik, eine einigermaßen freie Kritik an ihren eigenen Mängeln zuzulassen, und schon würde von der bürgerlichen Ordnung kein Stein auf dem andern bleiben. Und nun glauben sie, dass, wenn wir Kommunisten Selbstkritik üben, dies ein Zeichen dafür sei, dass wir keinen Boden unter den Füßen haben und in der Luft hängen. Sie messen uns mit ihrem Maß, die verehrten Bourgeois und Sozialdemokraten. Nur Parteien, deren Zeit abläuft und die zum Untergang verurteilt sind, können das Tageslicht und die Kritik scheuen. Wir scheuen weder das eine noch das andere, weil wir eine aufsteigende Partei sind, deren Weg zum Siege führt. Deshalb ist die Selbstkritik, die schon seit einigen Monaten geübt wird, ein Zeichen der größten Stärke, nicht aber der Schwäche unserer Partei, ein Mittel ihrer Festigung, nicht aber ihrer Zersetzung.
Nun aber wollen wir zur Frage der Politik der Partei auf dem Lande übergehen.
Welche neuen Momente wären auf dem Lande im Zusammenhang mit der neuen inneren und internationalen Lage festzustellen?
Ich glaube, dass vier grundlegende Tatsachen hervorzuheben wären:
1. Die Veränderung der internationalen Lage und das verlangsamte Tempo der Revolution, die uns veranlassen, einen möglichst schmerzlosen, wenn auch langwierigen Weg zu wählen, um die Bauernschaft in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen, um zusammen mit der Bauernschaft den Sozialismus aufzubauen;
2. das wirtschaftliche Wachstum des Dorfes und der Prozess der Differenzierung der Bauernschaft, die die Beseitigung der Überreste des Kriegskommunismus auf dem Lande erheischen;
3. die politische Aktivität der Bauernschaft, die eine Änderung der alten Methoden der Führung und des Administrierens auf dem Lande erheischt;
4. die Neuwahlen der Sowjets, die die unbestreitbare Tatsache offenbart haben, dass in einer ganzen Reihe von Bezirken unseres Landes der Mittelbauer auf der Seite des Kulaken gegen den armen Bauern steht.
Worin besteht im Zusammenhang mit diesen neuen Tatsachen die grundlegende Aufgabe der Partei auf dem Lande?
Einige Genossen gelangen, von der Tatsache der Differenzierung des Dorfes ausgehend, zu der Schlussfolgerung, die grundlegende Aufgabe der Partei bestehe in der Schürung des

Klassenkampfs im Dorfe. Das ist falsch. Das ist leeres Geschwätz. Nicht darin besteht jetzt unsere Hauptaufgabe. Das ist ein Nachleiern alter menschewistischer Lieder aus dem alten menschewistischen Liederschatz.

Das Wichtigste ist heute durchaus nicht die Schürung des Klassenkampfs im Dorfe. Das Wichtigste besteht jetzt darin, die Mittelbauern um das Proletariat zu scharen, sie erneut zu gewinnen. Das Wichtigste besteht jetzt darin, sich mit der Hauptmasse der Bauernschaft zusammen zuschließen, ihr materielles und kulturelles Niveau zu heben und zusammen mit dieser Hauptmasse auf dem Wege zum Sozialismus vorwärts zuschreiten. Das Wichtigste besteht darin, den Sozialismus zusammen mit der Bauernschaft aufzubauen, unbedingt zusammen mit der Bauernschaft und unbedingt unter der Führung der Arbeiterklasse, denn die Führung seitens der Arbeiterklasse ist die wichtigste Garantie dafür, dass der Aufbau den Weg zum Sozialismus gehen wird.

Das ist jetzt die grundlegende Aufgabe der Partei.

Es dürfte vielleicht nicht überflüssig sein, uns die sich darauf beziehenden Worte Iljitschs in Erinnerung zu rufen, die er zur Zeit der Einführung der NÖP sagte und die bis auf den heutigen Tag ihre volle Gültigkeit behalten haben:

„Der Kernpunkt liegt darin, dass man sich jetzt in ungleich größerer und gewaltigerer Masse vorwärts bewege, nicht anders als gemeinsam mit der Bauernschaft“ (siehe 4. Ausgabe, Bd. 33, S.291 [deutsch in „Ausgewählte Werke” in zwei Bänden, Bd. II, S.9581).

Und weiter:

„Es gilt, sich eng mit der Bauernmasse, mit der einfachen, werktätigen Bauernschaft zusammenzuschließen und zu beginnen, sich vorwärts zu bewegen, zwar unvergleichlich, unendlich langsamer, als wir es geträumt haben, dafür aber so, dass die ganze Masse wirklich mit uns vorwärts schreitet. Dann wird auch zur gegebenen Zeit eine solche Beschleunigung dieser Bewegung einsetzen, von der wir augenblicklich nicht einmal träumen können.” (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 243 [deutsch in „Ausgewählte Werke” in zwei Bänden, Bd. II, S.9201.)

Im Zusammenhang damit stehen wir vor zwei grundlegenden Aufgaben auf dem Lande.

1. Erstens müssen wir erreichen, dass die bäuerliche Wirtschaft in das allgemeine System der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung einbezogen wird. Früher war es so, dass wir es mit zwei parallelen Prozessen zu tun hatten: die Stadt ging ihren Weg, das Dorf den seinen. Der Kapitalist war bestrebt, die bäuerliche Wirtschaft in das System der kapitalistischen Entwicklung einzubeziehen. Diese Einbeziehung erfolgte aber auf dem Wege der Verelendung der Bauernmassen und der Bereicherung einer Oberschicht der Bauernschaft. Es ist bekannt, dass dieser Weg sich als ein Weg erwies, der die Revolution förderte. Nach dem Siege des Proletariats erfolgt die Einbeziehung der bäuerlichen Wirtschaft in das allgemeine System der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung dadurch, dass Bedingungen geschaffen werden, um die Volkswirtschaft auf der Grundlage einer allmählichen, aber stetigen Hebung des Wohlstands der Mehrheit der Bauern vorwärts zubringen, das heißt, dass ein Weg eingeschlagen wird, der demjenigen entgegengesetzt ist, auf dem die Kapitalisten die Bauernschaft vor der Revolution führten und den zu gehen sie die Bauernschaft aufforderten.

Wie kann aber die bäuerliche Wirtschaft in das System des Wirtschaftsaufbaus einbezogen werden? Durch die Genossenschaften. Durch die Kreditgenossenschaft, die landwirtschaftliche Genossenschaft, die Konsumgenossenschaft, die Gewerbegenossenschaft.

Das sind jene Wege und Pfade, die wir beschreiten müssen, um die bäuerliche Wirtschaft langsam aber gründlich in das allgemeine System des sozialistischen Aufbaus einzubeziehen.

2. Die zweite Aufgabe besteht darin, allmählich, aber beharrlich mit den alten Methoden des Administrierens und der Führung auf dem Lande aufzuräumen, die Sowjets zu beleben, die Sowjets in wirklich gewählte Organe zu verwandeln, die Grundsätze der Sowjetdemokratie auf dem Lande einzubürgern. Iljitsch sagte, dass die proletarische Diktatur der höchste Typus der Demokratie für die Mehrheit der Werktätigen ist. Iljitsch sagte, dass dieser höchste Typus der Demokratie nur nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat eingeführt werden

kann und nur, nachdem wir die Möglichkeit bekommen haben, diese Macht zu festigen. Nun, diese Phase der Festigung der Sowjetmacht und der Entfaltung der Sowjetdemokratie hat bereits begonnen. Wir müssen diesen Weg vorsichtig und ohne Hast gehen und dabei im Verlauf der Arbeit um die Partei ein zahlenmäßig starkes Aktiv aus parteilosen Bauern schaffen.

Wenn die erste Aufgabe, die Aufgabe der Einbeziehung der bäuerlichen Wirtschaft in das allgemeine System des Wirtschaftsaufbaus uns ermöglicht zu erreichen, dass die Bauernschaft bei der Errichtung des Sozialismus gemeinsam mit dem Proletariat am gleichen Strang zieht, so muss uns die zweite Aufgabe, die Aufgabe der Entfaltung der Sowjetdemokratie und der Belebung der Sowjets im Dorfe, ermöglichen, unseren Staatsapparat umzugestalten, ihn mit den Volksmassen zu verbinden, ihn zu einem gesunden und ehrlichen, einfachen und billigen Staatsapparat zu machen, um somit die Bedingungen zu schaffen, die den allmählichen Übergang von der Gesellschaft der Diktatur des Proletariats zur kommunistischen Gesellschaft erleichtern.

Das sind die Grundlinien der Resolutionen, die die XIV. Parteikonferenz zur Frage der Politik unserer Partei auf dem Lande angenommen hat.

Dementsprechend muss sich auch die Methode der Parteiführung auf dem Lande ändern.

Bei uns gibt es Leute in der Partei, die behaupten, da wir nun einmal die NÖP haben und der Kapitalismus sich zeitweilig zu stabilisieren beginnt, bestehe unsere Aufgabe darin, sowohl in der Partei als auch im Staatsapparat eine Politik des maximalen Drucks durchzuführen, dass alles nur so kracht. Ich muss sagen, dass das eine falsche und verhängnisvolle Politik wäre. Wir brauchen jetzt nicht maximalen Druck, sondern maximale Elastizität sowohl in der Politik als auch in der Organisation, maximale Elastizität sowohl in der politischen als auch in der organisatorischen Führung. Ohne dies werden wir unter den heutigen komplizierten Verhältnissen das Steuer nicht in der Hand behalten können. Wir brauchen eine maximale Elastizität, damit die Partei das Steuer in der Hand behält und ihr die volle Führung gesichert bleibt.

Weiter. Es ist notwendig, dass die Kommunisten auf dem Lande mit den abstoßenden Formen des Administrierens Schluss machen. Man darf bei der Bauernschaft nicht immer nur auf Verfügungen herumreiten. Man muss es lernen, den Bauern die Fragen, die sie nicht verstehen, geduldig zu erklären, man muss es lernen, die Bauern zu überzeugen, und darf dafür weder Zeit noch Mühe scheuen. Natürlich ist es viel leichter und einfacher, Verfügungen zu erlassen und sich damit zu begnügen, wie das häufig einige unserer Vorsitzenden der Exekutivkomitees der Amtsbezirke tun. Aber nicht alles ist gut, was einfach und leicht ist. Kürzlich antwortete der Sekretär einer der Amtsbezirkszellen auf die Frage eines Vertreters des Gouvernementskomitees, warum es im Amtsbezirk keine Zeitungen gibt: „Wozu brauchen wir Zeitungen? Ohne Zeitungen ist es ruhiger und besser, sonst fangen die Bauern noch an, zu lesen und alles Mögliche zu fragen, und die Scherereien mit ihnen nehmen dann kein Ende.” Und dieser Sekretär nennt sich Kommunist! Es bedarf wohl keines Beweises, dass das kein Kommunist, sondern ein Häufchen Unglück ist. Die Sache ist die, dass man heutzutage ohne „Scherereien” gar nicht leiten kann, und ohne Zeitungen noch viel weniger. Diese einfache Wahrheit müssen wir begreifen und beherzigen, wenn wir der Partei und der Sowjetmacht die Führerstellung auf dem Lande sichern wollen.

Weiter. Um heutzutage führen zu können, muss man auch wirtschaften können, muss man die Wirtschaft kennen und etwas von ihr verstehen. Mit Wortgeprassel über „Weltpolitik“, über Chamberlain und MacDonald allein kommt man heutzutage nicht weit. Wir sind in die Periode des wirtschaftlichen Aufbaus eingetreten. Deshalb kann nur der führen, der sich in der Wirtschaft gründlich auskennt, der es versteht, dem Bauern nützliche Ratschläge in bezug auf die Entwicklung seiner Wirtschaft zu geben, der es versteht, dem Bauern beim Aufbau seiner Wirtschaft zu helfen. Sich mit der Wirtschaft eingehendst befassen, zur Wirtschaft engste Bindungen herstellen, in alle Einzelfragen des Wirtschaftsaufbaus eindringen - das ist jetzt die

Aufgabe der Kommunisten im Dorfe. Ohne die Erfüllung dieser Aufgabe kann man von einer Führung nicht einmal träumen.
In der alten Art und Weise kann man heute nicht mehr führen, denn die politische Aktivität der Bauernschaft ist gewachsen, und es ist notwendig, dass diese Aktivität in den Sowjets zum Ausdruck kommt, dass sie ihren Weg über die Sowjets nimmt und nicht an den Sowjets vorbeigeht. Führen kann nur der, der die Sowjets belebt und um die Partei auf dem Lande ein Bauernaktiv schafft.
In der alten Art und Weise kann man heute nicht mehr führen, denn die wirtschaftliche Aktivität des Dorfes ist gewachsen, und es ist notwendig, dass diese Aktivität in den Genossenschaften zum Ausdruck kommt, dass sie ihren Weg über die Genossenschaften nimmt und nicht an den Genossenschaften vorbeigeht. Führen kann nur der, der das Genossenschaftswesen auf dem Lande entwickelt.
Das sind im Allgemeinen die konkreten Aufgaben der Parteiführung auf dem Lande.

VI
ÜBER DIE METALLINDUSTRIE

Ich gehe zur letzten Gruppe der auf der XIV. Konferenz unserer Partei behandelten Fragen über.
Worin besteht das Neue und Besondere in der Leitung unserer Wirtschaft?
Es besteht darin, dass unsere Wirtschaftspläne hinter der tatsächlichen Entwicklung unserer Wirtschaft zurückzubleiben beginnen, dass sie sich als unzureichend erweisen und durchweg nicht mit dem tatsächlichen Wachstum der Wirtschaft Schritt halten.
Diese Tatsache kommt unter anderem in unserem Staatshaushalt krass zum Ausdruck. Sie wissen, dass wir infolge des raschen Steigens der Einkünfte unseres Haushalts, das in unseren Voranschlägen nicht vorgesehen war, unsern Staatshaushalt im Verlauf eines halben Jahres dreimal ändern mussten. Mit anderen Worten, unsere Voranschläge und unsere Haushaltspläne sind hinter dem Anwachsen der Staatseinkünfte zurückgeblieben, so dass sich in der Staatskasse Überschüsse gebildet haben. Das bedeutet, dass die Säfte, die das Wirtschaftsleben unseres Landes nähren, mit unbändiger Kraft empor drängen und alle und jegliche wissenschaftlichen Pläne unserer Finanzspezialisten über den Haufen werfen. Das bedeutet, dass wir einen nicht geringeren, wenn nicht noch mächtigeren Arbeitsaufschwung in der Wirtschaft erleben, als es zum Beispiel in Amerika nach dem Bürgerkrieg der Fall war.
Diese neue Erscheinung im Leben unserer Wirtschaft kommt wohl am markantesten im Wachstum unserer Metallindustrie zum Ausdruck. Im vorigen Jahr hatte die Produktion der Metallindustrie einen Wert von 191 Millionen Vorkriegsrubel. Im November vorigen Jahres wurde der Plan für das Wirtschaftsjahr 1924/25 mit 273 Millionen Vorkriegsrubel festgesetzt. Im Januar dieses Jahres wurde dieser Plan abgeändert, da er dem Tempo des tatsächlichen Wachstums der Metallindustrie nicht entsprach, und auf die Summe von 317 Millionen erhöht. Im April dieses Jahres erwies sich dieser erweiterte Plan wiederum als unzureichend, so dass er auf 350 Millionen erhöht werden musste. Jetzt sagt man uns, dass auch dieser Plan sich als unzureichend erwiesen hat, denn er wird noch weiter, auf 360 bis 370 Millionen erhöht werden müssen.
Mit anderen Worten: Die Produktion der Metallindustrie hat sich in diesem Jahr im Vergleich zur vorjährigen Produktion fast verdoppelt. Ich spreche schon gar nicht von dem kolossalen Wachstum unserer Leichtindustrie, von der Entwicklung des Verkehrswesens, der Brennstoffindustrie usw.
Wovon zeugt dies alles? Davon, dass wir hinsichtlich des Ingangbringens unserer Industrie, die die Hauptbasis des Sozialismus darstellt, bereits die breite Straße der Entwicklung betreten haben. Was die Metallindustrie anbelangt, die die Haupttriebfeder der gesamten Industrie überhaupt ist, so haben wir den toten Punkt überwunden, und unsere Metallindustrie

hat alle Aussichten, einen Aufschwung zu nehmen, zu voller Blüte zu gelangen. Genosse Dzierzynski hat Recht, wenn er sagt, dass unser Land ein Land des Metalls werden kann und muss.
Es bedarf wohl kaum eines Beweises, dass diese Tatsache sowohl für die innere Entwicklung unseres Landes als auch für die internationale Revolution von gewaltiger Bedeutung ist.
Es steht außer Zweifel, dass, vom Standpunkt der inneren Entwicklung aus gesehen, die Entwicklung unserer Metallindustrie, ihr Wachstum von kolossaler Bedeutung ist, da sie ein Wachstum unserer gesamten Industrie und unserer gesamten Wirtschaft bedeutet, da die Metallindustrie die Hauptbasis der Industrie überhaupt darstellt, da weder die Leichtindustrie noch das Verkehrswesen, noch die Brennstoffindustrie, noch die Elektrifizierung, noch die Landwirtschaft in die Höhe gebracht werden können ohne eine mächtige Entfaltung der Metallindustrie. Das Wachstum der Metallindustrie ist die Grundlage des Wachstums der gesamten Industrie und der Volkswirtschaft überhaupt.
Folgendes sagt Lenin über die „Schwerindustrie”, wobei er unter Schwerindustrie hauptsächlich die Metallindustrie versteht:
„Die Rettung für Rußland ist nicht nur eine gute Ernte in der Bauernwirtschaft - das ist zuwenig - und nicht nur ein guter Zustand der Leichtindustrie, die der Bauernschaft Gebrauchsgegenstände liefert - das ist ebenfalls zu-wenig - wir brauchen auch eine Schwerindustrie. Aber um sie auf einen guten Stand zu bringen, dazu bedarf es der Arbeit vieler Jahre.“
Und weiter:
„Ohne Rettung der Schwerindustrie, ohne ihre Wiederherstellung können wir keinerlei Industrie aufbauen, ohne diese aber werden wir überhaupt als selbständiges Land zugrunde gehen.” (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 388/389 [deutsch in „Ausgewählte Werke” in zwei Bänden, Bd. II, S.972].)
Was die internationale Bedeutung der Entwicklung unserer Metallindustrie anbelangt, so ist sie, man kann sagen, unermesslich. Denn was bedeutet das stürmische Wachstum der Metallindustrie unter der Diktatur des Proletariats anderes als den direkten Beweis dafür, dass das Proletariat fähig ist, nicht nur das Alte zu zerstören, sondern auch Neues zu erbauen, dass es fähig ist, aus eigener Kraft eine neue Industrie und eine neue Gesellschaft aufzubauen, eine Gesellschaft, die frei ist von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen? Und das in der Praxis und nicht durch Bücher zu beweisen, heißt, die Sache der internationalen Revolution sicher und endgültig voranzutreiben. Die Pilgerfahrten der westeuropäischen Arbeiter in unser Land sind kein Zufall. Sie haben eine überragende agitatorische und praktische Bedeutung für die Entwicklung der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt. Der Umstand, dass Arbeiter zu uns kommen und bei uns in den Fabriken und Werken jeden Winkel durchforschen - dieser Umstand zeugt davon, dass sie den Büchern nicht glauben und sich durch eigene Erfahrung von der Fähigkeit des Proletariats, eine neue Industrie aufzubauen, eine neue Gesellschaft zu schaffen, überzeugen wollen. Und wenn sie sich davon überzeugt haben werden, dann wird, dessen können Sie sicher sein, die Sache der internationalen Revolution mit Siebenmeilenstiefeln voranschreiten.
„Jetzt wirken wir auf die internationale Revolution”, sagt Lenin, „hauptsächlich durch unsere Wirtschaftspolitik ein. Auf die Russische Sowjetrepublik sind die Augen aller gerichtet, aller Werktätigen in allen Ländern der Welt ohne jede Ausnahme und ohne jede Übertreibung... Der Kampf ist im Weltmaßstab auf dieses Gebiet übertragen. Lösen wir diese Aufgabe, dann haben wir im internationalen Maßstab bestimmt und endgültig gewonnen. Deshalb erlangen die Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus für uns eine ganz außerordentliche Bedeutung. An dieser Front müssen wir durch eine langsame, allmähliche - rasch geht es nicht -, aber stetige Steigerung und Vorwärtsbewegung den Sieg davontragen." (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 32, S.413, russ.)

Darin liegt die internationale Bedeutung des Wachstums unserer Industrie überhaupt und der Metallindustrie im Besonderen.
Wir haben heute etwa 4 Millionen Industrieproletarier. Das ist natürlich wenig, aber immerhin etwas, um am Sozialismus zu bauen und die Verteidigung unseres Landes aufzubauen zum Schrecken aller Feinde des Proletariats. Wir können und wir dürfen aber dabei nicht stehen bleiben. Wir brauchen 15 bis 20 Millionen Industrieproletarier, wir brauchen die Elektrifizierung der wichtigsten Gebiete unseres Landes, eine genossenschaftlich organisierte Landwirtschaft und eine hoch entwickelte Metallindustrie. Und dann werden wir uns vor keiner Gefahr zu fürchten haben. Dann werden wir im internationalen Maßstab siegen.
Die historische Bedeutung der XIV. Konferenz besteht gerade darin, dass sie den Weg zu diesem großen Ziel klar vorgezeichnet hat.
Und dieser Weg ist der richtige Weg, denn er ist der Weg Lenins, der uns zum endgültigen Siege führt.
Das sind im Allgemeinen die Ergebnisse der Arbeiten der XIV. Konferenz unserer Partei.

„Prawda" Nr. 106 und 107,
12. und 13. Mai 1925.

ÜBER DIE POLITISCHEN AUFGABEN DER UNIVERSITÄT DER VÖLKER DES OSTENS

Rede in einer Versammlung der Studenten der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens
18. Mai 1925

Genossen! Gestatten Sie zunächst, dass ich Sie zum vierjährigen Bestehen der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens beglückwünsche. Ich brauche wohl nicht zu betonen, dass ich Ihrer Universität auf dem schwierigen Weg der Heranbildung kommunistischer Kader für den Osten jeglichen Erfolg wünsche.

Doch kommen wir zur Sache.

Analysiert man die Zusammensetzung der Universität der Werktätigen des Ostens, so kann man nicht umhin, eine gewisse Zwiespältigkeit dieser Zusammensetzung festzustellen. Diese Universität umfasst Vertreter von nicht weniger als 50 Nationen und nationalen Gruppen des Ostens. Alle Hörer der Universität sind Söhne des Ostens. Diese Feststellung gibt jedoch noch kein klares und geschlossenes Bild. Die Sache ist nämlich die, dass die Hörerschaft der Universität aus zwei Hauptgruppen besteht, die zwei ganz verschiedene Entwicklungslinien verkörpern. Die erste Gruppe besteht aus Menschen, die aus dem Sowjetosten zu uns gekommen sind, also aus Ländern, wo es keine Herrschaft der Bourgeoisie mehr gibt, wo das imperialistische Joch bereits abgeschüttelt ist und die Arbeiter an der Macht stehen. Die zweite Gruppe der Hörer besteht aus Menschen, die aus kolonialen und abhängigen Ländern zu uns gekommen sind, also aus Ländern, wo immer noch der Kapitalismus herrscht, auf denen das Joch des Imperialismus weiterhin mit seiner ganzen Schwere lastet und wo es erst noch gilt, die Imperialisten hinauszujagen und die Unabhängigkeit zu erkämpfen.

Somit haben wir es mit zwei Osten zu tun, von denen jeder ein anderes Leben führt und sich unter anderen Verhältnissen entwickelt.

Diese Zwiespältigkeit der Zusammensetzung der Hörerschaft muss, das braucht man nicht zu betonen, der Arbeit der Universität der Werktätigen des Ostens natürlich ihren Stempel aufdrücken. Eben dadurch erklärt sich auch die Tatsache, dass diese Universität mit einem Bein auf sowjetischem Boden und mit dem andern auf dem Boden der Kolonien und abhängigen Länder steht.

Hieraus ergeben sich zwei Linien für die Tätigkeit der Universität: Auf der einen Linie sind Kader für die Befriedigung der Bedürfnisse der Sowjetrepubliken des Ostens zu schaffen, auf der anderen Linie sind Kader für die Befriedigung der revolutionären Erfordernisse der werktätigen Massen der kolonialen und abhängigen Länder des Ostens zu schaffen.

Hieraus ergeben sich für die Universität der Werktätigen des Ostens auch zweierlei Aufgaben.

Betrachten wir nun diese Aufgaben der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens, und zwar jede für sich.

I
DIE AUFGABEN DER KOMMUNISTISCHEN UNIVERSITÄT DER WERKTÄTIGEN DES OSTENS HINSICHTLICH DER SOWJETREPUBLIKEN DES OSTENS

Worin bestehen die charakteristischen Besonderheiten, durch die sich diese Länder, diese Republiken, was ihre Existenz und Entwicklung anbelangt, von den kolonialen und abhängigen Ländern unterscheiden?
Erstens darin, dass diese Republiken von imperialistischer Unterdrückung frei sind.
Zweitens darin, dass ihre Entwicklung und Konsolidierung als Nationen nicht unter der Ägide eines bürgerlichen Regimes, sondern unter der Ägide der Sowjetmacht vor sich geht. Das ist eine in der Geschichte einzig dastehende Tatsache, aber es ist dennoch eine Tatsache.
Drittens darin, dass sie, die industriell schwach entwickelt sind, bei ihrer Entwicklung in vollem Umfang die Unterstützung des Industrieproletariats der Sowjetunion in Anspruch nehmen können.
Viertens darin, dass diese von kolonialer Unterdrückung freien, unter dem Schutz der Diktatur des Proletariats stehenden und zur Sowjetunion gehörenden Republiken sich in den sozialistischen Aufbau unseres Landes eingliedern können und müssen.
Die Hauptaufgabe besteht darin, die Einbeziehung der Arbeiter und Bauern dieser Republiken in den Aufbau des Sozialismus in unserem Lande zu erleichtern, die den besonderen Existenzbedingungen dieser Republiken entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen und zu entwickeln, um diese Eingliederung vorwärts zubringen und zu beschleunigen.
Hieraus ergeben sich als nächste Aufgaben für die Funktionäre des Sowjetostens:
1. Industriestätten in den Sowjetrepubliken des Ostens als Basis für den Zusammenschluss der Bauern um die Arbeiterklasse schaffen. Sie wissen, dass dieses Werk bereits in Angriff genommen worden ist, und dass es entsprechend dem wirtschaftlichen Wachstum der Sowjetunion fortschreiten wird. Die Tatsache, dass diese Republiken die verschiedenartigsten Rohstoffe besitzen, bürgt dafür, dass dieses Werk mit der Zeit vollendet werden wird.
2. Die Landwirtschaft heben und vor allem das Bewässerungswesen verbessern. Sie wissen, dass dieses Werk ebenfalls vorwärts gebracht worden ist, wenigstens in Transkaukasien und Turkestan.
3. Den genossenschaftlichen Zusammenschluss der breiten Massen der Bauern und Kleingewerbetreibenden verstärken und fördern, da dies der sicherste Weg zur Eingliederung der Sowjetrepubliken des Ostens in das allgemeine System des sowjetischen Wirtschaftsaufbaus ist.
4. Die Sowjets den Massen näher bringen, erreichen, dass sie sich nach dem nationalen Grundsatz zusammensetzen, und somit ein nationales Sowjetstaatswesen schaffen, das den werktätigen Massen nahe steht und vertraut ist.
5. Die nationale Kultur entwickeln, ein weit verzweigtes Netz von Kursen und Schulen sowohl allgemein bildenden als auch berufstechnischen Charakters schaffen, die in der Muttersprache unterrichten und Sowjet- und Partei-, Gewerkschafts- und Wirtschaftskader aus der einheimischen Bevölkerung heranbilden.
Diese Aufgaben erfüllen heißt eben, den sozialistischen Aufbau in den Sowjetrepubliken des Ostens erleichtern.
Man spricht von Musterrepubliken des Sowjetostens. Was ist aber eine Musterrepublik? Eine Musterrepublik ist eine Republik, die alle diese Aufgaben ehrlich und gewissenhaft erfüllt und dadurch das Streben der Arbeiter und Bauern der benachbarten kolonialen und abhängigen Länder fördert, sich in die Befreiungsbewegung einzureihen.

Ich sprach oben von der Notwendigkeit, die Sowjets den werktätigen Massen der Nationalitäten näher zu bringen, die Sowjets zu nationalisieren. Was heißt das nun, und wie sieht das in der Praxis aus? Ich glaube, als Musterbeispiel einer solchen Annäherung an die Massen könnte man die Festlegung der nationalen Grenzen in Turkestan[30] betrachten, die vor kurzem ihren Abschluss fand. Die bürgerliche Presse erblickt in dieser Festlegung der Grenzen eine „bolschewistische List”. Indes ist klar, dass hier keine „List” zum Ausdruck kam, sondern der zutiefst empfundene Wunsch der Volksmassen Turkmenistans und Usbekistans, eigene Machtorgane zu besitzen, die ihnen nahe stehen und vertraut sind. In der vorrevolutionären Epoche waren diese beiden Länder zerstückelt, sie gehörten zu verschiedenen Khanaten und Staaten und boten somit ein günstiges Feld für das ausbeuterische Treiben der „Machthaber”. Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo sich die Möglichkeit bietet, diese auseinander gerissenen Stücke zu unabhängigen Staaten wiederzuvereinigen, um die werktätigen Massen Usbekistans und Turkmenistans den Machtorganen näher zubringen und sie mit ihnen zusammenzuschweißen. Die Festlegung der Grenzen in Turkestan ist vor allem eine Wiedervereinigung der auseinander gerissenen Teile dieser Länder zu unabhängigen Staaten. Wenn diese Staaten nachher den Willen geäußert haben, der Sowjetunion als gleichberechtigte Mitglieder beizutreten, so zeugt das nur davon, dass die Bolschewiki den Schlüssel zu den tiefsten Bestrebungen der Volksmassen des Ostens gefunden haben und dass die Sowjetunion auf der ganzen Welt die einzige freiwillige Vereinigung der werktätigen Massen der verschiedenen Nationalitäten ist. Um die Einheit Polens wiederherzustellen, brauchte die Bourgeoisie eine ganze Reihe von Kriegen. Um die Einheit Turkmenistans und Usbekistans wiederherzustellen, brauchten die Kommunisten dagegen nur einige Monate Aufklärung und Propaganda.

Das ist die Art und Weise, wie man die Verwaltungsorgane, im gegebenen Fall die Sowjets, den breiten Massen der Werktätigen der verschiedenen Nationalitäten nahe bringen muss.

Das ist ein Beweis dafür, dass die nationale Politik der Bolschewiki die einzig richtige Politik ist.

Ferner sprach ich von der Hebung der nationalen Kultur in den Sowjetrepubliken des Ostens. Was heißt aber nationale Kultur? Wie lässt sie sich mit der proletarischen Kultur vereinbaren? Hat denn nicht Lenin bereits vor dem Krieg gesagt, dass wir zwei Kulturen haben: eine bürgerliche und eine sozialistische, dass die Losung der nationalen Kultur eine reaktionäre Losung der Bourgeoisie ist, die bestrebt ist, das Bewusstsein der Werk-tätigen mit dem Gift des Nationalismus zu verseuchen?[31] Wie lässt sich der Aufbau der nationalen Kultur, die Entwicklung von Schulen und Kursen in der Muttersprache und die Heranbildung von Kadern aus der ein-heimischen Bevölkerung mit dem Aufbau des Sozialismus, dem Aufbau der proletarischen Kultur vereinbaren? Besteht da nicht ein unüberbrückbarer Widerspruch? Natürlich nicht! Wir bauen die proletarische Kultur auf. Das ist vollkommen richtig. Richtig ist aber auch, dass die, ihrem Inhalt nach sozialistische, proletarische Kultur bei den verschiedenen Völkern, die in den sozialistischen Aufbau einbezogen sind, verschiedene Ausdrucksformen und eine unterschiedliche Ausdrucksweise annimmt, je nach den Unterschieden der Sprache, der Lebensweise usw. Proletarisch ihrem Inhalt, national ihrer Form nach - das ist die allgemeinmenschliche Kultur, der der Sozialismus entgegengeht. Die proletarische Kultur hebt die nationale Kultur nicht auf, sie verleiht ihr vielmehr den Inhalt. Und umgekehrt: Die nationale Kultur hebt die proletarische Kultur nicht auf, sie verleiht ihr vielmehr die Form. Die Losung der nationalen Kultur war eine bürgerliche Losung, solange die Bourgeoisie an der Macht war und die Konsolidierung der Nationen unter der Ägide des bürgerlichen Regimes verlief. Die Losung der nationalen Kultur wurde zu einer proletarischen Losung, als das Proletariat an die Macht kam und die Konsolidierung der Nationen sich unter der Ägide der Sowjetmacht zu vollziehen begann. Wer diesen prinzipiellen Unterschied zwischen den zwei verschiedenen Situationen nicht begriffen hat, der wird weder den Leninismus noch das Wesen der nationalen Frage je begreifen.

Man redet davon (wie das zum Beispiel Kautsky tut), dass in der Periode des Sozialismus eine allgemeinmenschliche Einheitssprache geschaffen werden wird und alle anderen Sprachen absterben werden. Ich glaube nicht so recht an diese Theorie einer allumfassenden Einheitssprache. Die Erfahrung jedenfalls spricht nicht für, sondern gegen diese Theorie. Bis jetzt ist es so gewesen, dass die sozialistische Revolution die Zahl der Sprachen nicht vermindert, sondern vermehrt hat, denn dadurch, dass sie die tiefsten Tiefen der Menschheit aufrüttelt und auf die politische Arena bringt, erweckt sie eine ganze Reihe neuer, früher gar nicht oder wenig bekannter Nationalitäten zu neuem Leben. Wer hätte gedacht, dass das alte zaristische Rußland nicht weniger als 50 Nationen und nationale Gruppen umfasste? Die Oktoberrevolution hat jedoch dadurch, dass sie die alten Ketten gesprengt und eine ganze Reihe vergessener Völker und Völkerschaften auf den Plan gerufen hat, diese zu neuem Leben erweckt und ihnen neue Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Heute spricht man von Indien als einem einheitlichen Ganzen. Es ist jedoch kaum daran zu zweifeln, dass im Falle einer revolutionären Erschütterung in Indien Dutzende von bis dahin unbekannten Nationalitäten auf den Plan treten werden, die eine eigene Sprache sprechen, eine eigene Kultur besitzen. Und wenn es sich darum handelt, die proletarische Kultur zum Gemeingut der verschiedenen Nationalitäten zu machen, so kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, dass dies in Formen vor sich gehen wird, die der Sprache und Lebensweise dieser Nationalitäten entsprechen.

Vor kurzem erhielt ich einen Brief von burjatischen Genossen, in dem sie bitten, die ernste und schwierige Frage der Wechselbeziehungen zwischen der allgemeinmenschlichen und der nationalen Kultur zu erklären. Hier ist der Brief:

„Wir bitten dringend um Erklärung der folgenden, für uns sehr ernsten und schwierigen Fragen. Das Endziel der kommunistischen Partei ist die einheitliche allgemeinmenschliche Kultur. Wie soll man sich den Obergang von den nationalen Kulturen, die sich bei uns in den einzelnen autonomen Republiken entwickeln, zu der einheitlichen allgemeinmenschlichen Kultur vorstellen? Wie soll die Assimilierung der Besonderheiten der einzelnen nationalen Kulturen (Sprache usw.) vor sich gehen?”

Ich glaube, mit dem oben Gesagten dürfte die Frage beantwortet sein, die die burjatischen Genossen bewegt.

Die burjatischen Genossen stellen die Frage nach der Assimilierung der einzelnen Nationalitäten im Verlauf des Aufbaus der allgemein-menschlichen proletarischen Kultur. Es steht außer Zweifel, dass manche Nationalitäten einen Assimilierungsprozess durchmachen können und wohl bestimmt auch durchmachen werden. Solche Prozesse hat es auch früher gegeben. Die Sache ist jedoch die, dass der Prozess der Assimilierung der einen Nationalitäten den entgegengesetzten Prozess, den Prozess des Erstarkens und der Entwicklung einer ganzen Reihe lebenskräftiger und entwicklungsfähiger Nationen nicht ausschließt, sondern voraussetzt, denn der Teilprozess der Assimilierung einzelner Nationalitäten ist das Ergebnis des Gesamtprozesses der Entwicklung der Nationen. Gerade darum wird durch die eventuelle Assimilierung einiger einzelner Nationalitäten der absolut richtige Grundsatz nicht abgeschwächt, sondern vielmehr bestätigt, dass die proletarische allgemeinmenschliche Kultur die nationale Kultur der Völker nicht ausschließt, sondern voraussetzt und nährt, ebenso wie die nationale Kultur der Völker die allgemeinmenschliche proletarische Kultur nicht aufhebt, sondern ergänzt und bereichert.

Das sind im Großen und Ganzen die nächsten Aufgaben, vor denen die Funktionäre der Sowjetrepubliken des Ostens stehen.

Das sind Charakter und Inhalt dieser Aufgaben.

Man muss die gegenwärtige Periode des verstärkten Wirtschaftsaufbaus und der neuen Zugeständnisse an die Bauernschaft dazu benutzen, um die Erfüllung dieser Aufgaben voranzutreiben und dadurch die Einbeziehung der Sowjetrepubliken des Ostens, die

vorwiegend Bauernländer sind, in den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion zu erleichtern.
Man sagt, die neue Politik der Partei gegenüber der Bauernschaft berge gewisse Elemente des Rückzugs in sich, da sie eine Reihe neuer Zugeständnisse (kurzfristige Pacht, Zulassung von Lohnarbeit) macht. Stimmt das? Ja, das stimmt. Aber dies sind Rückzugselemente, die von uns zugelassen werden bei Aufrechterhaltung eines gewaltigen Kräfteübergewichts auf seiten der Partei und der Sowjetmacht. Eine stabile Valuta, eine sich entwickelnde Industrie, ein sich entwickelndes Verkehrswesen, ein sich festigendes Kreditsystem, mit dessen Hilfe man - durch Gewährung von Vorzugskrediten - jede Bevölkerungsschicht nach Belieben ruinieren oder auf eine höhere Stufe heben kann, ohne dabei die geringsten Erschütterungen hervorzurufen - all das sind solche Reserven in den Händen der proletarischen Diktatur, auf Grund deren gewisse Rückzugselemente an einem Frontabschnitt die Vorbereitung des Angriffs an der gesamten Front nur erleichtern können. Eben deshalb werden die einzelnen neuen Zugeständnisse, die die Partei der Bauernschaft gemacht hat, im gegebenen Augenblick die Einbeziehung der Bauernschaft in den sozialistischen Aufbau nicht erschweren, sondern vielmehr erleichtern.
Welche Bedeutung kann dieser Umstand für die Sowjetrepubliken des Ostens haben? Er kann nur die Bedeutung haben, dass damit den Funktionären dieser Republiken eine neue Waffe in die Hände gegeben wird, die die Eingliederung dieser Länder in das allgemeine System der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung erleichtert und beschleunigt.
Das ist der Zusammenhang zwischen der Politik der Partei auf dem Lande und den nächsten nationalen Aufgaben, vor denen die Funktionäre des Sowjetostens stehen.
Demzufolge besteht die Aufgabe der Universität der Völker des Ostens hinsichtlich der Sowjetrepubliken des Ostens darin, der Erziehung der Kader für diese Republiken eine Richtung zu geben, die die Erfüllung der oben erwähnten nächsten Aufgaben gewährleistet.
Die Universität der Völker des Ostens darf sich nicht dem Leben entfremden. Sie ist keine und kann keine Institution sein, die abseits vom Leben steht. Sie muss mit allen Fasern ihrer Existenz mit dem realen Leben verbunden sein. Sie darf infolgedessen die nächsten Aufgaben nicht ignorieren, vor denen die Sowjetrepubliken des Ostens stehen. Darum besteht die Aufgabe der Universität der Völker des Ostens darin, bei der Erziehung der entsprechenden Kader für diese Republiken deren nächste Aufgaben in Betracht zu ziehen.
Dabei muss man im Auge haben, dass sich in der Praxis der Funktionäre des Sowjetostens zwei Abweichungen geltend machen, gegen die in dieser Universität ein Kampf geführt werden muss, will man wirkliche Kader und wirkliche Revolutionäre für den Sowjetosten erziehen.
Die erste Abweichung besteht in der Versimpelung, in der Vereinfachung jener Aufgaben, von denen ich oben gesprochen habe, in dem Versuch einer mechanischen Übertragung von Methoden des Wirtschaftsaufbaus, die im Zentrum der Sowjetunion durchaus angebracht und anwendbar, für die Entwicklungsbedingungen in den so genannten Randgebieten aber vollkommen ungeeignet sind. Die Genossen, die sich diese Abweichung zuschulden kommen lassen, begreifen zwei Dinge nicht. Sie begreifen nicht, dass die Bedingungen im Zentrum und die in den „Randgebieten” nicht die gleichen und bei weitem nicht identisch sind. Außerdem begreifen sie nicht, dass die Sowjetrepubliken des Ostens selbst nicht gleichartig sind, dass einige von ihnen, wie zum Beispiel Georgien und Armenien, auf einer höheren Stufe der nationalen Gestaltung stehen, während die anderen, wie zum Beispiel Tschetschnja und Kabarda, auf der untersten Stufe der nationalen Gestaltung stehen, und die dritten, zum Beispiel Kirgisien, eine Mittelstellung zwischen diesen beiden Extremen einnehmen. Diese Genossen begreifen nicht, dass ohne Anpassung an die lokalen Verhältnisse, ohne sorgfältige Berücksichtigung aller und jeglicher Eigentümlichkeiten eines jeden Landes sich nichts Bedeutsames aufbauen lässt. Die Folge dieser Abweichung ist eine Loslösung von den Massen und die Entartung zu linken Phrasendreschern. Die Aufgabe der Universität der

Völker des Ostens besteht darin, die Kader im Geiste eines unversöhnlichen Kampfes gegen diese Versimpelung zu erziehen.

Die zweite Abweichung besteht umgekehrt in der Überschätzung der lokalen Eigentümlichkeiten, in dem Vergessen jenes Gemeinsamen und Hauptsächlichen, das die Sowjetrepubliken des Ostens mit den Industriegebieten der Sowjetunion verbindet, in dem Verschweigen der sozialistischen Aufgaben, in der Anpassung an die Aufgaben eines engen und beschränkten Nationalismus. Die Genossen, die sich diese Abweichung zuschulden kommen lassen, kümmern sich wenig um den inneren Aufbau ihres Landes, sie ziehen es vor, diese Entwicklung dem natürlichen Lauf der Dinge zu überlassen. Für sie ist nicht der innere Aufbau die Hauptsache, sondern die „Außen"politik, die Erweiterung der Grenzen ihrer Republik, der Rechtsstreit mit den angrenzenden Republiken, die Sucht, ihren Nachbarn ein Stückchen mehr wegzunehmen, um auf diese Weise bei den bürgerlichen Nationalisten ihres Landes Gefallen zu finden. Die Folge dieser Abweichung ist eine Abkehr vom Sozialismus und die Entartung zu gewöhnlichen bürgerlichen Nationalisten. Die Aufgabe der Universität der Völker des Ostens besteht darin, die Kader im Geiste eines unversöhnlichen Kampfes gegen diesen versteckten Nationalismus zu erziehen.

Das sind die Aufgaben der Universität der Völker des Ostens hinsichtlich der Sowjetrepubliken des Ostens.

II
DIE AUFGABEN DER KOMMUNISTISCHEN UNIVERSITÄT DER WERKTÄTIGEN DES OSTENS HINSICHTLICH DER KOLONIALEN UND ABHÄNGIGEN LÄNDER DES OSTENS

Wir kommen nun zu der zweiten Frage, zur Frage nach den Aufgaben der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens hinsichtlich der kolonialen und abhängigen Länder des Ostens.

Worin bestehen die charakteristischen Besonderheiten, durch die sich diese Länder, was ihre Existenz und Entwicklung anbelangt, von den Sowjetrepubliken des Ostens unterscheiden?

Erstens darin, dass diese Länder unter dem Joch des Imperialismus leben und sich entwickeln.

Zweitens darin, dass durch die doppelte Unterdrückung, die innere Unterdrückung (durch die eigene Bourgeoisie) und die äußere Unterdrückung (durch die fremde, imperialistische Bourgeoisie), die revolutionäre Krise in diesen Ländern verschärft und vertieft wird.

Drittens darin, dass in einigen dieser Länder, zum Beispiel in Indien, der Kapitalismus sich in verstärktem Tempo entwickelt und eine zahlenmäßig mehr oder minder starke Klasse einheimischer Proletarier hervorbringt und heranbildet.

Viertens darin, dass mit dem Anwachsen der revolutionären Bewegung die nationale Bourgeoisie solcher Länder sich in zwei Teile spaltet: in einen revolutionären (Kleinbourgeoisie) und einen paktiererischen (Großbourgeoisie), von denen der erste den revolutionären Kampf weiterführt, der zweite dagegen einen Block mit dem Imperialismus bildet.

Fünftens darin, dass sich in solchen Ländern neben dem imperialistischen Block noch ein anderer Block herausbildet, ein Block der Arbeiter und der revolutionären Kleinbourgeoisie, ein antiimperialistischer Block, der sich die vollständige Befreiung vom Imperialismus zum Ziel setzt.

Sechstens darin, dass in solchen Ländern die Frage der Hegemonie des Proletariats und der Befreiung der Volksmassen von dem Einfluss der paktiererischen nationalen Bourgeoisie einen immer aktuelleren Charakter annimmt.

Siebentens darin, dass durch diesen Umstand der Zusammenschluss der nationalen Befreiungsbewegung solcher Länder mit der proletarischen Bewegung der fortgeschrittenen Länder des Westens bedeutend erleichtert wird.
Daraus ergeben sich zum mindesten drei Schlussfolgerungen:
1. Die Befreiung der kolonialen und abhängigen Länder vom Imperialismus ist ohne eine siegreiche Revolution unmöglich: die Unabhängigkeit fällt einem nicht in den Schoß.
2. Das Vorantreiben der Revolution und die Erkämpfung der vollen Unabhängigkeit der kapitalistisch entwickelten Kolonien und abhängigen Länder ist unmöglich ohne die Isolierung der paktiererischen nationalen Bourgeoisie, ohne die Befreiung der kleinbürgerlichen revolutionären Massen von dem Einfluss dieser Bourgeoisie, ohne die Durchführung der Politik der Hegemonie des Proletariats, ohne die Organisierung der fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse in einer selbständigen kommunistischen Partei.
3. Ein dauerhafter Sieg in den kolonialen und abhängigen Ländern ist unmöglich ohne den realen Zusammenschluss der Befreiungsbewegung dieser Länder mit der proletarischen Bewegung der fortgeschrittenen Länder des Westens.
Die Grundaufgabe der Kommunisten der kolonialen und abhängigen Länder besteht darin, diese Schlussfolgerungen zum Ausgangspunkt ihrer revolutionären Arbeit zu machen.
Worin bestehen in Anbetracht dieser Umstände die nächsten Aufgaben der revolutionären Bewegung der Kolonien und abhängigen Länder?
Die Eigenart der Kolonien und abhängigen Länder besteht im gegenwärtigen Moment darin, dass es überhaupt keinen einheitlichen und allumfassenden kolonialen Osten mehr gibt. Früher pflegte man sich den kolonialen Osten als etwas Einheitliches und Gleichartiges vorzustellen. Jetzt entspricht diese Vorstellung nicht mehr der Wirklichkeit. Heute haben wir mindestens drei Kategorien kolonialer und abhängiger Länder. Erstens Länder wie Marokko, die gar kein oder fast gar kein eigenes Proletariat besitzen und in industrieller Hinsicht vollständig unentwickelt sind. Zweitens Länder wie China und Ägypten, die industriell wenig entwickelt sind und ein zahlenmäßig relativ schwaches Proletariat besitzen. Drittens Länder wie Indien, die kapitalistisch mehr oder weniger entwickelt sind und ein zahlenmäßig mehr oder weniger starkes nationales Proletariat besitzen.
Es ist klar, dass man unmöglich alle diese Länder auf eine Stufe stellen kann.
In Ländern wie Marokko, wo die nationale Bourgeoisie noch keine Ursache hat, sich in eine revolutionäre und eine paktiererische Partei zu spalten, besteht die Aufgabe der kommunistischen Elemente darin, alle Maßnahmen zu treffen, um eine nationale Einheitsfront gegen den Imperialismus zu schaffen. Der Zusammenschluss der kommunistischen Elemente zu einer einheitlichen Partei kann in solchen Ländern nur im Verlauf des Kampfes gegen den Imperialismus, besonders aber nach einem siegreichen revolutionären Kampf gegen den Imperialismus, vor sich gehen.
In Ländern wie Ägypten oder China, wo die nationale Bourgeoisie sich bereits in eine revolutionäre und eine paktiererische Partei gespalten hat, wo aber der paktiererische Teil der Bourgeoisie noch keine feste Einheit mit dem Imperialismus bilden kann, können die Kommunisten sich bereits nicht mehr das Ziel setzen, eine nationale Einheitsfront gegen den Imperialismus zu bilden. Von der Politik der nationalen Einheitsfront müssen die Kommunisten solcher Länder zur Politik eines revolutionären Blocks der Arbeiter und der Kleinbourgeoisie übergehen. Dieser Block kann in solchen Ländern die Form einer Einheitspartei, einer Arbeiter- und Bauernpartei annehmen, wobei jedoch diese eigenartige Partei in Wirklichkeit ein Block von zwei Kräften sein muss, ein Block der kommunistischen Partei und der Partei der revolutionären Kleinbourgeoisie. Entlarvung der Halbheit und Inkonsequenz der nationalen Bourgeoisie und entschiedener Kampf gegen den Imperialismus - das sind die Aufgaben dieses Blocks. Eine solche aus zwei Teilen zusammengesetzte Partei ist notwendig und zweckdienlich, wenn sie die kommunistische Partei nicht an Händen und Füßen bindet, wenn sie die Agitations- und Propagandafreiheit der kommunistischen Partei

nicht beeinträchtigt, wenn sie den Bemühungen nicht hinderlich ist, die Proletarier um die kommunistische Partei zu scharen, wenn sie die tatsächliche Führung der revolutionären Bewegung durch die kommunistische Partei erleichtert. Eine solche aus zwei Teilen zusammengesetzte Partei ist überflüssig und nicht zweckdienlich, wenn sie nicht allen diesen Bedingungen entspricht, denn dann kann sie nur bewirken, dass die kommunistischen Elemente in den Reihen der Bourgeoisie aufgehen und die kommunistische Partei ihre proletarische Armee verliert.

Etwas anders liegen die Dinge in solchen Ländern wie Indien. Das Grundlegende und Neue in den Existenzbedingungen solcher Kolonien wie Indien besteht nicht nur darin, dass die nationale Bourgeoisie sich in eine revolutionäre und eine paktiererische Partei gespalten hat, sondern vor allem darin, dass der paktiererische Teil dieser Bourgeoisie in der Hauptsache bereits mit dem Imperialismus einig geworden ist. Dieser reichste und einflussreichste Teil der Bourgeoisie, der die Revolution mehr fürchtet als den Imperialismus, der um die Interessen des eigenen Geldsacks mehr besorgt ist als um die Interessen der eigenen Heimat, dieser Teil der Bourgeoisie stellt sich mit beiden Füßen in das Lager der erbitterten Feinde der Revolution, bildet einen Block mit dem Imperialismus gegen die Arbeiter und Bauern des eigenen Landes. Ohne Zerschlagung dieses Blocks ist der Sieg der Revolution nicht zu erringen. Um aber diesen Block zu zerschlagen, muss man das Feuer auf die paktiererische nationale Bourgeoisie konzentrieren, indem man ihren Verrat entlarvt, die werktätigen Massen ihrem Einfluss entreißt und systematisch für die Schaffung der Bedingungen Sorge trägt, die für die Hegemonie des Proletariats unerlässlich sind. Mit anderen Worten, es handelt sich darum, in Kolonien wie Indien das Proletariat für die Führerrolle in der Befreiungsbewegung vorzubereiten und die Bourgeoisie samt ihren Herolden von diesem Ehrenposten Schritt um Schritt zu verdrängen. Schaffung eines revolutionären antiimperialistischen Blocks und Sicherung der Hegemonie des Proletariats in diesem Block - das ist die Aufgabe. Dieser Block kann - was aber nicht immer der Fall zu sein braucht - die Form einer einheitlichen Arbeiter- und Bauernpartei annehmen, die formell durch eine gemeinsame Plattform zusammengehalten wird. Die Selbständigkeit der kommunistischen Partei muss in solchen Ländern die grundlegende Losung der sich zum Kommunismus bekennenden fortgeschrittenen Elemente sein, denn die Hegemonie des Proletariats kann nur von der kommunistischen Partei angebahnt und realisiert werden. Jedoch kann und soll die kommunistische Partei einen offenen Block mit dem revolutionären Flügel der Bourgeoisie bilden, um die paktiererische nationale Bourgeoisie zu isolieren und die Millionenmassen der städtischen und ländlichen Kleinbourgeoisie im Kampf gegen den Imperialismus führen zu können.

Hieraus ergeben sich als nächste Aufgaben für die revolutionäre Bewegung der kapitalistisch entwickelten Kolonien und abhängigen Länder:

1. Gewinnung der besten Elemente der Arbeiterklasse für den Kommunismus und Schaffung selbständiger kommunistischer Parteien.
2. Schaffung eines national-revolutionären Blocks der Arbeiter, Bauern und der revolutionären Intelligenz gegen den Block der paktiererischen nationalen Bourgeoisie und des Imperialismus.
3. Sicherung der Hegemonie des Proletariats in diesem Block.
4. Kampf für die Befreiung der städtischen und ländlichen Kleinbourgeoisie von dem Einfluss der paktiererischen nationalen Bourgeoisie.
5. Sicherung des Zusammenschlusses der Befreiungsbewegung mit der proletarischen Bewegung der fortgeschrittenen Länder.

Das sind die drei Gruppen der nächsten Aufgaben, vor denen die Funktionäre in den kolonialen und abhängigen Ländern des Ostens stehen.

Diese Aufgaben nehmen einen besonders ernsten Charakter an und gewinnen besonders große Bedeutung, wenn man sie im Licht der gegenwärtigen internationalen Lage betrachtet. Die

augenblickliche internationale Lage wird dadurch charakterisiert, dass in der revolutionären Bewegung eine Periode der zeitweiligen Stille eingesetzt hat. Was heißt aber Stille, was kann sie im gegenwärtigen Augenblick bedeuten? Sie kann nichts anderes bedeuten als einen verstärkten Druck auf die Arbeiter des Westens, auf die Kolonien des Ostens und vor allem auf die Sowjetunion als den Bannerträger der revolutionären Bewegung aller Länder. Es dürfte kaum zu bezweifeln sein, dass die Vorbereitung zu diesem Druck auf die Sowjetunion in den Reihen der Imperialisten bereits begonnen hat. Die Verleumdungskampagne anlässlich des Aufstands in Estland[32], die abgefeimte Hetze gegen die Sowjetunion im Zusammenhang mit der Explosion in Sofia, der allgemeine Feldzug der bürgerlichen Presse gegen unser Land - all das ist die Vorbereitung zum Angriff. Das ist die artilleristische Vorbereitung der öffentlichen Meinung, darauf berechnet, die Spießbürger an Ausfälle gegen die Sowjetunion zu gewöhnen und die moralischen Voraussetzungen für eine Intervention zu schaffen. Was bei dieser Lügen- und Verleumdungskampagne herauskommen wird, ob die Imperialisten es wagen werden, einen ernsthaften Angriff zu unternehmen - das werden wir noch sehen. Dass aber diese Ausfälle den Kolonien nichts Gutes verheißen, darüber dürfte wohl kein Zweifel bestehen. Darum ist die Vorbereitung eines Gegenschlags der vereinigten Kräfte der Revolution gegen den wahrscheinlichen Schlag seitens des Imperialismus eine nicht zu umgehende Tagesfrage.

Darum ist es gegenwärtig von besonderer Bedeutung, dass die nächsten Aufgaben der revolutionären Bewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern unentwegt erfüllt werden.

Worin besteht nun in Anbetracht aller dieser Umstände die Mission der Universität der Völker des Ostens hinsichtlich der kolonialen und abhängigen Länder? Diese Mission besteht darin, allen Besonderheiten der revolutionären Entwicklung dieser Länder Rechnung zu tragen und der Erziehung der aus diesen Ländern stammenden Kader eine Richtung zu geben, die die Erfüllung der oben erwähnten verschiedenartigen nächsten Aufgaben gewährleistet.

In der Universität der Völker des Ostens gibt es ungefähr 10 verschiedene Gruppen von Hörern, die aus den kolonialen und abhängigen Ländern zu uns gekommen sind. Jedermann weiß, dass diese Genossen nach Aufklärung und Wissen dürsten. Die Aufgabe der Universität der Völker des Ostens besteht darin, aus ihnen wirkliche Revolutionäre zu schmieden, die, gewappnet mit der Theorie des Leninismus, ausgerüstet mit der praktischen Erfahrung des Leninismus, fähig sind, die nächsten Aufgaben der Befreiungsbewegung der Kolonien und abhängigen Länder nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.

Dabei muss man im Auge haben, dass sich in der Praxis der Funktionäre des kolonialen Ostens zwei Abweichungen geltend machen, gegen die ein Kampf geführt werden muss, will man wirklich revolutionäre Kader erziehen.

Die erste Abweichung besteht in der Unterschätzung der revolutionären Möglichkeiten der Befreiungsbewegung und in der Elberschätzung der Idee der allumfassenden nationalen Einheitsfront in den Kolonien und abhängigen Ländern, ohne Berücksichtigung des Zustands und der Entwicklungsstufe dieser Länder. Das ist eine Abweichung nach rechts, die die Gefahr in sich birgt, dass die revolutionäre Bewegung auf eine tiefere Stufe hinabgedrückt wird und die kommunistischen Elemente in dem allgemeinen Chorus der bürgerlichen Nationalisten aufgehen. Entschiedener Kampf gegen diese Abweichung ist die direkte Pflicht der Universität der Völker des Ostens.

Die zweite Abweichung besteht in der Überschätzung der revolutionären Möglichkeiten der Befreiungsbewegung und in der Unterschätzung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der revolutionären Bourgeoisie gegen den Imperialismus. An dieser Abweichung scheinen die Kommunisten auf Java zu kranken, die unlängst fälschlicherweise die Losung der Sowjetmacht für ihr Land aufgestellt haben. Das ist eine Abweichung nach links, die die Gefahr in sich birgt, dass sich die kommunistische Partei von den Massen loslöst und in eine Sekte verwandelt. Entschiedener Kampf gegen diese Abweichung ist eine unerlässliche

Bedingung für die Erziehung wirklich revolutionärer Kader für die Kolonien und abhängigen Länder des Ostens.
Das sind im Großen und Ganzen die politischen Aufgaben der Universität der Völker des Ostens hinsichtlich der Völker des Sowjetostens und des kolonialen Ostens.
Wir wollen hoffen, dass die Universität der Völker des Ostens es verstehen wird, diese Aufgaben in Ehren zu erfüllen.

„Prawda” Nr. 115,
22. Mai 1925.

AN ALLE MITGLIEDER DER REDAKTION DER „KOMSOMOLSKAJA PRAWDA"[33]

Genossen! In Anbetracht der großen Bedeutung, die der „Komsomolskaja Prawda” zukommt, möchte ich Ihnen unsere ersten Eindrücke über einige in dieser Zeitung veröffentlichte Artikel mitteilen.

1. Wir sind der Ansicht, dass einige Stellen in Stezkis Artikeln „Eine neue Etappe der Neuen Ökonomischen Politik” Zweifel hervorrufen. In diesen Artikeln wird, allerdings in milder Form, für die Losung „Bereichert euch!” Stellung genommen. Diese Losung ist nicht unsere Losung, sie ist falsch, sie gibt Anlass zu einer ganzen Reihe von Zweifeln und Missverständnissen und darf in einem richtunggebenden Artikel der „Komsomolskaja Prawda” nicht vorkommen. Unsere Losung ist die sozialistische Akkumulation. Wir beseitigen die administrativen Schranken, die der Hebung des Wohlstands auf dem Lande im Wege stehen. Diese Maßnahme erleichtert zweifellos jegliche Akkumulation, sowohl die privat-kapitalistische als auch die sozialistische. Aber noch niemals hat die Partei gesagt, dass sie die private Akkumulation zu ihrer Losung mache. Wir entfalten die NÖP und lassen die private Akkumulation deshalb zu, weil wir die Verwirklichung unserer Losung, der Losung der sozialistischen Akkumulation im System unserer Volkswirtschaft erleichtern wollen. Es ist möglich, dass einige unserer Genossen diese Frage als strittig ansehen. Aber dann muss man eben sagen, dass die Frage der Losung „Bereichert euch!” eine strittige Frage ist, und die Artikel, die für diese Losung Stellung nehmen, müssen als Diskussionsbeitrag veröffentlicht werden. Anderseits ist es klar, dass die „Komsomolskaja Prawda” kein Diskussionsorganist, sondern vor allem ein positives Organ, das dem Leser die für die Partei allgemeingültigen Losungen und Grundsätze vermittelt.

Mit einem Wort, wie man auch an die Frage herangeht, vorn formalen Standpunkt oder vom grundsätzlichen Standpunkt, Stezkis Artikel muss in diesem Punkt als unbefriedigend angesehen werden. Man sollte in Zukunft vorsichtiger sein.

2. Nicht völlig annehmbar ist auch ein gewisser Punkt in Stezkis Artikeln, der Punkt über die nichtkapitalistische Entwicklung auf dem Lande. Früher konnte man von einem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg sprechen. Jetzt, da faktisch der Kampf zwischen den Elementen der sozialistischen und der kapitalistischen Entwicklung begonnen hat und mit voller Schärfe zur Entfaltung kommt, wäre es richtiger, vom sozialistischen Entwicklungsweg zu sprechen. Sonst kann der Eindruck entstehen, dass es außer den zwei Entwicklungswegen, dem kapitalistischen und dem sozialistischen, noch einen dritten Weg gebe, was falsch und keinesfalls stichhaltig ist.

3. Als falsch erscheint mir ferner eine gewisse Stelle in Slepkows Artikel „Über das Leninsche Erbe”, nämlich, dass Kommunisten und Jungkommunisten in der organisatorisch-politischen Arbeit mit dem parteilosen Aktiv der Bauernschaft werden konkurrieren müssen. Bisher stellten wir die Frage so, dass ein solches Aktiv um die Partei geschaffen und dass es erzogen werden soll, und das galt als richtig. Jetzt wirft Slepkow eine neue Frage auf, die Frage der Konkurrenz der Kommunisten und Jungkommunisten mit dem parteilosen Aktiv, das erst noch geschaffen werden muss. Das ist falsch, und das lässt sich mit unserer ganzen Kampagne nicht vereinbaren, die wir unter der Losung der Belebung der Sowjets durchführen. Nicht konkurrieren muss man mit diesem Aktiv, sondern es schaffen und erziehen.

4. Es wäre gut, eine systematische Herausgabe von Beilagen zur „Komsomolskaja Prawda” in die Wege zu leiten in Form populärer Broschüren der bedeutendsten Theoretiker des Marxismus über den Kommunismus, über die Diktatur des Proletariats, über die Oktoberrevolution sowie über verschiedene Zweige der Wirtschaft und Verwaltung, die direkte Beziehung zur praktischen Arbeit des Aktivs des Kommunistischen Jugendverbands in der Stadt und auf dem Lande haben. Solche Beilagen in Form kleiner Broschüren könnten später eine Art kleiner Bibliothek für die Aktivisten des Kommunistischen Jugendverbands

bilden, was unbedingt von größter Bedeutung für die Erziehung des Aktivs des Kommunistischen Jugendverbands wäre.

5. Es wäre gut, den Stil der Artikel in der „Komsomolskaja Prawda" zu vereinfachen, die Mitarbeiter zu verpflichten, einfach, in kurzen Sätzen, möglichst ohne den Gebrauch von Fremdwörtern zu schreiben, so, wie Iljitsch zu schreiben verstand. Im äußersten Fall, wenn man schon nicht ohne Fremdwörter auskommen kann, könnte man, wiederum als Beilage zur „Komsomolskaja Prawda", ein kleines Fremdwörterbuch bringen oder zumindest im Text der Artikel entsprechende Erläuterungen
geben.

J. Stalin
W. Molotow
A. Andrejew

Moskau, 2. Juni 1925.

Zum erstenmal veröffentlicht.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Rede in der Swerdlow-Universität
9. Juni 1925

Genossen! Ich werde die von Ihnen schriftlich gestellten Fragen beantworten. Ich werde die Fragen in der Reihenfolge behandeln, in der sie auf Ihrem Zettel gestellt sind. Wie Sie wissen, sind es insgesamt zehn Fragen.
Beginnen wir mit der ersten Frage.

I

Welche Maßnahmen und welche Bedingungen können unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats zur Festigung des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft beitragen, wenn die Sowjetunion in den nächsten 10-15 Jahren nicht durch die soziale Revolution des westlichen Proletariats unterstützt wird?

Ich denke, diese Frage umfasst alle übrigen von Ihnen schriftlich gestellten Fragen. Aus diesem Grunde wird meine Antwort einen allgemeinen und daher keineswegs erschöpfenden Charakter tragen. Sonst wäre ja zur Beantwortung der übrigen Fragen nichts mehr zu sagen.
Ich denke, die Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz geben eine erschöpfende Antwort auf diese Frage. In diesen Beschlüssen heißt es, dass die grundlegende Garantie für die Festigung des Zusammenschlusses eine richtige Politik gegenüber der Bauernschaft ist.
Was heißt aber richtige Politik gegenüber der Bauernschaft?
Sie kann nur in einer Reihe von Maßnahmen auf wirtschaftlichem und verwaltungspolitischem Gebiet, sowie auf dem Gebiet der Kultur und Bildung bestehen, die die Festigung des Zusammenschlusses gewährleisten.
Beginnen wir mit dem wirtschaftlichen Gebiet.
Vor allen Dingen ist es notwendig, die Überreste des Kriegskommunismus auf dem Lande zu beseitigen. Notwendig ist ferner eine richtige Preispolitik in bezug auf Industrieerzeugnisse und landwirtschaftliche Produkte, eine Politik, die ein rasches Wachstum der Industrie und der Landwirtschaft und damit die Liquidierung der „Schere” gewährleistet. Außerdem ist notwendig, die Gesamtsumme der landwirtschaftlichen Steuer herabzusetzen und diese Steuer allmählich aus dem allgemeinen Staatshaushalt in den lokalen Haushalt zu überführen. Es ist notwendig, die Millionenmassen der Bauernschaft in Genossenschaften zusammenzuschließen, vor allen Dingen in den landwirtschaftlichen und Kreditgenossenschaften, um auf diesem Wege die bäuerliche Wirtschaft in das allgemeine System des sozialistischen Aufbaus einzubeziehen. Notwendig ist eine maximale Versorgung des Dorfes mit Traktoren, um die Landwirtschaft in technischer Hinsicht zu revolutionieren und Stätten der Kultur und Technik auf dem Lande zu schaffen. Schließlich ist notwendig, den Elektrifizierungsplan durchzuführen, als Mittel, um das Land enger mit der Stadt zu verbinden und den Gegensatz zwischen ihnen aufzuheben.
Das ist der Weg, den die Partei gehen muss, wenn sie den Zusammenschluss zwischen Stadt und Land auf wirtschaftlichem Gebiet sichern will.
Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Frage der Überführung der landwirtschaftlichen Steuer aus dem Staatshaushalt in den lokalen Haushalt lenken. Das mag Ihnen merkwürdig vorkommen. Trotzdem ist es eine Tatsache, dass die landwirtschaftliche Steuer den Charakter einer lokalen Steuer annimmt und immer mehr annehmen wird. Es ist zum Beispiel bekannt, dass die landwirtschaftliche Steuer früher, vor etwa zwei Jahren, den wichtigsten oder fast den wichtigsten Einnahmeposten in unserem Staatshaushalt bildete. Und jetzt? Jetzt bildet sie einen unbedeutenden Teil des Staatshaushalts. Der Staatshaushalt beläuft sich jetzt auf 2½

Milliarden Rubel, die landwirtschaftliche Steuer aber dürfte in diesem Jahr höchstens 250 bis 260 Millionen Rubel, 100 Millionen weniger als im vorigen Jahr, einbringen. Wie Sie sehen, ist das gar nicht so viel. Und je größer der Staatshaushalt werden wird, desto geringer wird der Anteil dieser Steuer werden. Zweitens gelangen von diesen 260 Millionen Rubel landwirtschaftlicher Steuer 100 Millionen in den lokalen Haushalt. Das ist mehr als ein Drittel der gesamten Steuer. Wodurch ist das zu erklären? Dadurch, dass von allen bestehenden Steuern die landwirtschaftliche Steuer am meisten auf die lokalen Bedingungen zugeschnitten und am besten zur Verwendung für lokale Bedürfnisse geeignet ist. Es lässt sich wohl kaum bezweifeln, dass der lokale Haushalt überhaupt anwachsen wird. Aber ebenso steht auch außer Zweifel, dass er vor allem durch die landwirtschaftliche Steuer anwachsen wird, die die maximale Anpassung an die lokalen Bedingungen erfordert. Das ist umso wahrscheinlicher, als sich der Schwerpunkt der Staatseinnahmen bereits auf Einkünfte anderer Art verschoben hat und sich überhaupt verschieben wird, auf Einkünfte aus den staatlichen Unternehmungen, auf indirekte Steuern usw.

Aus diesem Grunde ist es wahrscheinlich, dass es zur gegebenen Zeit, vom Standpunkt der Festigung des Zusammenschlusses aus betrachtet, durchaus zweckmäßig sein wird, die landwirtschaftliche Steuer aus dem allgemeinen Staatshaushalt in den lokalen Haushalt zu überführen.

Gehen wir nun zu den Maßnahmen über, die den Zusammenschluss auf verwaltungspolitischem Gebiet sichern sollen.

Entfaltung der Sowjetdemokratie in Stadt und Land und Belebung der Sowjets mit dem Ziel, den Staatsapparat zu vereinfachen, zu verbilligen und moralisch gesund zu machen, mit dem Ziel, die Elemente des Bürokratismus und der bürgerlichen Zersetzung in diesem Apparat auszumerzen, mit dem Ziel, den Staatsapparat auf das engste mit den Millionenmassen zu verbinden - das ist der Weg, den die Partei gehen muss, wenn sie den Zusammenschluss auf der Linie des verwaltungspolitischen Aufbaus festigen will.

Die Diktatur des Proletariats ist nicht Selbstzweck. Die Diktatur ist ein Mittel, ist der Weg zum Sozialismus. Und was ist Sozialismus? Der Sozialismus ist der Übergang von der Gesellschaft der Diktatur des Proletariats zur staatslosen Gesellschaft. Um aber diesen Übergang vollziehen zu können, muss man eine Umgestaltung des Staatsapparats vorbereiten und dabei eine Richtung und einen Weg einschlagen, die die Verwandlung der Gesellschaft der Diktatur in die kommunistische Gesellschaft tatsächlich gewährleisten. Diesem Ziel dient eben die Losung der Belebung der Sowjets, die Losung der Entfaltung der Sowjetdemokratie in Stadt und Land, die Losung der Heranziehung der besten Elemente der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zur unmittelbaren Verwaltung des Landes. Den Staatsapparat zu verbessern, ihn gründlich umzugestalten, die Elemente des Bürokratismus und der Zersetzung in ihm auszumerzen, ihn den breiten Massen nahe zubringen und vertraut zu machen - all das ist unmöglich ohne die ständige und aktive Unterstützung des Staatsapparats durch die Massen selbst. Die aktive und fortwährende Unterstützung durch die Massen ist aber wiederum unmöglich ohne die Einbeziehung der besten Arbeiter- und Bauernelemente in die Verwaltungsorgane, ohne die Herstellung einer direkten und unmittelbaren Verbindung zwischen dem Staatsapparat und den „untersten” Schichten der werktätigen Massen.

Wodurch unterscheidet sich der sowjetische Staatsapparat vom Apparat eines bürgerlichen Staates?

Vor allem dadurch, dass der bürgerliche Staatsapparat über den Massen steht, dass er infolgedessen durch eine unüberwindliche Barriere von der Bevölkerung getrennt und seinem ganzen Geiste nach den Volksmassen fremd ist. Der sowjetische Staatsapparat dagegen verschmilzt mit den Massen, denn er kann und darf nicht über den Massen stehen, wenn er eben als sowjetischer Staatsapparat bestehen will, denn er kann sich diesen Massen nicht entfremden, wenn er die Millionenmassen der Werktätigen wirklich umfassen will. Darin

besteht einer der grundsätzlichen Unterschiede zwischen dem sowjetischen Staatsapparat und dem Apparat eines bürgerlichen Staates.
Lenin sagte einmal in seiner Broschüre „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?", dass 240000 Mitglieder der Partei der Bolschewiki das Land zweifellos im Interesse der Armen gegen die Reichen regieren könnten, da sie nicht im geringsten schlechter sind als die 130000 Grundbesitzer, die das Land im Interesse der Reichen gegen die Armen regierten. Manche Kommunisten glauben aus diesem Grunde, dass ein paar Hunderttausend Parteimitglieder für den Staatsapparat hinreichend seien und dass sie vollauf genügen, um das riesige Land zu verwalten. Darum neigen sie mitunter dazu, die Partei mit dem Staat zu identifizieren. Das ist falsch, Genossen. Das ist eine Entstellung des Leninschen Gedankens. Als Lenin von den 240000 Mitgliedern der Partei der Bolschewiki sprach, wollte er keineswegs sagen, dass damit die zahlenmäßige Stärke und der allgemeine Umfang des sowjetischen Staatsapparats erschöpft sei oder erschöpft werden könne. Im Gegenteil, in den Staatsapparat bezog er außer den Parteimitgliedern noch die eine Million Werktätiger ein, die ihre Stimmen damals, vor dem Oktober, für die Bolschewiki abgegeben hatten, und er erklärte, dass wir ein Mittel besitzen, um unseren Staatsapparat mit einem Schlage zu verzehnfachen, das heißt, ihn auf mindestens zehn Millionen zu bringen, indem wir die Werktätigen zur täglichen Arbeit an der Verwaltung des Staates heranziehen.
„Diese 240000 Menschen", sagt Lenin, „haben schon jetzt nicht weniger als eine Million Stimmen der erwachsenen Bevölkerung hinter sich, denn gerade ein solches zahlenmäßiges Verhältnis zwischen den Mitgliedern der Partei und den für die Partei abgegebenen Stimmen ist durch die Erfahrungen Europas und durch die Erfahrungen Rußlands, zum Beispiel bei den Augustwahlen zur Petrograder Duma, festgestellt worden. Da haben wir also schon einen ‚Staatsapparat' von einer Million Menschen, die dem sozialistischen Staat aus Überzeugung ergeben sind und nicht, weil sie am 20. jeden Monats einen schönen Batzen einstecken.
Darüber hinaus besitzen wir ein ‚Wundermittel', um unseren Staatsapparat sofort, mit einem Schlage, zu verzehnfachen, ein Mittel, über das kein einziger kapitalistischer Staat jemals verfügt hat oder je verfügen kann. Dieses Wundermittel ist die Heranziehung der Werktätigen, die Heranziehung der armen Bevölkerung zur täglichen Arbeit an der Verwaltung des Staates." (Siehe 4. Ausgabe, Bd.26, S.87, russ.)
Wie erfolgt diese „Heranziehung der Werktätigen, die Heranziehung der armen Bevölkerung zur täglichen Arbeit an der Verwaltung des Staates"?
Sie erfolgt über die Organisationen, die auf Initiative der Massen entstehen, über alle möglichen Kommissionen und Komitees, Beratungen und Delegiertenversammlungen, die sich um die Sowjets, die Wirtschaftsorgane, die Betriebskomitees, die kulturellen Institutionen, die Parteiorganisationen, die Organisationen des Jugendverbands, um allerlei genossenschaftliche Vereinigungen usw. usf. gruppieren. Unsere Genossen bemerken bisweilen nicht, dass rings um unsere unteren Partei-, Sowjet-, Kultur-, Gewerkschafts- und Bildungsorganisationen, um die Organisationen des Kommunistischen Jugendverbands, um die Armee-, Frauen- und alle möglichen anderen Organisationen ganze Schwärme auf eigene Initiative entstandener Organisationen, Kommissionen und Beratungen emsig an der Arbeit sind, die Millionenmassen parteiloser Arbeiter und Bauern erfassen und die durch ihre tagtägliche, unscheinbare, mühsame, geräuschlose Arbeit die Grundlagen der Sowjets ausbauen, den Sowjets Leben verleihen und die Kraftquellen des Sowjetstaates bilden. Ohne diese Millionen erfassenden Organisationen, die unsere Sowjet- und Parteiorgane umgeben, wäre das Bestehen und die Entwicklung der Sowjetmacht, die Führung und Verwaltung des großen Landes absolut undenkbar. Der sowjetische Staatsapparat besteht nicht allein aus den Sowjets. Der sowjetische Staatsapparat besteht im tiefsten Sinne dieses Wortes aus den Sowjets plus den Millionen erfassenden Organisationen aller möglichen Vereinigungen von Parteilosen und Parteimitgliedern, die die Sowjets mit den „untersten" Schichten verbinden, die den Staatsapparat mit den Millionenmassen verschmelzen und Schritt um Schritt alles

wegräumen, was einer Barriere zwischen dem Staatsapparat und der Bevölkerung auch nur ähnlich sieht.
In dieser Weise müssen wir bemüht sein, unseren Staatsapparat „zu verzehnfachen”, indem wir ihn den Millionenmassen der Werktätigen nahe bringen und vertraut machen, indem wir die Überreste des Bürokratismus in ihm ausmerzen, ihn mit den Massen verschmelzen und damit den Übergang von der Gesellschaft der Diktatur des Proletariats zur kommunistischen Gesellschaft vorbereiten.
Das ist der Sinn und die Bedeutung der Losung der Belebung der Sowjets und der Entfaltung der Sowjetdemokratie.
Das sind die wichtigsten Maßnahmen, die zur Festigung des Zusammenschlusses auf dem Gebiet der verwaltungspolitischen Arbeit der Partei notwendig sind.
Was die Maßnahmen zur Sicherung des Zusammenschlusses auf dem Gebiet der Kultur- und Bildungsarbeit betrifft, so ist darüber nur wenig zu sagen, da diese Maßnahmen klar und allgemein bekannt sind und daher keiner Erläuterung bedürfen. Ich möchte nur die Grundlinie der auf diesem Gebiet in der nächsten Periode zu leistenden Arbeit hervorheben. Diese Grundlinie besteht darin, die Voraussetzungen zu schaffen, die zur Durchführung der allgemeinen Grundschulpflicht im ganzen Lande, in der ganzen Union unerlässlich sind. Das, Genossen, ist eine Reform von größter Bedeutung. Ihre Durchführung bedeutet einen gewaltigen Sieg nicht nur an der kulturellen, sondern auch an der politischen und wirtschaftlichen Front. Diese Reform muss als Grundlage für einen gewaltigen Aufschwung des Landes dienen. Aber sie wird Hunderte von Millionen Rubel kosten. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass zu ihrer Durchführung eine ganze Armee, fast eine halbe Million, Lehrer und Lehrerinnen erforderlich sein werden. Aber trotz allem müssen wir die Durchführung dieser Reform in der nächsten Zeit gewährleisten, wenn wir tatsächlich das Land auf eine höhere Kulturstufe bringen wollen. Und wir werden das tun, Genossen. Daran kann kein Zweifel bestehen.
Das ist die Antwort auf Ihre erste Frage.
Gehen wir jetzt zur zweiten Frage über.

II

Welche Gefahren der Entartung droben unserer Partei im Zusammenhang mit der Stabilisierung des Kapitalismus, falls diese Stabilisierung lange andauern wird?

Gibt es bei uns überhaupt solche Gefahren?
Solche Gefahren sind zweifellos als mögliche und sogar als reale Gefahren vorhanden. Sie bestehen bei uns unabhängig von der Stabilisierung. Die Stabilisierung macht sie nur fühlbarer. Dieser Gefahren gibt es, wenn man die hauptsächlichsten nimmt, meiner Meinung nach drei:
a) die Gefahr des Verlustes der sozialistischen Perspektive beim Aufbau unseres Landes und das damit verbundene Liquidatorentum;
b) die Gefahr des Verlustes der internationalen revolutionären Perspektive und den damit verbundenen Nationalismus;
c) die Gefahr, dass die Partei ihre führende Stellung einbüßt und die damit verbundene Möglichkeit, dass sich die Partei in ein Anhängsel des Staatsapparats verwandelt.
Beginnen wir mit der ersten Gefahr.
Das charakteristische Merkmal dieser Gefahr ist der Unglaube an die inneren Kräfte unserer Revolution; der Unglaube an die Sache des Bündnisses der Arbeiter und Bauern; der Unglaube an die führende Rolle der Arbeiterklasse innerhalb dieses Bündnisses; der Unglaube an die Möglichkeit, das „Rußland der NÖP” in ein „sozialistisches Rußland” zu verwandeln; der Unglaube an den Sieg des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande.

Das ist der Weg des Liquidatorentums und der Entartung, denn er führt zur Liquidierung der Grundlagen und Ziele der Oktoberrevolution, zur Entartung des proletarischen Staates zu einem bürgerlich-demokratischen Staat.
Die Verstärkung des bürgerlichen Einflusses auf die Partei unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik, unter den Verhältnissen des verzweifelten Kampfes der kapitalistischen und sozialistischen Elemente innerhalb unserer Volkswirtschaft ist die Quelle einer solchen „Geistesverfassung", gibt den Boden dafür ab, dass sie in der Partei aufkommt. Die kapitalistischen Elemente führen den Kampf nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet. Sie sind bemüht, den Kampf auf das Gebiet der Ideologie des Proletariats zu tragen, indem sie versuchen, die am wenigsten standhaften Teile der Partei mit Unglauben an die Sache des sozialistischen Aufbaus, mit Skepsis gegenüber den sozialistischen Perspektiven unserer Aufbauarbeit zu verseuchen, und man kann nicht sagen, dass ihre Bemühungen absolut fruchtlos geblieben wären.
„Kein Gedanke daran, dass wir, ein rückständiges Land, die vollendete sozialistische Gesellschaft errichten könnten", sagen manche dieser verseuchten „Kommunisten", „der Zustand der Produktivkräfte unseres Landes lässt es nicht zu, dass wir uns derartige utopische Ziele stellen; gebe Gott, dass wir uns irgendwie halten können; an Sozialismus ist jetzt nicht zu denken, bauen wir nur irgendwie, und dann werden wir weiter sehen..."
„Wir haben unsere revolutionäre Mission bereits erfüllt, indem wir die Oktoberrevolution vollbracht haben", sagen andere, „jetzt hängt alles von der internationalen Revolution ab, denn ohne den vorherigen Sieg des westlichen Proletariats können wir den Sozialismus nicht errichten, und ein Revolutionär hat in Rußland, streng genommen, nichts mehr zu tun" ... Bekanntlich war im Jahre 1923, am Vorabend der deutschen Revolution, ein Teil unserer lernenden Jugend drauf und dran, die Bücher hinzuwerfen und nach Deutschland zu fahren, wobei sie sagten, „ein Revolutionär hat in Rußland nichts mehr zu tun, man muss die Bücher hinwerfen und nach Deutschland fahren, um dort Revolution zu machen".
Wie Sie sehen, stehen diese beiden Gruppen von „Kommunisten", sowohl die erste als auch die zweite, auf dem Boden der Verneinung der sozialistischen Möglichkeiten unseres Aufbaus, auf dem Boden des Liquidatorentums. Der Unterschied zwischen ihnen besteht darin, dass die ersten ihr Liquidatorentum hinter einer „wissenschaftlichen" „Theorie der Produktivkräfte" zu verbergen suchen (nicht umsonst hat sie dieser Tage Miljukow in den „Poslednije Nowosti"[34] als „ernst zu nehmende Marxisten" gelobt), während die zweiten das Liquidatorentum hinter linken und „schrecklich revolutionären" Phrasen über die Weltrevolution zu verbergen suchen.
In der Tat, gesetzt den Fall, ein Revolutionär hätte in Rußland nichts mehr zu tun; gesetzt den Fall, dass es undenkbar, unmöglich sei, in unserem Lande den Sozialismus aufzubauen, bevor der Sozialismus in anderen Ländern gesiegt hat; gesetzt den Fall, dass der Sieg des Sozialismus in den fortgeschrittenen Ländern sich noch um 10-20 Jahre verzögern wird - kann man unter solchen Umständen annehmen, dass die kapitalistischen Elemente unserer Wirtschaft, die unter den Verhältnissen der kapitalistischen Umkreisung unseres Landes wirken, darauf eingehen werden, den Kampf auf Leben und Tod gegen die sozialistischen Elemente dieser Wirtschaft einzustellen, und dass sie die Hände in den Schoß legen und warten werden, bis die Weltrevolution siegt? Man braucht diese Frage nur zu stellen, um die ganze Absurdität einer solchen Annahme einzusehen. Wenn aber diese Annahme wegfällt, was bleibt dann unseren „ernst zu nehmenden Marxisten" und „schrecklichen Revolutionären" zu tun übrig? Offensichtlich bleibt ihnen nur eins übrig: sich im Leerlauf zu drehen, sich von den Elementen treiben zu lassen und sachte zu ganz gewöhnlichen bürgerlichen Demokraten zu entarten.
Eins von beiden: Entweder wir betrachten unser Land als die Basis der proletarischen Revolution, wir haben, wie Lenin sagt, alles, was notwendig ist, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten - und dann können und müssen wir diese Gesellschaft aufbauen und auf den vollen Sieg über die kapitalistischen Elemente unserer Volkswirtschaft

rechnen; oder wir betrachten unser Land nicht als die Basis der Revolution, wir haben nicht, was notwendig ist, um den Sozialismus zu errichten, können die sozialistische Gesellschaft nicht errichten - und dann müssen wir, falls sich der Sieg des Sozialismus in anderen Ländern verzögert, uns damit abfinden, dass die kapitalistischen Elemente unserer Volkswirtschaft die Oberhand gewinnen, dass die Sowjetmacht sich zersetzen und die Partei entarten wird.
Entweder das eine oder das andere.
Darum führt der Unglaube an die sozialistischen Möglichkeiten unseres Aufbaus zum Liquidatorentum und zur Entartung.
Darum ist der Kampf gegen die Gefahr des Liquidatorentums eine dringliche Aufgabe unserer Partei, besonders jetzt, besonders unter den Verhältnissen der zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus.
Gehen wir zur zweiten Gefahr über.
Das charakteristische Merkmal dieser Gefahr ist der Unglaube an die internationale proletarische Revolution; der Unglaube an ihren Sieg; das skeptische Verhalten gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern; das Nichtbegreifen der Tatsache, dass unser Land ohne die Unterstützung durch die revolutionäre Bewegung der anderen Länder dem Weltimperialismus nicht hätte standhalten können; das Nichtbegreifen der Tatsache, dass der Sieg des Sozialismus in einem Lande nicht endgültig sein kann, weil dieses Land nicht gegen eine Intervention gesichert ist, solange die Revolution nicht wenigstens in einer Reihe von Ländern gesiegt hat; das Nichtbegreifen jener elementaren Forderung des Internationalismus, der zufolge der Sieg des Sozialismus in einem Lande nicht Selbstzweck sein kann, sondern Mittel zur Entwicklung und Unterstützung der Revolution in anderen Ländern sein muss.
Das ist der Weg des Nationalismus und der Entartung, der Weg der vollständigen Liquidierung der internationalen Politik des Proletariats, denn Leute, die von dieser Krankheit befallen sind, betrachten unser Land nicht als Teil eines Ganzen, genannt internationale revolutionäre Bewegung, sondern als Beginn und Ende dieser Bewegung, da sie der Meinung sind, dass den Interessen unseres Landes die Interessen aller anderen Länder zum Opfer gebracht werden müssten.
Die Befreiungsbewegung in China unterstützen? Aber wozu? Ist das nicht gefährlich? Wird uns das nicht mit anderen Ländern in Konflikt bringen? Wäre es nicht besser, wenn wir in China zusammen mit den anderen „fortgeschrittenen” Mächten „Einflusssphären” festlegten und dieses oder jenes von China für uns ergatterten? Das wäre nützlich und auch ungefährlich... Die Befreiungsbewegung in Deutschland unterstützen? Lohnt sich das Risiko? Wäre es nicht besser, sich mit der Entente über den Versailler Vertrag zu einigen und dafür dieses oder jenes als Kompensation für uns einzuhandeln?... Freundschaft mit Persien, mit der Türkei, mit Afghanistan halten? Lohnt das Spiel den Einsatz? Wäre es nicht besser, zusammen mit dieser oder jener der Großmächte die „Einflusssphären” wiederherzustellen? Usw. usf.
Das ist eine nationalistische „Geistesverfassung” neuer Art, die versucht, die Außenpolitik der Oktoberrevolution zu liquidieren, und Elemente der Entartung kultiviert.
Ist die Quelle der ersten Gefahr, der Gefahr des Liquidatorentums in der Verstärkung des bürgerlichen Einflusses auf die Partei auf dem Gebiet der Innenpolitik, auf dem Gebiet des Kampfes der kapitalistischen und der sozialistischen Elemente unserer Volkswirtschaft zu suchen, so muss die Quelle dieser zweiten Gefahr, der Gefahr des Nationalismus, in der Verstärkung des bürgerlichen Einflusses auf die Partei auf dem Gebiet der Außenpolitik, auf dem Gebiet des Kampfes der kapitalistischen Staaten gegen den Staat der proletarischen Diktatur gesucht werden. Es lässt sich wohl kaum bezweifeln, dass der Druck der kapitalistischen Staaten auf unseren Staat gewaltig ist, dass es den Funktionären, die auf dem Gebiet unserer Außenpolitik arbeiten, nicht immer gelingt, diesem Druck standzuhalten, dass

die Gefahr von Komplikationen sie nicht selten in Versuchung bringt, den Weg des geringsten Widerstands, den Weg des Nationalismus einzuschlagen.
Anderseits ist es klar, dass das erste siegreiche Land nur auf der Grundlage des konsequenten Internationalismus, nur auf der Grundlage der Außenpolitik der Oktoberrevolution die Rolle des Bannerträgers der internationalen revolutionären Bewegung bewahren kann, dass der Weg des geringsten Widerstands und des Nationalismus in der Außenpolitik den Weg der Isolierung und Zersetzung des ersten siegreichen Landes bedeutet.
Darum beschwört der Verlust der internationalen revolutionären Perspektive die Gefahr des Nationalismus und der Entartung herauf.
Darum ist der Kampf gegen die Gefahr des Nationalismus in der Außenpolitik eine dringliche Aufgabe der Partei.
Schließlich über die dritte Gefahr.
Das charakteristische Merkmal dieser Gefahr ist der Unglaube an die inneren Kräfte der Partei; der Unglaube an die führende Rolle der Partei; das Bestreben des Staatsapparats, die führende Stellung der Partei zu schwächen, sich ihrer Führung zu entziehen; das Nichtbegreifen dessen, dass es keine Diktatur des Proletariats geben kann, ohne dass die Partei die führende Stellung innehat.
Diese Gefahr droht von drei Seiten:
Erstens. Die Klassen, die es zu führen gilt, haben sich verändert. Die Arbeiter und die Bauern sind jetzt nicht mehr dieselben, die sie in der Periode des Kriegskommunismus waren. Früher war die Arbeiterklasse deklassiert und zersplittert, die Bauernschaft aber war von Angst erfüllt, dass im Falle einer Niederlage im Bürgerkrieg die Gutsbesitzer zurückkehren würden; dabei war die Partei in dieser Periode die einzige konzentrierte Kraft, eine Kraft, die die Führung nach militärischer Art ausübte. Jetzt haben wir eine andere Lage. Der Krieg ist vorüber. Folglich ist auch die militärische Gefahr vorüber, die die werktätigen Massen um die Partei zusammenschloss. Das Proletariat hat sich wieder konsolidiert und sowohl in kultureller als auch in materieller Beziehung ein höheres Niveau erreicht. Auch die Bauernschaft hat sich entwickelt und ein höheres Niveau erreicht. Die politische Aktivität beider Klassen wächst und wird wachsen. Die Führung darf man jetzt nicht mehr nach militärischer Art ausüben. Notwendig ist erstens eine größtmögliche Elastizität in der Führung. Notwendig ist zweitens eine außerordentliche Feinfühligkeit gegenüber den Bedürfnissen und Nöten der Arbeiter und Bauern. Notwendig ist drittens, dass man es versteht, die besten Arbeiter und Bauern, die sich infolge der Entwicklung der politischen Aktivität dieser Klassen hervorgetan haben, in die Partei einzureihen. Aber bekanntlich kann man nicht auf einmal diesen Bedingungen gerecht werden, diese Fähigkeiten erlangen. Daher das Missverhältnis zwischen den Anforderungen, die an die Partei gestellt werden, und den Möglichkeiten, die der Partei im gegebenen Augenblick zur Verfügung stehen. Daher auch die Gefahr der Schwächung der führenden Stellung der Partei, die Gefahr, dass die Partei ihrer führenden Stellung verlustig geht.
Zweitens. In der letzten Periode, in der Periode der wirtschaftlichen Entwicklung, ist der Apparat der staatlichen und der gesellschaftlichen Organisationen bedeutend gewachsen und erstarkt. Die Truste und Syndikate, die Handels- und Kreditinstitutionen, die verwaltungspolitischen Organisationen sowie die Kultur- und Bildungsorganisationen, schließlich die Genossenschaften aller Art sind beträchtlich gewachsen und haben sich durch die Aufnahme von Hunderttausenden neuer Menschen, hauptsächlich Parteiloser, bedeutend erweitert. Aber diese Apparate wachsen nicht nur zahlenmäßig. Sie nehmen auch an Kraft und Gewicht zu. Und je größer ihre Bedeutung wird, desto fühlbarer wird ihr Druck auf die Partei, desto hartnäckiger trachten sie danach, die führende Stellung der Partei zu schwächen, desto stärker wird ihr Widerstand gegen die Partei. Es ist eine solche Umgruppierung der Kräfte und eine solche Verteilung der führenden Funktionäre innerhalb dieser Apparate notwendig, dass der Partei auch unter den neuen Verhältnissen die Führung gesichert wird. Aber das alles

kann bekanntlich nicht mit einem Schlage erreicht werden. Daher die Gefahr der Loslösung des Staatsapparats von der Partei.
Drittens. Die Arbeit selbst ist komplizierter und differenzierter geworden. Ich spreche von der jetzigen Aufbauarbeit. Sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt sind ganze Arbeitszweige und Arbeitsbranchen entstanden und haben sich entwickelt. Dementsprechend ist auch die Führung eine konkretere geworden. Früher war es üblich, von der Führung „im allgemeinen" zu sprechen. Führung „im allgemeinen" ist heute leeres Geschwätz, denn sie ist gar keine Führung. Jetzt ist eine konkrete, praktische Führung notwendig. Die verflossene Periode hat den Typ des allwissenden Funktionärs hervorgebracht, der für alle Fragen der Theorie und Praxis eine Antwort bereithielt. Jetzt muss dieser alte Typ des allwissenden Funktionärs einem neuen Typ des Funktionärs Platz machen, dem Typ des Funktionärs, der bemüht ist, in einem bestimmten Arbeitszweig Meister seines Fachs zu sein. Um wirklich führen zu können, muss man Sachkenntnisse haben, muss man sich gewissenhaft, geduldig, beharrlich Sachkenntnisse aneignen. Man kann auf dem Lande die Führung nicht ausüben, wenn man die Landwirtschaft, das Genossenschaftswesen nicht kennt, wenn man mit der Preispolitik nicht vertraut ist, wenn man die Gesetze nicht studiert hat, die sich direkt auf das Land beziehen. Man kann in der Stadt die Führung nicht ausüben, wenn man die Industrie nicht kennt, wenn man mit dem Leben der Arbeiter nicht vertraut ist, wenn man nicht für die Bedürfnisse und Nöte der Arbeiter ein hellhöriges Ohr hat, wenn man das Genossenschaftswesen, die Gewerkschaftsarbeit, das Klubwesen nicht kennt. Aber kann man das alles mit einem Schlage erreichen? Leider kann man das nicht. Um die durch die Partei ausgeübte Führung auf das gebührende Niveau zu bringen, muss vor allem die Qualifikation der Parteifunktionäre verbessert werden. Die Frage der Qualifikation des Funktionärs muss jetzt an erster Stelle stehen. Diese Qualifikation des Parteifunktionärs aber mit einem Schlage zu verbessern, ist nicht so einfach. Die alten Gepflogenheiten des eilfertigen Administrierens, mit denen man die fehlenden Sachkenntnisse leider zu ersetzen suchte, sind in den Parteiorganisationen immer noch lebendig. Daraus erklärt sich eigentlich auch der Umstand, dass die so genannte Führung durch die Partei mitunter zu einer lächerlichen Anhäufung von Verfügungen, die niemandem nutzen, ausartet, zu einer „Führung" wird, die keine Führung ist, sondern nur Geschwätz und die sich auf niemand und nichts erstreckt. Darin liegt eine der ernstesten Gefahren der Schwächung und der Einbuße der führenden Stellung der Partei.
Das sind im Allgemeinen die Gründe, warum die Gefahr des Verlustes der führenden Stellung der Partei zur Zersetzung und Entartung der Partei führt.
Darum ist der entschiedene Kampf gegen diese Gefahr eine dringliche Aufgabe unserer Partei. Das ist die Antwort auf Ihre zweite Frage.
Gehen wir zur dritten Frage über.

III

Wie soll man den Kampf gegen das Kulakentum führen, ohne den Klassenkampf zu schüren?

Ich denke, dass diese Frage zu allgemein und darum falsch gestellt ist. Von welchem Klassenkampf ist hier die Rede? Wenn vom Klassenkampf auf dem Lande überhaupt die Rede ist, so wird er vom Proletariat nicht nur gegen die Kulaken geführt. Die Gegensätze zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft als Ganzem - ist das nicht auch Klassenkampf, auch wenn er eine ziemlich ungewöhnliche Form hat? Stimmt es etwa nicht, dass das Proletariat und die Bauernschaft heute die beiden Hauptklassen unserer Gesellschaft bilden, dass es zwischen diesen Klassen Gegensätze gibt, die man allerdings lösen und letzten Endes überwinden kann, aber immerhin Gegensätze, die einen Kampf zwischen diesen beiden Klassen hervorrufen?

Ich denke, dass der Klassenkampf in unserem Lande, wenn man die Beziehungen zwischen Stadt und Land, zwischen Proletariat und Bauernschaft im Auge hat, drei Hauptfronten aufzuweisen hat:
a) die Front des Kampfes zwischen dem Proletariat als Ganzem (vertreten durch den Staat) und der Bauernschaft auf der Linie der Festsetzung von Höchstpreisen für Fabrikerzeugnisse und landwirtschaftliche Produkte, auf der Linie der Normalisierung des Steuerwesens usw.;
b) die Front des Kampfes zwischen dem Proletariat als Ganzem (vertreten durch den Staat) und dem Kulakentum auf der Linie der Ausmerzung der Spekulantenpreise für landwirtschaftliche Produkte, auf der Linie der Auferlegung der Hauptbürde der Steuerlast auf die Kulaken usw.;
c) die Front des Kampfes zwischen der Dorfarmut, vor allein den Landarbeitern, und dem Kulakentum.
Sie sehen, dass diese Fronten weder ihrem spezifischen Gewicht noch dem Charakter des an diesen Fronten vor sich gehenden Kampfes nach gleichartig sein können. Darum muss auch unser Verhältnis zu den Formen des Klassenkampfes an diesen Fronten verschieden, ungleich sein.
Betrachten wir die Sache etwas näher.
Die erste Front. Das Proletariat (vertreten durch den Staat) hat unter Berücksichtigung der Schwäche unserer Industrie und der Unmöglichkeit, Anleihen für sie zu bekommen, eine Reihe grundlegender Maßnahmen getroffen, um unsere Industrie vor der Konkurrenz der ausländischen Industrie zu schützen und ihre Entwicklung zum Nutzen unserer gesamten Volkswirtschaft, darunter auch der Landwirtschaft, zu beschleunigen. Diese Maßnahmen sind: Außenhandelsmonopol, landwirtschaftliche Steuer, staatliche Formen der Beschaffung landwirtschaftlicher Produkte, Einführung des Planprinzips bei der Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft. Das alles wurde auf der Grundlage der Nationalisierung der maßgebenden Zweige der Industrie, des Verkehrs- und Kreditwesens durchgeführt. Sie wissen, dass diese Maßnahmen dazu geführt haben, wozu sie führen sollten, das heißt, sie haben sowohl dem unaufhaltsamen Fallen der Preise für Industrieerzeugnisse als auch dem unaufhaltsamen Steigen der Preise für Produkte der Landwirtschaft eine Grenze gesetzt. Anderseits ist klar, dass die Bauernschaft als Ganzes, insofern sie Industrieerzeugnisse kauft und die Produkte der eigenen Wirtschaft auf dem Markt absetzt, bestrebt ist, diese Erzeugnisse zu möglichst niedrigen Preisen zu erhalten und die eigenen Produkte zu möglichst hohen Preisen abzusetzen. Auch würde es die Bauernschaft gern sehen, wenn es gar keine landwirtschaftliche Steuer gäbe oder wenn sie wenigstens auf ein Minimum herabgesetzt würde.
Da haben wir schon den Boden für einen Kampf zwischen Proletariat und Bauernschaft.
Kann der Staat auf die oben angeführten grundlegenden Maßnahmen verzichten? Nein, das kann er nicht. Denn der Verzicht auf diese Maßnahmen würde im gegenwärtigen Augenblick die Zerschlagung unserer Industrie, die Zerschlagung des Proletariats als Klasse, die Verwandlung unseres Landes in eine Agrarkolonie der industriell entwickelten kapitalistischen Länder, den Zusammenbruch unserer ganzen Revolution zur Folge haben.
Ist die Bauernschaft als Ganzes an der Aufhebung dieser grundlegenden Maßnahmen unseres Staates interessiert? Nein, sie ist nicht daran interessiert. Denn die Aufhebung dieser Maßnahmen im gegebenen Augenblick würde den Triumph des kapitalistischen Entwicklungsweges bedeuten, der kapitalistische Entwicklungsweg aber ist der Weg der Verelendung der Mehrheit der Bauernschaft im Interesse der Bereicherung einer Handvoll Reicher, einer Handvoll Kapitalisten. Wer wird zu behaupten wagen, dass die Bauernschaft an ihrer eigenen Verelendung interessiert sei, dass sie an der Verwandlung unseres Landes in eine Kolonie interessiert sei, dass sie am Triumph des sozialistischen Entwicklungsweges unserer Volkswirtschaft nicht zutiefst interessiert sei?
Da haben wir schon den Boden für ein Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft.

Bedeutet das, dass unsere Industrieorgane, gestützt auf das Monopol, die Preise für Industrieerzeugnisse heraufschrauben können zum Schaden der Interessen der Hauptmasse der Bauernschaft und zum Schaden der Industrie selber? Nein, das bedeutet es nicht. Eine solche Politik würde vor allem die Industrie selber schädigen, sie würde es unmöglich machen, unsere Industrie aus einer schwachen Treibhauspflanze, die sie gestern noch war, umzuwandeln in eine starke und machtvolle Industrie, die sie morgen werden soll. Daher unsere Kampagne für die Herabsetzung der Preise für Industrieerzeugnisse und für die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Sie wissen, dass diese Kampagne einen ziemlich großen Erfolg zu verzeichnen hat.

Bedeutet das ferner, dass unsere Beschaffungsorgane, gestützt auf das Monopol, die Preise für landwirtschaftliche Produkte so weit herabsetzen können, dass sie den Ruin der Bauernschaft zur Folge hätten und die Interessen unserer gesamten Volkswirtschaft beeinträchtigten? Nein, das bedeutet es nicht. Eine solche Politik würde vor allem die Industrie zugrunde richten, denn sie würde erstens die Versorgung der Arbeiter mit landwirtschaftlichen Produkten erschweren, zweitens den inneren Markt unserer Industrie vollends untergraben und desorganisieren. Daher unsere Kampagne gegen die so genannte „Schere”. Sie wissen, dass diese Kampagne bereits günstige Resultate gezeitigt hat.

Bedeutet das schließlich, dass unsere örtlichen oder zentralen Organe, gestützt auf das Gesetz über die landwirtschaftliche Steuer und bei der Ausübung ihres Rechts, die Steuern zu erheben, dieses Gesetz als etwas Starres betrachten dürfen, dass sie in ihrer Arbeitspraxis so weit gehen dürfen, die Speicher abzureißen und die Dächer von den Häusern unbemittelter Steuerzahler abzudecken, wie dies in einigen Bezirken des Gouvernements Tambow vorgekommen ist? Nein, das bedeutet es nicht. Eine solche Politik würde jegliches Vertrauen der Bauern zum Proletariat, zum Staate untergraben. Daher die letzten Maßnahmen der Partei zur Herabsetzung der landwirtschaftlichen Steuer, zur Umwandlung dieser Steuer in eine Steuer mehr oder weniger lokalen Charakters, zur Regelung unseres Steuerwesens überhaupt, zur Ausmerzung von Missständen, wie sie bei der Steuererhebung hier und da zu verzeichnen sind. Sie wissen, dass diese Maßnahmen bereits die gewünschten Resultate gezeitigt haben.

Wir haben also erstens eine Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Proletariat und Bauernschaft in den grundlegenden Fragen, ihre beiderseitige Interessiertheit am Triumph des sozialistischen Entwicklungsweges der Volkswirtschaft. Daher das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Wir haben zweitens Interessengegensätze zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft in Gegenwartsfragen. Daher der Kampf innerhalb dieses Bündnisses, ein Kampf, der von geringerem Gewicht ist als die Gemeinsamkeit der Interessen und der in Zukunft ganz verschwinden muss, wenn die Arbeiter und Bauern aufgehört haben, Klassen zu sein, wenn sie zu arbeitenden Menschen einer klassenlosen Gesellschaft geworden sind. Wir haben drittens Mittel und Wege, um im Rahmen der Erhaltung und Festigung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern diese Gegensätze zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft im Interesse beider Verbündeten zu beheben. Und nicht allein, dass uns diese Mittel und Wege zur Verfügung stehen, wir bedienen uns ihrer unter den komplizierten Verhältnissen der NÖP und der zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus bereits mit Erfolg.

Folgt nun daraus, dass wir den Klassenkampf an dieser Front schüren müssen? Nein, das folgt nicht daraus. Im Gegenteil! Daraus folgt nur, dass wir den Kampf an dieser Front auf jede mögliche Art eindämmen müssen, indem wir ihn durch Vereinbarungen und gegenseitige Zugeständnisse regulieren und es auf keinen Fall dahin kommen lassen, dass er schroffe Formen annimmt, dass er zu Zusammenstößen führt. Und so verfahren wir auch. Denn wir haben dazu alle Möglichkeiten, da die Gemeinsamkeit der Interessen hier stärker und tiefer ist als der Interessengegensatz.

Wie Sie sehen, ist die Losung der Schürung des Klassenkampfs für die Kampfbedingungen an dieser Front absolut unbrauchbar.

Die zweite Front. Das Proletariat (vertreten durch den Sowjetstaat) und das Kulakentum sind hier die handelnden Personen. Die Formen des Klassenkampfs sind hier ebenso eigenartig wie unter den Kampfbedingungen an der ersten Front.
In dem Bestreben, der landwirtschaftlichen Steuer den Charakter einer ausgesprochenen Einkommensteuer zu geben, bürdet der Staat die Hauptlast dieser Steuer dem Kulakentum auf. Das Kulakentum beantwortet dies damit, dass es „mit List und Tücke" versucht, dem zu entgehen, und dass es seine ganze Macht und seinen ganzen Einfluss im Dorfe geltend macht, um die Steuerlast auf die Schultern der Mittelbauern und der Dorfarmut abzuwälzen.
Im Kampf gegen die Verteuerung der Lebenshaltung und im Bestreben, die Stabilität des Arbeitslohnes aufrechtzuerhalten, ist der Staat bemüht, Maßnahmen wirtschaftlichen Charakters zu treffen, die dazu führen sollen, gerechte Höchstpreise für landwirtschaftliche Produkte festzusetzen, die völlig im Interesse der bäuerlichen Wirtschaft liegen. Das Kulakentum beantwortet dies damit, dass es bei der Dorfarmut und den Mittelbauern Produkte aufkauft, große Vorräte anlegt, sie in seinen Speichern zurückhält und nicht auf den Markt bringt, um die Preise der Produkte künstlich hochzuschrauben, sie auf die Höhe von Spekulantenpreisen zu treiben und die Produkte erst dann auf den Markt zu bringen und dabei wahnwitzige Spekulationsgewinne herauszuschlagen. Sie wissen wahrscheinlich, dass es den Kulaken in einigen Gouvernements unseres Landes in diesem Jahr gelungen ist, die Getreidepreise bis aufs äußerste heraufzuschrauben.
Daher der Klassenkampf an dieser Front mit seinen eigenartigen, mehr oder weniger versteckten Formen.
Es könnte scheinen, dass die Losung der Schürung des Klassenkampfs für die Kampfbedingungen an dieser Front durchaus angebracht sei. Das ist aber falsch. Denn auch hier sind wir nicht an der Schürung des Klassenkampfs interessiert. Denn wir können hier durchaus und müssen ohne Schürung des Kampfes und die damit verbundenen Komplikationen auskommen.
Wir können und müssen die Sowjets beleben, den Mittelbauern gewinnen und die Dorfarmut innerhalb der Sowjets organisieren, um zu erreichen, dass die Hauptmasse der Bauernschaft Steuererleichterungen erhält und die Hauptlast der Steuer tatsächlich dem Kulakentum aufgebürdet wird. Sie wissen, dass diesbezügliche Maßnahmen getroffen sind und dass sie bereits günstige Resultate zeitigen.
Wir können und müssen erreichen, dass der Staat über genügend Lebensmittelreserven verfügt, um auf den Lebensmittelmarkt einen Druck ausüben, um nötigenfalls eingreifen zu können und um die Preise auf einem für die werktätigen Massen annehmbaren Niveau zu halten und so das Spekulantentreiben des Kulakentums zu vereiteln. Sie wissen, dass wir in diesem Jahr einige Dutzend Millionen Pud Getreide für diesen Zweck verwandt haben. Sie werden auch wissen, dass wir in dieser Hinsicht durchaus günstige Resultate erzielt haben, denn es ist uns nicht nur gelungen, in solchen Bezirken wie Leningrad, Moskau, dem Donezbecken, Iwanowo-Wosnessensk usw. die Getreidepreise niedrig zu halten, sondern wir haben auch den Kulaken in einer Reihe von Bezirken zur Kapitulation gezwungen, haben ihn genötigt, die alten Getreidereserven zu annehmbaren Preisen auf den Markt zu werfen.
Natürlich hängt hier die Sache nicht nur von uns ab. Es ist durchaus möglich, dass das Kulakentum in einigen Fällen selbst anfangen wird, den Klassenkampf zu schüren, dass es versuchen wird, ihn bis zum Siedepunkt zu treiben und ihm die Form von Banditenüberfällen oder Aufständen zu geben. Aber dann wird die Losung der Schürung des Kampfes schon nicht mehr unsere Losung, sondern die Losung des Kulakentums, also eine konterrevolutionäre Losung sein. Außerdem wird dann das Kulakentum zweifellos alle Nachteile dieser gegen den Sowjetstaat gerichteten Losung am eigenen Leibe zu spüren bekommen.
Wie Sie sehen, ist die Losung der Schürung des Kampfes auch an dieser, der zweiten Front nicht unsere Losung.

Die dritte Front. Zwei Kräfte sind hier die handelnden Personen: einerseits die Dorfarmut, vor allem die Landarbeiter, und anderseits die Kulaken. Der Staat steht hier formell abseits. Wie Sie sehen, ist diese Front nicht so breit wie die vorher genannten Fronten. Anderseits tritt der Klassenkampf an dieser Front völlig klar und offen zutage, während er an den vorher genannten Fronten versteckt und mehr oder weniger maskiert ist.
Hier handelt es sich um die direkte Ausbeutung von Lohnarbeitern oder halben Lohnarbeitern durch den Kulaken als Unternehmer. Darum kann die Partei hier keine Politik der Abschwächung, der Eindämmung des Kampfes betreiben. `Unsere Aufgabe besteht hier darin, den Kampf der Dorfarmut gegen das Kulakentum zu organisieren und diesen Kampf zu leiten.
Bedeutet das nicht, dass wir uns damit anschicken, den Klassenkampf zu schüren? Nein, das bedeutet es nicht. Den Kampf schüren bedeutet nicht nur den Kampf organisieren und leiten. Es bedeutet zugleich, den Klassenkampf künstlich zuspitzen und vorsätzlich ausweiten. Sind diese künstlichen Maßnahmen jetzt notwendig, da wir die Diktatur des Proletariats haben und da unsere Partei- und Gewerkschaftsorganisationen volle Handlungsfreiheit haben? Natürlich sind sie nicht notwendig.
Darum ist die Losung der Schürung des Klassenkampfs auch für diese, die dritte Front unbrauchbar.
So ist es um die dritte Frage bestellt.
Wie Sie sehen, ist die Frage des Klassenkampfs auf dem Lande gar nicht so einfach, wie das auf den ersten Blick scheinen könnte. Gehen wir zur vierten Frage über.

IV

Gibt es die Arbeiter- und Bauernregierung tatsächlich, oder ist das nur eine Agitationslosung?

Die Formulierung der Frage erscheint mir etwas widersinnig.
Was bedeutet die Formulierung: Gibt es die Arbeiter- und Bauernregierung tatsächlich, oder ist das nur eine Agitationslosung? Das würde heißen, dass die Partei auch solche Losungen ausgeben könne, die der Wirklichkeit nicht entsprechen und nur den Zwecken irgendeines schlauen Manövers dienen, das aus irgendeinem Grunde hier „Agitation" genannt wird. Das würde heißen, dass die Partei auch solche Losungen ausgeben könne, für die es keine wissenschaftliche Begründung gibt noch geben kann. Trifft das zu? Selbstverständlich trifft das nicht zu. Eine solche Partei wäre nur wert, kurz nach ihrem Entstehen, einer Seifenblase gleich, von der Bildfläche zu verschwinden. Unsere Partei wäre dann nicht die Partei des Proletariats, die eine wissenschaftlich begründete Politik betreibt, sondern leerer Schaum an der Oberfläche der politischen Ereignisse.
Unsere Regierung ist ihrem Charakter, ihrem Programm und ihrer Taktik nach eine Arbeiterregierung, eine proletarische, eine kommunistische Regierung. Daran gibt es nichts zu tüfteln und zu deuteln, noch können irgendwelche Zweifel hierüber bestehen. Unsere Regierung kann nicht gleichzeitig zwei Programme haben, sowohl ein proletarisches als auch irgendein anderes. Ihr Programm und ihre praktische Arbeit sind proletarisch, kommunistisch, und in diesem Sinne ist unsere Regierung zweifellos eine proletarische, eine kommunistische.
Bedeutet dies, dass unsere Regierung nicht zugleich auch eine Arbeiter- und Bauernregierung sei? Nein, das bedeutet es nicht. Unsere Regierung, die ihrem Programm und ihrer Arbeit nach eine proletarische ist, ist zugleich eine Arbeiter- und Bauernregierung.
Warum?
Weil unter unseren Verhältnissen die Grundinteressen der Hauptmasse der Bauernschaft voll und ganz mit den Interessen des Proletariats übereinstimmen.
Weil die Interessen der Bauernschaft infolgedessen im Programm des Proletariats, im Programm der Sowjetregierung vollkommen ihren Ausdruck finden.

Weil die Sowjetregierung sich auf das Bündnis der Arbeiter und Bauern stützt, das auf der Gemeinsamkeit der Grundinteressen dieser Klassen begründet ist.
Weil schließlich neben den Arbeitern auch die Bauern, die gegen den gemeinsamen Feind kämpfen und zusammen mit den Arbeitern, unter der Führung der Arbeiter ein neues Leben aufbauen, Mitglieder der Regierungsorgane, Mitglieder der Sowjets sind.
Darum ist die Losung „Arbeiter- und Bauernregierung" keine leere „Agitations"losung, sondern sie ist die revolutionäre Losung des sozialistischen Proletariats, die im Programm des Kommunismus ihre wissenschaftliche Begründung gefunden hat.
So ist es um die vierte Frage bestellt.
Gehen wir zur fünften Frage über.

V

Unsere Politik gegenüber der Bauernschaft wird von manchen Genossen als Erweiterung der Demokratie für die Bauernschaft und als Änderung des Charakters der Staatsmacht im Lande ausgelegt. Ist diese Auslegung richtig?

Erweitern wir tatsächlich die Demokratie auf dem Lande? Ja, wir erweitern sie.
Ist das ein Zugeständnis an die Bauernschaft?
Zweifellos ist das ein Zugeständnis.
Ist dieses Zugeständnis groß, und ist es mit der Verfassung unseres Landes vereinbar?
Dieses Zugeständnis ist meiner Meinung nach nicht sehr groß und ändert unsere Verfassung nicht um ein Jota.
Was ändern wir denn dann, und worin kommt eigentlich das Zugeständnis zum Ausdruck?
Wir ändern die Praxis der Arbeit auf dem Lande, die unter den neuen Entwicklungsbedingungen völlig unbefriedigend war. Wir ändern die Zustände, die sich auf dem Lande eingebürgert haben, die den Zusammenschluss hemmen und die Arbeit, die die Partei leistet, um die Bauernschaft um das Proletariat zusammenzuschließen, zu vereiteln drohen.
Bisher war es so, dass das Dorf in einer ganzen Reihe von Bezirken von einer kleinen Gruppe von Menschen verwaltet wurde, die stärker mit dem Kreis und dem Gouvernement verbunden waren als mit der Dorfbevölkerung. Dieser Umstand führte dazu, dass die Dorfobrigkeit vor allem nach oben, nach dem Kreis, und am wenigsten nach unten, auf die Dorfbevölkerung schaute, dass sie sich nicht dem Dorfe, nicht den Wählern gegenüber verantwortlich fühlte, sondern dem Kreis und dem Gouvernement, und dabei offenbar nicht begriff, dass „oben" und „unten" hier nur eine Kette bilden und dass, wenn diese Kette unten reißt, die ganze Kette hin ist. Die Folge davon war Fehlen von Kontrolle, Eigenmächtigkeit und Willkür der Dorfobrigkeit einerseits und Unzufriedenheit und Murren im Dorfe anderseits. Jetzt wird mit diesen Zuständen auf dem Lande entschieden und ein für allemal Schluss gemacht.
Bisher war es so, dass in einer ganzen Reihe von Bezirken die Wahlen zu den Sowjets auf dem Lande keine wirklichen Wahlen waren, sondern eine leere Kanzleiprozedur, bei der eine kleine Gruppe, die Dorfobrigkeit, die ihre Macht zu verlieren fürchtete, durch eine ganze Reihe von Schlichen und durch Ausübung von Druck die „Deputierten" durchbrachte. Die Folge davon war, dass die Sowjets aus Organen, die den Massen nahe stehen und vertraut sind, sich in Organe zu verwandeln drohten, die den Massen fremd gegenüberstehen, und dass die Führung der Bauernschaft durch die Arbeiter, diese Grundlage und Feste der Diktatur des Proletariats, Gefahr lief, den Boden unter den Füßen zu verlieren. Sie wissen, dass sich die Partei infolgedessen gezwungen sah, Neuwahlen der Sowjets vorzunehmen, wobei diese Neuwahlen gezeigt haben, dass die alte Wahlpraxis in einer ganzen Reihe von Bezirken ein Überbleibsel des Kriegskommunismus ist, dass mit ihr aufgeräumt werden muss, als einer

Praxis, die schädlich und durch und durch morsch ist. Jetzt wird mit einer solchen Wahlpraxis auf dem Lande Schluss gemacht.
Das ist die Grundlage des Zugeständnisses, die Grundlage der Erweiterung der Demokratie auf dem Lande.
Dieses Zugeständnis braucht nicht nur die Bauernschaft. Das Proletariat braucht es nicht minder, denn es stärkt das Proletariat, hebt sein Ansehen auf dem Lande, festigt das Vertrauen der Bauern zum Proletariat. Bekanntlich besteht der Hauptzweck von Zugeständnissen und Kompromissen überhaupt darin, dass im Endergebnis das Proletariat gestärkt und gefestigt wird.
Welche Grenzen sind diesen Zugeständnissen gegenwärtig gesetzt? Die Grenzen dieser Zugeständnisse sind von der XIV. Konferenz der KPR(B) und vom III. Sowjetkongress der UdSSR[35] festgelegt worden. Sie wissen, dass sie nicht sehr weit gezogen sind und sich auf den Rahmen beschränken, von dem ich soeben sprach. Das bedeutet aber noch nicht, dass sie bis in alle Ewigkeit unverrückbar bleiben werden. Im Gegenteil, sie werden zweifellos erweitert werden in dem Maße, wie unsere Volkswirtschaft wächst, in dem Maße, wie sich die wirtschaftliche und politische Macht des Proletariats festigt, in dem Maße, wie sich die revolutionäre Bewegung im Westen und Osten entwickelt, in dem Maße, wie die internationalen Positionen des Sowjetstaates stärker werden. Lenin sprach im Jahre 1918 von der Notwendigkeit, „die Sowjetverfassung, in dem Maße, wie der Widerstand der Ausbeuter aufhört, auf die gesamte Bevölkerung auszudehnen” (siehe 4. Ausgabe, Bd. 27, 5.130, russ.). Wie Sie sehen, ist hier die Rede von der Ausdehnung der Verfassung auf die gesamte Bevölkerung, darunter auch auf die Bourgeoisie. Das wurde im März 1918 gesagt. Seit jener Zeit bis zum Tode Lenins sind mehr als fünf Jahre vergangen. Lenin hat jedoch während dieser Periode nicht ein einziges Mal auch nur andeutungsweise davon gesprochen, dass es an der Zeit sei, diesen Grundsatz zu verwirklichen. Warum? Weil die Zeit für eine solche Erweiterung noch nicht gekommen war. Aber dass sie einmal kommen wird, wenn die inneren und internationalen Positionen des Sowjetstaates endgültig gefestigt sein werden, darüber kann es keinen Zweifel geben.
Aus diesem Grunde halten wir es, obgleich wir eine weitere Ausdehnung der Demokratie für die Zukunft im Auge haben, für notwendig, die Zugeständnisse in bezug auf die Demokratie gegenwärtig auf den von der XIV. Konferenz der KPR(B) und dem III. Sowjetkongress der UdSSR festgelegten Rahmen zu beschränken.
Ändern diese Zugeständnisse etwas am Charakter der Macht im Lande?
Nein, sie ändern nichts daran.
Führen sie zu Veränderungen im System der Diktatur des Proletariats, die eine Schwächung dieses Systems bedeuten würden?
Nicht im Geringsten, in keiner Weise.
Die Diktatur des Proletariats wird durch die Belebung der Sowjets und die Heranziehung der besten Elemente aus der Bauernschaft nicht geschwächt, sondern nur gestärkt. Die Führung der Bauernschaft durch das Proletariat bleibt dank der Erweiterung der Demokratie nicht nur bestehen, sondern sie gewinnt noch neue Kraft, da eine Atmosphäre des Vertrauens um das Proletariat geschaffen wird. Und das ist doch das Wichtigste in der Diktatur des Proletariats, wenn es sich um die gegenseitigen Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft im System der Diktatur handelt.
Die Genossen haben nicht Recht, die behaupten, der Begriff Diktatur des Proletariats erschöpfe sich im Begriff der Gewalt. Die Diktatur des Proletariats ist nicht nur Gewalt, sondern auch Führung der werktätigen Massen der nichtproletarischen Klassen, sowie Aufbau der sozialistischen Wirtschaft, die von einem höheren Typus als die kapitalistische Wirtschaft ist und eine größere Arbeitsproduktivität als die kapitalistische Wirtschaft aufweist. Die Diktatur des Proletariats bedeutet 1. die durch kein Gesetz beschränkte Gewaltanwendung in bezug auf Kapitalisten und Gutsbesitzer, 2. die Führung des Proletariats in bezug auf die

Bauernschaft und 3. den Aufbau des Sozialismus in bezug auf die gesamte Gesellschaft. Keine dieser drei Seiten der Diktatur darf ausgeschaltet werden, wenn man nicht Gefahr laufen will, den Begriff der Diktatur des Proletariats zu entstellen. Nur alle diese drei Seiten zusammengenommen, geben uns einen vollständigen und abgeschlossenen Begriff von der Diktatur des Proletariats.

Führt der neue Kurs der Partei in bezug auf die Sowjetdemokratie zu irgendwelchen Verschlechterungen im System der Diktatur des Proletariats?

Nein, er führt nicht zu Verschlechterungen. Im Gegenteil! Der neue Kurs bedeutet nur eine Verbesserung, da er das System der Diktatur des Proletariats festigt. Wenn es sich um das Element der Gewalt im System der Diktatur handelt - der Ausdruck der Gewalt aber ist die Rote Armee - so braucht wohl kaum bewiesen zu werden, dass die Entfaltung der Sowjetdemokratie auf dem Lande den Zustand der Roten Armee nur verbessern kann, da sie die Armee um die Sowjetmacht zusammenschließt, denn unsere Armee ist vorwiegend eine Bauernarmee. Wenn es sich um das Element der Führung im System der Diktatur handelt, so kann wohl kaum bezweifelt werden, dass die Losung der Belebung der Sowjets dem Proletariat diese Führung nur erleichtern kann, da sie das Vertrauen der Bauern zur Arbeiterklasse stärkt. Und wenn es sich um das Element des Aufbaus im System der Diktatur handelt, so braucht wohl kaum bewiesen zu werden, dass der neue Kurs der Partei den Aufbau des Sozialismus nur erleichtern kann, denn er wurde eingeschlagen, um den Zusammenschluss zu festigen, ohne Zusammenschluss aber ist der Aufbau des Sozialismus unmöglich.

Es gibt nur eine Schlussfolgerung: Die Zugeständnisse an die Bauernschaft stärken unter den jetzigen Verhältnissen das Proletariat und festigen seine Diktatur, ohne dass sie den Charakter der Macht im Lande auch nur um ein Jota ändern.

So ist es um die fünfte Frage bestellt.

Gehen wir zur sechsten Frage über.

VI

Macht unsere Partei im Zusammenhang mit der Stabilisierung des Kapitalismus der rechten Abweichung in der Komintern Zugeständnisse, und wenn ja - ist ein solches taktisches Manöver wirklich notwendig?

Es handelt sich hier offenbar um die tschechoslowakische Kommunistische Partei und um das Übereinkommen mit der Gruppe der Genossen Smeral und Zapotocky, das sich gegen die rechten Elemente in dieser Partei richtet.

Ich denke, dass unsere Partei der rechten Abweichung in der Komintern keinerlei Zugeständnisse gemacht hat. Im Gegenteil, das ganze erweiterte Plenum des Exekutivkomitees der Komintern[36] stand im Zeichen der Isolierung der rechten Elemente der Komintern. Lesen Sie sich die Resolution der Komintern über die tschechoslowakische Kommunistische Partei, lesen Sie sich die Resolution über die Bolschewisierung durch, und Sie werden ohne Mühe verstehen, dass die Komintern das Hauptfeuer gegen die rechten Elemente im Kommunismus richtete.

Darum kann von Zugeständnissen unserer Partei an die rechte Abweichung in der Komintern keine Rede sein.

Die Genossen Smeral und Zapotocky sind, streng genommen, keine Rechten. Sie stehen nicht auf der Plattform der Rechten, auf der Plattform der Brünner. Sie schwanken vielmehr zwischen den Leninisten und den Rechten, mit einer Neigung zu den Rechten hin. Das Besondere in ihrem Verhalten auf dem erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Komintern besteht darin, dass sie unter dem Druck unserer Kritik einerseits und angesichts der durch die Rechten heraufbeschworenen Gefahr der Spaltung anderseits diesmal zu uns, zu

den Leninisten, hinneigten und sich verpflichteten, das gegen die Rechten gerichtete Bündnis mit den Leninisten aufrechtzuerhalten. Das macht ihnen Ehre. Glauben etwa die Genossen, dass wir den Schwankenden nicht hätten entgegenkommen sollen, als sie zu den Leninisten hinneigten, als sie den Leninisten gegen die Rechten gerichtete Zugeständnisse machten? Es wäre merkwürdig und traurig, wenn es unter uns Leute gäbe, die nicht fähig wären, das Abc der bolschewistischen Taktik zu begreifen. Hat denn die Praxis nicht bereits gezeigt, dass die Politik der Komintern in der Frage der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei die einzig richtige Politik ist? Kämpfen denn die Genossen Smeral und Zapotocky nicht weiterhin in einer Reihe mit den Leninisten gegen die Rechten? Sind denn die Brünner in der tschechoslowakischen Partei nicht bereits isoliert?

Man mag fragen: Wird das lange währen? Ich weiß natürlich nicht, ob das lange währen wird - auf Prophezeiungen möchte ich mich nicht einlassen. Jedenfalls ist klar, dass, solange die Smeralisten gegen die Rechten kämpfen, auch das Übereinkommen mit den Smeralisten bestehen bleibt und dass, sobald sich die jetzige Haltung der Smeralisten ändert, auch das Übereinkommen mit ihnen seine Gültigkeit verlieren muss. Aber darum geht es jetzt gar nicht. Jetzt geht es darum, dass das jetzige Übereinkommen gegen die Rechten die Leninisten stärkt, ihnen eine neue Möglichkeit gibt, die Schwankenden mit sich zu reißen. Das ist jetzt die Hauptsache und nicht die Frage, welche Schwankungen bei den Genossen Smeral und Zapotocky noch auftreten könnten.

Es gibt Leute, die meinen, die Leninisten seien verpflichtet, jeden linken Schreihals und Neurastheniker zu unterstützen, die Leninisten seien überall und in allem die geschworenen Linken unter den Kommunisten. Das ist falsch, Genossen. Wir sind Linke im Vergleich zu den nichtkommunistischen Parteien der Arbeiterklasse. Wir haben uns aber nie verpflichtet, „am weitesten links" zu stehen, wie dies einst der nun verstorbene Parvus verlangte und wofür er damals auch gleich von Lenin tüchtig den Kopf gewaschen bekam. Unter den Kommunisten sind wir keine Linken und keine Rechten, wir sind einfach Leninisten. Lenin wusste, was er tat, als er an zwei Fronten kämpfte, sowohl gegen die linke Abweichung im Kommunismus als auch gegen die rechte Abweichung. Nicht umsonst hat Lenin eine seiner besten Schriften zu dem Thema „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" verfasst.

Ich denke, die Genossen hätten mir die sechste Frage nicht gestellt, wenn sie diesen letzten Umstand rechtzeitig beachtet hätten.

So ist es um die sechste Frage bestellt.

Gehen wir zur siebenten Frage über.

VII

Besteht nicht im Zusammenhang mit dem neuen Kurs infolge der Schwäche der Parteiorganisationen auf dem Lande die Gefahr, dass die antisowjetische Agitation auf dem Lande ideologisch feste Formen annimmt?

Ja, eine solche Gefahr besteht. Es lässt sich wohl kaum bezweifeln, dass die Durchführung der Wahlen zu den Sowjets unter der Losung der Belebung der Sowjets die Freiheit der Wahlagitation im Lande bedeutet. Es braucht nicht betont zu werden, dass die antisowjetischen Elemente sich eine so günstige Gelegenheit nicht werden entgehen lassen, um durch die entstandene kleine Ritze zu schlüpfen und der Sowjetmacht ein übriges Mal Schaden zuzufügen. Daher die Gefahr, dass die antisowjetische Agitation auf dem Lande sich verstärkt und feste Formen annimmt. Die Tatsachen aus der Geschichte der Neuwahlen im Kubangebiet, in Sibirien und in der Ukraine legen hierfür ein beredtes Zeugnis ab. Es steht außer Zweifel, dass diese Gefahr durch die Schwäche unserer Dorforganisationen in einer ganzen Reihe von Bezirken noch verstärkt wird. Ebenso steht außer Zweifel, dass das

interventionistische Gebaren der imperialistischen Mächte seinerseits den Anstoß zur Verstärkung dieser Gefahr gibt.
Wodurch wird diese Gefahr genährt, wo sind ihre Quellen?
Solcher Quellen gibt es mindestens zwei.
Erstens spüren die antisowjetischen Elemente, dass auf dem Lande in der letzten Zeit eine gewisse Verschiebung zugunsten des Kulaken vor sich gegangen ist, dass sich der Mittelbauer in einer Reihe von Bezirken dem Kulaken zugewandt hat. Das konnte man schon vor den Neuwahlen vermuten. Nach den Neuwahlen wurde diese Vermutung zu einer unbestreitbaren Tatsache. Das ist die erste und wichtigste Grundlage für die Gefahr, dass die antisowjetische Agitation auf dem Lande ideologisch feste Formen annimmt.
Zweitens wurden unsere Zugeständnisse an die Bauernschaft in einer ganzen Reihe von Bezirken als Zeichen unserer Schwäche gedeutet. Daran konnte man vor den Neuwahlen noch zweifeln. Nach den Neuwahlen kann es darüber keinen Zweifel geben. Daher der Ruf der weißgardistischen Elemente des Dorfes: „Weiter drücken!" Das ist die zweite, wenn auch nicht so wesentliche Grundlage für die Gefahr der Verstärkung der antisowjetischen Agitation auf dem Lande.
Die Kommunisten müssen vor allem begreifen, dass die jetzige Entwicklungsperiode auf dein Lande eine Periode des Kampfes um den Mittelbauern ist, dass die Gewinnung des Mittelbauern für das Proletariat die wichtigste Aufgabe der Partei auf dem Lande ist, dass ohne die Bewältigung dieser Aufgabe die Gefahr, dass die antisowjetische Agitation feste Formen annimmt, stärker wird und der neue Kurs der Partei nur den Weißgardisten zum Nutzen gereichen kann.
Die Kommunisten müssen zweitens begreifen, dass man den Mittelbauern jetzt nur auf der Grundlage der neuen Politik der Partei auf der Linie der Sowjets, der Genossenschaften, des Kreditwesens, der landwirtschaftlichen Steuer, des lokalen Haushalts usw. gewinnen kann, dass Maßnahmen administrativen Drucks die Sache nur verderben und zugrunde richten können, dass man den Mittelhauern durch Maßnahmen wirtschaftlichen und politischen Charakters von der Richtigkeit unserer Politik überzeugen muss, dass man ihn nur durch das Beispiel, durch greifbare Beweise „kriegen" kann.
Die Kommunisten müssen außerdem begreifen, dass der neue Kurs nicht zur Belebung der antisowjetischen Elemente, sondern zur Belebung der Sowjets und zur Heranziehung der Hauptmasse der Bauernschaft eingeschlagen wurde, dass der neue Kurs einen entschiedenen Kampf gegen die antisowjetischen Elemente nicht ausschließt, sondern voraussetzt, dass, wenn die antisowjetischen Elemente sagen: „Weiter drücken", wenn sie die Zugeständnisse an die Bauernschaft als Zeichen unserer Schwäche deuten und sie zu konterrevolutionären Zwecken ausnützen - ihnen un-bedingt bewiesen werden muss, dass die Sowjetmacht stark ist, indem man sie an das Gefängnis erinnert, das schon lange ihrer harrt.
Ich denke, die Gefahr, dass die antisowjetische Agitation auf dem Lande ideologisch feste Formen annimmt und sich verstärkt, wird bestimmt an ihrer Wurzel getroffen werden, wenn diese unsere Aufgaben verstanden und durchgeführt werden.
So ist es um die siebente Frage bestellt.
Gehen wir zur achten Frage über.

VIII

Besteht nicht im Zusammenhang mit der Verstärkung des Einflusses der Parteilosen die Gefahr der Bildung parteiloser Fraktionen in den Sowjets?

Von einer Gefahr kann in diesem Fall nur bedingt gesprochen werden. Es ist keineswegs gefährlich, wenn der Einfluss von mehr oder weniger organisierten Parteilosen dort wächst, wohin der Einfluss der Kommunisten noch nicht gedrungen ist. So verhält es sich zum

Beispiel mit den Gewerkschaften in der Stadt und mit den parteilosen, mehr oder weniger sowjetischen Vereinigungen auf dem Lande. Das wird erst dann zu einer Gefahr, wenn eine Vereinigung Parteiloser danach zu trachten beginnt, die Partei zu ersetzen.
Wie kommt es zu einer solchen Gefahr?
Es ist charakteristisch, dass wir in der Arbeiterklasse eine solche Gefahr nicht oder fast nicht zu verzeichnen haben. Woraus ist das zu erklären? Das erklärt sich daraus, dass die Partei sich bei uns in der Arbeiter-klasse auf ein zahlenmäßig starkes Aktiv parteiloser Arbeiter stützt, die die Partei mit einer Atmosphäre des Vertrauens umgeben und sie mit den Millionenmassen der Arbeiterklasse verbinden.
Nicht weniger charakteristisch ist, dass unter der Bauernschaft eine solche Gefahr besonders akut ist. Warum? Weil die Partei in der Bauernschaft schwach ist, weil die Partei noch nicht über ein zahlenmäßig starkes Aktiv parteiloser Bauern verfügt, das sie mit den vielen Millionen Bauern verbinden kann. Indes ist wohl nirgends das Bedürfnis nach einem parteilosen Aktiv stärker zu spüren als unter der Bauernschaft.
Es gibt nur eine Schlussfolgerung: Um die Gefahr der Loslösung und Entfremdung der parteilosen Bauernmassen von der Partei zu beseitigen, muss man um die Partei ein zahlenmäßig starkes Aktiv parteiloser Bauern schaffen.
Ein solches Aktiv lässt sich aber nicht mit einem Schlage oder in ein paar Monaten schaffen. Nur im Laufe der Zeit, im Prozess der Arbeit, im Prozess der Belebung der Sowjets, im Prozess der Entwicklung des Genossenschaftswesens wird es möglich sein, ein solches Aktiv zu schaffen, es aus der übrigen Masse der Bauernschaft auszusondern. Dazu muss man die ganze Art des Herangehens des Kommunisten an den Parteilosen ändern. Dazu ist notwendig, dass der Kommunist sich zum Parteilosen verhält wie ein Gleicher zum Gleichen. Dazu ist notwendig, dass der Kommunist es lernt, dem Parteilosen Vertrauen entgegenzubringen wie ein Bruder dem Bruder. Man kann vom Parteilosen kein Vertrauen verlangen, wenn man ihm mit Misstrauen begegnet. Lenin sagte, dass das Verhältnis zwischen Parteimitgliedern und Parteilosen ein Verhältnis „gegenseitigen Vertrauens” sein muss. Diese Worte Lenins darf man nicht vergessen. Eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zwischen Parteimitgliedern und Parteilosen zu schaffen - das ist vor allem notwendig, um die Voraussetzungen zu schaffen für die Bildung eines zahlenmäßig starken Aktivs parteiloser Bauern, das die Partei umgeben soll.
Wie aber wird dieses gegenseitige Vertrauen hergestellt? Natürlich nicht auf einmal und nicht durch Verordnungen. Es kann nur hergestellt werden, wie Lenin sagt, durch „gegenseitige Kontrolle” der Parteimitglieder und Parteilosen, durch die gegenseitige Kontrolle im Prozess der tagtäglichen praktischen Arbeit. In der Periode der ersten Parteireinigung wurden die Parteimitglieder durch Parteilose kontrolliert, und das hat positive Resultate für die Partei gezeitigt, denn dadurch wurde eine Atmosphäre außerordentlichen Vertrauens zur Partei geschaffen. Lenin sagte schon damals aus diesem Anlass, dass die Lehren der ersten Reinigung in bezug auf die gegenseitige Kontrolle der Parteimitglieder und Parteilosen auf alle Arbeitsgebiete ausgedehnt werden müssen. Ich denke, dass es jetzt an der Zeit ist, sich diesen Rat Lenins in Erinnerung zu rufen und Maßnahmen zu seiner Verwirklichung zu treffen.
Also gegenseitige Kritik und gegenseitige Kontrolle der Parteimitglieder und der Parteilosen im Prozess der tagtäglichen praktischen Arbeit als Mittel zur Schaffung einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zwischen ihnen - das ist der Weg, den die Partei gehen muss, wenn sie die Gefahr, dass sich die Millionen Parteiloser der Partei entfremden, beseitigen will, wenn sie um ihre Organisationen auf dem Lande ein zahlenmäßig starkes Aktiv parteiloser Bauern schaffen will.
So ist es um die achte Frage bestellt.
Gehen wir zur neunten Frage über.

IX

Werden wir es wirklich fertig bringen, ohne ausländische Hilfe unsere Großindustrie neu auszurüsten und ihr Grundkapital bedeutend zu erweitern?

Diese Frage kann auf zweierlei Art aufgefasst werden.
Entweder ist hier gemeint, dass die sofortige Hilfe von seiten der bestehenden kapitalistischen Staaten in Form von Krediten für den Sowjetstaat die unerlässliche Vorbedingung zur Entwicklung der sowjetischen Industrie ist, und dann könnte eine Antwort gegeben werden, die einer solchen Fragestellung entspricht.
Oder es ist gemeint, dass die zukünftige Hilfe des Proletariats des Westens - nachdem es gesiegt hat - für den Sowjetstaat die unerlässliche Vorbedingung zur Errichtung der sozialistischen Wirtschaft ist, und dann müsste die Antwort anders lauten.
Um allen gerecht zu werden, werde ich mich bemühen, auf beide möglichen Auslegungen dieser Frage eine Antwort zu geben.
Beginnen wir mit der ersten Auslegung.
Ist die Entwicklung der sowjetischen Großindustrie angesichts der kapitalistischen Umkreisung ohne Kredite von außen möglich?
Ja, sie ist möglich. Dieses Werk wird mit großen Schwierigkeiten verbunden sein, wir werden dabei schwere Prüfungen zu bestehen haben, aber die Industrialisierung unseres Landes können wir dennoch, trotz all dieser Schwierigkeiten, ohne Kredite von außen durchführen.
Die Geschichte kannte bis jetzt drei Wege der Bildung und Entwicklung mächtiger Industriestaaten.
Der erste Weg ist der Weg der Eroberung und Ausplünderung von Kolonien. So entwickelte sich zum Beispiel England, das in allen Erdteilen Kolonien eroberte, aus ihnen zwei Jahrhunderte hindurch „zusätzliches Kapital” für die Stärkung seiner Industrie herauspresste und so schließlich zur „Werkstätte der Welt” wurde. Sie wissen, dass dieser Entwicklungsweg für uns nicht gangbar ist, denn koloniale Eroberungen und Raubzüge sind mit dem Wesen der Sowjetordnung unvereinbar.
Der zweite Weg ist der Weg der militärischen Niederwerfung eines Landes durch ein anderes und der Auferlegung von Kontributionen. So verfuhr zum Beispiel Deutschland, das, nachdem es Frankreich im Deutsch-Französischen Krieg niedergeworfen und aus ihm 5 Milliarden Kontributionen herausgepresst hatte, diese Summe dann in die Kanäle seiner eigenen Industrie fließen ließ. Sie wissen, dass auch dieser Entwicklungsweg mit dem Wesen der Sowjetordnung unvereinbar ist, denn er unterscheidet sich im Grunde genommen durch nichts vom ersten Weg.
Der dritte Weg ist der Weg der knechtenden Konzessionen und der knechtenden Anleihen, die ein kapitalistisch rückständiges Land bei kapitalistisch entwickelten Ländern aufnimmt. So verhielt es sich zum Beispiel mit dem zaristischen Rußland, das den Westmächten Konzessionen zu Rußland knechtenden Bedingungen gewährte, bei ihnen knechtende Anleihen aufnahm und sich dadurch in das Joch einer halbkolonialen Existenz begab, was jedoch nicht ausschloss, dass es im weiteren schließlich doch hätte aus dieser Lage herauskommen und auf den Weg einer selbständigen industriellen Entwicklung gelangen können, natürlich nicht ohne die Hilfe mehr oder weniger „erfolgreicher” Kriege und natürlich nicht ohne die Ausplünderung der Nachbarländer. Es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, dass auch dieser Weg für das Sowjetland nicht gangbar ist: nicht dafür haben wir in dreijährigem Krieg gegen die Imperialisten aller Länder unser Blut vergossen, um uns am Tage nach der siegreichen Beendigung des Bürgerkriegs freiwillig in die Knechtschaft des Imperialismus zu begeben.
Es wäre nicht richtig, wollte man annehmen, dass jeder dieser Entwicklungswege im wirklichen Leben unbedingt in reiner Form und unbedingt isoliert von den anderen Wegen

anzutreffen sei. In Wirklichkeit haben sich diese Wege in der Geschichte der einzelnen Staaten des öfteren gekreuzt und einander ergänzt, haben Beispiele ihrer Verflechtung geliefert. Ein Beispiel, wie sich diese Wege miteinander verflechten, bietet uns beispielsweise die Entwicklungsgeschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Dieser Umstand erklärt sich daraus, dass die verschiedenen Entwicklungswege, trotz aller ihrer Unterschiede, doch einige gemeinsame Züge aufweisen, die sie einander nähern und ihre Verflechtung ermöglichen: Erstens führen sie alle zur Bildung von kapitalistischen Industriestaaten; zweitens setzen sie alle als unerlässliche Vorbedingung für die Bildung solcher Staaten den Zufluss „zusätzlicher Kapitalien” von außen her voraus, die mit diesen oder jenen Methoden erworben werden. Aber es wäre noch weniger richtig, wenn man sie aus diesem Grunde durcheinander bringen und vermengen wollte, ohne zu begreifen, dass die drei Entwicklungswege dennoch drei verschiedene Methoden der Bildung von kapitalistischen Industriestaaten bedeuten, dass jeder dieser Wege der Physiognomie dieser Staaten ein besonderes Gepräge gibt.

Was bleibt nun dem Sowjetstaat zu tun übrig, wenn die alten Wege der Industrialisierung des Landes für ihn nicht gangbar sind und der Zufluss neuer Kapitalien zu nicht knechtenden Bedingungen immer noch außer Betracht bleibt?

Es bleibt ein neuer Entwicklungsweg, ein Weg, der von anderen Ländern noch nicht in vollem Umfang erprobt ist, der Weg der Entwicklung der Großindustrie ohne Kredite von außen, der Weg der Industrialisierung des Landes ohne den unbedingten Zufluss von ausländischem Kapital, der Weg, den Lenin in seinem Artikel „Lieber weniger, aber besser” gewiesen hat.

„Wir müssen danach streben”, sagt Lenin, „einen Staat aufzubauen, in dem die Arbeiter die Führung über die Bauern behaupten, sich das Vertrauen der Bauern bewahren und durch größte Sparsamkeit jede Spur jedweden überflüssigen Aufwandes aus ihrer Gesellschaftsordnung ausmerzen.

Wir müssen unseren Staatsapparat auf die größte Sparsamkeit einstellen ... Wenn wir der Arbeiterklasse die Führung über die Bauernschaft erhalten, dann wird es uns um den Preis der größten, der allergrößten Sparsamkeit in der Wirtschaft unseres Staates möglich sein, zu erreichen, dass jede noch so kleine Ersparnis für die Entwicklung unserer maschinellen Großindustrie, für die Entwicklung der Elektrifizierung ... erhalten bleibt. Nur dann”, sagt Lenin weiter, „werden wir imstande sein, um es bildlich auszudrücken, uns von dem einen Pferd auf das andere zu setzen, nämlich von dem Bauernklepper, von dem heruntergekommenen Gaul des Mushik, dem Pferd der Sparmaßnahmen, die auf ein verarmtes Bauernland berechnet sind - auf ein Pferd, wie es das Proletariat für sich sucht und suchen muss, auf das Pferd der maschinellen Großindustrie, der Elektrifizierung, der Wolchowkraftwerke usw.” (Siehe 4. Ausgabe, Bd.33, S.459 [deutsch in „Ausgewählte Werke” in zwei Bänden, Bd. II, S.1018/1019].)

Das ist der Weg, den unser Land bereits betreten hat und den es zu Ende gehen muss, um seine Großindustrie zu entwickeln und sich selbst zu einem mächtigen Industriestaat des Proletariats zu entwickeln.

Dieser Weg ist, wie ich bereits sagte, von den bürgerlichen Staaten nicht erprobt worden. Aber das bedeutet noch lange nicht, dass er für den proletarischen Staat unmöglich sei. Was in diesem Fall für bürgerliche Staaten unmöglich oder fast unmöglich ist, ist für den proletarischen Staat durchaus möglich. Die Sache ist die, dass der proletarische Staat in dieser Beziehung über Vorzüge verfügt, die die bürgerlichen Staaten nicht haben und wohl auch nicht haben können. Der nationalisierte Grund und Boden, die nationalisierte Industrie, das nationalisierte Verkehrs- und Kreditwesen, der monopolisierte Außenhandel, der vom Staat regulierte Innenhandel - all das sind neue Quellen „zusätzlicher Kapitalien”, die für die Entwicklung der Industrie unseres Landes ausgenutzt werden können und die kein einziger bürgerlicher Staat jemals zur Verfügung hatte. Sie wissen, dass diese und ähnliche neue Quellen von der proletarischen Macht für die Entwicklung unserer Industrie bereits

ausgenutzt werden. Sie wissen, dass wir auf diesem Wege bereits gewisse nicht unerhebliche Erfolge zu verzeichnen haben.

Darum ist der Entwicklungsweg, der für bürgerliche Staaten nicht möglich ist, für den proletarischen Staat durchaus möglich, ungeachtet aller mit ihm verbundenen Schwierigkeiten und Prüfungen.

Außerdem muss bemerkt werden, dass der jetzige Zustand, dass ohne knechtende Bedingungen kein Kapital von außen zufließt, nichts Ewiges und ein für allemal Gegebenes sein kann. Sie wissen, dass ein gewisser Kapitalzufluss in unser Land von außen bereits begonnen hat. Es lässt sich wohl kaum bezweifeln, dass sich dieser Zufluss in dem Maße verstärken wird, wie unsere Volkswirtschaft wächst und erstarkt.

So ist es um die erste Auslegung der Frage bestellt.

Gehen wir zur zweiten Auslegung der Frage über.

Ist die Errichtung der sozialistischen Wirtschaft in unserem Lande möglich ohne den vorherigen Sieg des Sozialismus in den ausschlaggebenden Ländern Europas, ohne dass das siegreiche Proletariat Europas direkte Hilfe mit Technik und Ausrüstung leistet?

Bevor ich mich dieser Frage zuwende, die ich übrigens schon zu Beginn meiner Rede beantwortet habe, möchte ich ein sehr verbreitetes Missverständnis klären, das mit dieser Frage zusammenhängt. Dieses Missverständnis besteht darin, dass manche Genossen geneigt sind, die Frage der „Neuausrüstung der Großindustrie und der Erweiterung ihres Grundkapitals” mit der Frage der Errichtung der sozialistischen Wirtschaft in unserem Lande zu identifizieren. Kann man einer solchen Identifizierung zustimmen? Nein, das kann man nicht. Warum? Weil die erste Frage weniger umfassend ist als die zweite. Weil die erste Frage, die Frage der Erweiterung des Grundkapitals der Industrie, nur einen Teil der Volkswirtschaft, die Industrie, umfasst, während die Frage der Errichtung der sozialistischen Wirtschaft die gesamte Volkswirtschaft, das heißt sowohl die Industrie als auch die Landwirtschaft einschließt. Weil das Problem der Errichtung des Sozialismus das Problem der Organisation der Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit, das Problem der richtigen Verbindung von Industrie und Landwirtschaft bedeutet, während die Frage der Erweiterung des Grundkapitals der Industrie dieses Problem, streng genommen, nicht einmal streift. Man kann sich vorstellen, dass die Neuausrüstung der Industrie und die Erweiterung ihres Grundkapitals schon stattfinden, das bedeutet aber noch keineswegs, dass damit das Problem der Errichtung der sozialistischen Wirtschaft bereits gelöst sei. Die sozialistische Gesellschaft ist eine Produktions- und Konsumgemeinschaft von Werktätigen der Industrie und der Landwirtschaft. Wenn in dieser Gemeinschaft die Industrie nicht mit der Landwirtschaft koordiniert ist, die Rohstoffe und Lebensmittel liefert und die Erzeugnisse der Industrie absorbiert, wenn also Industrie und Landwirtschaft nicht ein einheitliches volkswirtschaftliches Ganzes bilden, so ergibt das keinen Sozialismus.

Darum ist die Frage der wechselseitigen Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft, die Frage der wechselseitigen Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft die Grundfrage des Problems der Errichtung der sozialistischen Wirtschaft.

Darum darf man die Frage der Neuausrüstung der Großindustrie und der Erweiterung ihres Grundkapitals nicht mit der Frage der Errichtung der sozialistischen Wirtschaft identifizieren.

Also, ist die Errichtung der sozialistischen Wirtschaft in unserem Lande möglich ohne den vorherigen Sieg des Sozialismus in anderen Ländern, ohne dass das siegreiche Proletariat des Westens direkte Hilfe mit Technik und Ausrüstung leistet?

Ja, sie ist möglich. Und sie ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig und unausbleiblich. Denn wir bauen bereits den Sozialismus auf, indem wir die nationalisierte Industrie entwickeln und sie mit der Landwirtschaft zusammenschließen, indem wir das Genossenschaftswesen auf dem Lande entfalten und die bäuerliche Wirtschaft in das allgemeine System der sowjetischen Entwicklung einbeziehen, indem wir die Sowjets beleben und den Staatsapparat mit den Millionenmassen der Bevölkerung verschmelzen, indem wir

eine neue Kultur aufbauen und ein neues gesellschaftliches Leben entfalten. Es besteht kein Zweifel, dass es auf diesem Wege eine Unzahl von Schwierigkeiten gibt, dass uns noch eine ganze Reihe von Prüfungen bevorsteht. Es besteht kein Zweifel, dass unsere Aufgabe von Grund aus erleichtert würde, wenn uns der Sieg des Sozialismus im Westen zu Hilfe käme. Aber erstens wird der Sieg des Sozialismus im Westen nicht so schnell „zustande gebracht”, wie wir das wünschten, und zweitens lassen sich diese Schwierigkeiten überwinden, und wir überwinden sie bekanntlich schon.

Über alles das habe ich bereits zu Beginn meiner Rede gesprochen. Noch früher habe ich darüber in meinem Referat vor dem Moskauer Parteiaktivs gesprochen. Und noch früher wurde diese Frage in meinem „Vorwort” zu dem Buch „Auf dem Wege zum Oktober” behandelt. Ich sagte, dass die Verneinung der Möglichkeiten des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande Liquidatorentum bedeutet, das zur Entartung der Partei führt. Es ist wohl kaum erforderlich, jetzt noch einmal zu wiederholen, was früher schon mehrfach gesagt wurde. Darum verweise ich Sie auf die Werke Lenins, in denen Sie genügend Material und grundsätzliche Ausführungen hierüber finden werden.

Ich möchte nur noch einige Worte über die Geschichte der Frage und über die Bedeutung sagen, die sie für die Partei gegenwärtig hat.

Wenn man von der Diskussion in den Jahren 1905-1906 absieht, so wurde die Frage des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande erstmalig während des imperialistischen Krieges, im Jahre 1915, in der Partei gestellt. Bekanntlich hat Lenin damals erstmalig die These formuliert, dass „der Sieg des Sozialismus” ursprünglich „in einem einzeln genommenen kapitalistischen Lande möglich ist” (siehe 4. Ausgabe, Bd. 21, S. 311 [deutsch in „Ausgewählte Werke” in zwei Bänden, Bd. I, S. 753]). Das war die Periode der Wendung von der bürgerlich-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution. Bekanntlich hat Trotzki schon damals diese These Lenins bestritten, indem er erklärte, „es wäre aussichtslos, zu glauben..., dass zum Beispiel ein revolutionäres Rußland einem konservativen Europa gegenüber sich behaupten könnte” (siehe Band III der Schriften Trotzkis, Teil I, S. 90, russ.).

Im Jahre 1921, nach der Oktoberrevolution und dem Bürgerkrieg, als die Fragen des Aufbaus auf die Tagesordnung treten, taucht die Frage des Aufbaus des Sozialismus in der Partei erneut auf. Das war die Periode, als die Wendung zur „Neuen Ökonomischen Politik” von einigen Genossen als Abkehr von den sozialistischen Aufgaben, als Abkehr vom sozialistischen Aufbau eingeschätzt wurde. Bekanntlich definierte Lenin in seiner Broschüre „Über die Naturalsteuer”[37] die Wendung zur „Neuen Ökonomischen Politik” damals als die unerlässliche Bedingung für den Zusammenschluss der Industrie mit der bäuerlichen Wirtschaft, als die Vorbedingung für die Errichtung des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft, als den Weg zum erfolgreichen Aufbau des Sozialismus. Das war im April 1921. Gleichsam als Antwort darauf stellt Trotzki im Januar 1922 im Vorwort zu seinem Buch „Das Jahr 1905” zur Frage des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande eine völlig entgegengesetzte These auf, indem er erklärt, dass „die Widersprüche in der Stellung der Arbeiterregierung in einem rückständigen Lande mit einer erdrückenden Mehrheit bäuerlicher Bevölkerung nur im internationalen Maßstab, in der Arena der Weltrevolution des Proletariats ihre Lösung werden finden können”.

Ein Jahr später (1922) stehen sich wiederum zwei Erklärungen gegenüber, die Erklärung Lenins auf dem Plenum des Moskauer Sowjets, dass „aus dem Rußland der NÖP das sozialistische Rußland werden wird”, und die Erklärung Trotzkis im Nachwort zum „Friedensprogramm”, dass „ein wirklicher Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft in Rußland erst nach dem Siege des Proletariats in den wichtigsten Ländern Europas möglich sein wird”.

Und schließlich, noch ein Jahr später, kurz vor seinem Hinscheiden, kommt Lenin in dem Artikel „Über das Genossenschaftswesen” (Mai 1923) erneut auf diese Frage zurück und

erklärt, dass wir in der Sowjetunion „alles haben, was notwendig ist, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten”.
Das ist kurz die Geschichte der Frage.
Schon aus diesem geschichtlichen Überblick ist ersichtlich, dass das Problem des Aufbaus des Sozialismus in unserem Lande eins der wichtigsten Probleme unserer Parteipraxis ist. Es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, dass Lenin nicht wiederholt darauf zurückgekommen wäre, wenn er es nicht für eine der wichtigsten Fragen unserer Praxis gehalten hätte.
In der Folgezeit haben die Entwicklung unserer Wirtschaft, die Verschärfung des in ihr vor sich gehenden Kampfes zwischen den Elementen des Sozialismus und des Kapitalismus, besonders aber die zeitweilige Stabilisierung des Kapitalismus, die Bedeutung der Frage der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande lediglich erhöht und schärfer unterstrichen.
Worin besteht die Wichtigkeit dieser Frage vom Standpunkt der Parteipraxis?
Darin, dass sie die Frage der Perspektive unseres Aufbaus, der Aufgaben und Ziele dieses Aufbaus berührt. Man kann nicht wirklich aufbauen, wenn man nicht weiß, mit welchem Ziel man baut. Man kann keinen Schritt vorwärts tun, wenn man die Richtung der Bewegung nicht kennt. Die Frage der Perspektive ist eine der wichtigsten Fragen unserer Partei, die gewohnt ist, ein klares und bestimmtes Ziel vor Augen zu haben. Bauen wir für den Sozialismus auf, den Sieg des sozialistischen Aufbaus voraussetzend, oder bauen wir aufs Geratewohl, ins Blinde hinein, um „in Erwartung der sozialistischen Revolution in der ganzen Welt” den Boden für die bürgerliche Demokratie zu düngen - das ist jetzt eine der Grundfragen. Man kann nicht wirklich arbeiten und aufbauen, wenn diese klare Frage nicht ebenso klar beantwortet ist. Hunderte und Tausende von Parteifunktionären, Gewerkschaftlern und Genossenschaftlern, Wirtschaftlern und Kulturarbeitern, Angehörigen der Armee und Mitgliedern des Kommunistischen Jugendverbands wenden sich an uns und fragen uns, fragen unsere Partei: Wohin ist das Werk zu wenden, mit welchem Ziel soll man bauen? Und wehe den Führern, die auf diese Frage keine klare und bestimmte Antwort geben können oder wollen, nach Ausflüchten suchen, die Leute von Pontius zu Pilatus schicken und die sozialistischen Perspektiven unseres Aufbaus in intelligenzlerischem Skeptizismus ertränken.
Die große Bedeutung des Leninismus besteht unter anderem gerade darin, dass er einen Aufbau aufs Geratewohl, ins Blinde hinein nicht anerkennt, dass er sich einen Aufbau ohne Perspektive nicht. denken kann, dass er auf die Frage nach der Perspektive unserer Arbeit eine klare und bestimmte Antwort gibt, indem er erklärt, dass wir alles haben, was notwendig ist, um die sozialistische Wirtschaft in unserem Lande zu errichten, dass wir die vollendete sozialistische Gesellschaft aufbauen können und müssen.
So ist es um die Frage nach der Möglichkeit der Errichtung der sozialistischen Wirtschaft bestellt.
Eine andere Frage ist, ob es uns ganz bestimmt gelingen wird, die sozialistische Wirtschaft zu errichten. Das hängt nicht allein von uns ab. Das hängt auch von der Stärke beziehungsweise Schwäche unserer Feinde und unserer Freunde außerhalb unseres Landes ab. Wir werden sie errichten, wenn man uns bauen lässt, wenn es uns gelingt, die Periode der „Atempause” zu verlängern, wenn es nicht zu einer ernsten Intervention kommt, wenn die Intervention nicht siegreich sein wird, wenn die Stärke und Macht der internationalen revolutionären Bewegung einerseits und die Stärke und Macht unseres eigenen Landes anderseits groß genug sein werden, um einen ernsten Interventionsversuch unmöglich zu machen.
Und umgekehrt, wir werden sie nicht errichten, wenn eine erfolgreiche Intervention uns zu Boden wirft.
So ist es um die neunte Frage bestellt.
Gehen wir zur letzten Frage über.

X

Zeigen Sie uns die größten Schwierigkeiten auf, die bei unserem Partei- und Sowjetaufbau im Zusammenhang mit der Stabilisierung und mit der Verzögerung der Weltrevolution entstehen, besonders auf dein Gebiet der gegenseitigen Beziehungen zwischen Partei und Arbeiterklasse, zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft.

Solcher Schwierigkeiten gibt es, wenn man die wichtigsten von ihnen in Betracht zieht, fünf. Die Rolle der Stabilisierung des Kapitalismus besteht darin, dass sie diese Schwierigkeiten etwas vergrößert.
Die erste Schwierigkeit. Dies sind die Schwierigkeiten, die mit der Gefahr einer ausländischen bewaffneten Intervention zusammenhängen. Das heißt nicht, dass wir vor der unmittelbaren Gefahr einer Intervention stünden, dass die Imperialisten schon bereit und völlig imstande wären, unverzüglich eine Intervention gegen unser Land zu unternehmen. Dazu müsste der Imperialismus mindestens ebenso mächtig sein, wie er zum Beispiel vor dem Kriege war, was in Wirklichkeit bekanntlich nicht der Fall ist. Der jetzige Krieg in Marokko[38] und die Intervention in China[39], diese Proben für zukünftige Kriege und Interventionen, zeigen anschaulich, dass der Imperialismus schwächer geworden ist. Es handelt sich folglich nicht um eine unmittelbar bevorstehende Intervention, sondern darum, dass, solange es eine kapitalistische Umkreisung gibt, auch die Gefahr einer Intervention überhaupt bestehen bleibt, solange aber die Gefahr der Intervention besteht, sind wir gezwungen, im Interesse unserer Verteidigung eine Armee und eine Flotte zu unterhalten, für die jährlich Hunderte Millionen Rubel verwandt werden müssen. Was aber bedeutet ein jährlicher Aufwand von Hunderten Millionen Rubel für Armee und Flotte? Das bedeutet eine entsprechende Einschränkung der Ausgaben für den kulturellen und wirtschaftlichen Aufbau. Es braucht nicht betont zu werden, dass wir, wenn keine Interventionsgefahr bestände, diese Summen, oder wenigstens einen großen Teil davon, für die Stärkung der Industrie, für die Verbesserung der Landwirtschaft, für die Durchführung zum Beispiel einer Reform über die allgemeine Grundschulpflicht usw. verwenden könnten. Daher die mit der Interventionsgefahr zusammenhängenden Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Aufbauarbeit.
Die charakteristische Besonderheit dieser Schwierigkeit, die sie von allen anderen Schwierigkeiten unterscheidet, besteht darin, dass ihre Überwindung nicht von uns allein abhängt, dass sie nur durch die gemeinsamen Anstrengungen unseres Landes und der revolutionären Bewegung aller anderen Länder beseitigt werden kann.
Die zweite Schwierigkeit. Dies sind die Schwierigkeiten, die mit den Gegensätzen zwischen Proletariat und Bauernschaft zusammenhängen. Über diese Gegensätze habe ich bereits gesprochen, als ich die Frage des Klassenkampfs auf dem Lande behandelte. Es besteht keinerlei Notwendigkeit, das zu wiederholen, was bereits gesagt wurde. Diese Gegensätze bestehen auf dem Gebiet der Preispolitik in bezug auf die Produkte der Landwirtschaft und die Industrieerzeugnisse, auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Steuer, der Verwaltung des Dorfes usw. Die Gefahr besteht hier in der Desorganisierung des Zusammenschlusses zwischen Stadt und Land und in der Untergrabung der Idee der Führung der Bauernschaft durch das Proletariat. Daher die Schwierigkeit, die mit dieser Gefahr zusammenhängt.
Die charakteristische Besonderheit dieser Schwierigkeit, die sie von der früher genannten Schwierigkeit unterscheidet, besteht darin, dass sie durch unsere eigenen Kräfte überwunden werden kann. Der neue Kurs auf dem Lande - das ist der Weg zur Überwindung dieser Schwierigkeit.
Die dritte Schwierigkeit. Dies sind die Schwierigkeiten, die mit den nationalen Gegensätzen innerhalb unserer Union, mit den Gegensätzen zwischen dem „Zentrum” und den „Randgebieten” zusammenhängen. Diese Gegensätze entwickeln sich auf dem Boden der Ungleichartigkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsbedingungen des

„Zentrums” und der „Randgebiete”, auf dem Boden der Rückständigkeit der letzteren im Verhältnis zum ersteren. Wenn man die politischen Gegensätze auf diesem Gebiet schon als überwunden betrachten kann, so sind die kulturellen und besonders die wirtschaftlichen Gegensätze erst in Gestaltung und Formierung begriffen, so dass sie erst noch überwunden werden müssen. Hierbei besteht eine doppelte Gefahr: die Gefahr des Großmachtdünkels und der bürokratischen Willkür seitens der zentralen Institutionen der Union, die das notwendige Feingefühl für die Bedürfnisse der nationalen Republiken nicht aufbringen wollen oder nicht aufbringen können, einerseits, und die Gefahr des nationalen Misstrauens und der nationalen Abgeschlossenheit der Republiken und Gebiete gegenüber dem „Zentrum” anderseits. Kampf gegen diese Gefahren, besonders gegen die erste - das ist der Weg zur Überwindung der Schwierigkeiten auf dem Gebiet der nationalen Frage.

Die charakteristische Besonderheit dieser Schwierigkeit besteht darin, dass sie ebenso wie auch die zweite Schwierigkeit durch die inneren Kräfte der Union überwunden werden kann.

Die vierte Schwierigkeit. Dies sind die Schwierigkeiten, die mit der Gefahr der Loslösung des Staatsapparats von der Partei, mit der Gefahr der Schwächung der Führung, die die Partei über den Staatsapparat ausübt, zusammenhängen. Über diese Gefahr habe ich bereits gesprochen, als ich die Frage der Gefahr einer Entartung der Partei behandelte. Es besteht wohl kaum die Notwendigkeit, das zu wiederholen, was bereits gesagt wurde. Diese Gefahr wird durch das Vorhandensein bürgerlich-bürokratischer Elemente im Staatsapparat genährt. Sie verstärkt und verschärft sich mit dem Wachsen des Staatsapparats und der Zunahme seines Gewichts. Die Aufgabe besteht darin, den Staatsapparat nach Möglichkeit zu reduzieren, die Elemente des Bürokratismus und der bürgerlichen Zersetzung systematisch in ihm auszumerzen, die führenden Kräfte der Partei auf die Knotenpunkte des Staatsapparats zu verteilen und so die Führung des Staatsapparats durch die Partei zu sichern.

Die charakteristische Besonderheit dieser Schwierigkeit besteht darin, dass sie ebenso wie auch die dritte Schwierigkeit mit unseren eigenen Kräften überwunden werden kann.

Die fünfte Schwierigkeit. Sie besteht in der Gefahr, dass sich die Parteiorganisationen und Gewerkschaften von den breiten Massen der Arbeiterklasse teilweise loslösen und gegen die Nöte und Bedürfnisse dieser Massen verschließen. Diese Gefahr entsteht und wächst infolge des Überhandnehmens von bürokratischen Elementen in einer ganzen Reihe von Organen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, die Zellen und Betriebskomitees nicht ausgenommen. Diese Gefahr hat sich in letzter Zeit verstärkt im Zusammenhang mit der Losung „Das Gesicht dem Dorfe zu”, die die Aufmerksamkeit unserer Organisationen von der Stadt auf das Land, vom Proletariat auf die Bauernschaft verlegte, wobei viele Genossen nicht begriffen haben, dass man, wenn man das Gesicht dem Dorfe zuwendet, dem Proletariat damit nicht den Rücken kehren darf, dass die Losung „Das Gesicht dem Dorfe zu” nur durch das Proletariat und mit den Kräften des Proletariats verwirklicht werden kann, dass ein unachtsames Verhalten den Bedürfnissen der Arbeiterklasse gegenüber die Gefahr einer Loslösung der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen von den Arbeitermassen nur vertiefen kann.

Welches sind die Merkmale dieser Gefahr?

Erstens das Einbüßen der Feinfühligkeit und der Mangel an Aufmerksamkeit unserer Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gegenüber den Bedürfnissen und Nöten der breiten Massen der Arbeiterklasse; zweitens das Fehlen des Verständnisses dafür, dass unter den Arbeitern das Gefühl der eigenen Würde und das Gefühl, die herrschende Klasse zu sein, stärker geworden ist, dass sie ein bürokratisch-kanzleimäßiges Verhalten der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen weder verstehen noch hinnehmen werden; drittens das Fehlen des Verständnisses dafür, dass man den Arbeitern nicht mit unüberlegten Verordnungen kommen darf, dass der Schwerpunkt jetzt nicht in diesen „Maßnahmen” liegt, sondern in der Erringung des Vertrauens der gesamten Arbeiterklasse für die Partei; viertens das Fehlen des Verständnisses dafür, dass man keine Maßnahmen von größerer Tragweite (wie zum Beispiel

den Übergang zu drei Maschinen im Textilgebiet), die die Massen der Arbeiter angehen, durchführen darf, ohne vorher unter den Arbeitern eine Kampagne durchgeführt, ohne Produktionsberatungen auf breiter Grundlage abgehalten zu haben.

Die Folge von alledem sind Loslösung einer Reihe von Partei- und Gewerkschaftsorganisationen von den breiten Massen der Arbeiterklasse und Konflikte in den Betrieben. Bekanntlich haben die Konflikte, die sich vor kurzem im Textilgebiet abgespielt haben, in einer ganzen Reihe unserer Partei- und Gewerkschaftsorganisationen das Vorhandensein aller dieser Geschwüre aufgedeckt.

Das sind die charakteristischen Merkmale der fünften Schwierigkeit, die sich unserem Aufbau in den Weg stellt.

Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, gilt es vor allem zu erreichen, dass sich unsere Partei- und Gewerkschaftsorganisationen von den ausgesprochen bürokratischen Elementen befreien, gilt es, die personelle Erneuerung der Betriebskomitees in Angriff zu nehmen, die Produktionsberatungen unbedingt zu beleben, den Schwerpunkt der Parteiarbeit in die Zellen der Großbetriebe zu verlegen und ihnen die besten Parteifunktionäre zur Verfügung zu stellen. Mehr Aufmerksamkeit und Verständnis für die Bedürfnisse und Nöte der Arbeiterklasse, weniger bürokratischen Formalismus in der Praxis unserer Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, mehr Feinfühligkeit und Aufgeschlossenheit für das Gefühl der Klassenwürde der Arbeiter-klasse - das ist jetzt die Aufgabe.

So ist es um die zehnte Frage bestellt.

„Prawda" Nr. 139, 141, 142 und 145,
21., 24., 25. und 28. Juni 1925.

AN DIE J. M. SWERDLOW-UNIVERSITÄT

Zum Abschluss des zweiten Grundlehrgangs und des Gewerkschaftslehrgangs

Die Swerdlow-Universität ist eins der mächtigsten Instrumente zur Heranbildung der leitenden Kader der Partei, die die Massen führen sollen.

In den Jahren ihres Bestehens vermochte es die Swerdlow-Universität bereits, der Partei ganze Scharen von Funktionären zuzuführen, die an allen Fronten des sozialistischen Aufbaus tätig sind.

Heute führt die Universität der Partei wiederum eine zum größten Teil aus Arbeitern bestehende Schar von 214 Studenten zu.

Damit die künftige Arbeit dieser Gruppe angesichts der komplizierten Aufgaben des Aufbaus, vor denen die Partei steht, fruchtbar sei, muss diese Gruppe einige in unserer Situation aufgetretene neue Umstände berücksichtigen, die gegenwärtig von entscheidender Bedeutung sind.

Was sind das für Umstände?

Das ist erstens die Tatsache, dass die Hauptklassen unseres Landes, das Proletariat und die Bauernschaft, sich in der letzten Zeit wesentlich verändert haben, dass sie sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht aktiver geworden sind und infolgedessen fordern, dass die Partei auf neue Art und Weise an sie herangehe. Eine deklassierte Arbeiterklasse gibt es bei uns bereits nicht mehr - wir haben jetzt eine fest geformte und kraftvolle Klasse der Proletarier, die in kultureller und politischer Hinsicht gewachsen ist und infolgedessen eine elastischere und umsichtigere Führung von seiten der Partei fordert. Dasselbe lässt sich über die Bauernschaft sagen. Das ist schon nicht mehr die alte Bauernschaft, die von den alten Skorpionen gehetzt wurde, die von der Angst, den früheren Gutsbesitzerboden zu verlieren, ergriffen oder durch die Schranken der Ablieferungspflicht beengt war. Das ist eine neue Bauernschaft, die in kultureller Hinsicht gewachsen ist, die den Gutsbesitzer und die Ablieferungspflicht bereits vergessen hat, die billige Waren und hohe Getreidepreise verlangt und die von der Partei herausgegebene Losung der Belebung der Sowjets restlos auszunutzen versteht. Maximale Elastizität gegenüber der heutigen Bauernschaft - das wird jetzt von der Partei gefordert. Die Bauernschaft erneut für das Proletariat zu gewinnen - das ist jetzt die Aufgabe der Partei.

Das ist zweitens der Umstand, dass der Mittelbauer in einer ganzen Reihe von Bezirken einen Block mit dem Kulaken eingegangen ist. Das ist die wesentlichste Tatsache, die man keine Minute lang vergessen darf. Diktatur des Proletariats bedeutet, vom Standpunkt des Bündnisses der Arbeiter und Bauern aus betrachtet, Führung der Bauernschaft durch das Proletariat. Was bedeutet aber, die Bauernschaft führen? Das bedeutet, das Vertrauen der Hauptmasse der Bauernschaft zur Arbeiterklasse und zu ihrer Partei vollständig wiederherstellen. Ohne ein solches Vertrauen gibt es keine proletarische Führung, ohne eine solche Führung gibt es keine Diktatur des Proletariats. Daher ist es die Aufgabe der Partei und der Parteifunktionäre, ihre Arbeit auf die Wiederherstellung des vollen Vertrauens der Hauptmasse der Bauernschaft zur Arbeiterklasse einzustellen.

Das ist drittens der Umstand, dass unsere Parteifunktionäre in letzter Zeit begonnen haben, über der Losung „Das Gesicht dem Dorfe zu" die Arbeiter allmählich zu vergessen, und außer acht ließen, dass wir, wenn wir das Gesicht dem Dorfe zuwenden, der Stadt und vor allem dem Proletariat nicht den Rücken kehren dürfen. Das ist gleichfalls eine neue Tatsache, die man keine Minute lang vergessen darf. Man muss dessen eingedenk sein, dass sich in der Arbeiterklasse in letzter Zeit das Gefühl der Kraft und das Gefühl der eigenen Würde besonders entwickelt und aus-geprägt haben. Das bedeutet, dass sich bei der Klasse, die bei uns die herrschende Klasse ist, das Gefühl, Herr des Landes zu sein, stärker herausgebildet hat. Das, Genossen, ist eine gewaltige Errungenschaft in unserer gesamten Arbeit, denn eine

Arbeiterklasse, die sich nicht nur als arbeitende Klasse, sondern auch als regierende Klasse fühlt - eine solche Klasse ist fähig, Wunder zu vollbringen. Das heißt aber, dass derjenige unter den Kommunisten, der bei seiner Arbeit nicht dem Umstand Rechnung trägt, dass sich die Klasse der Proletarier als Herr des Landes fühlt, nichts von der neuen Situation begriffen hat, dass er, strenggenommen, kein Kommunist ist, dass er sich unbedingt den Hals brechen wird. Daher muss man, wenn man über die Losung „Das Gesicht dem Dorfe zu" spricht, zugleich dessen eingedenk sein, dass die Hauptklasse, die berufen ist, diese Losung zu verwirklichen, die Arbeiterklasse ist, dass diese Losung nur insofern verwirklicht werden kann, als die Arbeiterklasse zur wirklich führenden Kraft im Lande wird. Daher besteht die nächste Aufgabe der Partei darin, zu erreichen, dass unsere Parteifunktionäre in den einzelnen Orten endlich begreifen, dass die größte Aufmerksamkeit und das größte Verständnis für ausnahmslos alle Bedürfnisse der Arbeiterklasse, sowohl der materiellen als auch der kulturellen, absolut notwendig sind.
Die Aufgabe Ihrer Absolventengruppe besteht darin, alle diese Umstände bei der Arbeit draußen im Lande zu berücksichtigen.
Ich zweifle nicht daran, dass Sie es verstehen werden, diese Aufgabe zu erfüllen.
Gestatten Sie mir, Ihnen bei der künftigen Arbeit vollen Erfolg zu wünschen.

Mit kommunistischem Gruß

J. Stalin

„Prawda" Nr. 132,
13. Juni 1925.

NOCH EINMAL ZUR NATIONALEN FRAGE

Anlässlich des Artikels von Semitsch

Es ist nur zu begrüßen, dass Semitsch sich jetzt, nach der Diskussion in der jugoslawischen Kommission, in seinem Artikel voll und ganz dem Standpunkt der Delegation der KPR(B) in der Komintern anschließt; es wäre aber falsch, wollte man daraus schließen, dass es zwischen der Delegation der KPR(B) auf der einen und Semitsch auf der anderen Seite vor der Diskussion oder während der Diskussion in der jugoslawischen Kommission keine Meinungsverschiedenheiten gegeben hätte. Semitsch ist offenbar geneigt, die Meinungsverschiedenheiten in der nationalen Frage eben in dieser Weise aufzufassen, ist er doch bestrebt, sie auf Missverständnisse zurückzuführen. Leider aber ist er in einem großen Irrtum befangen. Er behauptet in seinem Artikel, die Polemik gegen ihn beruhe auf einer „Reihe von Missverständnissen”, hervorgerufen durch „eine, und zwar unvollständig übersetzte” Rede, die er in der jugoslawischen Kommission gehalten hat. Mit anderen Worten heißt das, dass der Sündenbock der Übersetzer sei, der aus irgendeinem Grunde Semitschs Rede unvollständig übersetzt habe. Im Interesse der Wahrheit sehe ich mich gezwungen zu erklären, dass diese Behauptung Semitschs nicht im Geringsten der Wirklichkeit entspricht. Es wäre natürlich besser gewesen, wenn Semitsch diese seine Erklärung durch Zitate aus seiner Rede in der jugoslawischen Kommission, die im Archiv der Komintern aufbewahrt wird, bekräftigt hätte. Er hat das aber aus irgendeinem Grunde nicht getan. Infolgedessen sehe ich mich gezwungen, an Semitschs Stelle diese zwar nicht sehr angenehme, aber absolut notwendige Prozedur vorzunehmen.

Das ist umso notwendiger, als Semitschs jetziger Standpunkt auch heute noch, da er sich mit dem Standpunkt der Delegation der KPR(B) völlig solidarisiert, nicht wenige Unklarheiten aufweist.

Ich sprach in meiner Rede vor der jugoslawischen Kommission (siehe „Bolschewik”[40] Nr. 7) von Meinungsverschiedenheiten in drei Fragen: 1. in der Frage nach den Wegen zur Lösung der nationalen Frage; 2. in der Frage nach dem inneren sozialen Gehalt der nationalen Bewegung in der gegenwärtigen historischen Epoche und 3. in der Frage nach der Rolle des internationalen Moments in der nationalen Frage.

Zur ersten Frage habe ich behauptet, dass Semitsch „sich nicht ganz darüber klar geworden ist, worin das eigentliche Wesen der bolschewistischen Behandlung der nationalen Frage besteht”, dass er die nationale Frage von der allgemeinen Frage der Revolution trennt, dass er somit einen Weg betritt, der dazu führt, dass die nationale Frage auf eine Verfassungsfrage reduziert wird.

Stimmt das alles?

Man lese folgende Stellen aus der von Semitsch in der jugoslawischen Kommission gehaltenen Rede (30. März 1925) nach und urteile selbst:

„Lässt sich die nationale Frage auf eine Verfassungsfrage reduzieren? Stellen wir die Frage zunächst einmal rein theoretisch. Angenommen, in einem Staate X leben drei Nationen: A, B und C. Diese drei Nationen äußern den Wunsch, in einem Staat zu leben. Um was handelt es sich in diesem Fall? Natürlich um die Regelung der inneren Beziehungen innerhalb dieses Staates. Es ist also eine Frage konstitutioneller Natur. In diesem theoretischen Fall läuft die nationale Frage auf eine Verfassungsfrage hinaus... Wenn wir in einem solchen theoretischen Fall die nationale Frage auf eine Verfassungsfrage reduzieren, dann müssen wir sagen - und ich habe das stets betont -, dass die bis zur Lostrennung gehende Selbstbestimmung der Völker die Vorbedingung zur Lösung der Verfassungsfrage bildet. Und nur in diesem Sinne stelle ich die Verfassungsfrage.”

Ich denke, dass diese Stellen aus Semitschs Rede keines weiteren Kommentars bedürfen. Es ist klar: Wer die nationale Frage als einen Bestandteil der allgemeinen Frage der

proletarischen Revolution betrachtet, kann sie nicht auf eine Verfassungsfrage reduzieren. Und umgekehrt: Nur derjenige kann die nationale Frage auf eine Verfassungsfrage reduzieren, der sie von der allgemeinen Frage der proletarischen Revolution trennt.

In Semitschs Rede findet sich ein Hinweis, dass das Recht auf nationale Selbstbestimmung nicht ohne revolutionären Kampf errungen werden kann. Semitsch sagt: „Es ist selbstverständlich, dass man solche Rechte nur durch revolutionären Kampf erringen kann. Sie lassen sich nicht auf parlamentarischem Wege erringen, sondern können nur durch revolutionäre Massenaktionen erlangt werden.” Was bedeuten aber „revolutionärer Kampf” und „revolutionäre Aktionen”? Kann man „revolutionären Kampf” und „revolutionäre Aktionen” mit dem Sturz der herrschenden Klasse, mit der Eroberung der Macht, mit dem Sieg der Revolution als der Voraussetzung für die Lösung der nationalen Frage identifizieren? Natürlich kann man das nicht. Es sind zwei grundverschiedene Dinge, ob man vom Sieg der Revolution als von der grundlegenden Voraussetzung für die Lösung der nationalen Frage spricht, oder ob man als Voraussetzung für die Lösung der nationalen Frage „revolutionäre Aktionen” und „revolutionären Kampf” hinstellt. Es muss hervorgehoben werden, dass der Weg der Reformen, der konstitutionelle Weg „revolutionäre Aktionen” und „revolutionären Kampf” keineswegs ausschließt. Bei der Bestimmung des revolutionären beziehungsweise des reformistischen Charakters dieser oder jener Partei sind nicht die „revolutionären Aktionen” an sich als entscheidend zu betrachten, sondern die politischen Ziele und Aufgaben, derentwegen diese Aktionen von der Partei unternommen und ausgenutzt werden. Die russischen Menschewiki machten 1906, nach der Auseinanderjagung der ersten Duma, bekanntlich den Vorschlag, den „Generalstreik” und sogar den „bewaffneten Aufstand” zu organisieren. Das änderte jedoch nicht im Geringsten etwas daran, dass sie Menschewiki blieben. Denn zu welchem Zweck schlugen sie damals das alles vor? Natürlich nicht, um den Zarismus zu zerschmettern und der Revolution zum vollen Siege zu verhelfen, sondern um auf die zaristische Regierung „einen Druck auszuüben” zwecks Erzwingung einer Reform, zwecks Erweiterung der „Verfassung”, zwecks Einberufung einer „verbesserten” Duma. „Revolutionäre Aktionen”, um die alten Zustände bei Aufrechterhaltung der Macht der herrschenden Klasse zu reformieren - das ist eine Sache, das ist der konstitutionelle Weg. „Revolutionäre Aktionen”, um mit den alten Zuständen aufzuräumen, um die herrschende Klasse zu stürzen - das ist etwas anderes, das ist der revolutionäre Weg, das ist der Weg des vollständigen Sieges der Revolution. Der Unterschied ist hier grundlegender Natur.

Deshalb glaube ich, dass Semitschs Berufung auf den „revolutionären Kampf” bei Reduzierung der nationalen Frage auf eine Verfassungsfrage, meine Behauptung, dass Semitsch „sich nicht ganz darüber klar geworden ist, worin das eigentliche Wesen der bolschewistischen Behandlung der nationalen Frage besteht”, nicht widerlegt, sondern nur bestätigt, denn er hat nicht begriffen, dass die nationale Frage nicht isoliert, sondern in unlöslichem Zusammenhang mit der Frage des Sieges der Revolution, als Teil der allgemeinen Frage der Revolution zu betrachten ist.

Wenn ich hierauf bestehe, so will ich damit keineswegs sagen, dass ich über Semitschs Fehler in dieser Frage etwas Neues gesagt habe. Nicht im Geringsten. Über diesen Fehler Semitschs sprach Genosse Manuilski bereits auf dem V. Kongress der Komintern[41], wobei er erklärte:

„In seiner Broschüre ‚Die nationale Frage im Lichte des Marxismus` und in einer Reihe von Artikeln, die im Organ der jugoslawischen Kommunistischen Partei ‚Radnik’ veröffentlicht worden sind, schlägt Semitsch als praktische Losung für die Kommunistische Partei die Losung des Kampfes für eine Revision der Verfassung vor, das heißt, faktisch reduziert er die ganze Frage der Selbstbestimmung der Nationen ausschließlich auf eine Verfassungsfrage” (siehe Stenogramm des V. Kongresses, S. 596/597, russ.).

Über den gleichen Fehler sprach Sinowjew in der jugoslawischen Kommission, wobei er erklärte:

„In Semitschs Perspektive fehlt also nur eine Kleinigkeit - die Revolution”; die nationale Frage ist „ein revolutionäres und kein Verfassungsproblem” (siehe „Prawda” Nr. 83).
Es kann nicht sein, dass alle diese Bemerkungen, die von Vertretern der KPR(B) in der Komintern über Semitschs Fehler gemacht wurden, zufällig und grundlos sind. Wo Rauch ist, da ist auch Feuer.
So ist es um den ersten, um Semitschs Hauptfehler bestellt.
Seine übrigen Fehler entspringen unmittelbar diesem Hauptfehler. Zur zweiten Frage habe ich in meiner Rede (siehe „Bolschewik” Nr. 7) behauptet, dass Semitsch „nicht sehen will, dass die nationale Frage dem Wesen der Sache nach eine Bauernfrage ist“. Stimmt das?
Man lese folgende Stelle aus der von Semitsch in der jugoslawischen Kommission gehaltenen Rede nach und urteile selbst:
„Worin besteht”, fragt Semitsch, „der soziale Sinn der nationalen Bewegung in Jugoslawien?” Und er antwortet ebenda: „Dieser soziale Gehalt besteht im Konkurrenzkampf zwischen dem serbischen Kapital auf der einen und dem kroatischen und slowenischen Kapital auf der anderen Seite” (siehe Semitschs Rede in der jugoslawischen Kommission).
Dass der Konkurrenzkampf der slowenischen und der kroatischen Bourgeoisie gegen die serbische Bourgeoisie hier eine gewisse Rolle spielen muss, darüber kann natürlich kein Zweifel bestehen. Ebenso unzweifelhaft ist es aber auch, dass ein Mensch, der den sozialen Sinn der nationalen Bewegung im Konkurrenzkampf der Bourgeoisie verschiedener Nationalitäten erblickt, die nationale Frage nicht als eine Frage betrachten kann, die dem Wesen der Sache nach eine Bauernfrage ist. Worin besteht das Wesen der nationalen Frage jetzt, da die nationale Frage sich aus einer lokalen und innerstaatlichen Frage in eine Weltfrage, in eine Frage des Kampfes der Kolonien und der abhängigen Nationalitäten gegen den Imperialismus verwandelt hat? Das Wesen der nationalen Frage besteht jetzt im Kampf der Volksmassen der Kolonien und der abhängigen Nationalitäten gegen die finanzielle Ausbeutung, gegen die politische Versklavung und die Vernichtung der nationalen Kultur dieser Kolonien und dieser Nationalitäten durch die imperialistische Bourgeoisie der herrschenden Nationalität. Welche Bedeutung kann bei einer solchen Auffassung der nationalen Frage dem gegenseitigen Konkurrenzkampf der Bourgeoisie verschiedener Nationalitäten zukommen? Gewiss keine entscheidende und in manchen Fällen sogar nicht einmal eine erhebliche Bedeutung. Es ist ganz offensichtlich, dass es hier hauptsächlich nicht darum geht, dass die Bourgeoisie der einen Nationalität die Bourgeoisie einer anderen Nationalität im Konkurrenzkampf schlägt oder schlagen kann, sondern darum, dass die imperialistische Gruppe der herrschenden Nationalität die großen Massen und vor allem die Bauernmassen der Kolonien und der abhängigen Nationalitäten ausbeutet und unterdrückt und sie infolge dieser Unterdrückung und Ausbeutung in den Kampf gegen den Imperialismus hineinzieht, sie zu Verbündeten der proletarischen Revolution macht. Man kann die nationale Frage nicht als eine Frage betrachten, die dem Wesen der Sache nach eine Bauernfrage ist, wenn man den sozialen Sinn der nationalen Bewegung auf den Konkurrenzkampf der Bourgeoisie verschiedener Nationalitäten reduziert. Und umgekehrt: Man kann den sozialen Sinn der nationalen Bewegung nicht im Konkurrenzkampf der Bourgeoisie verschiedener Nationalitäten erblicken, wenn man die nationale Frage als eine Frage betrachtet, die dem Wesen der Sache nach eine Bauernfrage ist. Es ist völlig unmöglich, zwischen diesen beiden Formeln ein Gleichheitszeichen zu setzen.
Semitsch beruft sich auf eine Stelle in Stalins Schrift „Marxismus und nationale Frage”, die Ende 1912 verfasst wurde. Dort heißt es, dass „der nationale Kampf unter den Bedingungen des aufsteigenden Kapitalismus ein Kampf der bürgerlichen Klassen untereinander ist”. Augenscheinlich will Semitsch damit andeuten, dass seine Formel der Bestimmung des sozialen Sinns der nationalen Bewegung unter den obwaltenden historischen Verhältnissen richtig sei. Stalins Schrift wurde aber vor dem imperialistischen Krieg verfasst, als die nationale. Frage in der Vorstellung der Marxisten noch nicht die Bedeutung einer Weltfrage

hatte, als die Grundforderung der Marxisten, die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht, nicht als Teil der proletarischen Revolution, sondern als Teil der bürgerlich-demokratischen Revolution aufgefasst wurde. Es wäre lächerlich, nicht sehen zu wollen, dass sich die internationale Lage seitdem von Grund aus geändert hat, dass der Krieg einerseits und die Oktoberrevolution in Rußland anderseits die nationale Frage aus einer Teilfrage der bürgerlich-demokratischen Revolution in eine Teilfrage der proletarisch-sozialistischen Revolution verwandelt haben. Schon im Oktober 1916 sagte Lenin in seinem Artikel über „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung”[42], dass der wesentliche Punkt der nationalen Frage, der Punkt über das Selbstbestimmungsrecht, aufgehört hat, einen Teil der allgemeindemokratischen Bewegung zu bilden, dass er bereits zu einem Bestandteil der allgemeinproletarischen, sozialistischen Revolution geworden ist. Von den weiteren Arbeiten sowohl Lenins als auch anderer Vertreter des russischen Kommunismus zur nationalen Frage will ich hier ganz absehen. Welche Bedeutung kann nach alledem Semitschs Berufung auf die bekannte Stelle in Stalins Schrift, die in der Periode der bürger1ich-demokratischen Revolution in Rußland verfasst wurde, heute haben, da wir kraft der neuen historischen Situation in eine neue Epoche, in die Epoche der proletarischen Revolution eingetreten sind? Sie kann nur die Bedeutung haben, dass Semitsch außerhalb von Raum und Zeit, unabhängig von der lebendigen historischen Situation, zitiert und somit gegen die elementaren Forderungen der Dialektik verstößt und außer acht lässt, dass etwas, was in der einen historischen Situation richtig ist, sich in einer anderen historischen Situation als falsch erweisen kann. Ich habe bereits in meiner Rede in der jugoslawischen Kommission ausgeführt, dass man in der Behandlung der nationalen Frage durch die russischen Bolschewiki zwei Stadien unterscheiden muss: das Stadium vor dem Oktober, als es sich um die bürgerlich-demokratische Revolution handelte und die nationale Frage als Teil der allgemeindemokratischen Bewegung betrachtet wurde, und das Stadium des Oktober, als es sich bereits um die proletarische Revolution handelte und die nationale Frage zu einem Bestandteil der proletarischen Revolution geworden war. Es erübrigt sich wohl, den Nachweis zu führen, dass diese Unterscheidung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Ich fürchte, dass Semitsch sich über den Sinn und die Bedeutung dieses Unterschieds zwischen den zwei Stadien in der Behandlung der nationalen Frage noch immer nicht klar geworden ist.

Aus diesem Grunde bin ich der Ansicht, dass hinter Semitschs Versuch, die nationale Bewegung nicht als eine Frage, die dem Wesen der Sache nach eine Bauernfrage ist, sondern als eine Frage des Konkurrenzkampfes der Bourgeoisie verschiedener Nationalitäten zu betrachten, sich „eine Unterschätzung der der nationalen Bewegung innewohnenden Kraft und eine Verkennung des zutiefst volkstümlichen, zutiefst revolutionären Charakters der nationalen Bewegung verbirgt” (siehe „Bolschewik” Nr.7).

So ist es um Semitschs zweiten Fehler bestellt.

Charakteristisch ist, dass Sinowjew in seiner Rede in der jugoslawischen Kommission über diesen Fehler Semitschs das gleiche sagt, wenn er erklärt:

„Falsch ist Semitschs Behauptung, dass die Bauernbewegung in Jugoslawien unter der Führung der Bourgeoisie stehe und deshalb nicht revolutionär sei” (siehe „Prawda” Nr.83).

Ist diese Übereinstimmung ein Zufall? Natürlich nicht!

Wiederum: Wo Rauch ist, da ist auch Feuer.

Schließlich behauptete ich zur dritten Frage, dass Semitsch „versucht, die nationale Frage in Jugoslawien außerhalb des Zusammenhangs mit der internationalen Lage und mit den voraussichtlichen Perspektiven in Europa zu behandeln“.

Stimmt das?

Ja, das stimmt. Denn in seiner Rede hat Semitsch nicht einmal auch nur andeutungsweise darauf hingewiesen, dass die internationale Lage unter den heutigen Verhältnissen, besonders für Jugoslawien, ein höchst wichtiger Faktor bei der Lösung der nationalen Frage ist. Die Tatsache, dass der jugoslawische Staat selbst als Ergebnis einer Rauferei der zwei

imperialistischen Hauptkoalitionen entstanden ist, dass Jugoslawien sich dem großen Kräftespiel, das heute in den ihm benachbarten Staaten des Imperialismus vor sich geht, nicht entziehen kann - all dies hat Semitsch unbeachtet gelassen. Semitschs Berufung darauf, dass er sich gewisse Veränderungen in der internationalen Lage durchaus vorstellen könne, infolge deren die Frage der Selbstbestimmung zu einer aktuellen praktischen Frage werden könnte - diese Berufung muss heute, in der gegebenen internationalen Situation, bereits als unzureichend betrachtet werden. Es handelt sich jetzt gar nicht darum, für den Fall, dass möglicherweise und in ferner Zukunft gewisse Veränderungen in der internationalen Lage eintreten, die Aktualität der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen anzuerkennen - das könnten jetzt zur Not selbst bürgerliche Demokraten als Perspektive anerkennen. Darum handelt es sich jetzt nicht, sondern es handelt sich darum, dass die gegenwärtigen Grenzen des jugoslawischen Staates, die im Ergebnis von Kriegen und Gewalttaten zustande gekommen sind, nicht zum Ausgangspunkt und zur rechtmäßigen Grundlage für die Lösung der nationalen Frage gemacht werden dürfen. Eins von beiden: Entweder ist die Frage der nationalen Selbstbestimmung, das heißt die Frage einer radikalen Änderung der Grenzen Jugoslawiens, ein Anhängsel des nationalen Programms, dessen Umrisse aus einer fernen Zukunft matt hervortreten, oder sie ist die Grundlage des nationalen Programms. Es ist jedenfalls klar, dass der Punkt über das Selbstbestimmungsrecht nicht gleichzeitig sowohl Anhängsel als auch Grundlage des nationalen Programms der jugoslawischen Kommunistischen Partei sein kann. Ich fürchte, dass Semitsch das Selbstbestimmungsrecht nach wie vor als Anhängsel des nationalen Programms betrachtet, das vielleicht einmal in ferner Zukunft verwirklicht werden könnte.

Aus diesem Grunde bin ich der Ansicht, dass Semitsch die nationale Frage von der Frage der allgemeinen internationalen Situation loslöst, so dass für ihn die Frage der Selbstbestimmung, das heißt der Änderung der Grenzen Jugoslawiens, im Grunde genommen keine aktuelle, sondern eine akademische Frage ist.

So ist es um Semitschs dritten Fehler bestellt.

Charakteristisch ist, dass Genosse Manuilski in seinem Bericht auf dem V. Kongress der Komintern über diesen Fehler Semitschs das gleiche sagt:

„Die grundlegende Voraussetzung für die gesamte Behandlung der nationalen Frage, wie wir sie bei Semitsch finden, ist der Gedanke, dass das Proletariat den bürgerlichen Staat in den Grenzen nehmen muss, die durch eine Reihe von Kriegen und Gewalttaten geschaffen worden sind" (siehe Stenogramm des V. Kongresses der Komintern, S. 597, russ.).

Kann man etwa diese Übereinstimmung als einen Zufall betrachten? Das kann man natürlich nicht!

Nochmals: Wo Rauch ist, da ist auch Feuer.

Zeitschrift „Bolschewik" Nr. 11-12,
30. Juni 1925.
Unterschrift: J. Stalin.

ÜBER DIE REVOLUTIONÄRE BEWEGUNG IM OSTEN

Interview mit dem japanischen Korrespondenten der „Nichinichi”, Herrn Fusse

FRAGEN DES HERRN FUSSE UND ANTWORTEN J. W. STALINS

1. Frage. Das japanische Volk, als das fortgeschrittenste unter den Völkern des Ostens, ist an den Erfolgen der Befreiungsbewegung der Völker des Ostens am meisten interessiert. Es würde bei diesem großen Werk, bei dem Werk der Befreiung der versklavten Völker des Ostens vom imperialistischen Joch der Westmächte, gern zum Verbündeten der UdSSR werden. Jedoch kann Japan, das zugleich ein kapitalistischer Staat ist, mitunter nicht umhin, gegen diese Bewegung vorzugehen, und zwar in einer Front mit den Westmächten. (Zum Beispiel: Das englisch-japanische Bündnis, kraft dessen Japan England in seinem Kampf gegen die Aufständischen in Indien Hilfe leisten musste, und das gemeinsame Vorgehen Japans mit England, Amerika und Frankreich gegen die chinesischen Arbeiter bei den jüngsten Ereignissen in Schanghai.)
Welchen Ausweg kann es Ihrer Meinung nach aus dieser schwierigen Lage geben, die durch den Widerspruch zwischen den nationalen Bestrebungen des japanischen Volkes einerseits und der staatlichen und sozialen Ordnung des japanischen Staates anderseits hervorgerufen wird?

Antwort. Es ist wahr, dass das japanische Volk unter den Völkern des Ostens das fortgeschrittenste ist, dass es an den Erfolgen der Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker interessiert ist. Ein Bündnis des japanischen Volkes mit den Völkern der Sowjetunion wäre ein entscheidender Schritt zur Befreiung der Völker des Ostens. Ein solches Bündnis würde den Anfang vom Ende der großen Kolonialreiche, den Anfang vom Ende des Weltimperialismus bedeuten. Ein solches Bündnis wäre unbesiegbar.
Wahr ist aber auch, dass die staatliche und soziale Ordnung Japans das japanische Volk auf den Weg des Imperialismus treibt und es zu einem Instrument nicht der Befreiung, sondern der Versklavung der Völker des Ostens macht.
Sie fragen: Wie kann man aus diesem Widerspruch zwischen den Interessen des japanischen Volkes einerseits und der staatlichen und sozialen Ordnung Japans anderseits herauskommen?
Es gibt nur einen Ausweg: die staatliche und soziale Ordnung Japans derart und dahingehend zu verändern, dass sie den grundlegenden Interessen des japanischen Volkes entspricht.
Rußland war eine Zeitlang der Schrecken der Völker des Ostens, der Gendarm jeder Befreiungsbewegung. Woraus lässt sich die Tatsache erklären, dass es sich aus einem Gendarmen der Befreiungsbewegung in einen Freund und Bannerträger dieser Bewegung verwandelt hat? Nur daraus, dass die staatliche und soziale Ordnung Rußlands geändert wurde.

2. Frage. Die östlichen Völkerschaften, die das Territorium der UdSSR bewohnen, sind infolge der despotischen zaristischen Regierungsform um viele Jahrhunderte zurückgeblieben und haben erst nach der Revolution das Recht auf selbständige Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft, der Kultur usw. erhalten.
Wieviel Jahre werden diese östlichen Völkerschaften der UdSSR Ihrer Meinung nach etwa brauchen, um das Kulturniveau der anderen Völkerschaften der UdSSR zu erreichen?

Antwort. Sie fragen: Wieviel Jahre werden die Völker des Ostens der Sowjetunion etwa brauchen, um das Kulturniveau der anderen Völker der Sowjetunion zu erreichen?
Das ist schwer zu sagen. Das Tempo der kulturellen Entwicklung dieser Völker hängt von vielen inneren und äußeren Bedingungen ab. Überhaupt muss ich sagen, dass sich Prognosen

über das Entwicklungstempo niemals durch Genauigkeit ausgezeichnet haben, besonders, wenn es sich um die Anzahl der Jahre handelt. Eine grundlegende Erleichterung für die kulturelle Entwicklung dieser Länder besteht darin, dass die Haupthindernisse der Entwicklung, wie der Zarismus, der russische Imperialismus, das Regime der Ausbeutung der Randgebiete durch das Zentrum, bereits aus dem Wege geräumt sind. Dieser Umstand gibt der kulturellen Entwicklung der Völker des Ostens der Sowjetunion einen gewaltigen Anstoß. Ob jedoch diese grundlegende Erleichterung restlos ausgenützt wird, das hängt schon von den Völkern des Ostens selbst und vor allem davon ab, in welchem Stadium der kulturellen Entwicklung sie sich bei Beginn der Sowjetrevolution befanden.
Eins kann man jedenfalls ohne Bedenken sagen: Unter den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen haben die Völker des Ostens der Sowjetunion viel mehr Aussichten auf eine schnelle und allseitige Entwicklung der nationalen Kultur, als sie unter der Herrschaft selbst des „freiheitlichsten” und „kultiviertesten” Kapitalismus hätten haben können.

3. Frage. Sie sagen, dass der Zusammenschluss der nationalen Befreiungsbewegung der versklavten Völker des Ostens mit der proletarischen Bewegung der fortgeschrittenen Länder des Westens den Sieg der Weltrevolution sichern wird. Bei uns aber, unter dem japanischen Volk, ist die Losung verbreitet: „Asien den Asiaten”. Finden Sie nicht etwas Gemeinsames zwischen unseren Bestrebungen und Ihrer revolutionären Taktik in bezug auf die kolonialen Länder des Ostens?

Antwort. Sie fragen: Besteht nicht etwas Gemeinsames zwischen der Losung „Asien den Asiaten” und der revolutionären Taktik der Bolschewiki in bezug auf die kolonialen Länder des Ostens?
Sofern die Losung „Asien den Asiaten” einen Aufruf zum revolutionären Krieg gegen den Imperialismus des Westens bedeutet, insofern - aber nur insofern - gibt es hier zweifellos etwas Gemeinsames.
Die Losung „Asien den Asiaten” umfasst aber nicht nur diese Seite der Sache. Sie enthält noch zwei Bestandteile, die mit der Taktik der Bolschewiki gänzlich unvereinbar sind. Erstens umgeht man mit dieser Losung die Frage des östlichen Imperialismus gleichwie in der Annahme, dass der östliche Imperialismus besser sei als der westliche, dass man auf einen Kampf gegen den östlichen Imperialismus verzichten könne. Zweitens flößt man mit dieser Losung den Arbeitern Asiens das Gefühl des Misstrauens gegen die Arbeiter Europas ein, entfremdet sie den europäischen Arbeitern, zerreißt die internationalen Bande zwischen ihnen und untergräbt somit die Grundlagen der Befreiungsbewegung selbst.
Die revolutionäre Taktik der Bolschewiki ist nicht nur gegen den westlichen Imperialismus, sondern gegen den Imperialismus überhaupt, und somit auch gegen den östlichen gerichtet. Ihr Ziel besteht nicht darin, die internationalen Verbindungen zwischen den Arbeitern Asiens und den Arbeitern der europäischen und der amerikanischen Länder zu lockern, sondern darin, diese Verbindungen zu erweitern und zu festigen.
Deshalb gibt es hier, wie Sie sehen, außer dem Gemeinsamen auch Punkte, wo die Losung „Asien den Asiaten” und die bolschewistische Taktik im Osten radikal auseinandergehen.

4. Frage. Wladimir Iljitsch hat im Jahre 1920 in einer Unterredung mit mir auf meine Frage „Wo hat der Kommunismus mehr Aussichten auf Erfolg, im Westen oder im Osten?” folgendes geantwortet: „Der wirkliche Kommunismus kann vorerst nur im Westen Erfolg haben, aber der Westen lebt ja auf Kosten des Ostens; die europäischen kapitalistischen Mächte bereichern sich hauptsächlich an den östlichen Kolonien, zugleich aber bewaffnen sie ihre Kolonien, lehren sie, wie man kämpft, und dadurch gräbt der Westen sich selbst eine Grube im Osten.” Sind Sie nicht der Ansicht, dass die in China, Indien, Persien, Ägypten und

anderen Ländern des Ostens sich immer häufiger und häufiger abspielenden Ereignisse ein Vorzeichen dafür sind, dass die Zeit nahe ist, da die Westmächte gezwungen sein werden, in die Grube zu fahren, die sie sich im Osten selbst gegraben haben?

Antwort. Sie fragen, ob ich nicht der Ansicht sei, dass das Erstarken der revolutionären Bewegung in China, Indien, Persien, Ägypten und anderen Ländern des Ostens ein Vorzeichen dafür sei, dass die Zeit nahe ist, da für die Westmächte die Grube, die sie sich im Osten selbst gegraben haben, ihr Grab sein wird.
Ja, ich bin der Ansicht. Die Kolonialländer bilden das ausschlaggebende Hinterland des Imperialismus. Die Revolutionierung dieses Hinterlands muss den Imperialismus untergraben, nicht nur in dem Sinne, dass der Imperialismus sein Hinterland verlieren wird, sondern auch in dem Sinne, dass die Revolutionierung des Ostens einen entscheidenden Anstoß zur Verschärfung der revolutionären Krise im Westen geben muss. Von zwei Seiten angegriffen - sowohl vom Hinterland als auch von der Front her - wird der Imperialismus einsehen müssen, dass er dem Untergang geweiht ist.

„Prawda" Nr. 150,
4. Juli 1925.

BRIEF AN GENOSSEN JERMAKOWSKI

Genosse Jermakowski!

Entschuldigen Sie bitte, dass meine Antwort so spät erfolgt. Ich war zwei Monate auf Urlaub, kehrte gestern nach Moskau zurück und hatte erst heute die Möglichkeit, mich mit Ihrem Schreiben bekannt zu machen. Im Übrigen: Besser spät als gar nicht.

Die verneinende Antwort von Engels auf die Frage: „Wird diese Revolution in einem einzigen Lande allein vor sich gehen können?" widerspiegelt ganz und gar die Epoche des vormonopolistischen Kapitalismus, die vorimperialistische Epoche, als noch keine Voraussetzungen für die ungleichmäßige, sprunghafte Entwicklung der kapitalistischen Länder vorhanden waren, als folglich auch keine Voraussetzungen für den Sieg der proletarischen Revolution in einem Lande vorhanden waren (die Möglichkeit des Sieges einer solchen Revolution in einem Lande ergibt sich bekanntlich aus dem Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder im Imperialismus). Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder und die mit ihm verbundene These von der Möglichkeit des Sieges der proletarischen Revolution in einem Lande wurden von Lenin in der Periode des Imperialismus entdeckt und aufgestellt und konnten erst in dieser Periode entdeckt und aufgestellt werden. Daraus erklärt sich übrigens auch, dass der Leninismus der Marxismus der Epoche des Imperialismus ist, dass er die Weiterentwicklung des in der vorimperialistischen Epoche entstandenen Marxismus darstellt. Engels konnte trotz all seiner Genialität nicht erkennen, was in der Periode des vormonopolistischen Kapitalismus, in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als er seine „Grundsätze des Kommunismus"[43] schrieb, noch nicht existierte und was erst später, in der Periode des Monopolkapitalismus entstand. Anderseits vermochte Lenin als genialer Marxist zu erkennen, was nach dem Tode von Engels, in der Periode des Imperialismus, bereits entstanden war. Der Unterschied zwischen Lenin und Engels ist der Unterschied zweier sie voneinander trennender geschichtlicher Perioden.

Es kann keine Rede davon sein, dass „die Theorie Trotzkis mit der Lehre von Engels identisch ist". Engels hatte allen Grund, in der Periode des vormonopolistischen Kapitalismus, in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als von dem Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder noch keine Rede sein konnte, eine verneinende Antwort auf die 19. Frage (siehe seine „Grundsätze des Kommunismus") zu geben. Trotzki aber hat ganz im Gegenteil keinerlei Grund, im 20. Jahrhundert die alte Antwort von Engels, die einer bereits hinter uns liegenden Epoche entnommen ist, zu wiederholen und sie mechanisch auf die neue, die imperialistische Epoche anzuwenden, in der das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung zu einer allgemein bekannten Tatsache geworden ist. Engels gründet seine Antwort auf die Analyse des vormonopolistischen Kapitalismus seiner Zeit. Trotzki hingegen analysiert die gegenwärtige Epoche nicht, sondern ignoriert sie, er vergisst, dass er nicht in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts lebt, sondern im zwanzigsten Jahrhundert, in der Epoche des Imperialismus; er wendet einen schlauen Trick an und versetzt die Nase des Iwan Iwanowitsch aus den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts auf das Kinn Iwan Nikiforowitschs, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebt, offenbar in der Annahme, dass man auf diese Weise die Geschichte überlisten könne. Ich glaube nicht, dass diese zwei einander diametral entgegengesetzten Methoden dazu berechtigen könnten, von einer „Identität der Theorie Trotzkis mit der Lehre von Engels" zu sprechen.

Mit kommunistischem Gruß
J. Stalin
15. IX. 25.

Zum erstenmal veröffentlicht.

UNTERREDUNG MIT TEILNEHMERN EINER BERATUNG DER AGITPROPABTEILUNGEN

14. Oktober 1925

Frage. Sind in der Zeit nach dem Kongress der Komintern irgendwelche Veränderungen in der Stabilisierung des Kapitalismus erfolgt?

Antwort. In Parteikreisen wird bei uns gewöhnlich von zwei Stabilisierungen gesprochen: von der Stabilisierung des Kapitalismus und von der Stabilisierung der Sowjetordnung. Die Stabilisierung des Kapitalismus bedeutet ein gewisses zeitweiliges Nachlassen der Krise des Kapitalismus bei einem Anwachsen der unversöhnlichen Widersprüche innerhalb des Kapitalismus, deren Entwicklung zu einer neuen, nächsten Krise des Kapitalismus führen muss. Welche Veränderungen auf diesem Gebiet auch erfolgen mögen, eine neue Krise ist unausbleiblich. Was die Stabilisierung der Sowjetordnung betrifft, so entwickelt sich diese mit wachsendem Tempo, konsolidiert die Kräfte des Sozialismus in unserem Lande und untergräbt die Wurzeln der kapitalistischen Elemente. Es besteht kein Zweifel, dass der vollständige Sieg der sozialistischen Elemente unseres Landes über die kapitalistischen Elemente eine Frage der nächsten Jahre ist.

Frage. Wird die wachsende linke Bewegung in den Gewerkschaften im Westen nicht zu einer Loslösung eines gewissen Teils des Proletariats von den kommunistischen Parteien führen?

Antwort. Nein, dazu muss sie nicht führen. Im Gegenteil, die Linksentwicklung der Gewerkschaften muss den Einfluss der kommunistischen Parteien in der Arbeiterbewegung verstärken. Die Stärke der Sozialreformisten in der Arbeiterbewegung besteht nicht nur und nicht einmal so sehr darin, dass sie die sozialdemokratischen Parteien zu ihrer Verfügung haben, sondern hauptsächlich darin, dass sie sich auf die Gewerkschaften der Arbeiter stützen. Man braucht ihnen nur diese Stütze zu nehmen, und sie werden in der Luft hängen. Die Linksentwicklung der Gewerkschaften bedeutet, dass ein erheblicher Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von den alten, reformistischen Führern abzurücken beginnt und neue, linke Führer sucht. Der Fehler der kommunistischen Parteien besteht darin, dass sie diesen günstigen Prozess nicht begreifen und, statt den sich nach links entwickelnden Arbeitern aus der Sozialdemokratie die Hand entgegenzustrecken und ihnen zu helfen, aus dem Sumpf herauszukommen, sie Verräter zu schimpfen beginnen und sie von sich stoßen.
Man muss in Betracht ziehen, dass es sich mit den Gewerkschaften im Westen anders verhält als bei uns. Bei uns sind die Gewerkschaften nach der Partei entstanden, nachdem die Partei bereits erstarkt war und eine große Autorität unter den Arbeitern erworben hatte. Bei uns wurden die Gewerkschaften mit den Kräften der Partei, unter Führung der Partei, mit Hilfe der Partei geschaffen und organisiert. Hieraus erklärt sich unter anderem auch die Tatsache, dass bei uns die Autorität der Partei unter den Arbeitern viel größer ist als die Autorität der Gewerkschaften. Ein vollkommen anderes Bild beobachten wir im Westen. Dort sind die Gewerkschaften viel früher entstanden als die politische Partei der Arbeiter-klasse. Es gab dort noch keine Partei, als die Gewerkschaften die Arbeiter zum Streik führten, sie organisierten und ihnen halfen, ihre Interessen im Kampf gegen die Kapitalisten zu verteidigen. Mehr noch, dort sind die Parteien aus den Gewerkschaften hervorgegangen. Daraus erklärt sich unter anderem auch die Tatsache, dass die Gewerkschaften im Westen eine viel größere Autorität unter den Massen genießen als die Partei. Ob die Gewerkschaften und ihre Führer dort nun gut oder schlecht sind, eins ist immerhin klar, dass die Arbeiter die Gewerkschaften als ihre Bastionen gegen die Kapitalisten betrachten. Alle diese Besonderheiten muss man bei der Entlarvung der reformistischen Gewerkschaftsführer

berücksichtigen. Mit Schimpfen auf die reformistischen Führer und mit Kraftausdrücken ihnen gegenüber ist der Sache nicht gedient - im Gegenteil, Schimpfen und Kraftausdrücke können bei den Arbeitern nur den Eindruck erwecken, dass es hier nicht um die Entfernung untauglicher Führer, sondern um die Zerstörung der Gewerkschaften geht.

Frage. Wie ist die Lage in der deutschen Kommunistischen Partei im Zusammenhang mit der Entfernung der „Ultralinken"?

Antwort. Zweifellos hat die Entfernung der „Ultralinken" die Lage in der deutschen Kommunistischen Partei verbessert. Die „Ultralinken" - das sind der Arbeiterklasse fremde Elemente. Was können Ruth Fischer und Maslow[44] mit der Arbeiterklasse Deutschlands gemein haben? Die Entfernung der „Ultralinken" hat dazu geführt, dass neue Führer der Kommunistischen Partei aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangen sind. Das ist ein großes Plus für die Arbeiterbewegung Deutschlands.

Frage. Ist eine neue Orientierung der UdSSR im Zusammenhang mit dem Pakt mit Deutschland vorgesehen?

Antwort. Nein, unsere Orientierung war und bleibt die gleiche: Wir orientieren uns auf die UdSSR und ihr Gedeihen sowohl innerhalb unseres Landes als auch nach außen hin. Wir brauchen keinerlei andere Orientierung. Was für Pakte auch abgeschlossen sein mögen, sie können hieran nichts ändern.

Frage. Worin besteht die grundlegende Methode unserer Parteiarbeit unter den breiten Massen?

Antwort. In der Liquidierung der Überreste des Kriegskommunismus in der Parteiarbeit und im Übergang zur Methode der Überzeugung. In bezug auf die Ausbeuterelemente unseres Landes haben wir eine alte, erprobte Methode - die Methode des Zwanges. Was die Werktätigen unseres Landes, die Arbeiter, die Bauern usw. betrifft, so müssen wir hier die Methode der Überzeugung anwenden. Es handelt sich nicht darum, dass die Weisungen und Direktiven der Partei richtig sind. Das ist natürlich gut, aber das genügt nicht. Es kommt jetzt darauf an, die breiten Massen der Werktätigen von der Richtigkeit dieser Direktiven und Weisungen zu überzeugen. Es kommt darauf an, dass die Massen selbst sich auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen von der Richtigkeit der Direktiven und Weisungen der Partei überzeugen. Das erfordert eine große und komplizierte, elastische und geduldige Arbeit der Partei. Aber das ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen des Wachsens der Aktivität der werktätigen Massen die einzig richtige Arbeitsmethode.

Frage. Auf welche Fragen müssen die Agitations- und Propagandaabteilungen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Parteitag ihre Aufmerksamkeit richten?

Antwort. Erstens auf die Frage der Industrialisierung unseres Landes und zweitens auf die Bauernfrage. In bezug auf die erste Frage muss man die Betonung darauf legen, dass die Industrialisierung das grundlegende Mittel zur Wahrung der ökonomischen Selbständigkeit unseres Landes ist, dass ohne Industrialisierung unser Land Gefahr läuft, zu einem Anhängsel des Systems des Weltkapitalismus zu werden. In bezug auf die zweite Frage muss man die Arbeit auf das Problem der Festigung des Zusammenschlusses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, zwischen Industrie und Bauernwirtschaft konzentrieren, denn ohne diesen Zusammenschluss kann man den Sozialismus in unserem Lande nicht errichten.

Frage. Welche Probleme entstehen im Zusammenhang mit dem Wachstum der Partei und der Notwendigkeit seiner Regulierung?

Antwort. In letzter Zeit geht das zahlenmäßige Wachstum der Partei in schnellem Tempo vor sich. Das ist natürlich gut, denn ein schnelles Wachstum der Partei bedeutet Wachsen des Vertrauens der Arbeiterklasse zu unserer Partei. Aber es gibt hier auch ein ernsthaftes Minus. Dieses Minus besteht darin, dass ein schnelles Wachstum der Partei zu einer gewissen Senkung des Bewusstseinsniveaus der Parteimitglieder, zu einer gewissen Qualitätsverschlechterung der Partei führt. Aber die Qualität muss für uns eine nicht geringere, wenn nicht eine größere Bedeutung haben als die Quantität. Um dieses Minus zu beseitigen, muss man der übermäßigen Begeisterung einiger unserer Genossen für das zahlenmäßige Wachstum der Partei ein Ende bereiten, muss man dem unregulierten Zustrom zur Partei Einhalt gebieten und sich zur Regel machen, in Zukunft neue Mitglieder nur nach sorgfältiger Auswahl in die Partei aufzunehmen. Das als erstes. Und zweitens muss man eine intensive politische Schulung unter den neuen Mitgliedern der Partei organisieren, um ihr politisches Bewusstsein auf das notwendige Niveau zu heben.

Frage. Wodurch lässt sich gegenwärtig die Verbindung mit der parteilosen Bauernmasse am besten sichern: durch die Einbeziehung der Bauern in die Partei oder durch die Schaffung eines parteilosen Aktivs um die Partei?

Antwort. Wir brauchen sowohl das eine als auch das andere. Es ist sehr schwer, ein breites parteiloses Bauernaktiv um unsere Partei zu schaffen, wenn man nicht ein gewisses Minimum in der Partei organisierter Bauern auf dem Lande besitzt. Noch schwerer ist es, ernsthafte Parteiorganisationen auf dem Lande zu schaffen, wenn man nicht ein breites parteiloses Bauernaktiv besitzt, denn die Parteiorganisationen werden gewöhnlich aus den Reihen eines solchen Aktivs geschaffen. Immerhin ist die Schaffung eines breiten parteilosen Bauernaktivs die wichtigere Aufgabe.

Worin liegt die Stärke der Partei in bezug auf ihre Verbindung mit den Massen? Darin, dass sie ein breites parteiloses Aktiv Sympathisierender um sich hat. Die Partei könnte die Millionenmassen der Arbeiterklasse nicht in den Kampf führen, wenn sie nicht dieses breite Aktiv Sympathisierender um sich hätte. Ohne Hilfe eines solchen Aktivs kann die Partei die Führung der Millionenmassen des Volkes nicht verwirklichen. Das ist eins der Grundgesetze der Führung.

Erinnern Sie sich an das Lenin-Aufgebot, als im Verlauf weniger Tage 200000 neue Mitglieder, die besten Söhne der Arbeiterklasse, in die Partei eintraten? Woher kamen diese 200000? Sie kamen aus den Reihen des breiten parteilosen Aktivs der mit unserer Partei sympathisierenden Arbeiter.

Das parteilose Aktiv ist also der Boden, von dessen Säften die Partei lebt und sich entwickelt. Das trifft nicht nur für die Arbeiterklasse zu. Das trifft auch für die werktätige Bauernschaft zu.

Frage. Was ist von den Konzessionen für die Erweiterung der Industrie real zu erwarten?

Antwort. Schon Lenin sagte, dass aus Konzessionen bei uns nichts geworden ist. Wir haben jetzt die Möglichkeit, die Worte Lenins an Hand von neuen Unterlagen zu bestätigen. Wir können jetzt mit voller Gewissheit sagen, dass die Konzessionen in unserem Lande keine Perspektive haben. Es ist eine Tatsache, dass der Anteil der Konzessionsindustrie im allgemeinen System unserer industriellen Produktion eine verschwindende Größe ausmacht, wobei diese Größe die Tendenz hat, zu einer Null zu werden.

Zum erstenmal veröffentlicht.

ÜBER DIE AUFGABEN DES KOMMUNISTISCHEN JUGENDVERBANDS

Antworten auf Fragen der Redaktion der „Komsomolskaja Prawda”

I

Welche Pflichten erwachsen im Wesentlichen dem Kommunistischen Jugendverband aus der gegenwärtigen internationalen und inneren Lage der Sowjetunion?

Die Frage ist zu allgemein gestellt, deshalb kann auch die Antwort nur allgemein gehalten sein. Aus der gegenwärtigen internationalen und inneren Lage der Sowjetunion erwächst dem Kommunistischen Jugendverband im wesentlichen die Pflicht, die revolutionäre Bewegung der unterdrückten Klassen aller Länder und den Kampf des Proletariats der Sowjetunion für den Aufbau des Sozialismus, für die Freiheit und Unabhängigkeit des proletarischen Staates durch Wort und Tat zu unterstützen. Daraus folgt aber, dass der Kommunistische Jugendverband dieser seiner allgemeinen Aufgabe nur dann gerecht werden kann, wenn er sich in seiner gesamten Arbeit von den Direktiven leiten lässt, die von der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Rußlands gegeben werden.

II

Vor welchen Aufgaben steht der Kommunistische Jugendverband im Zusammenhang mit der Gefahr des Liquidatorentums (Verlust der Perspektive des sozialistischen Aufbaus), des Nationalismus (Verlust der internationalen revolutionären Perspektive) und der Schmälerung der führenden Rolle der Partei, das heißt im Zusammenhang mit den Gefahren, die in der Schrift „Fragen und Antworten” festgestellt wurden?

In kurzen Worten, die Aufgaben des Kommunistischen Jugendverbands bestehen auf diesem Gebiet darin, unsere Arbeiter- und Bauernjugend im Geiste des Leninismus zu erziehen. Was bedeutet aber, die Jugend im Geiste des Leninismus zu erziehen? Das bedeutet erstens, sie mit dem Bewusstsein zu erfüllen, dass der Sieg des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande durchaus möglich und notwendig ist. Das bedeutet zweitens, in ihr die Überzeugung zu festigen, dass unser Arbeiterstaat ein Kind des internationalen Proletariats ist, das er die Basis für die Entfaltung der Revolution in allen Ländern bildet, dass der endgültige Sieg unserer Revolution eine Sache des internationalen Proletariats ist. Das bedeutet drittens, die Jugend im Geiste des Vertrauens zur Führung der Kommunistischen Partei Rußlands zu erziehen. Innerhalb des Kommunistischen Jugendverbands müssen solche Kader und ein solches Aktiv geschaffen werden, die die Jugend gerade in dieser Richtung zu erziehen vermögen.
Die Jungkommunisten sind auf allen Gebieten des Aufbaus tätig: in der Industrie, in der Landwirtschaft, in den Genossenschaften, in den Sowjets, in den Kultur- und Bildungsorganisationen usw. Es ist notwendig, dass jeder Aktivist des Kommunistischen Jugendverbands seine tagtägliche Arbeit auf allen Gebieten des Aufbaus mit der Perspektive der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in Zusammenhang bringt. Es ist notwendig, dass er es versteht, seine tagtägliche Arbeit im Geiste dieser Perspektive und im Interesse ihrer Verwirklichung zu verrichten.
Die Jungkommunisten sind unter den Arbeitern und Bauern der verschiedenartigsten Nationalitäten tätig. Der Kommunistische Jugendverband selbst stellt in gewissem Sinne eine eigentümliche Internationale dar. Hierbei spielt nicht nur die nationale Zusammensetzung des Kommunistischen Jugendverbands eine Rolle, sondern auch die Tatsache, dass der

Kommunistische Jugendverband sich unmittelbar an die KPR(B) anlehnt, die einen der wichtigsten Kampftrupps der weltumspannenden proletarischen Internationale bildet. Der Internationalismus ist die Grundidee, die die Tätigkeit des Kommunistischen Jugendverbands durchdringt. Darin liegt seine Kraft. Darin liegt seine Stärke. Es ist notwendig, dass der Geist des Internationalismus stets im Kommunistischen Jugendverband lebendig bleibt. Es ist notwendig, dass die Jungkommunisten den Zusammenhang zwischen den Erfolgen und Misserfolgen im Kampf des Proletariats unseres Landes und den Erfolgen und Misserfolgen der internationalen revolutionären Bewegung erkennen. Es ist notwendig, dass die Jungkommunisten lernen, unsere Revolution nicht als Selbstzweck zu betrachten, sondern als Mittel und Stütze für den Sieg der proletarischen Revolution in allen Ländern.
Der Kommunistische Jugendverband ist formal eine parteilose Organisation. Aber er ist zugleich eine kommunistische Organisation. Das bedeutet, dass der Kommunistische Jugendverband, der formal eine parteilose Organisation der Arbeiter und Bauern ist, zugleich unter der Führung unserer Partei arbeiten muss. Das Vertrauen der Jugend zu unserer Partei zu sichern, die führende Rolle unserer Partei im Kommunistischen Jugendverband zu sichern - darin besteht die Aufgabe. Der Jungkommunist muss dessen eingedenk sein, dass die Sicherung der führenden Rolle der Partei das Hauptsächlichste und Wichtigste in der gesamten Arbeit des Kommunistischen Jugendverbands ist. Der Jungkommunist muss dessen eingedenk sein, dass ohne Führung der Partei der Kommunistische Jugendverband seine Hauptaufgabe, die Arbeiter- und Bauernjugend im Geiste der Diktatur des Proletariats und des Kommunismus zu erziehen, nicht zu erfüllen vermag.

III

Wie soll man sich gegenwärtig zur Frage des Wachstums des Kommunistischen Jugendverbands verhalten: soll im wesentlichen auch weiterhin am Kurs auf Hineinziehung der gesamten Arbeiter-, Landarbeiter- und Kleinbauernjugend sowie des besten Teils der Mittelbauernjugend in die Reihen des Kommunistischen Jugendverbands festgehalten oder soll das Hauptaugenmerk auf die feste Bindung und Erziehung der vom Verband bereits erfassten Massen der Jugend gerichtet werden?

Man darf nicht sagen: Entweder - oder. Sowohl das eine als auch das andere ist zu tun. Nach Möglichkeit sollen die gesamte Arbeiterjugend und die besten Elemente der Dorfarmut und der Mittelbauern in den Kommunistischen Jugendverband hineingezogen werden. Gleichzeitig aber muss die Aufmerksamkeit auf die Erziehung der neuen Verbandsmitglieder durch das Aktiv des Kommunistischen Jugendverbands konzentriert werden. Die Verstärkung des proletarischen Kerns ist die wichtigste Tagesaufgabe des Kommunistischen Jugendverbands. Die Bewältigung dieser Aufgabe bietet die Gewähr dafür, dass der Kommunistische Jugendverband den richtigen Weg gehen wird. Aber der Kommunistische Jugendverband ist nicht eine Organisation der Arbeiterjugend allein. Der Kommunistische Jugendverband ist eine Organisation der Arbeiter- und Bauernjugend. Deshalb muss außer an der Verstärkung des proletarischen Kerns zugleich an der Heranziehung der besten Elemente der Bauernjugend, an der Sicherung eines festen Bündnisses zwischen dem proletarischen Kern und dem bäuerlichen Teil des Kommunistischen Jugendverbands gearbeitet werden. Ohne das ist die Führung der Bauernjugend durch den proletarischen Kern im Kommunistischen Jugendverband unmöglich.

IV

Manche Gouvernementskomitees des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands Rußlands sind, unter Berufung auf das Beispiel der Frauendelegiertenversammlungen, dazu

übergegangen, Delegiertenversammlungen der parteilosen Bauernjugend mit gleich bleibendem Teilnehmerkreis zu organisieren. Diesen Versammlungen fällt die Rolle zu, das bäuerliche, vornehmlich das mittelbäuerliche Jugendaktiv unter der Führung des Kommunistischen Jugendverbands zu vereinigen. Ist ein solcher Standpunkt richtig, und birgt das nicht die Gefahr in sich, dass diese Delegiertenversammlungen zu einer Art parteiloser bäuerlicher Jugendverbände entarten, die sich unserem Jugendverband entgegenstellen könnten?

Ein solcher Standpunkt ist meines Erachtens falsch. Warum? Aus folgenden Gründen.
Erstens verbirgt sich dahinter eine gewisse Angst vor dem Mittelbauern, das Bestreben, die Mittelbauernjugend von sich fernzuhalten, der Versuch, sie links liegen zu lassen. Ist ein solches Bestreben richtig? Natürlich nicht. Wir sollen die Mittelbauernjugend nicht von uns fernhalten, sondern sie an uns heranziehen, sie an den Kommunistischen Jugendverband heranziehen. Nur so ist es möglich, der Mittelbauernjugend Vertrauen zu den Arbeitern, Vertrauen zum proletarischen Kern des Kommunistischen Jugendverbands, Vertrauen zu unserer Partei anzuerziehen.
Zweitens steht außer Zweifel, dass besondere Delegiertenversammlungen der Mittelbauernjugend beim Kommunistischen Jugendverband sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen des Auflebens aller Gruppen der Bauernschaft unvermeidlich in einen besonderen Verband der Mittelbauernjugend verwandeln würden. Dabei wird dieser besondere Verband notwendigerweise gezwungen sein, sich dem bestehenden Jugendverband und seiner Führerin - der KPR(B) - entgegenzustellen, er wird den bäuerlichen Teil des Kommunistischen Jugendverbands an sich zu ziehen suchen und so die Gefahr des Auseinanderfallens des Kommunistischen Jugendverbands in zwei Verbände - in einen Verband der Arbeiterjugend und einen Verband der Bauernjugend - heraufbeschwören. Können wir eine solche Gefahr außer acht lassen? Natürlich können wir sie nicht außer acht lassen. Können wir ein solches Auseinanderfallen brauchen, zumal in der heutigen Situation, zumal unter den jetzigen Verhältnissen unserer Entwicklung? Natürlich können wir es nicht brauchen. Im Gegenteil, was wir jetzt brauchen, ist nicht die Fernhaltung der Bauernjugend, sondern ihre Heranziehung an den proletarischen Kern des Kommunistischen Jugendverbands, ist nicht Zwietracht, sondern ein festes Bündnis zwischen ihnen.
Drittens lässt sich die Organisierung von Delegiertenversammlungen der Mittelbauernjugend nicht mit der Berufung auf die Delegiertenversammlungen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen rechtfertigen. Man darf die Arbeiter- und Bauernjugend, die ihre besondere Organisation, den Kommunistischen Jugendverband, hat, nicht auf eine Stufe mit den Arbeiterinnen und Bäuerinnen stellen, die keine besondere Organisation haben, ebenso wie man die Mittelbauernjugend nicht mit den Arbeiterinnen verwechseln darf, die einen Teil der Arbeiterklasse bilden. Delegiertenversammlungen der Mittelbauernjugend beschwören für den Jugendverband eine Gefahr herauf, während die Delegiertenversammlungen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen für niemand irgendeine Gefahr bedeuten, da die Arbeiterinnen und Bäuerinnen gegenwärtig keine eigene, besondere, ständige Organisation haben, wie es der Jugendverband ist.
Aus diesem Grunde bin ich der Ansicht, dass die Organisierung spezieller Delegiertenversammlungen der Mittelbauernjugend beim Kommunistischen Jugendverband überflüssig ist.
Ich bin der Ansicht, dass der VI. Kongress des Kommunistischen Jugendverbands[45] richtig gehandelt hat, als er sich auf den Vorschlag beschränkte, auf dem Lande Hilfsorganisationen wie Selbstbildungszirkel, Landwirtschaftsgruppen usw. um den Kommunistischen Jugendverband zu schaffen.

V

Ist es dem Aktiv des Kommunistischen Jugendverbands unter unseren Verhältnissen möglich, die praktische Arbeit mit einem gründlichen Studium des Marxismus und Leninismus zu verbinden, und was müssen die Organisationen des Kommunistischen Tugendverbands und die einzelnen Jungkommunisten in dieser Richtung tun?

Erstens eine kleine Bemerkung über Marxismus und Leninismus. Bei einer solchen Formulierung der Frage könnte man meinen, der Marxismus sei eins, der Leninismus aber etwas anderes, man könne Leninist sein, ohne Marxist zu sein. Eine derartige Vorstellung kann man jedoch keinesfalls als richtig gelten lassen. Der Leninismus ist nicht die Leninsche Lehre minus Marxismus. Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen. Mit anderen Worten, der Leninismus schließt alles ein, was Marx geschaffen hat, plus das Neue, womit Lenin die Schatzkammer des Marxismus bereichert hat und was sich notwendig aus all dem ergibt, was Marx geschaffen hat (die Lehre von der Diktatur des Proletariats, die Bauernfrage, die nationale Frage, die Partei, die Frage der sozialen Wurzeln des Reformismus, die Frage der Hauptabweichungen im Kommunismus usw.). Deshalb wäre es besser, die Frage so zu formulieren, dass man vom Marxismus oder Leninismus (was im Grunde genommen ein und dasselbe ist), nicht aber vom Marxismus und Leninismus spricht.

Zweitens unterliegt es keinem Zweifel, dass ohne Verbindung der praktischen Arbeit des Aktivs des Kommunistischen Jugendverbands mit seiner theoretischen Schulung („Studium des Leninismus") keine auch nur einigermaßen bewusste kommunistische Arbeit innerhalb des Kommunistischen Jugendverbands möglich ist. Der Leninismus ist die Verallgemeinerung der Erfahrungen der revolutionären Bewegung der Arbeiter aller Länder. Diese Erfahrungen sind jener Leitstern, der den Praktikern bei ihrer tagtäglichen Arbeit den Weg erhellt und ihnen die Richtung weist. Die Praktiker können weder Zutrauen zu ihrer Arbeit noch das Bewusstsein von der Richtigkeit dieser Arbeit haben, wenn sie sich diese Erfahrungen nicht wenigstens in einem Mindestmaß zu eigen gemacht haben. In der Arbeit im dunkeln zu tappen - dazu sind die Praktiker verurteilt, wenn sie nicht den Leninismus studieren, wenn sie nicht bestrebt sind, den Leninismus zu meistern, wenn sie nicht willens sind, ihre praktische Arbeit mit der notwendigen theoretischen Schulung zu verbinden. Deshalb ist das Studium des Leninismus, die Aneignung der Leninschen Lehre die unerlässliche Voraussetzung dafür, dass das jetzige Aktiv des Kommunistischen Jugendverbands zu einem wirklich leninistischen Aktiv wird, das fähig ist, die Millionen Jugendlichen des Kommunistischen Jugendverbands im Geiste der Diktatur des Proletariats und des Kommunismus zu erziehen.

Ist aber eine derartige Verbindung von Theorie und Praxis unter den gegenwärtigen Verhältnissen, da das Aktiv des Kommunistischen Jugendverbands überlastet ist, möglich? Ja, sie ist möglich. Das ist eine schwierige Sache, ohne Zweifel. Aber sie ist durchaus möglich, eben weil sie so notwendig ist, eben weil ohne diese Voraussetzung die Schaffung eines wirklich leninistischen Aktivs im Kommunistischen Jugendverband unmöglich ist. Wir dürfen es nicht Schwächlingen gleichtun, die vor Schwierigkeiten davonlaufen und leichte Arbeit suchen. Schwierigkeiten sind gerade dazu da, dass sie bekämpft und überwunden werden. Die Bolschewiki wären in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus bestimmt zugrunde gegangen, wenn sie es nicht gelernt hätten, Schwierigkeiten zu überwinden. Der Kommunistische Jugendverband wäre kein Kommunistischer Jugendverband, wenn er Schwierigkeiten fürchtete. Das Aktiv des Kommunistischen Jugendverbands hat eine große Aufgabe übernommen. Es muss deshalb auch die Kraft aufbringen, um alle und jegliche Schwierigkeiten auf dem Wege zum Ziel zu überwinden.

Geduldiges und beharrliches Studium des Leninismus - das ist der Weg, den das Aktiv des Kommunistischen Jugendverbands gehen muss, wenn es wirklich die Millionenmassen der Jugend im Geiste der proletarischen Revolution erziehen will.

„Komsomolskaja Prawda“ Nr. 133,
29. Oktober 1925.
Unterschrift: J. Stalin.

REDE BEI DER BEISETZUNG VON M. W. FRUNSE

3. November 1925

Genossen! Ich bin nicht imstande, lange zu sprechen, meine seelische Verfassung lässt es nicht zu. Ich will nur sagen, dass wir mit Genossen Frunse einen der lautersten, ehrlichsten und furchtlosesten Revolutionäre unserer Zeit verloren haben.
Die Partei hat mit Genossen Frunse einen ihrer treuesten und diszipliniertesten Führer verloren.
Die Sowjetmacht hat mit Genossen Frunse einen der kühnsten und klügsten Baumeister unseres Landes und unseres Staates verloren.
Die Armee hat mit Genossen Frunse einen ihrer am meisten geliebten und geachteten Führer und Schöpfer verloren.
Deshalb trauert die Partei so sehr um den Verlust des Genossen Frunse.
Genossen! Dieses Jahr war für uns ein Fluch. Es hat eine ganze Reihe führender Genossen aus unserer Mitte gerissen. Aber nicht genug damit, es forderte noch ein weiteres Opfer. Vielleicht muss es so sein, dass die alten Genossen so leicht und so einfach ins Grab sinken. Leider aber rücken unsere jungen Genossen nicht so leicht und bei weitem nicht so einfach nach, um die alten abzulösen.
Wir wollen aber glauben und hoffen, dass die Partei und die Arbeiterklasse alle Maßnahmen ergreifen werden, um die Heranbildung neuer Kader, die die alten Kader ablösen sollen, zu fördern.
Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands hat mich beauftragt, der Trauer der gesamten Partei um den Verlust des Genossen Frunse Ausdruck zu geben.
Möge meine kurze Rede Ausdruck dieser Trauer sein, die grenzenlos ist und keiner langen Reden bedarf.

„Prawda“ Nr. 253,
5. November 1925.

DER OKTOBER, LENIN UND DIE PERSPEKTIVEN UNSERER ENTWICKLUNG

Ich denke, dass die Periode der Vorbereitung des Oktobers, vor acht Jahren, und die gegenwärtige Periode, acht Jahre nach dem Oktober, ungeachtet des gewaltigen Unterschieds zwischen ihnen, dennoch einen gemeinsamen Zug aufweisen. Dieser gemeinsame Zug besteht darin, dass beide Perioden Wendepunkte in der Entwicklung unserer Revolution widerspiegeln. Damals, im Jahre 1917, ging es darum, den Übergang von der Macht der Bourgeoisie zur Macht des Proletariats zu vollziehen. Heute, im Jahre 1925, geht es darum, den Übergang von der jetzigen Ökonomik, die man in ihrer Gesamtheit nicht als sozialistisch bezeichnen kann, zur sozialistischen Ökonomik zu vollziehen, zu der Ökonomik, die die materielle Grundlage der sozialistischen Gesellschaft bilden soll.

Wie war die Situation in der Periode des Oktobers, als das Zentralkomitee unserer Partei am 10.Oktober 1917 unter der Führung Lenins den Beschluss über die Organisierung des bewaffneten Aufstands fasste?

Erstens, Krieg zwischen den zwei europäischen Koalitionen, Anwachsen der Elemente der sozialistischen Revolution in ganz Europa und die Gefahr eines Separatfriedens mit Deutschland mit dem Ziel, die Revolution in Rußland zu erdrosseln. Dies in bezug auf die äußere Lage. Zweitens, Eroberung der Mehrheit in den Sowjets durch unsere Partei, Bauernaufstände im ganzen Lande, Aufschwung der revolutionären Bewegung an den Fronten, Isolierung der bürgerlichen Kerenskiregierung und die Gefahr eines zweiten Kornilowputsches. Dies in bezug auf die innere Lage.

Das war vorwiegend eine Front des politischen Kampfes.

Die Periode der Wende wurde damals durch den siegreichen Aufstand der Arbeiter und Bauern und die Errichtung der Diktatur des Proletariats vollendet.

Wie liegen die Dinge heute, acht Jahre nach Zerschlagung der bürgerlichen Macht?

Erstens, das Bestehen zweier Lager in der Welt: des Lagers des Kapitalismus, der sich, bei offensichtlichem Anwachsen der revolutionären Bewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern (China, Marokko, Syrien usw.) zeitweilig stabilisiert, und des Lagers des Sozialismus, der Sowjetunion, deren ökonomische Entwicklung fortschreitet und die sowohl die Arbeiter der fortgeschrittenen Länder als auch die unterdrückten Völker der kolonialen und abhängigen Länder um sich schart - Umstände, die es ermöglichen, die kurze „Atempause” in eine „Atempause” zu verwandeln, die sich über eine ganze Periode erstreckt. Dies in bezug auf die äußere Lage. Zweitens, das Fortschreiten der industriellen und genossenschaftlichen Entwicklung unseres Landes, Hebung der materiellen Lage der Arbeiter und Bauern, offensichtliche Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft und Festigung der Autorität der Partei unter den Arbeitern und Bauern - Umstände, die es ermöglichen, den sozialistischen Aufbau gemeinsam mit der Bauernschaft, unter Führung des Proletariats und seiner Partei, voranzubringen. Dies in bezug auf die innere Lage.

Das ist vorwiegend eine Front des wirtschaftlichen Aufbaus.

Ob die gegenwärtige Periode der Wende mit einem Siege des Proletariats enden wird, hängt vor allem von den Erfolgen unseres Aufbaus ab, von den Erfolgen der revolutionären Bewegung im Westen und Osten, von der Entwicklung jener Widersprüche, die die kapitalistische Welt zerfressen.

Vor acht Jahren bestand die Aufgabe darin, das Proletariat mit der armen Bauernschaft zusammenzuschließen, die mittelbäuerlichen Schichten zu neutralisieren, den auf Leben und Tod geführten Kampf der beiden imperialistischen Koalitionen auszunutzen und die bürgerliche Regierung in Rußland zu stürzen, um die Diktatur des Proletariats zu organisieren, aus dem imperialistischen Krieg auszuscheiden, die Verbindungen mit den Proletariern aller

Länder zu festigen und die Sache der proletarischen Revolution in allen Ländern voranzubringen.

Heute, acht Jahre später, besteht die Aufgabe darin, einerseits das Proletariat und die arme Bauernschaft mit der Mittelbauernschaft auf der Grundlage eines festen Bündnisses zwischen ihnen zusammenzuschließen, die Führung des Proletariats innerhalb dieses Bündnisses zu sichern, die Entwicklung und Neuausrüstung unserer Industrie voranzutreiben, die Millionenmassen der Bauernschaft in die Genossenschaften einzubeziehen und damit den Sieg des sozialistischen Kerns unserer Wirtschaft über die Elemente des Kapitalismus zu sichern, und anderseits das Bündnis sowohl mit den Proletariern aller Länder als auch mit den kolonialen Völkern der unterdrückten Länder zustande zu bringen, um dem revolutionären Proletariat bei seinem Kampfe um den Sieg über den Kapitalismus zu helfen.

Die Neutralisierung der Mittelbauernschaft genügt heute bereits nicht mehr. Heute besteht die Aufgabe darin, ein festes Bündnis mit der Mittelbauernschaft herzustellen, um richtige gegenseitige Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft zustande zu bringen. Denn wenn die These Lenins „10-20 Jahre richtiger Beziehungen zur Bauernschaft, und der Sieg ist im Weltmaßstab gesichert”[46] richtig ist, so sind die Worte Lenins, „...sich jetzt in ungleich größerer und gewaltigerer Masse vorwärts bewegen, nicht anders als gemeinsam mit der Bauernschaft”[47] nicht minder richtig.

Eine einfache Entwicklung der staatlichen Industrie genügt heute bereits nicht mehr. Umso weniger genügt ihr Vorkriegsniveau. Jetzt besteht die Aufgabe darin, die Neuausrüstung unserer staatlichen Industrie und ihre weitere Entfaltung auf neuer technischer Basis voranzubringen. Denn unsere staatliche Industrie ist ihrem Typus nach eine sozialistische Industrie. Denn sie ist die Hauptgrundlage der Diktatur des Proletariats in unserem Lande. Denn ohne eine solche Grundlage kann von einer Verwandlung unseres Landes in ein Industrieland und des Rußlands der NÖP in ein sozialistisches Rußland keine Rede sein.

Eine einfache Entwicklung der Genossenschaften auf dem Lande genügt heute bereits nicht mehr. Jetzt besteht die Aufgabe darin, die Millionenmassen der Bauernschaft in die Genossenschaften einzubeziehen und das Genossenschaftswesen auf dem Lande zur Entfaltung zu bringen. Denn unter der Diktatur des Proletariats und bei Vorhandensein einer ihrem Typus nach sozialistischen Industrie sind die Genossenschaften der Hauptanknüpfungspunkt für die Einbeziehung der Bauernschaft in das System des sozialistischen Aufbaus.

Das sind im Allgemeinen die Bedingungen, die für den Sieg des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande notwendig sind.

Vor acht Jahren hat die Partei den Sieg über die bürgerliche Macht errungen, weil sie es verstanden hat, bei der Bewältigung der vor dem Proletariat stehenden Aufgaben Leninsche Festigkeit an den Tag zu legen, ungeachtet der unglaublichen Schwierigkeiten und ungeachtet der Schwankungen in einzelnen ihrer Trupps.

Heute, acht Jahre später, hat die Partei alle Möglichkeiten, den Sieg über die kapitalistischen Elemente unserer Volkswirtschaft zu sichern, wenn sie es versteht, bei der Bewältigung der vor ihr stehenden Aufgaben die alte, Leninsche Festigkeit an den Tag zu legen, ungeachtet der Unmenge der vor ihr stehenden Schwierigkeiten und ungeachtet eventueller Schwankungen in einzelnen ihrer Trupps.

Leninsche Festigkeit bei der Durchführung der jeweiligen Aufgaben des Proletariats - das ist ebenfalls eine der notwendigsten Vorbedingungen für, den Sieg des sozialistischen Aufbaus.

„Prawda“ Nr. 255,
7. November 1925.
Unterschrift: J. Stalin.

BRIEF AN DAS PRÄSIDIUM DER XXII. LENINGRADER GOUVERNEMENTSPARTEIKONFERENZ[48]

Werte Genossen!

Dem Sekretariat des ZK der KPR(B) ist zur Kenntnis gelangt, dass einige Teilnehmer Ihrer Konferenz der Meinung sind, die von der XIV. Moskauer Parteikonferenz zum Rechenschaftsbericht des ZK angenommene Resolution[49] sei angeblich gegen die Leningrader Organisation gerichtet, wobei diese Genossen angeblich zum offenen Kampf der Leningrader Delegation auf dem Parteitag aufrufen. Entsprechen diese Nachrichten den Tatsachen, so halte ich es für meine Pflicht, Ihnen folgendes zu erklären.

Auf der Moskauer Konferenz wurde eine grundsätzliche Resolution zu grundsätzlichen Fragen angenommen. An Hand der Stenogramme der sowohl auf der Moskauer Konferenz als auch auf den Bezirkskonferenzen gehaltenen Reden, wie auch an Hand der oben erwähnten Resolution kann man sich unschwer davon überzeugen, dass in Moskau weder jemand daran dachte, die Leningrader Organisation zu diskreditieren, noch daran, zum Kampf gegen sie aufzurufen. In Anbetracht dessen erscheinen mir die Ausführungen von Sarkis, Safarow und anderen, die schon auf den Bezirkskonferenzen gemacht und auf Ihrer Gouvernementskonferenz fortgesetzt wurden, beunruhigend. Und besonders beunruhigend erscheint mir, dass einige Genossen in den letzten Tagen auf Ihrer Konferenz Reden hielten, in denen zum offenen Kampf auf dem Parteitag aufgerufen wird. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist die Einheit der Leninisten - selbst wenn es zwischen ihnen in einzelnen Fragen auch einige Meinungsverschiedenheiten gibt - notwendiger als je zuvor. Die Einheit der Leninisten kann nicht nur gewahrt bleiben, sondern auch gefestigt werden, wenn Ihrerseits der feste Wille dazu besteht. Die Leningrader Organisation ist eine der wichtigsten Stützen unserer Partei und muss es bleiben.

In meiner Eigenschaft als Mitglied des Präsidiums Ihrer Konferenz halte ich es für meine Pflicht, Sie von all dem in Kenntnis zu setzen.

Mitglied des Präsidiums der Konferenz
der Leningrader Organisation
J. Stalin

8. Dezember 1925.

Zeitschrift „Krasnaja Ljetopisj”
(Rote Annalen) Nr. 1 (58), 1934.

DER XIV. PARTEITAG DER KPdSU(B)[50]

18.-31. Dezember 1925

„Prawda” Nr. 291, 292 und 296;
20., 22. Und 29. Dezember 1925.

POLITISCHER RECHENSCHAFTSBERICHT DES ZENTRALKOMITEES

18. Dezember

Genossen! In den letzten zwei Wochen haben Sie Gelegenheit gehabt, Berichte einer ganzen Reihe von Mitgliedern des ZK und Mitgliedern des Politbüros über die Tätigkeit des ZK in der Zeit zwischen dem XIII. und dem XIV. Parteitag zu hören, ausführliche Berichte, die im Wesentlichen unbedingt richtig waren. Ich glaube, es hat kaum Sinn, diese Berichte zu wiederholen. Ich denke, dieser Umstand erleichtert für den Augenblick meine Arbeit, und ich würde es daher für zweckmäßig halten, mich auf die Behandlung einer Reihe von Fragen zu beschränken, die die Tätigkeit des ZK unserer Partei in der Zeit zwischen dem XIII. und dem XIV. Parteitag betreffen.

Gewöhnlich beginnt der Rechenschaftsbericht des ZK mit der außen-politischen Lage. Ich werde diese Gepflogenheit nicht verletzen. Demnach beginne ich gleichfalls mit der außenpolitischen Lage.

I
DIE INTERNATIONALE LAGE

Das Grundlegende und Neue in den außenpolitischen Beziehungen, das Entscheidende und alle Ereignisse dieser Periode Durchdringende besteht darin, dass zwischen unserem Lande, das den Sozialismus aufbaut, und den Ländern der kapitalistischen Weit ein gewisses zeitweiliges Gleichgewicht der Kräfte zustande gekommen ist, ein Gleichgewicht, das die gegenwärtige Phase des „friedlichen Zusammenlebens” des Landes der Sowjets und der Länder des Kapitalismus kennzeichnet. Das, was wir eine Zeitlang als eine kurze Atempause nach dem Krieg betrachteten, ist zu einer Atempause geworden, die sich über eine ganze Periode erstreckt. Hieraus entspringt ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte und eine gewisse Periode des „friedlichen Zusammenlebens“ der Welt der Bourgeoisie und der Welt des Proletariats.

Die Grundlage von alledem ist die innere Schwäche, die Schwäche und Hinfälligkeit des Weltkapitalismus auf der einen Seite und das Anwachsen der revolutionären Arbeiterbewegung überhaupt, besonders das Anwachsen der Kräfte bei uns, im Lande der Sowjets, auf der andern Seite.

Worauf ist diese Schwäche der kapitalistischen Welt zurückzuführen?

Der Grund für diese Schwäche liegt in jenen für den Kapitalismus unüberwindlichen Gegensätzen, die den Rahmen für die gesamte internationale Lage abgeben - Gegensätze, die für die kapitalistischen Länder unüberwindlich sind und die nur durch die fortschreitende Entwicklung der proletarischen Revolution im Westen überwunden werden können.

Was sind das für Gegensätze? Man kann sie in fünf Gruppen zusammenfassen.

Die erste Gruppe von Gegensätzen sind die Gegensätze zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern.

Die zweite Gruppe von Gegensätzen sind die Gegensätze zwischen dem Imperialismus und der Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern.

Die dritte Gruppe von Gegensätzen sind jene Gegensätze, die sich zwischen den aus dem imperialistischen Krieg als Sieger hervorgegangenen Staaten und den besiegten Staaten entwickeln und zwangsläufig entwickeln müssen.

Die vierte Gruppe von Gegensätzen sind jene Gegensätze, die sich zwischen den Siegerstaaten selbst entwickeln und zwangsläufig entwickeln müssen.

Und die fünfte Gruppe von Gegensätzen sind jene Gegensätze, die sich zwischen dem Lande der Sowjets und den Ländern des Kapitalismus in ihrer Gesamtheit entwickeln.

Das sind die fünf Hauptgruppen von Gegensätzen, in deren Rahmen sich unsere internationale Lage entwickelt.
Genossen! Ohne die Natur und das Anwachsen dieser Gegensätze kurz untersucht zu haben, können wir die gegenwärtige internationale Lage unseres Landes nicht verstehen. Deshalb muss ein kurzer Überblick über diese Gegensätze unbedingt einen Bestandteil meines Rechenschaftsberichts bilden.

1. Die Stabilisierung des Kapitalismus

Beginnen wir also mit der ersten Reihe von Gegensätzen, den Gegensätzen zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den Ländern des Kapitalismus. Man kann die grundlegenden Tatsachen auf diesem Gebiet wie folgt zusammenfassen.
Erstens. Der Kapitalismus ist dabei, aus dem nach dem Krieg eingetretenen Chaos in Produktion, Handel und Finanzen, in das er geraten war, herauszukommen, oder er ist aus diesem Chaos bereits herausgekommen. Die Partei hat dies als teilweise oder zeitweilige Stabilisierung des Kapitalismus bezeichnet. Was bedeutet das? Das bedeutet, dass es mit der Produktion und dem Handel der kapitalistischen Länder, die eine Zeitlang während der Periode der Nachkriegskrise (ich denke an die Jahre 1919-1920) schrecklich zurückgegangen waren, jetzt aufwärts zu gehen begonnen hat, und auch die politische Macht der Bourgeoisie hat sich mehr oder weniger zu konsolidieren begonnen. Das bedeutet, dass der Kapitalismus zeitweilig aus dem Chaos herausgekraxelt ist, in das er nach dem Krieg geraten war.
Für Europa haben wir folgende Zahlen:
Mit der Produktion geht es im Vergleich zu 1919 in allen fortgeschrittenen Ländern Europas entweder vorwärts - sie wächst und hat stellenweise 80-90 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht -, oder sie ist unverändert geblieben. Nur in England haben einige Produktionszweige sich noch nicht wieder aufgerichtet. Im Wesentlichen geht es, wenn wir Europa als Ganzes nehmen, mit Produktion und Handel voran, allerdings ohne dass bis jetzt die Vorkriegsnorm erreicht worden wäre. Nehmen wir die Getreideproduktion, so haben wir in England 80-85 Prozent, in Frankreich 83 Prozent und in Deutschland 68 Prozent des Vorkriegsstandes. Sehr langsam steigt die Getreideproduktion in Deutschland. In Frankreich steigt sie gar nicht, in England geht sie zurück. Das alles wird durch Getreideeinfuhr aus Amerika ausgeglichen. Die Kohlenförderung erreicht 1925 in England 90 Prozent, in Frankreich 107 Prozent, in Deutschland 93 Prozent der Vorkriegsmenge. Die Stahlproduktion liegt in England bei 98 Prozent, in Frankreich bei 102 Prozent, in Deutschland bei 78 Prozent des Vorkriegsstandes. Der Baumwollverbrauch hat in England 82 Prozent, in Frankreich 83 Prozent, in Deutschland 81 Prozent der Vorkriegsmenge erreicht. Der Außenhandel weist in England einen Passivsaldo auf und liegt bei 94 Prozent des Vorkriegsstandes, in Deutschland liegt er etwas über dem Stand von 1919 und weist gleichfalls einen Passivsaldo auf, in Frankreich liegt er jetzt mit 102 Prozent über dem Vorkriegsstand. Nehmen wir den europäischen Handel als Ganzes, so lag er 1921 bei 63 Prozent und hat jetzt, im Jahre 1925, 82 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht. Der Staatshaushalt wird in diesen Ländern schlecht und recht im Gleichgewicht gehalten, aber das geschieht auf Kosten der Bevölkerung, die furchtbar mit Steuern belastet wird. In einzelnen Ländern kommen Währungsschwankungen vor, aber das frühere Chaos ist im Allgemeinen nicht mehr zu beobachten.
Im Allgemeinen ist das Bild so, dass die wirtschaftliche Nachkriegskrise Europas überwunden wird und Produktion und Handel wieder der Vorkriegsnorm zustreben. Ein europäisches Land, Frankreich, hat auf dem Gebiet des Handels und der Produktion den Vorkriegsstand bereits überschritten, ein anderes europäisches Land aber - ich spreche von England - befindet sich noch immer auf ein und demselben oder fast demselben Niveau, ohne den Vorkriegsstand erreicht zu haben.

Zweitens. Statt der Periode der ansteigenden revolutionären Flut, die wir in den Jahren der Nachkriegskrise beobachten konnten, sehen wir in Europa jetzt eine Periode der Ebbe. Das bedeutet, dass die Frage der unmittelbaren Eroberung der Macht, der Machtergreifung durch das Proletariat gegenwärtig in Europa nicht auf der Tagesordnung steht. Die Periode des Ansteigens der revolutionären Wellen, da die Bewegung vorwärts drängt, anschwillt und die Partei mit ihren Losungen der Bewegung nicht nachzukommen vermag, wie das zum Beispiel bei uns in den Jahren 1905 oder 1917 der Fall war - diese Periode des Aufschwungs steht erst bevor. Jetzt aber haben wir keinen Aufschwung, sondern eine Periode zeitweiliger Ebbe, eine Periode, in der das Proletariat Kräfte sammelt, eine Periode, die bedeutsame Resultate zeitigt in dem Sinne, dass sich neue Formen der Bewegung abzeichnen, dass eine Massenbewegung unter der Flagge des Kampfes für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist und wächst, dass sich Verbindungen zwischen der Arbeiterbewegung des Westens und der Arbeiterbewegung der Sowjetunion anbahnen und festigen, dass zum Beispiel die englische Arbeiterbewegung sich nach links entwickelt, dass Amsterdam zerfällt, dass in dieser Internationale ein tiefer Riss entsteht usw. usw. Ich wiederhole: Wir machen eine Zeit der Kräftesammlung durch, die große Bedeutung für die künftigen revolutionären Aktionen hat. Das ist die Periode, in der es zur Losung der kommunistischen Bewegung wird, die Massenorganisationen des Proletariats (Gewerkschaften usw.) zu erobern und die sozialdemokratischen Führer „von ihren Posten abzusetzen”, wie das bei uns in den Jahren 1911-1912 der Fall war.

Drittens. Das Zentrum der finanziellen Macht in der kapitalistischen Welt, das Zentrum der finanziellen Ausbeutung der ganzen Welt hat sich von Europa nach Amerika verlagert. Früher bildeten gewöhnlich Frankreich, Deutschland und England das Zentrum der finanziellen Ausbeutung der Welt. Heute kann man das schon nicht mehr ohne besondere Vorbehalte sagen. Heute bilden hauptsächlich die Vereinigten Staaten von Nordamerika das Zentrum der finanziellen Ausbeutung der Welt. Dieser Staat wächst in jeder Beziehung: sowohl was die Produktion als auch was den Handel und die Akkumulation betrifft. Ich will einige Zahlen anführen. Die Erzeugung von Getreide hat in Nordamerika den Vorkriegsstand überschritten; sie ist gleich 104 Prozent im Verhältnis zur Vorkriegsmenge. Die Kohlenförderung hat 90 Prozent der Vorkriegsmenge erreicht, aber dies Manko wird durch die kolossale Steigerung der Erdölgewinnung ausgeglichen. Es muss gesagt werden, dass Amerikas Erdölförderung 70 Prozent der Weltförderung ausmacht. Die Stahlerzeugung ist auf 147 Prozent gestiegen, sie liegt also um 47 Prozent über dem Vorkriegsstand. Das Volkseinkommen ist gleich 130 Prozent, übersteigt also um 30 Prozent das Vorkriegsniveau. Der Außenhandel hat 143 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht und weist ein gewaltiges Aktivsaldo zu ungunsten der europäischen Länder auf. Von den 9 Milliarden des gesamten Goldvorrats der Welt befinden sich ungefähr 5 Milliarden in Amerika. Die Währung der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die stabilste aller Währungen. Was die Kapitalausfuhr betrifft, so ist Amerika heute fast das einzige Land, das in ständig steigender Proportion Kapital ausführt. Frankreich und Deutschland führen furchtbar wenig Kapital aus, England hat gleichfalls seine Kapitalausfuhr bedeutend eingeschränkt.

Viertens. Die zeitweilige Stabilisierung des europäischen Kapitalismus, von der ich vorhin gesprochen habe, ist hauptsächlich mit Hilfe von amerikanischem Kapital und um den Preis der finanziellen Unterordnung Westeuropas unter Amerika erreicht worden. Um das zu beweisen, braucht man nur die Summe der Staatsverschuldung Europas an Amerika anzuführen. Diese Summe beläuft sich auf nicht weniger als 26 Milliarden Rubel. Ich sehe ganz ab von der privaten Verschuldung an Amerika, das heißt von den Investitionen Amerikas in europäischen Unternehmungen, die für Europa eine Summe von mehreren Milliarden ausmachen. Was besagt das? Das besagt, dass Europa mit Hilfe des Kapitalzuflusses aus Amerika (teilweise auch aus England) begonnen hat, mehr oder welliger

auf die Beine zu kommen. Um welchen Preis? Um den Preis der finanziellen Unterordnung Europas unter Amerika.
Fünftens. Infolgedessen muss Europa, um die Zinsen zahlen und die Schulden tilgen zu können, die Steuerlast der Bevölkerung vergrößern und die Lage der Arbeiter verschlechtern. Dies gerade geschieht gegenwärtig in den europäischen Ländern. Schon jetzt, da die Tilgung der Schulden und ihre Verzinsung noch gar nicht richtig begonnen haben, schon jetzt ist die Steuerlast zum Beispiel in England von 11 Prozent des Volkseinkommens (im Jahre 1913) auf 23 Prozent im Jahre 1924 gestiegen; in Frankreich von 13 Prozent des Volkseinkommens auf 21 Prozent; in Italien von 13 Prozent auf 19 Prozent. Natürlich wird die Steuerlast schon in nächster Zukunft noch weiter steigen. Infolgedessen wird sich die materielle Lage der Werktätigen Europas, vor allem der Arbeiterklasse, zwangsläufig verschlechtern, und in der Arbeiterklasse wird unausbleiblich eine Revolutionierung vor sich gehen. Anzeichen dieser Revolutionierung sind bereits festzustellen sowohl in England als auch in anderen Ländern Europas. Ich denke dabei an die unverkennbare Linksentwicklung der europäischen Arbeiterklasse.
Das sind die grundlegenden Tatsachen, die davon zeugen, dass die zeitweilige Stabilisierung des Kapitalismus, die Europa erreicht hat, eine faule Stabilisierung ist, zustande gekommen auf einer morschen Grundlage.
Es ist sehr wohl möglich - ich halte das nicht für ausgeschlossen -, dass Produktion und Handel in Europa auch das Vorkriegsniveau noch erreichen werden. Aber das bedeutet noch nicht, dass der Kapitalismus damit die Stabilität erreicht, die er vor dem Kriege hatte. Eine solche Stabilität wird er überhaupt niemals mehr erreichen. Weshalb? Erstens, weil Europa seine zeitweilige Stabilisierung um den Preis der finanziellen Unterordnung unter Amerika erkauft hat, die zu einer kolossalen Vergrößerung der Steuerlasten, zu einer unvermeidlichen Verschlechterung der Lage der Arbeiter und zur Revolutionierung der europäischen Länder führt; zweitens, weil es eine ganze Reihe anderer Ursachen gibt, auf die ich noch zu sprechen komme, Ursachen, die die gegenwärtige Stabilisierung zu einer unbeständigen, labilen machen.
Wenn wir alles das zusammenfassen, was ich eben zur Analyse der ersten Reihe von Gegensätzen gesagt habe, so ergibt sich die allgemeine Schlussfolgerung, dass sich der Kreis der wichtigsten die Welt ausbeutenden Staaten gegenüber der Vorkriegszeit aufs äußerste verengt hat. Früher waren England, Frankreich, Deutschland und teilweise Antierika die Hauptausbeuter, jetzt hat sich dieser Kreis aufs äußerste verengt. Jetzt sind die finanziellen Hauptausbeuter der Welt und folglich auch ihre Hauptgläubiger Nordamerika und teilweise auch England als dessen Gehilfe.
Das bedeutet noch nicht, dass Europa in die Lage einer Kolonie gekommen sei. Die europäischen Länder, die nach wie vor die Ausbeutung ihrer Kolonien fortsetzen, sind jetzt selbst in die finanzielle Abhängigkeit von Amerika geraten und infolgedessen ihrerseits Ausbeutungsobjekte Amerikas geworden, was sie auch weiter bleiben werden. In diesem Sinne hat sich der Kreis der Hauptstaaten, die die Welt in finanzieller Hinsicht ausbeuten, bis auf ein Minimum verengt, während der Kreis der ausgebeuteten Länder sich erweitert hat.
Darin besteht eine der Ursachen für die Labilität und die innere Schwäche der gegenwärtigen Stabilisierung des Kapitalismus.

2. Der Imperialismus, die Kolonien und die Halbkolonien

Kommen wir zur zweiten Reihe von Gegensätzen, den Gegensätzen zwischen den imperialistischen und den kolonialen Ländern.
Die grundlegenden Tatsachen auf diesem Gebiet sind: die Entwicklung und das Anwachsen der Industrie und des Proletariats in den Kolonien, besonders während des Krieges und nach dem Krieg; das kulturelle Wachstum im allgemeinen und das Anwachsen der nationalen

Intelligenz dieser Länder im besonderen; das Anschwellen der national-revolutionären Bewegung in den Kolonien und die Krise der Weltherrschaft des Imperialismus überhaupt; der Befreiungskampf Indiens und Ägyptens gegen den englischen Imperialismus; der Befreiungskrieg Syriens und Marokkos gegen den französischen Imperialismus; der Befreiungskampf Chinas gegen den englisch-japanisch-amerikanischen Imperialismus usw.; das Anwachsen der Arbeiterbewegung in Indien, China und die wachsende Rolle der Arbeiterklasse dieser Länder in der national-revolutionären Bewegung.

Daraus folgt, dass die Großmächte vor der Gefahr stehen, ihr wichtigstes Hinterland, das heißt die Kolonien, zu verlieren. Hier hinkt die Stabilisierung des Kapitalismus auf beiden Beinen, denn die revolutionäre Bewegung der unterdrückten Länder beginnt, Schritt für Schritt anwachsend, manchenorts die Form des direkten Krieges gegen den Imperialismus anzunehmen (Marokko, Syrien, China), während der Imperialismus offensichtlich nicht mit der Aufgabe fertig wird, „seine" Kolonien zu bändigen.

Es wird gesagt - besonders von bürgerlichen Schriftstellern -, am Anschwellen der Krise in den Kolonien seien die Bolschewiki schuld. Ich muss sagen, dass man uns zuviel Ehre erweist, wenn man uns dessen beschuldigt. Leider sind wir noch nicht so stark, um allen Kolonialländern beim Werk ihrer Befreiung unmittelbar helfen zu können. Die Ursache muss tiefer gesucht werden. Die Ursache besteht, abgesehen von allem übrigen, darin, dass die Staaten Europas, die ja Zinsen an Amerika zu zahlen haben, gezwungen sind, die Unterdrückung und Ausbeutung in den Kolonien und abhängigen Ländern zu verstärken, was unweigerlich zur Verstärkung der Krise und der revolutionären Bewegung in diesen Ländern führen muss.

All dies spricht dafür, dass es um die Geschäfte des Weltimperialismus auf diesem Gebiet mehr als schlecht bestellt ist. Wenn der Kapitalismus Europas sich hinsichtlich der zur ersten Reihe gehörenden Gegensätze teilweise stabilisiert hat und die Frage der unmittelbaren Machtergreifung durch das Proletariat vorläufig nicht auf der Tagesordnung steht, so hat die Krise in den Kolonien ihren Höhepunkt erreicht, und die Frage der Verjagung der Imperialisten aus einer ganzen Reihe von Kolonien steht auf der Tagesordnung.

3. Sieger und Besiegte

Ich komme zur dritten Reihe von Gegensätzen, zu denen, die zwischen den Siegerländern und den besiegten Ländern bestehen.

Die grundlegenden Tatsachen auf diesem Gebiet sind folgende. Erstens ist Europa seit dem Versailler Frieden in zwei Lager gespalten - das Lager der Besiegten (Deutschland, Österreich und andere Länder) und das Lager der Sieger (die Entente plus Amerika). Zweitens muss der Umstand vermerkt werden, dass die Sieger, die früher versuchten, die besiegten Länder mittels der Okkupation zu erwürgen (ich erinnere Sie an das Ruhrgebiet), auf dieses Mittel verzichtet haben und zu einer anderen Methode übergegangen sind, zur Methode der finanziellen Ausbeutung in erster Linie Deutschlands und in zweiter Linie Österreichs. Ein Ausdruck dieser neuen Methode ist der Dawesplan, dessen negative Auswirkungen sich erst jetzt zeigen. Drittens hat die Konferenz von Locarno[51], die angeblich alle Gegensätze zwischen Siegern und Besiegten aus der Welt geschafft hat, in Wirklichkeit trotz des Lärms, der um diese Frage gemacht wird, faktisch keinerlei Gegensätze beseitigt, sondern diese lediglich verschärft.

Der Sinn des Dawesplans besteht darin, dass Deutschland nicht mehr und nicht weniger als rund 130 Milliarden Goldmark zu verschiedenen Fristen an die Entente zu zahlen hat. Die Resultate des Dawesplans zeigen sich bereits in einer Verschlechterung der ökonomischen Lage Deutschlands, im Zusammenbruch einer ganzen Anzahl von Unternehmungen, im Anschwellen der Arbeitslosigkeit usw. Der in Amerika aufgestellte Dawesplan sieht so aus: Europa zahlt seine Schulden an Amerika auf Kosten Deutschlands, das Reparationen an

Europa zu zahlen hat; da Deutschland aber diesen ganzen Betrag nicht aus dem Nichts herauspumpen kann, so soll Deutschland eine Reihe von freien Märkten, die noch nicht von anderen kapitalistischen Ländern besetzt sind, erhalten, damit es dort neue Kräfte und neues Blut für Reparationsleistungen schöpfen kann. Abgesehen von einer Reihe unbedeutender Märkte hat Amerika dabei unsere russischen Märkte im Auge. Sie sollen laut Dawesplan Deutschland überlassen werden, damit es etliches herauspressen kann und etwas hat, um die Reparationszahlungen an Europa leisten zu können, das seinerseits für Rechnung seiner Staatsschulden an Amerika zahlen soll. Dieser ganze Plan sieht zwar schön aus, aber die Rechnung ist ohne den Wirt gemacht, denn dieser Plan bedeutet für das deutsche Volk eine doppelte Auspressung, die Auspressung des Proletariats Deutschlands durch die deutsche Bourgeoisie und die Auspressung des ganzen deutschen Volkes durch das Auslandskapital. Wollte man sagen, diese doppelte Auspressung werde am deutschen Volk spurlos vorübergehen, so hieße das in einen Irrtum verfallen. Deshalb glaube ich, dass in dieser Hinsicht der Dawesplan den Keim einer unvermeidlichen Revolution in Deutschland in sich trägt. Er wurde aufgestellt, um Deutschland zu befrieden, aber er, der Dawesplan, muss unvermeidlich zur Revolution in Deutschland führen. Der zweite Teil dieses Planes, demzufolge Deutschland aus den russischen Märkten die Kopeken für Europa herauspressen soll, ist ebenfalls eine Rechnung, die ohne den Wirt gemacht wurde. Weshalb? Weil wir gar nicht daran denken, uns zu einem Agrarland für irgendein anderes Land machen zu lassen, auch nicht für Deutschland. Wir werden selbst Maschinen und andere Produktionsmittel herstellen. Darauf zu spekulieren, dass wir einverstanden sein würden, unser Heimatland in ein Agrarland für Deutschland zu verwandeln, bedeutet daher, die Rechnung ohne den Wirt zu machen. In dieser Hinsicht steht der Dawesplan auf tönernen Füßen.

Was Locarno anbelangt, so ist es nur eine Fortsetzung von Versailles und kann nur den Zweck haben, den „Status quo” aufrechtzuerhalten, wie man sich in der Diplomatensprache ausdrückt, das heißt die bestehende Ordnung der Dinge aufrechtzuerhalten, kraft deren Deutschland ein besiegtes Land und die Entente die Siegerin ist. Durch die Konferenz von Locarno wird diese Ordnung juristisch in dem Sinne verankert, dass die neuen Grenzen Deutschlands zugunsten Polens, zugunsten Frankreichs erhalten bleiben, dass Deutschland seine Kolonien verliert und dass es gleichzeitig, an Händen und Füßen gebunden und in ein Prokrustesbett hineingezwängt, alle Maßnahmen treffen soll, um 130 Milliarden Goldmark aufzubringen. Anzunehmen, das wachsende und vorwärts schreitende Deutschland werde sich mit dieser Lage abfinden, hieße an Wunder glauben. Wenn früher, nach dem Deutsch-Französischen Krieg, die Frage Elsaß-Lothringens, als einer der Knotenpunkte der damals bestehenden Gegensätze, eine der ernstesten Ursachen für den imperialistischen Krieg bildete, wo ist dann eine Garantie, dass der Versailler Frieden und seine Fortsetzung - Locarno -, die den Verlust Schlesiens, des Danziger Korridors und Danzigs für Deutschland, den Verlust Galiziens und Westwolhyniens für die Ukraine, den Verlust der westlichen Landesteile für Bjelorußland, den Verlust Wilnas für Litauen usw. legalisieren und juristisch sanktionieren - wo ist dann eine Garantie, dass dieser Vertrag, der eine ganze Reihe von Staaten zerstückelt und eine ganze Reihe Knoten von Gegensätzen geschürzt hat, nicht das gleiche Schicksal erleiden wird wie seinerzeit der deutsch-französische Vertrag, der nach dem Deutsch-Französischen Krieg Elsaß-Lothringen von Frankreich losriss?

Eine solche Garantie gibt es nicht und kann es nicht geben.

Wenn der Dawesplan den Keim einer Revolution in Deutschland in sich trägt, so trägt Locarno den Keim eines neuen Krieges in Europa in sich.

Die englischen Konservativen möchten sowohl den „Status quo” gegenüber Deutschland aufrechterhalten als auch Deutschland gegen die Sowjetunion ausspielen. Haben sie sich da nicht ein wenig zuviel vorgenommen?

Man redet von Pazifismus, man redet von Frieden zwischen den europäischen Staaten. Briand und Chamberlain liegen einander in den Armen, und Stresemann ergeht sich in

Komplimenten an England. Das alles sind Bagatellen. Wir wissen aus der Geschichte Europas, dass jedesmal, wenn Verträge über Kräftegruppierungen für einen neuen Krieg abgeschlossen wurden, sie, diese Verträge, als Friedensverträge bezeichnet wurden. Man schloss Verträge, die Elemente eines kommenden Krieges enthielten, und stets begleiteten Friedensdrommeten und Friedensgeschrei den Abschluss solcher Verträge. An falschen Friedensaposteln hat es bei diesen Anlässen nie gefehlt. Ich rufe geschichtliche Tatsachen aus der Zeit nach dem Deutsch-Französischen Krieg ins Gedächtnis, aus dem Deutschland als Sieger und Frankreich als Besiegter hervorgegangen waren. Damals gab sich Bismarck alle Mühe, den „Status quo” aufrechtzuerhalten, das heißt den Zustand, der nach dem siegreichen Krieg Deutschlands gegen Frankreich entstanden war. Damals trat Bismarck für den Frieden ein, weil ihm dieser Frieden eine ganze Reihe von Privilegien gegenüber Frankreich sicherte. Frankreich trat ebenfalls für den Frieden ein, zumindest in der ersten Zeit, solange es sich noch nicht von dem verlorenen Krieg erholt hatte. In dieser Periode also, als alle von Frieden redeten und falsche Apostel die friedlichen Absichten Bismarcks besangen, schlossen Deutschland und Österreich einen Vertrag, einen durchaus friedlichen, durchaus pazifistischen Vertrag, der später eine der Grundlagen des kommenden imperialistischen Krieges bilden sollte. Ich spreche von dem 1879 geschlossenen Vertrag zwischen Österreich und Deutschland. Gegen wen war dieser Vertrag gerichtet? Gegen Rußland und Frankreich. Wovon war in diesem Vertrag die Rede? Man höre:

„In Erwägung, dass ein inniges Zusammengehen von Deutschland und Österreich-Ungarn niemanden bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren, haben Ihre Majestäten” (d. h. die beiden Kaiser) „einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Verteidigung zu knüpfen beschlossen.”

Sie hören: ein inniges Zusammengehen Deutschlands und Österreichs um des europäischen Friedens willen. Der Vertrag wurde als „Bund des Friedens” bezeichnet, indessen sind alle Historiker darin einig, dass dieser Vertrag der direkten Vorbereitung des imperialistischen Krieges von 1914 diente. Die Folge dieses Vertrags über den Frieden in Europa, in Wirklichkeit aber über den Krieg in Europa, war ein anderer Vertrag, und zwar der Vertrag zwischen Rußland und Frankreich von 1891 bis 1893, natürlich gleichfalls über Frieden - worüber denn sonst! Und wie heißt es in diesem Vertrag? Darin heißt es, dass „Frankreich und Rußland, von dem gleichen Bestreben beseelt, den Frieden aufrechtzuerhalten, folgende Vereinbarung getroffen haben”.

Welche Vereinbarung - das wurde damals nicht offen ausgesprochen. Indessen hieß es in einer Geheimklausel des Vertrags: Im Falle eines Krieges hat Rußland gegen Deutschland 700000 Mann und Frankreich (scheint’s) 1300000 zu stellen.

Beide Verträge wurden offiziell als Verträge des Friedens, der Freundschaft und der Ruhe in ganz Europa bezeichnet.

Zur Vollendung alles dessen tritt sechs Jahre später, im Jahre 1899, die Haager Friedenskonferenz zusammen, auf der die Frage der Rüstungseinschränkung behandelt wird. Das geschieht zu dem gleichen Zeitpunkt, da auf Grund des Vertrags zwischen Frankreich und Rußland französische Generalstabsoffiziere nach Rußland kommen, um Aufmarschpläne für den Kriegsfall auszuarbeiten, während russische Generalstabsoffiziere nach Frankreich fahren, um zusammen mit französischen Generalen die Pläne für die künftigen Kriegsoperationen gegen Deutschland aufzustellen. Das geschieht zur selben Zeit, da die Generalstäbe Deutschlands und Österreichs den Plan festlegen und die Bedingungen ausarbeiten, nach denen Österreich und Deutschland koordiniert ihre Nachbarn im Westen und Osten angreifen sollen. In dem gleichen Augenblick (all das geschieht natürlich heimlich, hinter dem Rücken der Öffentlichkeit) tritt 1899 die Haager Konferenz zusammen, auf der der Frieden proklamiert und ein großes Lügengeschrei über Rüstungseinschränkung erhoben wird.

Hier haben Sie ein Muster der beispiellosen Heuchelei bürgerlicher Diplomatie, die durch Friedenslärm und Friedenshymnen die Vorbereitung eines neuen Krieges zu verbergen sucht.
Haben wir nach alledem Anlass, den Friedenshymnen auf den Völkerbund und Locarno zu trauen? Natürlich nicht. Deshalb können wir weder Chamberlain und Briand glauben, wenn sie einander in den Armen liegen, noch Stresemann, wenn er sich in Komplimenten ergeht. Deshalb glauben wir, dass Locarno ein Plan der Kräftegruppierung für einen neuen Krieg und nicht für den Frieden ist.
Interessant ist die Rolle der II. Internationale in dieser Frage. Sind es doch vor allem die Führer der II. Internationale, die alle Künste spielen lassen, um den Arbeitern einzureden, Locarno sei ein Friedensinstrument und der Völkerbund die Arche des Friedens, die Bolschewiki aber wollten nicht in den Völkerbund eintreten, weil sie gegen den Frieden seien und dergleichen mehr. Worauf läuft also dieser ganze Lärm der II. Internationale hinaus, wenn man das oben Gesagte in Betracht zieht, insbesondere das von mir angeführte historische Tatsachenmaterial über eine ganze Reihe von Verträgen nach dem Deutsch-Französischen Krieg, die gleichfalls als Verträge des Friedens bezeichnet wurden, während sie in Wirklichkeit Verträge des Krieges waren? Was besagt die jetzige Einstellung der II. Internationale zu Locarno? Sie besagt, dass die II. Internationale nicht nur eine Organisation zur bürgerlichen Demoralisierung der Arbeiterklasse ist, sondern auch eine Organisation zur moralischen Rechtfertigung aller Ungerechtigkeiten des Versailler Friedens. Sie besagt, dass die II. Internationale eine Hilfsorganisation der Entente ist, eine Organisation, die durch ihre Tätigkeit und ihr geräuschvolles Eintreten für Locarno und den Völkerbund alle die Ungerechtigkeiten und all die Unterdrückung moralisch rechtfertigen soll, die durch das Versailles-Locarno-Regime heraufbeschworen worden sind.

4. Die Gegensätze zwischen den Siegerländern

Ich komme zur vierten Reihe von Gegensätzen, den Gegensätzen zwischen den Siegerländern. Hier lassen sich die grundlegenden Tatsachen dahingehend zusammenfassen, dass trotz eines gewissen Blocks zwischen Amerika und England, eines Blocks, dessen Grundlage das Übereinkommen Amerikas und Englands gegen die Annullierung der interalliierten Schulden bildet, dass trotz dieses Blocks, sage ich, der Interessenkampf zwischen England und Amerika nicht schwächer, sondern im Gegenteil stärker wird. Eine der Grundfragen für die Weltmächte ist heute die Erdölfrage. Wenn wir zum Beispiel Amerika nehmen, so beläuft sich seine Produktion auf ungefähr 70 Prozent der gesamten Weltförderung und sein Konsum auf über 60 Prozent des gesamten Weltverbrauchs. Auf diesem Gebiet also, das den Lebensnerv der gesamten wirtschaftlichen und militärischen Betätigung der Weltmächte darstellt, stößt Amerika stets und überall auf den Widerstand Englands. Wenn wir die beiden weltumspannenden Erdölgesellschaften nehmen- „Standard Oil" und „Koninklijke Shell", von denen die erste Amerika und die zweite England repräsentiert -, so sehen wir, dass der Kampf zwischen diesen Gesellschaften in allen Teilen der Welt, wo nur Erdöl zu finden ist, vor sich geht. Es ist dies ein Kampf zwischen Amerika und England. Denn die Erdölfrage ist eine Lebensfrage, weil es davon, wer mehr Erdöl haben wird, abhängt, wer im nächsten Krieg das Kommando haben wird. Davon, wer mehr Erdöl haben wird, hängt es ab, wer die Industrie und den Handel der Welt beherrschen wird. Das Erdöl ist, seitdem die Flotten der fortgeschrittenen Länder sich auf Ölfeuerung umstellen, zum Lebensnerv im Kampf der Weltstaaten um die Vormachtstellung sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten geworden. Und gerade auf diesem Gebiet tobt zwischen den Erdölgesellschaften Englands und den Erdölgesellschaften Amerikas ein Kampf auf Leben und Tod, der freilich nicht immer offen zutage tritt, aber stets da ist und fortglimmt, wie aus der Geschichte der Verhandlungen und aus der Geschichte der Zusammenstöße zwischen England und Amerika auf diesem Boden zu ersehen ist. Es genügt, an eine ganze Reihe von Noten zu erinnern, worin Hughes, als er

Außenminister Amerikas war, England in der Erdölfrage angriff. Der Kampf wird bald versteckt, bald offen geführt: in Südamerika, in Persien, in Europa, in den Erdölgebieten Rumäniens und Galiziens, in allen Teilen der Welt. Ich will ganz absehen von einer solchen nicht wenig gewichtigen Tatsache wie dem Interessenkampf zwischen England und Amerika in China. Sie wissen wohl, dass sich hier ein versteckter Kampf abspielt, wobei es Amerika, das geschmeidiger vorgeht und sich von jenen brutalen Kolonialmethoden freihält, von denen die englischen Lords sich noch nicht frei gemacht haben, auf Schritt und Tritt gelingt, England in China übers Ohr zu hauen, um England zu verdrängen und sich selbst den Weg nach China zu bahnen. Selbstverständlich kann England dem nicht gleichgültig zusehen.
Ich will nicht näher eingehen auf die Interessengegensätze zwischen Frankreich und England, die sich aus dem Kampf um die Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent ergeben. Das ist eine allgemein bekannte Tatsache. Klar ist auch, dass der Interessenkampf zwischen England und Frankreich nicht nur um die Frage der Hegemonie auf dem Kontinent, sondern auch in den Kolonien geht. In die Presse sind Nachrichten des Inhalts gedrungen, dass der Krieg gegen den französischen Imperialismus in Syrien und Marokko nicht ohne Teilnahme Englands organisiert worden sei. Ich habe keine Dokumente darüber, aber ich glaube, dass diese Nachrichten nicht der Grundlage entbehren.
Ferner will ich auch nicht von den Interessengegensätzen zwischen Amerika und Japan sprechen - diese sind gleichfalls bekannt. Man braucht sich nur der jüngsten Manöver der amerikanischen Flotte im Stillen Ozean und der Manöver der japanischen Flotte zu erinnern, um zu begreifen, zu welchem Zweck das geschieht.
Schließlich muss ich eine Tatsache vermerken, die alle wundern muss, die Tatsache der kolossalen Aufrüstung in den Siegerländern. Ich spreche von den Siegern, von den Gegensätzen zwischen den Siegerstaaten. Diese Sieger nennen sich Alliierte. Allerdings gehört Amerika nicht zur Entente, aber es hat im Bündnis mit ihr gegen Deutschland gekämpft. Und diese Alliierten rüsten jetzt aus Leibeskräften. Gegen wen rüsten sie? Früher wiesen die Ententeländer, wenn sie aufrüsteten, gewöhnlich auf Deutschland hin und sagten, Deutschland sei bis an die Zähne bewaffnet und bilde eine Gefahr für den Weltfrieden, weswegen es notwendig sei aufzurüsten, um sich verteidigen zu können. Nun, und jetzt? Jetzt existiert Deutschland als bewaffnete Macht nicht mehr: es ist entwaffnet. Indessen wird in den Siegerländern heute aufgerüstet wie noch nie. Wie soll zum Beispiel die ungeheuerliche Zunahme der Luftflotte in Frankreich erklärt werden? Wie soll die ungeheuerliche Zunahme der Rüstungen überhaupt und besonders der Kriegsmarine in England erklärt werden? Wie soll das ungeheuerliche Anwachsen der Kriegsmarine in Amerika und Japan erklärt werden? Wen und was fürchten die Herren „Alliierten”, die Deutschland gemeinsam besiegt und entwaffnet haben? Wovor fürchten sie sich und wozu rüsten sie? Und wo bleibt denn der Pazifismus der II. Internationale, die mit großem Stimmaufwand von Frieden redet und nicht sieht - angeblich nicht sieht -, dass die „Alliierten”, die sich offiziell Freunde nennen, wie toll gegen einen „nicht existierenden” Feind rüsten? Was haben der Völkerbund und die II. Internationale getan, um der wahnwitzigen Aufrüstung ein Ende zu machen? Wissen sie denn nicht, dass bei einer Fortdauer der Rüstungen die „Kanonen von selbst losgehen”? Man erwarte keine Antwort vom Völkerbund und von der II. Internationale. Es handelt sich hier darum, dass der Interessenkampf zwischen den Siegerländern anschwillt und stärker wird, dass ein Zusammenstoß zwischen ihnen unvermeidlich wird und dass sie in Voraussicht eines neuen Krieges aus Leibeskräften und mit allen Mitteln rüsten. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass wir es in diesem Sinne nicht mit einem freundschaftlichen Frieden zwischen den Siegerländern zu tun haben, sondern mit einem bewaffneten Frieden, mit einem Zustand des bewaffneten Friedens, der den Keim des Krieges in sich trägt. Das, was jetzt in den Siegerländern geschieht, erinnert sehr an die Lage, die vor dem Krieg von 1914 bestand - an den Zustand des bewaffneten Friedens.

Die Beherrscher Europas suchen jetzt durch pazifistischen Rummel von dieser Tatsache abzulenken. Ich habe aber bereits gesagt, was dieser Pazifismus wert ist und welche Bedeutung ihm beigemessen werden muss. Die Bolschewiki fordern nun schon seit Genua die Abrüstung[52]. Weshalb unterstützen die II. Internationale und die anderen pazifistischen Schwätzer nicht unsern Vorschlag?

Dieser Umstand beweist ein übriges Mal, dass die Stabilisierung, die zeitweilige, teilweise Stabilisierung, die Europa um den Preis seiner Versklavung erreicht hat, nicht dauerhaft ist, denn die Gegensätze zwischen den Siegerländern nehmen zu und verschärfen sich, von den Gegensätzen zwischen Siegerländern und besiegten Ländern ganz zu schweigen.

5. Die kapitalistische Welt und die Sowjetunion

Ich komme zur fünften Reihe von Gegensätzen - den Gegensätzen zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt.

Das Grundlegende auf diesem Gebiet besteht darin, dass es einen alles umspannenden Weltkapitalismus nicht mehr gibt. Nachdem das Sowjetland auf der Bildfläche erschienen ist, nachdem das alte Rußland sich in die Sowjetunion verwandelt hat, seitdem ist es mit dem alles umspannenden Weltkapitalismus aus. Die Welt ist in zwei Lager gespalten: in das Lager des Imperialismus und das Lager des Kampfes gegen den Imperialismus. Das ist das erste, was festgestellt werden muss.

Das zweite, was auf diesem Gebiet festgestellt werden muss, lässt sich dahingehend zusammenfassen, dass sich an die Spitze der kapitalistischen Länder die beiden ausschlaggebenden Länder - England und Amerika als angloamerikanische Allianz - stellen. An die Spitze der mit dem Imperialismus Unzufriedenen und ihn auf Leben und Tod Bekämpfenden tritt unser Land - die Sowjetunion.

Das dritte ist die Tatsache, dass sich in der Welt zwei ausschlaggebende, aber einander entgegengesetzte Anziehungszentren und dementsprechend zwei Richtungen der Hinneigung zu diesen Zentren herausbilden: England-Amerika als Anziehungszentrum für die bürgerlichen Regierungen und die Sowjetunion - für die Arbeiter des Westens und die Revolutionäre des Ostens. England-Amerika ziehen durch ihren Reichtum an, bei ihnen kann man Kredite erhalten. Die Sowjetunion zieht durch ihre revolutionären Erfahrungen an, durch ihre Erfahrungen im Kampf für die Befreiung der Arbeiter vom Kapitalismus und der unterdrückten Völker vom Imperialismus. Ich spreche von der Hinneigung der Arbeiter Europas und der Revolutionäre des Ostens zu unserem Land. Sie wissen, was es für einen europäischen Arbeiter oder für einen Revolutionär aus den unterdrückten Ländern bedeutet, bei uns zu weiten, wie sie zu uns pilgern, und wie es alles Aufrechte und Revolutionäre in der ganzen Welt in unser Land zieht.

Zwei Lager, zwei Anziehungszentren.

Das vierte ist die Tatsache, dass es in jenem Lager, im Lager des Kapitalismus, keine Einheit der Interessen und keinen Zusammenhalt gibt, dass dort der Interessenkampf herrscht, der Zerfall, der Kampf zwischen Siegern und Besiegten, der Kampf zwischen den Siegern selbst, der gegenseitige Kampf aller imperialistischen Länder um die Kolonien, um die Profite, und dass infolgedessen die Stabilisierung in diesem Lager nicht dauerhaft sein kann. Demgegenüber haben wir in unserem Lande eine gesunde und erstarkende Stabilisierung, ein Anwachsen unserer Wirtschaft, ein Fortschreiten unseres sozialistischen Aufbaus zu verzeichnen, und in unserem ganzen Lager vollzieht sich ein allmählicher, unentwegter Zusammenschluss aller unzufriedenen Elemente und Schichten sowohl des Westens als auch des Ostens um das Proletariat unseres Landes, ihr Zusammenschluss um die Sowjetunion.

Dort, im Lager des Kapitalismus, herrschen Zwiespalt und Zerfall.

Hier, im Lager des Sozialismus, herrschen Geschlossenheit und eine stets stärker werdende Einheit der Interessen gegen den gemeinsamen Feind - gegen den Imperialismus.

Das sind die grundlegenden Tatsachen, die ich aus der fünften Reihe von Gegensätzen hervorheben möchte, der Gegensätze zwischen der Welt des Kapitalismus und der Welt der Sowjets.

Besonders eingehen möchte ich auf die Tatsache, die ich die Hinneigung der revolutionären und sozialistischen Elemente der ganzen Welt zum Proletariat unseres Landes genannt habe. Ich denke an die Arbeiterdelegationen, die in unser Land kommen, Delegationen, die sorgfältig jedes Stückchen unseres Aufbauwerks in Augenschein nehmen, um sich davon zu überzeugen, dass wir fähig sind, nicht nur zu zerstören, sondern auch Neues zu bauen. Worin liegt der Sinn der Arbeiterdelegationen - dieser Pilgerfahrten von Arbeitern in unser Land -, der Delegationen, die jetzt eine ganze Phase in der Entwicklung der Arbeiterbewegung des Westens widerspiegeln? Sie haben gehört, wie die Leiter des Sowjetstaates die englische Arbeiterdelegation, die deutsche Arbeiterdelegation empfangen haben. Haben Sie darauf geachtet, dass unsere Genossen, die die verschiedenen Verwaltungszweige leiten, die Vertreter der Arbeiterdelegationen nicht einfach informiert, sondern ihnen direkt Rechenschaft abgelegt haben? Ich war damals nicht in Moskau, ich war auswärts, aber ich habe Zeitungen gelesen, und ich las, wie Genosse Dzierzynski, der Leiter des Obersten Volkswirtschaftsrats, die deutsche Arbeiterdelegation nicht einfach informiert, sondern ihr Rechenschaft abgelegt hat. Das ist etwas Neues und Besonderes in unserem Leben, was besonders beachtet werden muss. Ich las, wie die Leiter unserer Erdölindustrie, Kossior in Grosny und Serebrowski in Baku, die Arbeiterdelegierten nicht einfach informierten, wie man Exkursionsteilnehmer informiert, sondern wie sie den Arbeiterdelegationen wie einer höheren Kontrollinstanz Rechenschaft ablegten. Ich las, wie alle unsere obersten Behörden, vom Rat der Volkskommissare und vom ZEK bis hinab zu den Exekutivkomitees draußen im Lande, bereit waren, den Arbeiterdelegationen, in denen sie die kameradschaftliche, brüderliche Kontrolle der Arbeiterklasse des Westens über unseren Aufbau, über unseren Arbeiterstaat verkörpert sahen, Rechenschaft abzulegen.

Was besagen alle diese Tatsachen? Sie besagen zweierlei: Erstens, dass die Arbeiterklasse Europas, zum mindesten der revolutionäre Teil der Arbeiterklasse Europas, unseren Staat als sein eigenes Kind betrachtet, dass die Arbeiterklasse nicht aus Neugier ihre Delegationen in unser Land entsendet, sondern, um zu sehen, was bei uns getan wird und wie es getan wird, weil sie sich offenbar für alles, was wir hier aufbauen, moralisch verantwortlich fühlt. Zweitens besagen diese Tatsachen, dass der revolutionäre Teil des Proletariats Europas, indem er unseren Staat adoptiert und als sein eigenes Kind betrachtet, es übernimmt, ihn zu verteidigen und, wenn nötig, für ihn zu kämpfen. Nennen Sie mir einen anderen Staat, und sei er auch noch so demokratisch, der es über sich brächte, sich der brüderlichen Kontrolle von Arbeiterdelegationen aus anderen Ländern zu unterstellen! Sie werden einen solchen Staat nicht nennen können, denn es gibt in der ganzen Welt keinen solchen Staat. Nur unser Staat, der Staat der Arbeiter und Bauern, ist zu einem solchen Schritt fähig. Aber wenn wir den Arbeiterdelegationen ein Maximum von Vertrauen entgegenbringen, so erringt sich unser Land dadurch auch ein Maximum von Vertrauen bei der Arbeiterklasse Europas. Und dieses Vertrauen zu uns ist für uns wertvoller als alle und jegliche Anleihen, denn es, dieses Vertrauen der Arbeiter zu unserem Staat, ist das wichtigste Gegengift gegen den Imperialismus und seine interventionistischen Machenschaften.

Das ist die Grundlage für jene Änderung in den Beziehungen zwischen unserem Staat und dem Proletariat des Westens, die sich auf Grund der Pilgerfahrten der Arbeiter in unser Land vollzogen hat oder sich vollzieht. Das ist das Neue, das viele nicht erfasst haben, das aber jetzt entscheidend ist. Denn wenn man uns als einen Teil der Arbeiterklasse Europas, als ihr Kind betrachtet, wenn die Arbeiterklasse Europas, hiervon ausgehend, die moralische Verantwortung übernimmt, wenn sie die Aufgabe übernimmt, unseren Staat, sagen wir im Falle einer Intervention, gegen den Kapitalismus zu verteidigen, wenn sie die Aufgabe übernimmt, unsere Interessen gegen den Imperialismus zu verteidigen, wovon zeugt das?

Davon, dass unsere Kräfte nicht nur täglich, sondern stündlich wachsen und wachsen werden. Davon, dass die Schwäche des Kapitalismus nicht nur täglich, sondern stündlich zunehmen wird. Denn ohne die Arbeiter kann man heutzutage keinen Krieg führen. Wenn die Arbeiter gegen unsere Republik keinen Krieg führen wollen, wenn sie unsere Republik als ihr eigenes Kind betrachten, dessen Schicksal ihnen am Herzen liegt, so wird ein Krieg gegen unser Land unmöglich. Das ist das Geheimnis, das ist die Wurzel, das ist der Sinn jener Pilgerfahrten in unser Land, der bisherigen und der künftigen, die wir mit allen Kräften fördern müssen als ein Unterpfand der Solidarität und als ein Unterpfand der Stärkung der Freundschaftsbande zwischen den Arbeitern unseres Landes und den Arbeitern des Westens.

Vielleicht ist es nicht überflüssig, ein paar Worte über die Zahl der Delegationen, die unser Land besucht haben, zu sagen. Neulich hörte ich, dass auf der Moskauer Konferenz ein Genosse an Rykow die Frage richtete: „Laufen diese Delegationen uns nicht allzu sehr ins Geld?" Genossen, so darf man nicht reden. In dieser Weise darf man von den zu uns kommenden Arbeiterdelegationen niemals sprechen. Es ist eine Schande, so zu reden. Wir können und dürfen keine Ausgaben und keine Opfer scheuen, wenn es gilt, der Arbeiterklasse des Westens zu helfen, ihre Delegierten zu uns zu schicken, wenn es gilt, diesen zu helfen, sich davon zu überzeugen, dass die Arbeiterklasse, die die Macht erobert hat, fähig ist, nicht nur den Kapitalismus niederzureißen, sondern auch den Sozialismus aufzubauen. Sie, die Arbeiter des Westens, zumindest viele von ihnen, sind noch immer überzeugt, die Arbeiterklasse könne ohne die Bourgeoisie nicht auskommen. Dieses Vorurteil ist die Hauptkrankheit der Arbeiterklasse des Westens, die ihr von den Sozialdemokraten eingeimpft wird. Wir werden keine Opfer scheuen, um der Arbeiterklasse des Westens die Möglichkeit zu geben, sich durch ihre Delegierten davon zu überzeugen, dass die Arbeiterklasse, die die Macht erobert hat, fähig ist, nicht nur das Alte niederzureißen, sondern auch den Sozialismus aufzubauen. Wir werden keine Opfer scheuen, um der Arbeiterklasse des Westens die Möglichkeit zu geben, sich davon zu überzeugen, dass unser Land jener einzige Arbeiterstaat der Welt ist, für den zu kämpfen es sich für sie drüben im Westen lohnt und der es wert ist, dass sie ihn gegen ihren eigenen Kapitalismus verteidigen. (Beifall.)

Drei Arten von Delegationen haben uns besucht: Delegationen von Intellektuellen, Lehrern usw., Delegationen erwachsener Arbeiter, es waren, scheint's, rund gerechnet 10, und Delegationen der Arbeiterjugend. Insgesamt sind 550 Delegierte und Exkursionsteilnehmer in unser Land gekommen. Es werden noch weitere 16 Delegationen erwartet, die beim Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion angemeldet sind. Wir werden solche Besuche auch weiter fördern, um die Verbindung der Arbeiterklasse unseres Landes mit der Arbeiterklasse des Westens zu festigen und dadurch eine Schranke gegen alle und jegliche Interventionsmöglichkeiten zu errichten.

Das sind die kennzeichnenden Züge der grundlegenden Gegensätze, die den Kapitalismus zerfressen.

Was folgt nun aus allen diesen Gegensätzen? Wovon zeugen sie? Sie zeugen davon, dass die kapitalistische Welt von einer ganzen Reihe innerer Widersprüche zerfressen wird, die den Kapitalismus entkräften, dass anderseits unsere Welt, die Welt des Sozialismus, sich immer mehr zusammenschließt, immer fester in ihrem Gefüge wird und dass infolgedessen eben auf diesem Boden jenes zeitweilige Gleichgewicht der Kräfte entstanden ist, das dem Krieg gegen uns ein Ende gemacht hat, das eine Phase des „friedlichen Zusammenlebens" des Sowjetstaats und der kapitalistischen Staaten eingeleitet hat.

Ich muss noch zwei Tatsachen erwähnen, die gleichfalls dahin gewirkt haben, dass wir jetzt an Stelle einer Periode des Krieges eine Phase des „friedlichen Zusammenlebens" haben.

Die erste Tatsache besteht darin, dass Amerika im gegenwärtigen Augenblick keinen Krieg in Europa wünscht. Es sagt gleichsam zu Europa: Ich habe dir Milliarden geliehen, also muckse nicht, wenn du auch weiterhin Geld bekommen willst, wenn du nicht willst, dass deine Währung zum Teufel geht, halt still und arbeite, verdiene Geld und zahle die Zinsen für deine

Schulden. Man braucht kaum zu beweisen, dass dieser Ratschlag Amerikas, auch wenn er für Europa nicht das entscheidende Wort ist, doch nicht ohne Einfluss bleiben kann.
Die zweite Tatsache besteht darin, dass seit dem Siege der proletarischen Revolution in unserem Lande aus dem Weltsystem des Kapitalismus ein ganzes riesiges Land mit riesigen Absatzmärkten, riesigen Rohstoffquellen heraus gefallen ist, was natürlich nicht ohne Einfluss auf die Wirtschaftslage Europas bleiben konnte. Der Verlust eines Sechstels der Welt, der Verlust der Märkte und der Rohstoffquellen unseres Landes bedeutet für das kapitalistische Europa eine Einschränkung der Produktion und deren tiefgehende Erschütterung. So also wurde es notwendig, um der Isoliertheit des europäischen Kapitals von unserem Lande, von unseren Märkten und Rohstoffquellen ein Ende zu machen, sich auf eine gewisse Zeitspanne „friedlichen Zusammenlebens" mit uns einzulassen, um Zugang zu unseren Märkten und Rohstoffquellen zu erlangen, denn anders gibt es, wie sich herausstellt, keine Möglichkeit, irgendeine wirtschaftliche Stabilität in Europa herbeizuführen.

6. Die außenpolitische Lage der UdSSR

Das sind alle die Faktoren, die zu einem gewissen Gleichgewicht der Kräfte zwischen dem Lager des Sozialismus und dem Lager des Kapitalismus in der ganzen Welt geführt und bewirkt haben, dass der Periode des Krieges eine Phase der Atempause folgte, die aus der kurzen Atempause eine Atempause, die sich über eine ganze Periode erstreckt, gemacht und uns die Möglichkeit gegeben haben, eine gewisse, wie Iljitsch sich ausdrückte, „Zusammenarbeit" mit der kapitalistischen Welt herbeizuführen.
Daher die Periode der „Anerkennungen" der Sowjetunion, die begonnen hat und andauern muss.
Ich will die Länder, die uns „anerkannt" haben, nicht aufzählen. Ich glaube, von den großen Ländern, die uns noch nicht anerkannt haben, ist nur Amerika übrig geblieben. Ich will mich auch nicht darüber verbreiten, dass wir nach den „Anerkennungen" Handelsverträge abgeschlossen haben, zum Beispiel mit Deutschland und Italien. Ich will mich auch nicht weiter darüber verbreiten, dass unser Außenhandel bedeutend gewachsen ist, dass an diesem Handel besonders Amerika interessiert ist als ein Land, das Baumwolle an uns liefert, aber auch England und Deutschland interessiert sind als Länder, die Getreide und landwirtschaftliche Erzeugnisse von uns beziehen. Eins muss gesagt werden. Das laufende Jahr ist das erste Jahr seit Beginn der Periode des „gemeinschaftlichen Zusammenlebens" mit den kapitalistischen Staaten, wo wir in einigermaßen großem Umfang gedeihliche und umfassende Beziehungen auf dem Gebiet des Handels mit der kapitalistischen Welt anknüpfen.
Das bedeutet natürlich nicht, dass wir bereits alle die, sozusagen, stillschweigenden Vorbehalte und alle die, wie soll man sich ausdrücken, Ansprüche und Gegenansprüche aus der Welt geschafft hätten, die zwischen unserem Staat und den Staaten des Westens bestanden und noch bestehen. Wir wissen, dass man von uns die Bezahlung von Schulden fordert. Europa hat das noch nicht vergessen und wird es wohl nicht vergessen, jedenfalls nicht so bald. Man sagt uns, dass unsere Vorkriegsschulden an Europa 6 Milliarden betragen, die Kriegsschulden werden auf etwas über 7 Milliarden Rubel geschätzt, was somit insgesamt 13 Milliarden ergibt. Berücksichtigt man die Entwertung der Valuta und zieht man von dieser Summe den Anteil der Randstaaten ab, so ergibt sich, dass wir den westeuropäischen Staaten nicht weniger als 7 Milliarden schulden. Bekannt ist, dass unsere Gegenansprüche, die von der Intervention Englands, Frankreichs und Amerikas während des Bürgerkriegs herrühren, sich (wenn man die Berechnungen Larins zugrunde legt) auf die Summe von, scheint's, 50 Milliarden Rubel belaufen, so dass man uns fünfmal soviel schuldet, als wir selbst schuldig sind. (Zuruf Larins: „Wir werden sie erhalten.") Genosse Larin meint, dass wir eines Tages alles das erhalten werden. (Heiterkeit.) Wenn man aber knapper rechnet, wie das

Volkskommissariat für Finanzen es tut, dann ergeben sich immer noch mindestens 20 Milliarden. Wir bleiben also trotzdem im Vorteil. (Heiterkeit.) Die kapitalistischen Länder aber wollen sich damit nicht abfinden, und wir werden in ihren Listen immer noch als Schuldner geführt.

Auf dieser Grundlage also ergeben sich bei uns Hindernisse und Stockungen in den Verhandlungen mit den Kapitalisten. So war es mit England, so wird es wohl auch mit Frankreich sein.

Welche Stellung nimmt das ZK unserer Partei in dieser Frage ein?

Die gleiche wie beim Abschluss des Vertrages mit MacDonald[53].

Wir können das bekannte Gesetz unseres Landes vom Jahre 1918 über die Annullierung der Zarenschulden[54] nicht aufheben. Wir bleiben auf dem Boden dieses Gesetzes. Wir können nicht die Dekrete annullieren, die verkündet worden sind und die die Expropriation der Expropriateure bei uns gesetzlich verankert haben. Wir stehen auf dem Boden dieser Gesetze und werden ihn auch in Zukunft nicht verlassen. Wir sind aber nicht abgeneigt, bei den praktischen Verhandlungen sowohl für England als auch für Frankreich hinsichtlich der früheren Zarenschulden gewisse Ausnahmen zu machen, derart, dass wir einiges bezahlen und dafür etwas bekommen. Wir sind nicht abgeneigt, frühere Privateigentümer durch Gewährung von Konzessionen zufrieden zu stellen, aber wiederum unter der Bedingung, dass diese Konzessionen nicht an knechtende Bedingungen geknüpft werden. Es ist uns gelungen, mit MacDonald auf dieser Grundlage zu einem Übereinkommen zu gelangen. Diesen Verhandlungen lag die Idee der faktischen Annullierung der Kriegsschulden zugrunde. Und gerade deshalb wurde dieser Vertrag vereitelt. Von wem? Ohne Zweifel von Amerika. Obgleich Amerika an den Verhandlungen Rakowskis mit MacDonald nicht teilnahm, obgleich MacDonald und Rakowski sich über einen bestimmten Vertragsentwurf geeinigt hatten, obgleich dieser Vertragsentwurf beiden Partnern einen Ausweg bot und in diesem Entwurf die Interessen beider Partner mehr oder weniger berücksichtigt wurden, spielte sich Amerika, da dieser Entwurf von der Idee der Annullierung der Kriegsschulden ausging, Amerika aber keinen Präzedenzfall schaffen wollte, denn es würde dann die Milliarden verlieren, die ihm Europa schuldet, spielte es, das heißt Amerika, sich als „Ratgeber” auf, und der Vertrag kam nicht zustande.

Trotzdem stehen wir auch heute noch auf dem Boden des erwähnten Entwurfs.

Von den Fragen unserer Außenpolitik, von den Fragen, die in der Berichtsperiode aufgetaucht sind, den besonders delikaten und umstrittenen Fragen, die die Wechselbeziehungen zwischen unserer Regierung und den Regierungen der westeuropäischen Länder berühren, möchte ich zwei Fragen hervorheben: erstens eine Frage, die von den englischen Konservativen wiederholt angeschnitten wurde und noch angeschnitten werden wird, die Frage der Propaganda, und zweitens die Frage der Kommunistischen Internationale.

Man beschuldigt uns, wir trieben sowohl in Europa als auch in den Kolonien und abhängigen Ländern eine spezielle Propaganda gegen den Imperialismus. Die englischen Konservativen behaupten, die russischen Kommunisten seien Leute, deren Berufung es sei, die Macht des britischen Imperiums zu zerstören. Ich möchte hier erklären, dass das alles purer Unsinn ist. Wir brauchen keine spezielle Propaganda, weder im Westen noch im Osten, seitdem die Arbeiterdelegationen selber zu uns kommen, sich die Verhältnisse bei uns ansehen und die Kunde von unseren Verhältnissen in alle Länder des Westens tragen. Wir brauchen keine andere Propaganda. Das ist die beste, stärkste und wirksamste Propaganda für das Sowjetsystem und gegen das kapitalistische System. (Beifall.)

Man sagt uns, wir trieben im Osten Propaganda. Ich behaupte, dass auch das purer Unsinn ist. Wir brauchen keine spezielle Propaganda im Osten, da doch bekannt ist, dass unsere ganze Staatsordnung auf der Grundlage des Zusammenlebens und der brüderlichen Zusammenarbeit von Völkern der verschiedensten Nationalitäten unseres Landes aufgebaut ist. Jeder Chinese, jeder Ägypter, jeder Inder, der in unser Land kommt und ein halbes Jahr hier weilt, hat die

Möglichkeit, sich davon zu überzeugen, dass unser Land das einzige Land ist, das die Seele der unterdrückten Völker versteht und das die Zusammenarbeit der Proletarier der ehemals herrschenden Nationalität mit den Proletariern der ehemals unterdrückten Nationalitäten in die Wege zu leiten weiß. Wir brauchen keine andere Propaganda, keine andere Agitation im Osten, als dass die Delegationen, die aus China, Indien, Ägypten zu uns kommen, die bei uns tätig waren und sich umgesehen haben, die Kunde von unseren Verhältnissen in alle Welt tragen. Das ist die beste Propaganda und die wirksamste aller Formen, aller Arten der Propaganda.

Aber es gibt eine Kraft, die das britische Imperium zerstören kann und unbedingt auch zerstören wird. Das sind die englischen Konservativen. Sie sind die Kraft, die das britische Imperium unbedingt, unweigerlich zum Untergang führen wird. Man braucht nur an die Politik zu denken, die die Konservativen trieben, als sie ans Ruder kamen[55]. Womit begannen sie? Sie begannen damit, dass sie Ägypten an die Kandare nahmen, den Druck auf Indien verstärkten, in China intervenierten usw. Das ist die Politik der Konservativen. Wer ist hier schuld und wen soll man hier anklagen, wenn die englischen Lords zu einer anderen Politik unfähig sind? Ist es denn schwer zu begreifen, dass die Konservativen, wenn sie auf diesem Wege weitergehen, ebenso sicher, wie zweimal zwei vier ist, das britische Imperium zugrunde richten müssen?

Einige Worte über die Komintern. Im Westen werden von Söldlingen der Imperialisten und Verfassern gefälschter Briefe Gerüchte verbreitet, wonach die Komintern eine Verschwörer- und Terroristenorganisation sei, wonach Kommunisten in den Ländern des Westens umherreisen, um Verschwörungen gegen die europäischen Machthaber anzuzetteln. Unter anderem wird die Sofioter Explosion in Bulgarien mit den Kommunisten in Verbindung gebracht. Ich muss aussprechen, was jedem kultivierten Menschen bekannt sein sollte, wenn er kein gänzlich unwissender Tropf und kein gekauftes Subjekt ist - ich muss erklären, dass die Kommunisten mit der Theorie und der Praxis des individuellen Terrors nichts gemein hatten, nichts gemein haben und nichts gemein haben können, dass die Kommunisten mit der Theorie der Verschwörungen gegen einzelne Personen nichts gemein hatten, nichts gemein haben und nichts gemein haben können. Die Theorie und Praxis der Komintern besteht in der Organisierung der revolutionären Massenbewegung gegen den Kapitalismus. Das stimmt. Das ist die Aufgabe der Kommunisten. Nur Ignoranten und Idioten können Verschwörungen und individuellen Terror durcheinander bringen mit der Politik der Komintern in der revolutionären Massenbewegung.

Ein paar Worte über Japan. Im Westen reiben sich manche unserer Feinde die Hände: Da hat in China eine revolutionäre Bewegung begonnen, natürlich, so sagen sie, haben die Bolschewiki das chinesische Volk bestochen - wer könnte denn sonst ein 400-Millionen-Volk bestechen? -, und das wird dazu führen, dass die „Russen" sich mit den Japanern in die Haare geraten. Das alles ist Unsinn, Genossen. Die Kräfte der revolutionären Bewegung in China sind unermesslich. Sie sind noch gar nicht richtig zur Geltung gekommen. Sie werden erst in der Zukunft zur Geltung kommen. Die Machthaber im Osten und im Westen, die diese Kräfte nicht sehen und ihnen nicht genügend Rechnung tragen, werden den Schaden davon haben. Wir als Staat können nicht umhin, diese Macht in Rechnung zu stellen. Wir sind der Ansicht, dass China heute vor derselben Frage steht, vor der Nordamerika stand, als es sich zu einem Staat vereinigte, vor der Deutschland stand, als es sich zu einem Staat formierte und sich vereinigte, vor der Italien stand, als es sich vereinigte und sich von seinen äußeren Feinden befreite. Recht und Gerechtigkeit sind hier völlig auf der Seite der chinesischen Revolution. Das ist es, weshalb die chinesische Revolution in ihrem Kampf um die Befreiung des chinesischen Volkes vom Joch der Imperialisten und um die Vereinigung Chinas zu einem Staat unsere Sympathie hat und sie auch weiterhin haben wird. Wer mit dieser Macht nicht rechnet und nicht rechnen will, der wird bestimmt der Verlierer sein. Ich glaube, Japan wird begreifen, dass es gleichfalls mit dieser wachsenden Kraft der nationalen Bewegung in China,

die vorwärts schreitet und alles, was sich ihr in den Weg stellt, beiseite fegt, rechnen muss. Tschang Tso-lin geht eben deshalb zugrunde, weil er das nicht begriffen hat. Er geht aber auch deshalb zugrunde, weil er seine ganze Politik auf Zwistigkeiten, auf einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Japan aufgebaut hat. Jeder General, jeder Machthaber in der Mandschurei, der versucht, seine Politik auf Zwistigkeiten zwischen uns und Japan, auf einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen uns und Japan aufzubauen, wird unbedingt zugrunde gehen. Nur derjenige von ihnen wird sich behaupten können, der seine Politik auf einer Verbesserung unserer Beziehungen zu Japan und auf unserer Annäherung an Japan aufbaut, nur ein solcher General und ein solcher Machthaber kann in der Mandschurei fest im Sattel sitzen, denn wir haben keine Interessen, die zur Verschärfung unserer Beziehungen zu Japan führen könnten. Unsere Interessen liegen in der Richtung einer Annäherung unseres Landes an Japan.

7. Die Aufgaben der Partei

Ich komme zu den Aufgaben unserer Partei im Zusammenhang mit der außenpolitischen Lage. Ich glaube, die Aufgaben der Partei müssen hier auf zwei Arbeitsgebieten umrissen werden: auf dem Gebiet der internationalen revolutionären Bewegung und dann auf dem Gebiet der Außenpolitik der Sowjetunion.

Welches sind die Aufgaben auf dem Gebiet der internationalen revolutionären Bewegung?

Die Aufgaben bestehen darin, erstens, zu arbeiten auf der Linie der Festigung der kommunistischen Parteien im Westen, auf der Linie der Gewinnung der Mehrheit der Arbeitermassen durch die kommunistischen Parteien. Zweitens, zu arbeiten auf der Linie der Verstärkung des Kampfes der Arbeiter des Westens für die Gewerkschaftseinheit, für die Festigung der Freundschaft zwischen dem Proletariat unserer Union und dem Proletariat der kapitalistischen Länder. Hierzu gehört auch jene Serie von Pilgerfahrten, von der ich sprach und deren Bedeutung ich oben umriss. Drittens, zu arbeiten auf der Linie der Festigung des Zusammenschlusses zwischen dem Proletariat unseres Landes und der Befreiungsbewegung der unterdrückten Länder, denn diese sind unsere Bundesgenossen im Kampf gegen den Imperialismus. Und viertens, zu arbeiten auf der Linie der Stärkung der sozialistischen Elemente unseres Landes im Sinne des Sieges dieser Elemente über die kapitalistischen Elemente, eines Sieges, der für die Revolutionierung der Arbeiter aller Länder von entscheidender Bedeutung ist. Gewöhnlich beschränken sich die Genossen, wenn sie über die Aufgaben unserer Partei auf dem Gebiet der internationalen revolutionären Bewegung sprechen, auf die drei ersten Aufgaben und vergessen die vierte Aufgabe, sie vergessen, dass unser Kampf in unserem Lande, der Kampf für den Sieg der sozialistischen Elemente in unserem Lande über die kapitalistischen Elemente, dass unser Kampf um den Aufbau zugleich von weltumspannender, internationaler Bedeutung ist, denn unser Land ist die Basis der internationalen Revolution, denn unser Land ist der Haupthebel zur Entfaltung der internationalen revolutionären Bewegung, und wenn hier bei uns der Aufbau im erforderlichen Tempo vorwärts geht, so bedeutet das, dass wir unsere Arbeit in der internationalen revolutionären Bewegung auch auf allen anderen Gebieten gerade so durchführen, wie das die Partei von uns fordert.

Das sind die Aufgaben der Partei auf dem Gebiet der internationalen revolutionären Bewegung.

Und nun die Aufgaben der Partei auf dem Gebiet der Außenpolitik unserer Union.

Erstens, zu arbeiten auf der Linie des Kampfes gegen neue Kriege, ferner auf der Linie der Erhaltung des Friedens und der Sicherung so genannter normaler Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern. Die Grundlage der Politik unserer Regierung, unserer Außenpolitik, ist die Idee des Friedens. Der Kampf für den Frieden, der Kampf gegen neue Kriege, die Entlarvung aller derjenigen Schritte, die zur Vorbereitung eines neuen Krieges unternommen

werden, die Entlarvung von Schritten, die mit der Flagge des Pazifismus Kriegsvorbereitungen in der Praxis verdecken, das ist unsere Aufgabe. Gerade deshalb wollen wir nicht in den Völkerbund eintreten, denn der Völkerbund ist eine Organisation zur Bemäntelung von Kriegsvorbereitungen, denn, um in den Völkerbund einzutreten, müsste man, wie Genosse Litwinow sich richtig ausgedrückt hat, die Wahl treffen, Hammer oder Amboss zu sein. Nun, wir wollen aber weder Hammer für schwache Völker noch Amboss für starke sein. Wir wünschen weder das eine noch das andere, wir sind für den Frieden, wir sind für die Entlarvung aller derjenigen Schritte, die zum Kriege führen, mit welchen pazifistischen Fähnchen sie auch verhüllt sein mögen. Ob das der Völkerbund ist oder Locarno, ganz einerlei, uns kann man nicht mit einer Flagge irreführen, uns kann man nicht durch Lärm einschüchtern.

Zweitens, zu arbeiten auf der Linie der Erweiterung unseres Warenaustauschs mit dem Ausland auf der Grundlage des Außenhandelsmonopols.

Drittens, zu arbeiten auf der Linie der Annäherung an die im imperialistischen Krieg besiegten Länder, an diejenigen Länder, die unter allen kapitalistischen Ländern am meisten zurückgesetzt und benachteiligt sind und infolgedessen in Opposition zu der herrschenden Allianz der Großmächte stehen.

Viertens, zu arbeiten auf der Linie des Zusammenschlusses mit den abhängigen und kolonialen Ländern.

Das sind die Aufgaben auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen und der internationalen Arbeiterbewegung, vor denen die Partei gegenwärtig steht.

II
DIE INNERE LAGE DER SOWJETUNION

Ich komme zum zweiten Teil meines Referats über die Tätigkeit des ZK. Dieser Teil betrifft die innere Lage unseres Staates und die Politik des ZK in den Fragen, die mit der inneren Lage zusammenhängen. Ich möchte einige Zahlen anführen. Obwohl in letzter Zeit in der Presse nicht wenig Zahlen veröffentlicht wurden, sind einige Zahlen dennoch leider unerlässlich.

1. Die Volkswirtschaft als Ganzes

Bevor wir aber zu den Zahlen übergehen, sei es mir gestattet, einige allgemeine Grundsätze zu entwickeln, die für unsere Arbeit beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft entscheidend sind (ich möchte mit der Wirtschaft anfangen).

Erster Grundsatz. Wir arbeiten und bauen unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung. Das bedeutet, dass unsere Wirtschaft und unser Aufbau sich im Gegensatz, in Zusammenstößen zwischen unserem Wirtschaftssystem und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem entwickeln werden. Diesem Widerspruch können wir in keiner Weise entrinnen. Das ist der Rahmen, innerhalb dessen der Kampf der beiden Systeme vor sich gehen muss, des sozialistischen Systems und des kapitalistischen Systems. Das bedeutet außerdem, dass unsere Wirtschaft nicht nur in ihrer Gegensätzlichkeit zur kapitalistischen Wirtschaft des Auslands aufgebaut werden muss, sondern auch im Rahmen der Gegensätzlichkeit der verschiedenen Elemente innerhalb unseres Landes, der Gegensätzlichkeit der sozialistischen Elemente zu den kapitalistischen Elementen.

Hieraus folgt: Wir müssen unsere Wirtschaft so aufbauen, dass unser Land nicht zu einem Anhängsel des kapitalistischen Weltsystems werde, dass es nicht in das Gesamtsystem der kapitalistischen Entwicklung als deren Hilfsbetrieb einbezogen werde, dass sich unsere Wirtschaft nicht als ein Hilfsbetrieb des Weltkapitalismus entwickle, sondern als eine

selbständige Wirtschaftseinheit, die sich hauptsächlich auf den inneren Markt, auf den Zusammenschluss unserer Industrie mit der bäuerlichen Wirtschaft unseres Landes stützt.

Es gibt zwei Generallinien: Die eine geht davon aus, dass unser Land noch lange ein Agrarland bleiben müsse, dass es landwirtschaftliche Erzeugnisse ausführen und Maschinen einführen, dass es dabei bleiben und sich auch in Zukunft in der gleichen Bahn weiterentwickeln müsse. Diese Linie fordert im Grunde genommen den Abbau unserer Industrie. Sie fand vor kurzem in den Thesen Schanins ihren Ausdruck (vielleicht hat sie jemand in der „Ekonomitscheskaja Shisn"[56] gelesen). Diese Linie würde dazu führen, dass unser Land niemals oder fast niemals zu einer richtigen Industrialisierung kommen könnte, dass sich unser Land aus einer wirtschaftlich selbständigen Einheit, die sich auf den inneren Markt stützt, objektiv in ein Anhängsel des kapitalistischen Gesamtsystems verwandeln müsste. Diese Linie bedeutet eine Abkehr von den Aufgaben unseres Aufbaus.

Das ist nicht unsere Linie.

Es gibt eine andere Generallinie, die davon ausgeht, dass wir alle Kräfte aufbieten müssen, um unser Land zu einem wirtschaftlich selbständigen, unabhängigen, auf dem inneren Markt basierenden Land zu machen, zu einem Land, das als ein Anziehungsfeld für alle anderen Länder dient, die nach und nach vom Kapitalismus abfallen und in die Bahnen der sozialistischen Wirtschaft einlenken werden. Diese Linie erfordert maximale Entfaltung unserer Industrie, jedoch nach Maßgabe und im Einklang mit den Hilfsquellen, die uns zur Verfügung stehen. Sie lehnt die Politik der Verwandlung unseres Landes in ein Anhängsel des kapitalistischen Weltsystems entschieden ab. Das ist unsere Aufbaulinie, die die Partei einhält und die sie auch künftig einhalten wird. Diese Linie ist unerlässlich, solange es eine kapitalistische Umkreisung gibt.

Anders wird sich die Lage gestalten, sobald die Revolution in Deutschland oder in Frankreich oder in beiden Ländern gesiegt hat, sobald dort der sozialistische Aufbau auf einer höheren technischen Grundlage beginnt. Dann werden wir von der Politik der Verwandlung unseres Landes in eine unabhängige Wirtschaftseinheit zur Politik der Einbeziehung unseres Landes in die gemeinsame Bahn der sozialistischen Entwicklung übergehen. Solange das aber nicht geschehen ist, brauchen wir für unsere Volkswirtschaft unbedingt jenes Minimum von Unabhängigkeit, ohne das es unmöglich ist, unser Land vor der wirtschaftlichen Unterwerfung unter das System des Weltkapitalismus zu bewahren.

Das ist der erste Grundsatz.

Der zweite Grundsatz, von dem wir uns bei unserem Wirtschaftsaufbau ebenso leiten lassen müssen wie von dein ersten, besteht darin, jedesmal die Besonderheiten unserer Leitung der Volkswirtschaft zum Unterschied von der Leitung der Wirtschaft in den kapitalistischen Ländern in Betracht zu ziehen. Dort, in den kapitalistischen Ländern, herrscht das Privatkapital, dort werden die Fehler der einzelnen kapitalistischen Truste, Syndikate, dieser oder jener Kapitalistengruppen durch die Elementargewalt des Marktes korrigiert. Wird zuviel produziert, so kommt es zu einer Krise, dann aber, nach der Krise, kehrt die Wirtschaft wieder zur Norm zurück. Nimmt die Einfuhr überhand und wird die Handelsbilanz passiv, so beginnt der Wechselkurs zu schwanken, es kommt zu einer Inflation, der Import wird eingeschränkt, der Export gesteigert. Alles das mittels der Krisen. Kein einigermaßen bedeutsamer Fehler, keine einigermaßen erhebliche Überproduktion, keine ernstliche Diskrepanz zwischen der Produktion und der Gesamtsumme der Nachfrage geht in den kapitalistischen Ländern vorüber, ohne dass die Fehlgriffe, Fehler und Diskrepanzen durch diese oder jene Krise korrigiert werden. So lebt man in den kapitalistischen Ländern. Wir aber können nicht so leben. Dort sehen wir Wirtschafts-, Handels-, Finanzkrisen, die einzelne Kapitalistengruppen treffen. Bei uns ist das anders. Jede ernstliche Störung im Handel, in der Produktion, jede größere Fehlkalkulation in unserer Wirtschaft endet nicht mit irgendeiner Teilkrise, sondern wirkt sich auf unsere gesamte Volkswirtschaft aus. Jede Krise, ob Handels-, Finanz- oder Industriekrise, kann bei uns zu einer allgemeinen Krise werden, die den ganzen Staat trifft.

Deshalb wird von uns besondere Umsicht, besonderer Scharfblick beim Aufbau gefordert. Deshalb müssen wir hier die Wirtschaft planmäßig so leiten, dass so wenig Fehlkalkulationen wie möglich vorkommen, müssen wir dafür sorgen, dass unsere Wirtschaftsführung den Gipfel von Scharfblick, den Gipfel von Umsicht, den Gipfel von Fehlerlosigkeit erreiche. Da wir uns aber, Genossen, leider weder durch besonderen Scharfblick noch durch besondere Umsicht und besondere Fähigkeiten zu fehlerloser Wirtschaftsführung auszeichnen, da wir das Bauen eben erst erlernen, so kommen Fehler bei uns vor und werden auch in Zukunft vorkommen. Deshalb müssen wir mit Reserven bauen, deshalb brauchen wir Reserven, mit denen wir unsere Unzulänglichkeiten wettmachen können. Unsere ganze Arbeit in den letzten zwei Jahren zeigt, dass wir weder gegen Zufälligkeiten noch gegen Fehler gefeit sind. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft hängt sehr vieles nicht nur von unserer Art zu wirtschaften, sondern auch von den Naturgewalten (Missernten usw.) ab. Auf dem Gebiet der Industrie hängt sehr vieles nicht nur von unserer Art zu wirtschaften, sondern auch vom inneren Markt ab, über den wir noch nicht Herr sind. Auf dein Gebiet des Außenhandels hängt sehr vieles nicht nur von uns, sondern auch von der Haltung der westeuropäischen Kapitalisten ab, und zwar je mehr unser Export und Import ansteigt, desto mehr werden wir vom kapitalistischen Westen abhängig, desto empfindlicher können uns die Schläge unserer Feinde treffen. Um uns gegen alle diese Zufälligkeiten und unvermeidlichen Fehler zu sichern, müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, dass eine Anhäufung von Reserven notwendig ist.

Wir sind nicht gefeit gegen Missernten in der Landwirtschaft. Deshalb brauchen wir Reserven. Wir sind, was die Entwicklung unserer Industrie angeht, nicht gefeit gegen Zufälligkeiten auf dem inneren Markt. Ich rede schon gar nicht davon, dass wir, da wir von den akkumulierten eigenen Mitteln leben, bei Verausgabung dieser Mittel besonders sparsam und zurückhaltend sein müssen, bestrebt, jede Kopeke vernünftig anzulegen, das heißt in Unternehmungen, deren Entwicklung in jedem gegebenen Augenblick absolut notwendig ist. Daher die Notwendigkeit von Reserven für die Industrie. Wir sind nicht gefeit gegen Zufälligkeiten im Außenhandel (maskierter Boykott, maskierte Blockade usw.). Hieraus ergibt sich wiederum die Notwendigkeit von Reserven.

Man könnte die für landwirtschaftliche Kredite vorgesehenen Summen verdoppeln, aber dann bliebe nicht die für die Finanzierung der Industrie notwendige Reserve übrig, die Industrie würde in ihrer Entwicklung weit hinter der Landwirtschaft zurückbleiben, die Fabrikation müsste eingeschränkt werden, und es käme zu einem Hochschnellen der Preise für Fabrikate mit allen sich daraus ergebenden Folgen.

Man könnte für die Entfaltung der Industrie doppelt soviel bewilligen, aber das würde solch ein rasches Entwicklungstempo der Industrie mit sich bringen, dass wir infolge des großen Mangels an flüssigen Kapitalien dieses Tempo nicht aushalten könnten und bestimmt straucheln würden, ganz abgesehen davon, dass es uns dann an Reserven für landwirtschaftliche Kredite mangeln würde.

Man könnte die Entwicklung unseres Imports, hauptsächlich des Maschinenimports, gegenüber dem jetzigen Stand verdoppeln, um die Entwicklung der Industrie in raschem Tempo voranzubringen, aber das könnte ein Überwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr zur Folge haben, es würde eine passive Handelsbilanz entstehen, und unsere Währung würde erschüttert werden, das heißt, es wäre die Grundlage erschüttert, auf der allein eine Planung und Weiterentwicklung der Industrie möglich ist.

Man könnte blindlings den Export mit aller Macht steigern, ohne auf den Zustand des inneren Marktes Rücksicht zu nehmen, aber das würde unbedingt große Komplikationen in den Städten hervorrufen wegen des raschen Steigens der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, was wiederum zur Erschütterung der Entlohnung und zu einer gewissen künstlich organisierten Hungersnot mit allen daraus entspringenden Folgen führen würde.

Man könnte die Löhne der Arbeiter noch und noch steigern, nicht nur bis zur Vorkriegshöhe, sondern noch darüber hinaus, aber das würde das Entwicklungstempo unserer Industrie

verlangsamen, denn die Entfaltung der Industrie ist unter unseren Verhältnissen, in Ermangelung von Auslandsanleihen, in Ermangelung von Krediten usw., nur möglich, wenn ein gewisser, für die Finanzierung und Versorgung der Industrie notwendiger Gewinn akkumuliert wird, was jedoch ausgeschlossen wäre, das heißt, eine auch nur einigermaßen erhebliche Akkumulation wäre unmöglich, wenn wir bei der Steigerung der Löhne ein allzu rasches Tempo anschlügen.

Und so weiter und dergleichen mehr.

Das sind die beiden wichtigsten Grundsätze, die uns als Fackel, als Leuchtturm bei der Aufbauarbeit in unserem Lande dienen müssen. Gestatten Sie mir, jetzt zu den Zahlen überzugehen.

Übrigens zunächst noch eine Abschweifung. Unser Wirtschaftssystem ist einigermaßen buntscheckig - wir haben ganze fünf wirtschaftliche Formationen. Da ist eine wirtschaftliche Formation, die fast Naturalwirtschaft ist: es sind dies Bauernwirtschaften, deren Erzeugnisse nur in sehr geringem Maße Warenform annehmen. Eine zweite wirtschaftliche Formation ist die wirtschaftliche Formation der Warenproduktion, in der der Warenanteil die entscheidende Rolle in der Bauernwirtschaft spielt. Eine dritte wirtschaftliche Formation ist der Privatkapitalismus, der noch nicht tot ist, der wieder aufgelebt ist und bis zu einer gewissen Grenze weiter aufleben wird, solange wir die NÖP haben. Eine vierte wirtschaftliche Formation ist der Staatskapitalismus, das heißt der Kapitalismus, den wir zugelassen haben und den wir kontrollieren und in Schranken halten können, so, wie es der proletarische Staat will. Die fünfte wirtschaftliche Formation schließlich ist die sozialistische Industrie, das heißt unsere Staatsindustrie, in deren Produktionsprozess nicht zwei feindliche Klassen, Proletariat und Bourgeoisie, vertreten sind, sondern nur eine Klasse, das Proletariat.

Über diese fünf wirtschaftlichen Formationen möchte ich ein paar Worte sagen, weil es ohne diese paar Worte schwer ist, die Gruppe von Zahlen, die ich anführen werde, und die Tendenz zu verstehen, die in der Entwicklung unserer Industrie zu verzeichnen ist, zumal Lenin seinerzeit ziemlich ausführlich über diese fünf Formationen im System unserer Wirtschaftsordnung gesprochen[57] und uns gelehrt hat, bei unserer Aufbauarbeit den Kampf zwischen diesen einzelnen wirtschaftlichen Formationen zu berücksichtigen.

Ich möchte einige Worte sagen über den Staatskapitalismus und die Staatsindustrie, die ihrem Typus nach sozialistisch ist, um die Missverständnisse und die Verwirrung zu beseitigen, die in dieser Frage in der Partei entstanden sind.

Darf man unsere Staatsindustrie als staatskapitalistisch bezeichnen? Nein, das darf man nicht. Weshalb? Weil der Staatskapitalismus unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats eine Organisation der Produktion ist, in der zwei Klassen vertreten sind: die ausbeutende Klasse, die über die Produktionsmittel verfügt, und die ausgebeutete Klasse, die nicht über Produktionsmittel verfügt. Welche besondere Form der Staatskapitalismus auch haben mag, er muss dennoch seinem Wesen nach kapitalistisch sein. Als Iljitsch den Staatskapitalismus analysierte, hatte er vor allem die Konzessionen im Auge. Nehmen wir nun die Konzessionen und sehen wir zu, ob hier zwei Klassen vertreten sind. Ja, sie sind vertreten, die Klasse der Kapitalisten, das heißt der Konzessionäre, die ausbeuten und zeitweilig über die Produktionsmittel verfügen, und die Klasse der Proletarier, die vom Konzessionär ausgebeutet wird. Dass wir hier keine Elemente des Sozialismus haben, ist schon daraus klar ersichtlich, dass es niemandem einfallen würde, in einem Konzessionsbetrieb mit einer Kampagne für die Hebung der Arbeitsproduktivität zu kommen, denn alle wissen, dass der Konzessionsbetrieb ein nichtsozialistischer, dem Sozialismus fremder Betrieb ist.

Nehmen wir einen anderen Typus von Betrieben - die Staatsbetriebe. Sind sie staatskapitalistisch? Nein, sie sind es nicht. Warum? Weil in ihnen nicht zwei Klassen, sondern eine Klasse vertreten ist, die Klasse der Arbeiter, die, vertreten durch ihren Staat, über die Produktionsinstrumente und -mittel verfügt und nicht ausgebeutet wird, denn ein Maximum dessen, was der Betrieb über den Arbeitslohn hinaus erzielt, dient dem weiteren

Ausbau der Industrie, das heißt der Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit.
Man könnte sagen, das sei dennoch kein vollständiger Sozialismus, wenn man jene Überreste des Bürokratismus ins Auge fasst, die in den Verwaltungsorganen unserer Betriebe noch verblieben sind. Das stimmt. Aber das widerspricht nicht der Tatsache, dass die Staatsindustrie ihrem Typus nach eine sozialistische Produktionsform ist. Es gibt zwei Typen der Produktion: den kapitalistischen Typus, zu dem auch der staatskapitalistische gehört, wo zwei Klassen vorhanden sind, wo die Produktion dem Profit des Kapitalisten dient, und einen anderen Typus, den sozialistischen Typus der Produktion, wo es keine Ausbeutung gibt, wo die Produktionsmittel der Arbeiterklasse gehören und wo die Betriebe nicht arbeiten, um einer fremden Klasse Profit zu bringen, sondern um die Industrie zum Besten der Arbeiter in ihrer Gesamtheit zu erweitern. Lenin hat ja gerade gesagt, dass unsere Staatsbetriebe ihrem Typus nach konsequent sozialistische Betriebe sind.
Hier könnte man eine Analogie mit unserem Staat ziehen. Unser Staat wird ebenfalls nicht als ein bürgerlicher Staat bezeichnet, denn er stellt nach Lenin einen neuen Staatstypus dar, den Typus eines proletarischen Staates. Weshalb? Weil die Arbeit unseres Staatsapparats nicht der Unterdrückung der Arbeiterklasse gilt, wie das in ausnahmslos allen bürgerlichen Staaten der Fall ist, sondern der Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch der Bourgeoisie. Eben deshalb ist unser Staat seinem Typus nach ein proletarischer Staat, obgleich man im Apparat dieses Staates noch Unrat und Überreste des Alten in Hülle und Fülle finden kann. Lenin, der unsere Sowjetordnung als einen proletarischen Staatstypus proklamiert hat, schalt unseren Staat wegen seiner bürokratischen Überreste so kräftig wie niemand sonst. Dennoch betonte er immer wieder, dass unser Staat ein neuer, proletarischer Staatstypus ist. Man muss den Staatstypus unterscheiden von jenem Erbe, jenen Überresten, die noch im System und im Apparat des Staates erhalten geblieben sind. Genauso müssen wir un-bedingt die bürokratischen Überreste in unseren Staatsbetrieben unterscheiden von dem Typus der Industriestruktur, den wir den sozialistischen Typus nennen. Man darf nicht sagen, dass unsere Staatsindustrie, weil in unseren Wirtschaftsorganen oder in den Trusten noch Fehler, Bürokratismus usw. vorkommen, keine sozialistische Industrie sei. So darf man nicht sprechen. Denn dann wäre auch unser Staat, der seinem Typus nach ein proletarischer Staat ist, kein proletarischer Staat. Ich könnte eine ganze Reihe von bürgerlichen Apparaten nennen, die besser und wirtschaftlicher arbeiten als unser proletarischer Staatsapparat. Das bedeutet aber noch nicht, dass unser Staatsapparat kein proletarischer ist, dass unser Staatsapparat seinem Typus nach nicht höher steht als der bürgerliche. Weshalb? Weil dieser bürgerliche Apparat, auch wenn er besser arbeitet, dennoch für den Kapitalisten arbeitet, während unser proletarischer Staatsapparat, auch wenn es zuweilen mit ihm hapert, dennoch für das Proletariat, gegen die Bourgeoisie arbeitet.
Diesen prinzipiellen Unterschied darf man nicht vergessen.
Das gleiche muss über die Staatsindustrie gesagt werden. Man darf angesichts der Mängel und der Überreste des Bürokratismus, die in den Verwaltungsorganen unserer Staatsbetriebe bestehen und noch bestehen werden, man darf angesichts dieser Überreste und dieser Mängel nicht vergessen, dass unsere Betriebe ihrem Wesen nach sozialistische Betriebe sind. In den Fabriken Fords zum Beispiel, die exakt arbeiten, wird vielleicht weniger gestohlen, aber dennoch wird dort für Ford, für den Kapitalisten gearbeitet, während unsere Betriebe, wo manchmal gestohlen wird und nicht immer alles klappt, immerhin für das Proletariat arbeiten.
Diesen prinzipiellen Unterschied darf man nicht vergessen.
Nun zu den Zahlen über unsere Volkswirtschaft als Ganzes.
Die Landwirtschaft. Ihre Bruttoproduktion stieg im Wirtschaftsjahr 1924/25 auf 71 Prozent der Produktion der Vorkriegszeit, das heißt des Jahres 1913. Mit anderen Worten, im Jahre 1913 wurde für etwas über 12 Milliarden Rubel produziert, im Wirtschaftsjahr 1924/25 dagegen für etwas über 9 Milliarden Rubel, in Vorkriegspreisen gerechnet. Für das

kommende Wirtschaftsjahr, 1925/26, ist auf Grund der unseren Planungsorganen zur Verfügung stehenden Unterlagen eine weitere Steigerung der Produktion vorgesehen, und zwar soll die Produktion auf 11 Milliarden Rubel, das heißt auf 91 Prozent der Vorkriegshöhe, gesteigert werden. Die Landwirtschaft wächst - das ist die Schlussfolgerung, die sich von selbst aufdrängt.

Die Industrie. Nehmen wir die gesamte Industrie, sowohl die staatliche als auch die Konzessions- und Privatindustrie, so belief sich ihre Bruttoproduktion im Jahre 1924/25 auf 5 Milliarden Rubel gegenüber 7 Milliarden im Jahre 1913. Das sind 71 Prozent der Vorkriegshöhe. Unsere Planungsorgane sehen für das kommende Wirtschaftsjahr eine Steigerung der Produktion auf 6,5 Milliarden vor, das heißt, die Produktion wird rund 93 Prozent der Vorkriegsmenge erreichen. Die Industrie ist im Aufstieg begriffen. Sie hat sich in diesem Jahr rascher entwickelt als die Landwirtschaft.

Besonders erwähnt werden muss die Frage der Elektrifizierung. Durch den GOELRO-Plan wurde 1921 für die nächsten 10-15 Jahre die Errichtung von 30 Kraftwerken mit einer Leistungsfähigkeit von 1500000 Kilowatt im Bauwert von 800 Millionen Goldrubel in Aussicht genommen. Vor der Oktoberrevolution hatten die Elektrizitätswerke des Landes eine Leistungsfähigkeit von 402000 Kilowatt. Wir haben bis jetzt Werke mit einer Leistungsfähigkeit von 152350 Kilowatt fertig gestellt, und im Jahre 1926 sollen weitere Werke mit 326000 Kilowatt in Betrieb genommen werden. Wenn die Entwicklung im gleichen Tempo weitergeht, so wird der Plan der Elektrifizierung der UdSSR in 10 Jahren, das heißt etwa 1932 (also in der als Mindestfrist vorgesehenen Zeit), verwirklicht sein. Parallel mit dem Bau elektrischer Kraftwerke wächst die elektrotechnische Industrie, deren Produktionsprogramm für 1925/26 auf 165-170 Prozent der Vorkriegsproduktion berechnet ist. Es muss jedoch erwähnt werden, dass der Bau großer Wasserkraftwerke viel größere Summen erfordert als in den Plänen vorgesehen war. So sollte laut ursprünglichen Kostenanschlags der Bau des Wolchowkraftwerks 24300000 „Orientierungs"-Rubel kosten, im September 1925 aber war diese Summe bis auf 95200000 Rubel Tscherwonez-Währung gestiegen, das sind 59 Prozent der für die Kraftwerke der ersten Baustufe verausgabten Mittel, wobei auf das Wolchowkraftwerk 30 Prozent der Leistungsfähigkeit dieser Werke entfallen. Der ursprüngliche Kostenanschlag sah für den Bau des Semo-Awtschaly-Kraftwerks 2600000 Goldrubel vor, die letzten Forderungen belaufen sich aber auf etwa 16 Millionen Rubel Tscherwonez-Währung, von denen etwa 12 Millionen bereits verausgabt worden sind.

Nehmen wir die Produktion der staatlichen und der genossenschaftlichen Industrie, die auf diese oder jene Weise zusammengefasst ist, und vergleichen sie mit der Produktion der Privatindustrie, so erhalten wir folgendes Bild: Im Wirtschaftsjahr 1923/24 entfielen auf die staatliche und die genossenschaftliche Industrie 76,3 Prozent der gesamten industriellen Produktion des Jahres, auf die Privatindustrie 23,7 Prozent; im Jahre 1924/25 betrug der Anteil der staatlichen und der genossenschaftlichen Industrie an der gesamten industriellen Produktion 79,3 Prozent, der Anteil der Privatindustrie hingegen nicht mehr 23,7 Prozent, sondern nur noch 20,7 Prozent.

Der Anteil der Privatindustrie ist in dieser Periode zurückgegangen. Im nächsten Jahr soll der Anteil der staatlichen und der genossenschaftlichen Industrie ungefähr 80 Prozent ausmachen, während der Anteil der Privatindustrie auf 20 Prozent zurückgehen wird. Absolut genommen, wächst die Privatindustrie, da aber die staatliche und die genossenschaftliche Industrie rascher wachsen, erfährt der Anteil der Privatindustrie einen progressiven Rückgang.

Das ist eine Tatsache, mit der man unbedingt rechnen muss und die besagt, dass das Übergewicht der sozialistischen Industrie über die Privatindustrie eine unbestreitbare Tatsache ist.

Vergleichen wir das in den Händen des Staates konzentrierte Vermögen mit dem Vermögen, das sich in den Händen privater Eigentümer befindet, so zeigt sich, dass der proletarische Staat auch auf diesem Gebiet - ich habe die Kontrollziffern der Staatlichen Plankommission

im Auge - das Übergewicht besitzt, da er über Kapitalfonds in Höhe von nicht weniger als 11,7 Milliarden (in Rubeln Tscherwonez-Währung) verfügt, während die Privateigentümer, hauptsächlich die Bauernwirtschaften, über einen Fonds von höchstens 7,5 Milliarden verfügen.
Diese Tatsache zeigt, dass der Anteil der vergesellschafteten Fonds sehr hoch ist und dass dieser Anteil im Vergleich zum Anteil des Vermögens des nicht vergesellschafteten Sektors wächst.
Und dennoch kann man unsere Ordnung in ihrer Gesamtheit vorläufig weder kapitalistisch noch sozialistisch nennen. Unsere Ordnung in ihrer Gesamtheit stellt einen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus dar, wo, was den Umfang der Produktion betrifft, immer noch die auf dem Privateigentum beruhende bäuerliche Produktion überwiegt, der Anteil der sozialistischen Industrie aber ununterbrochen wächst. Der Anteil der sozialistischen Industrie wächst so, dass diese Industrie dank ihrer Konzentriertheit, dank ihrer Organisiertheit, dank der Tatsache, dass bei uns die Diktatur des Proletariats besteht, dass das Verkehrswesen sich in den Händen des Staates befindet, dass wir das Kreditsystem in der Hand haben, dass die Banken uns gehören, dass also unsere sozialistische Industrie, deren Anteil an der gesamten nationalen Produktion Schritt für Schritt wächst, dass diese Industrie dank alledem bei ihrem Vormarsch beginnt, sich die Privatindustrie zu unterwerfen, alle übrigen Wirtschaftsformen sich anzupassen und sie zu führen. Das ist nun einmal das Los des Dorfes - es muss der Stadt, der Großindustrie folgen.
Dies ist die wichtigste Schlussfolgerung, die sich ergibt, wenn wir die Frage nach dem Charakter unserer Ordnung, nach dem Anteil der sozialistischen Industrie an dieser Ordnung, nach dem Anteil der privatkapitalistischen Industrie und schließlich nach dem Anteil der kleinen Warenproduktion, hauptsächlich der bäuerlichen, an der gesamten Volkswirtschaft aufwerfen.
Ein paar Worte über den Staatshaushalt. Es dürfte Ihnen bekannt sein, dass unser Staatshaushalt auf 4 Milliarden Rubel gestiegen ist. In Vorkriegsrubeln gerechnet, erreicht unser Staatshaushalt nicht weniger als 71 Prozent des Staatshaushalts der Vorkriegszeit. Rechnen wir ferner zur Summe des allgemeinen Staatshaushalts die Summe der lokalen Haushalte, soweit sie berechnet werden können, so erreicht unser Staatshaushalt nicht weniger als 74,6 Prozent des Staatshaushalts von 1913. Charakteristisch ist, dass der Anteil der nicht aus Steuern stammenden Einnahmen im System unseres Staatshaushalts viel größer ist als der Anteil der Steuereinnahmen. Alles das beweist gleichfalls, dass unsere Wirtschaft wächst und voranschreitet.
Die Frage der Gewinne, die wir im verflossenen Jahr in unseren staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben erzielt haben, ist von größter Bedeutung, da wir ein kapitalarmes Land sind, ein Land, das über keine großen Auslandsanleihen verfügt. Wir müssen ein scharfes Auge haben für unsere Industriebetriebe, unsere Handelsunternehmungen, Banken und Genossenschaften, um zu wissen, über welche Mittel wir zum weiteren Ausbau unserer Industrie verfügen können. Im Jahre 1923/24 warfen die staatliche Industrie von Unionsbedeutung und die in der Hauptverwaltung „Glawmetall” vereinigten Betriebe, scheint’s, ungefähr 142 Millionen Rubel Tscherwonez-Währung Gewinn ab. Davon wurden 71 Millionen an die Staatskasse abgeführt. Im Wirtschaftsjahr 1924/25 ist bereits ein Gewinn von 315 Millionen erzielt worden. Davon sollen laut Plan 173 Millionen an die Staatskasse abgeführt werden.
Die staatlichen Handelsunternehmungen von Unionsbedeutung warfen im Wirtschaftsjahr 1923/24 ungefähr 37 Millionen ab, wovon 14 Millionen in die Staatskasse flossen. Im Jahre 1925 ist weniger Gewinn erzielt worden, nämlich 22 Millionen, was durch die Politik der Preissenkung bedingt wurde. Von dieser Summe werden etwa 10 Millionen an die Staatskasse abgeführt werden.

Im Außenhandel verbuchten wir im Wirtschaftsjahr 1923/24 etwas über 26 Millionen Rubel Gewinn, von denen etwa 17 Millionen an die Staatskasse abgeführt wurden. Im Jahre 1925 bringt oder richtiger brachte uns der Außenhandel bereits 44 Millionen ein. Davon gehen 29 Millionen an die Staatskasse.
Nach den Berechnungen des Volkskommissariats für Finanzen erzielten die Banken im Wirtschaftsjahr 1923/24 einen Gewinn von 46 Millionen, von denen 18 Millionen an die Staatskasse abgeführt wurden, im Wirtschaftsjahr 1924/25 etwas über 97 Millionen, von denen 51 Millionen der Staatskasse zuflossen.
Die Konsumgenossenschaften erzielten im Wirtschaftsjahr 1923124 einen Gewinn von 57 Millionen, die landwirtschaftlichen Genossenschaften einen Gewinn von 4 Millionen.
Die Zahlen, die ich soeben angeführt habe, sind mehr oder weniger zu niedrig gegriffen. Sie wissen, weshalb, Sie wissen, wie unsere Wirtschaftsorgane rechnen, um mehr Mittel zur Erweiterung ihrer Betriebe in der Hand zu behalten. Wenn diese Zahlen Ihnen gering erscheinen, und sie sind wirklich gering, so bedenken Sie, dass sie etwas zu niedrig gegriffen sind.
Einige Worte über unsere Außenhandelsumsätze.
Wenn wir unseren ganzen Handelsumsatz im Jahre 1913 gleich 100 setzen, so zeigt sich, dass wir in unserem Außenhandel im Wirtschaftsjahr 1923/24 - 21 Prozent, 1924/25 - 26 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht haben. Der Export war 1923/24 gleich 522 Millionen Rubel, der Import gleich 439 Millionen Rubel, der Gesamtumsatz erreichte 961 Millionen Rubel, der Aktivsaldo 83 Millionen Rubel. Im Wirtschaftsjahr 1923/24 hatten wir eine aktive Handelsbilanz. Im Wirtschaftsjahr 1924/25 war der Export gleich 564 Millionen Rubel, der Import gleich 708 Millionen Rubel, der Gesamtumsatz erreichte 1272 Millionen, der Saldo schloss mit einem Minus von 144 Millionen Rubel. Die Bilanz unseres Außenhandels schließt in diesem Jahr mit einem Passivsaldo von 144 Millionen Rubel ab.
Erlauben Sie mir, darauf etwas näher einzugehen.
Man ist bei uns häufig geneigt, diesen Passivsaldo im verflossenen Wirtschaftsjahr dadurch zu erklären, dass wir in diesem Jahr infolge der Missernte viel Getreide eingeführt haben. Nun haben wir für 83 Millionen Getreide eingeführt, das Minus beträgt aber 144 Millionen. Wozu führt dieses Minus? Dazu, dass wir, wenn wir mehr kaufen als verkaufen, mehr einführen als ausführen, damit unsere Zahlungsbilanz, also auch unsere Währung gefährden. Uns lag eine Direktive des XIII. Parteitags vor, die dahin ging, dass die Partei um jeden Preis eine aktive Handelsbilanz anstreben müsse[58]. Ich muss gestehen, dass wir alle, sowohl die Sowjetorgane als auch das Zentralkomitee, hier den gröbsten Fehler begingen, indem wir die uns gegebene Direktive nicht durchführten. Es war schwer, sie durchzuführen, aber man hätte mit einigem Nachdruck zumindest doch einen gewissen Aktivsaldo erreichen können. Wir haben diesen groben Fehler begangen, und der Parteitag muss ihn korrigieren. Übrigens hat sich das Zentralkomitee im November dieses Jahres selbst bemüht, ihn zu korrigieren, in einer speziellen Sitzung, wo nach Prüfung unserer Ein- und Ausfuhrzahlen beschlossen wurde, dass bis zum nächsten Jahr - wir umrissen dort die Grundlinie unseres Außenhandelsumsatzes für das nächste Jahr -, dass bis zum nächsten Jahr die Außenhandelsbilanz mit einem Aktivsaldo von mindestens 100 Millionen abschließen soll. Das ist notwendig. Das ist absolut notwendig für ein Land wie das unsere, das wenig Kapitalien besitzt, wo Kapital aus dem Ausland gar nicht oder nur in äußerst geringfügigem Maße hereinkommt und wo die Zahlungsbilanz - ihre Ausgeglichenheit - durch die Handelsbilanz aufrechterhalten werden muss, damit unsere Tscherwonez-Währung nicht ins Schwanken gerate und damit wir dank der Stabilhaltung unserer Währung auch fernerhin die Möglichkeit haben, unsere Industrie und unsere Landwirtschaft weiter auszubauen. Sie alle haben erlebt, was eine schwankende Währung bedeutet. Zu diesem argen Zustand dürfen wir nicht zurückkehren, wir müssen alle Maßnahmen treffen, um alle Faktoren, die in ihrer Konsequenz uns zu Bedingungen führen können, die unsere Währung ins Wanken bringen, radikal zu beseitigen.

Das sind die Zahlen und die Erwägungen hinsichtlich unserer Volkswirtschaft überhaupt, hinsichtlich der Industrie und der Landwirtschaft im besonderen, hinsichtlich des Anteils der sozialistischen Industrie im Vergleich zum Anteil der anderen Wirtschaftsformen und hinsichtlich der Leitsätze für den Aufbau des Sozialismus, von denen ich gesprochen habe und auf deren Boden das Zentralkomitee unserer Partei steht.

2. Industrie und Landwirtschaft

Nehmen wir weiter die Fragen, die die Wechselbeziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft in der Gegenwart und in der nächsten Zukunft unmittelbar betreffen, so könnte man diese Fragen in folgenden Punkten zusammenfassen.

Erstens. Wir sind noch immer ein Agrarland: die Produktion der Landwirtschaft überwiegt die der Industrie. Das Wichtigste in der Industrie besteht darin, dass sie bereits an die Grenze des Vorkriegsstandes herangekommen ist, dass weitere Schritte in der Industrie ihre Entfaltung auf einer neuen technischen Grundlage bedeuten, die verbunden ist mit der Anwendung neuer Maschinen, mit der Entfaltung neuer Betriebsbauten. Das ist eine sehr schwierige Sache. Wollen wir diese Schwelle überschreiten und von der Politik größtmöglicher Ausnutzung all dessen, was wir in der Industrie besaßen, übergehen zur Politik des Aufbaus einer neuen Industrie auf einer neuen technischen Grundlage, auf der Grundlage der Errichtung neuer Fabriken, so erfordert das Überschreiten dieser Schwelle große Kapitalien. Da wir aber an erheblichem Kapitalmangel leiden, so wird die weitere Entwicklung unserer Industrie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in so raschem Tempo wie bisher erfolgen.

Anders steht es mit der Landwirtschaft. Man kann nicht behaupten, dass alle in der Landwirtschaft angesichts ihrer jetzigen technischen Basis vorhandenen Möglichkeiten bereits erschöpft wären. Die Landwirtschaft kann sich, im Unterschied zur Industrie, auch auf der gegenwärtigen technischen Grundlage eine bestimmte Zeit lang in schnellem Tempo fortentwickeln. Allein schon die einfache Hebung des Kulturniveaus des Bauern, seiner Sachkenntnis, allein schon eine so einfache Sache wie die Reinigung des Saatguts könnte die Bruttoproduktion der Landwirtschaft um 10-15 Prozent steigern. Man berechne einmal, was das für das ganze Land bedeutet. Solche Möglichkeiten bieten sich also noch im Ackerbau. Eben deshalb stößt die weitere Entwicklung des Ackerbaus einstweilen nicht auf solche technischen Schwierigkeiten, wie das bei unserer Industrie der Fall ist. Daher wird die Diskrepanz zwischen der Bilanz der Industrie und der Bilanz der Landwirtschaft in den nächsten Jahren noch zunehmen, und zwar, weil die Landwirtschaft noch eine ganze Reihe innerer potentieller Möglichkeiten besitzt, die bei weitem noch nicht ausgenutzt sind und die in den nächsten Jahren ausgenutzt werden müssen.

Worin bestehen nun unsere Aufgaben im Zusammenhang mit diesem Umstand?

Vor allem darin, unsere staatliche Großindustrie um jeden Preis auszubauen und die Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen, zu überwinden. Ferner aber müssen wir auch die sowjetische Industrie vom lokalen Typus ausbauen. Genossen, wir dürfen uns nicht auf den Ausbau unserer Industrie von Unionsbedeutung beschränken, denn diese Industrie, unsere zentralisierten Truste und Syndikate können nicht der ganzen Mannigfaltigkeit der Geschmacksrichtungen und Bedürfnisse einer 140-Millionen-Bevölkerung Rechnung tragen. Uni diese Bedürfnisse befriedigen zu können, muss erreicht werden, dass in jedem Bezirk, jedem Kreis, jedem Gouvernement, jedem Gebiet, jeder nationalen Republik ein reges Leben, ein reges industrielles Leben anhebt. Wenn wir bei unserem Wirtschaftsaufbau nicht die an Ort und Stelle schlummernden Kräfte ausnützen, wenn wir die lokale Industrie, von den Bezirken und Kreisen angefangen, nicht mit allen Mitteln unterstützen, wenn wir nicht alle diese Kräfte ausnützen, werden wir nicht den allgemeinen Aufschwung des Wirtschaftsaufbaus in unserem Lande erreichen können, von dem Lenin sprach. Ohne das, ohne die Verknüpfung der Interessen und der Vorteile des Zentrums mit den örtlichen

Interessen und Vorteilen werden wir das Problem freier Entfaltung der Initiative beim Aufbauwerk, das Problem des allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs im Lande, das Problem der raschesten Industrialisierung des Landes nicht lösen können.
Zweitens. Früher hatten wir es mit der Frage einer Überproduktion an Brennstoffen zu tun. Jetzt ersteht vor uns die Frage einer Brennstoffkrise, denn unsere Industrie wächst schneller als die Brennstoffproduktion. Wir nähern uns jenem Zustand, worin sich unser Land unter dem bürgerlichen Regime befand, als es an Brennstoffen mangelte und wir Brennstoffe einführen mussten. Mit anderen Worten: Die Brennstoffbilanz entspricht nicht der Bilanz der Industrie und ihren Bedürfnissen. Daraus ergibt sich die Aufgabe, unsere Brennstoffwirtschaft in verstärktem Tempo auszubauen und sie technisch zu verbessern, damit die Entwicklung der Brennstofferzeugung die Entwicklung der Industrie einhole, einholen könne.
Drittens. Es besteht eine gewisse Diskrepanz zwischen der Metallbilanz und der Bilanz der gesamten Volkswirtschaft. Berechnen wir den Mindestbedarf an Metall und die größtmögliche Metallmenge, die wir produzieren können, so ergibt sich, dass uns Metall im Werte von Dutzenden Millionen fehlt. So kann unsere Wirtschaft, insbesondere unsere Industrie, nicht vorankommen. Deshalb muss diesem Umstand besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Das Metall ist das A und O unserer Industrie, und die Metallbilanz muss mit der Bilanz der Industrie und des Verkehrswesens in Einklang gebracht werden.
Viertens. Das Missverhältnis zwischen der Zahl unserer qualifizierten Arbeitskräfte und der Bilanz unserer Industrie. Eine Reihe von Zahlen sind in der Presse veröffentlicht worden, ich werde sie hier nicht vortragen, sondern möchte nur erwähnen, dass die Industrie für das Jahr 1925/26 insgesamt 433000 zusätzliche qualifizierte Arbeiter braucht, während wir diesen Bedarf nur zu einem Viertel decken können.
Fünftens. Ich möchte noch einen Mangel und ein Missverhältnis erwähnen, die darin bestehen, dass die Beanspruchung des rollenden Materials der Eisenbahnen alle Grenzen überschreitet. Der Bedarf an rollendem Material ist so groß, dass wir im nächsten Jahr gezwungen sein werden, die Lokomotiven und Waggons nicht zu 100, sondern zu 120 bis 130 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch zu nehmen. So wird das fixe Kapital des Volkskommissariats für Verkehrswesen über alle Maßen abgenutzt, was uns in nächster Zukunft mit einer Katastrophe bedrohen kann, wenn wir keine entschiedenen Maßnahmen ergreifen.
Das sind all die Mängel und Diskrepanzen, die in unserer Volkswirtschaft im Allgemeinen und in der Industrie im Besonderen vorhanden sind und die überwunden werden müssen.

3. Fragen des Handels

Gestatten Sie mir jetzt, zu den Fragen des Handels überzugehen. Die Zahlen beweisen, dass auf diesem Gebiet, ebenso wie in der Industrie, der Anteil des staatlichen Elements im Vergleich zum Anteil des privatkapitalistischen Elements zunimmt. Wenn wir den Gesamtumsatz des Binnenhandels vor dem Kriege mit 20 Milliarden Warenrubel ansetzen, so erhalten wir für 1923/24 einen Umsatz von 10 Milliarden, das heißt 50 Prozent des Vorkriegsumsatzes, und für 1924/25 einen Umsatz von 14 Milliarden, das heißt 70 Prozent des Vorkriegsumsatzes. Die Gesamtumsätze des Binnenhandels wachsen zweifellos an. Was den Anteil des Staates an diesem Umsatz anbelangt, so belief er sich 1923/24 auf 45 Prozent des gesamten Binnenhandelsumsatzes, während auf die Genossenschaften 19 Prozent, auf das Privatkapital 35 Prozent entfielen. Im nächsten Jahr dann, das heißt 1924/25, war der Anteil des Staates gleich 50 Prozent, der der Genossenschaften 24,7 Prozent statt 19 Prozent, der des Privatkapitals dagegen 24,9 Prozent statt 35 Prozent. Der Anteil des Privatkapitals am Gesamtumsatz geht zurück, die Anteile des Staates und der Genossenschaften nehmen zu. Teilen wir den Gesamtumsatz in zwei Teile, das heißt in Großhandel und Kleinhandel, so haben wir hier die gleiche Tendenz zu verzeichnen. Am Großhandel war 1923/24 der Staat mit über 62 Prozent des Gesamtumsatzes beteiligt, im Jahre 1924/25 mit 68,9 Prozent. Das ist

eine unverkennbare Steigerung. Bei den Genossenschaften haben wir eine Steigerung von 15 auf 19 Prozent. Der Privathandel ist von 21 Prozent auf 11 Prozent zurückgegangen. Am Kleinhandel war 1923/24 der Staat mit 16 Prozent, 1924/25 mit fast 23 Prozent beteiligt. Der Anteil der Genossenschaften am Kleinhandel war im Vorjahr gleich 25,9 Prozent, im Jahre 1924/25 gleich 32,9 Prozent. Das ist eine unverkennbare Steigerung. Der Anteil des Privatkapitals am Kleinhandel dagegen ist von 57 Prozent im Jahre 1923/24 auf 44,3 Prozent zurückgegangen. Auf dem Gebiet des Kleinhandels sind wir offensichtlich über den Berg. Im vorigen Jahr hatte im Kleinhandel das Privatkapital das Übergewicht, in diesem Jahr überwiegen Staat und Genossenschaften.
Der Anteil des Staates und der Genossenschaften an der Aufbringung von Rohstoffen und Getreide hat sich wie folgt vergrößert: er erreichte 1924/25 bei Ölsamen 65 Prozent, bei Flachs 94 Prozent, bei Baumwolle fast 100 Prozent, während er bei Getreide im Jahre 1923/24 - 75 Prozent, im Jahre 1924/25 - 70 Prozent ausmachte. Hier ist ein gewisser Rückgang zu verzeichnen. Im Allgemeinen aber steigt der Anteil des staatlichen Elements und des genossenschaftlichen Elements am Binnenhandel zweifellos sowohl auf dem Gebiet des Großhandels als auch auf dem des Kleinhandels.
Wenn auch der Anteil des Staates an der Getreideaufbringung überwiegt, so nimmt er doch langsamer zu als im Vorjahr. Das deutet auf die Fehler hin, die bei der Getreideaufbringung gemacht wurden. Die Sache ist die, dass für die Fehlkalkulation in der Aufbringung nicht nur die Sowjetorgane aufkommen müssen, sondern auch das ZK, das die Sowjetorgane zu überwachen hat und für alles verantwortlich ist, was in den Sowjetorganen geschieht. Diese Fehlkalkulation bestand darin, dass wir bei der Planung die Tatsache nicht berücksichtigten, dass der Zustand des Marktes und die Beschaffungsbedingungen in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr und dem vorvorigen Jahr etwas Neues und Besonderes aufzuweisen hatten. In diesem Jahr sind wir auf dem Getreidemarkt zum erstenmal ohne Maßnahmen administrativen Drucks aufgetreten, wir haben die Steuerlast, den Steuerdruck auf ein Minimum reduziert, und der Bauer und der staatliche Aufkäufer traten einander auf dem Markt zum erstenmal als gleichberechtigte Partner gegenüber. Diese Umstände waren es, die unsere Planungsorgane nicht berücksichtigten, als sie glaubten, bis zum 1. Januar 1926 70 Prozent des gesamten Jahresgetreides aufbringen zu können. Wir hatten nicht damit gerechnet, dass der Bauer gleichfalls zu manövrieren versteht, dass er die Ware, die seine Valuta ist, den Weizen, in Erwartung einer weiteren Preissteigerung für die Zukunft zurückbehält und es vorzieht, einstweilen andere, minder wertvolle Getreidearten auf den Markt zu bringen. Das haben wir nicht berücksichtigt. Im Zusammenhang damit sind der Getreideaufbringungsplan geändert und der Getreideausfuhrplan gekürzt worden, und demgemäß auch der Einfuhrplan. Der Ein- und Ausfuhrplan wird revidiert, damit er mit einem Aktivsaldo von mindestens 100 Millionen Rubel abschließt, ist aber noch nicht endgültig fertig gestellt.

4. Die Klassen, ihre Aktivität, ihre Wechselbeziehungen

Die Entwicklung der Volkswirtschaft im Lande hat zu einer Verbesserung der materiellen Lage vor allem der Arbeiterklasse geführt. Die Deklassierung der Arbeiterklasse hat schon lange aufgehört. Die Wiederherstellung und das Wachstum der Arbeiterklasse vollziehen sich in raschem Tempo. Hier die Zahlen: Am 1. April 1924 hatten wir, alle Arbeiter in allen Industrien gerechnet, auch die Arbeiter der Kleinindustrie, die Saisonarbeiter und die Landarbeiter, nach den Unterlagen des Volkskommissariats für Arbeit 5500000 Arbeiter, davon 1 Million Landarbeiter und 760000 Arbeitslose. Am 1. Oktober 1925 zählten wir bereits über 7 Millionen Arbeiter, davon 1200000 Landarbeiter und 715000 Arbeitslose. Das zahlenmäßige Anwachsen der Arbeiterklasse ist unbestreitbar.
Der durchschnittliche Monatslohn der Arbeiter in der gesamten Industrie belief sich, in Rubeln Tscherwonez-Währung gerechnet, im April 1925 auf 35 Rubel je Arbeiter oder 62

Prozent des Vorkriegslohnes; im September 1925 auf 50 Rubel oder 88,5 Prozent des Vorkriegslohnes. Es gibt einzelne Industriezweige, die über das Vorkriegsniveau bereits hinaus sind. Der durchschnittliche Reallohn betrug, in Warenrubeln gerechnet, im April 1925 täglich 0,88 Rubel, im September 1925 1,21 Rubel je Arbeiter. Die durchschnittliche Produktionsleistung je Tag und Arbeiter erreichte in der gesamten Industrie im April 1924, in Vorkriegsrubeln gerechnet, 4,18 und im Jahre 1925 6,14, das heißt 85 Prozent des Vorkriegsstandes. Nehmen wir das Verhältnis zwischen Lohn und Arbeitsproduktivität monatsweise, so sehen wir sie miteinander Schritt halten: der Lohn steigt, und es steigt auch die Arbeitsproduktivität. Im Juni und Juli jedoch steigt der Lohn weiter, die Arbeitsproduktivität dagegen steigt in geringerem Maße als der Lohn. Das erklärt sich durch die Urlaube sowie dadurch, dass neue, halbbäuerliche Arbeiterschichten in die Fabriken eingetreten sind.

Jetzt zum Lohnfonds. Der Lohnfonds erreichte nach den Unterlagen des Volkskommissariats für Arbeit (ich habe nur die Industrie im Auge, ohne die anderen Wirtschaftszweige zu berücksichtigen) im Jahre 1923/24 808 Millionen, im Jahre 1924/25 über 1,2 Milliarden; für das Jahr 1925/26 sind 1,7 Milliarden Rubel vorgesehen.

Ich will hier nicht darüber reden, Genossen, welchen Zwecken der Sozialversicherungsfonds dient, das ist jedem bekannt. Gestatten Sie mir, eine Gesamtzahl zu nennen, damit man sich darüber orientieren kann, wieviel der proletarische Staat für die Versicherung der Arbeiter verausgabt. Im Jahre 1924/25 gab es insgesamt 6700000 Versicherte, 1925/26 soll ihre Zahl 7 Millionen erreichen. Die durchschnittlichen Überweisungen aus dem Lohnfonds beliefen sich 1924/25, gemessen an der gesamten Lohnsumme, auf 14,6 Prozent, für 1925/26 sind 13,84 Prozent vorgesehen. Insgesamt wurden 1924/25 für diese Zwecke 422 Millionen bewilligt, für 1925/26 sind 588 Millionen veranschlagt. Nicht überflüssig dürfte die Mitteilung sein, dass aus der für das vorige Jahr angesetzten Summe ein Betrag in Höhe von 71 Millionen Rubel in den Kassen der Sozialversicherung übrig geblieben ist.

Was die Bauern anbelangt, so musste die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion natürlich eine Verbesserung der materiellen Lage der bäuerlichen Bevölkerung bewirken. Aus den Angaben unserer Planungsorgane geht hervor, dass der persönliche Konsum der bäuerlichen Bevölkerung prozentual rascher gewachsen ist als der Konsum der städtischen Bevölkerung. Heute isst der Bauer besser und behält viel mehr in seiner Wirtschaft für sich, für seinen persönlichen Verbrauch, als das im vorigen Jahr der Fall war.

Worin kam die Hilfe zum Ausdruck, die der proletarische Staat den Wirtschaften der armen Bauern und den Opfern der Missernte zuteil werden ließ? Das Volkskommissariat für Finanzen schätzt diese finanzielle Hilfe für die Dorfarmut im Wirtschaftsjahr 1924/25 pauschal auf 100-105 Millionen Rubel, wovon auf Steuer- und Versicherungsvergünstigungen ungefähr 60 Millionen, auf Zuwendungen aus dem Fonds zum Kampf gegen die Folgen der Missernte 24 Millionen und auf Darlehen 12 Millionen Rubel entfallen. Die den Opfern der Missernte im Jahre 1924 geleistete Hilfe erstreckt sich auf ein Gebiet mit über 7 Millionen Einwohnern. Insgesamt wurden auf dieser Linie 108-110 Millionen Rubel verausgabt, hiervon aus dem Staatshaushalt 71 Millionen und aus den Mitteln der Massenorganisationen sowie der Banken 38 Millionen. Außerdem wurde ein Fonds zur Bekämpfung der Dürre in Höhe von 77 Millionen angelegt. Darin kam die Hilfe zum Ausdruck, die der proletarische Staat den unbemittelten Schichten der Bauernschaft zuteil werden ließ, eine Hilfe, die natürlich unzureichend, aber immerhin groß genug ist, dass es lohnte, ein paar Worte darüber zu sagen.

Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse und der Bauernschaft - das sind die hauptsächlichsten Voraussetzungen, ohne die unser Aufbau nicht vorangebracht werden kann. Wir sehen, dass diese Voraussetzungen bei uns bereits vorhanden sind.

Einige Worte über das Steigen der Aktivität der Massen. Die Hauptsache in unserer innerpolitischen Lage, das, was in die Augen springt und worüber man keineswegs hinweggehen kann, besteht darin, dass infolge der verbesserten materiellen Lage der Arbeiter

und der Bauern ihre politische Aktivität gestiegen ist, dass sie begonnen haben, kritischer an unsere Mängel heranzutreten und lauter über die Unzulänglichkeiten unserer Praxis zu sprechen. Wir sind in eine Periode der Belebung aller Klassen und aller sozialen Gruppierungen eingetreten. Belebt hat sich die Arbeiterklasse, belebt hat sich die Bauernschaft mit allen ihren Gruppierungen, belebt hat sich auch die neue Bourgeoisie, belebt haben sich ihre Agenten im Dorfe (die Kulaken) und ihre Vertreter in der Intelligenz. Diese Tatsache bildete die Grundlage jener Wendung in unserer Politik, die in den Beschlüssen der XIV. Parteikonferenz zum Ausdruck kam. Die Politik der Belebung der Sowjets, die Politik der Belebung der Genossenschaften, der Gewerkschaften, die Zugeständnisse an die Bauernschaft im Sinne einer Präzisierung der Fragen der Pacht und der Lohnarbeit, die materielle Unterstützung der Dorfarmut, die Politik des festen Bündnisses mit den Mittelbauern, die Liquidierung der Überreste des Kriegskommunismus - darin hauptsächlich kam der neue Kurs der Partei auf dem Lande zum Ausdruck. Wie es bei uns im Dorfe Ende des vergangenen und zu Beginn dieses Jahres ausgesehen hat, ist Ihnen sehr wohl bekannt. Eine allgemeine Unzufriedenheit wuchs unter den Bauern heran, hier und da kam es sogar zu Aufstandsversuchen. Das sind die Umstände, die für den neuen Kurs der Partei auf dem Lande maßgebend waren.

Das sind die Grundlagen der Politik der Partei gegenüber der Bauernschaft in einer Periode gesteigerter Aktivität der Massen und der Belebung ihrer Organisation, einer Politik, die darauf berechnet ist, die Verhältnisse auf dem Lande zu regeln, die Autorität des Proletariats und seiner Partei dort zu heben und das feste Bündnis des Proletariats und der Dorfarmut mit der Mittelbauernschaft zu sichern.

Sie wissen, dass diese Politik sich voll und ganz bewährt hat.

5. Die drei Losungen Lenins in der Bauernfrage

War es richtig, dass wir Kurs auf den Mittelbauern genommen haben? Wie steht es um die grundsätzliche Seite des neuen Kurses? Besitzen wir nicht irgendwelche Hinweise Lenins in dieser Frage?

Man sagt, auf dem II. Kongress der Komintern sei eine Resolution zur Bauernfrage angenommen worden, in der es heißt, dass in der Epoche des. Kampfes um die Macht nur die Dorfarmut der Bundesgenosse des Proletariats sein könne und dass man den Mittelbauern lediglich neutralisieren könne. Stimmt das? Ja, das stimmt. Lenin schrieb diese Resolution[59] im Hinblick auf Parteien, die erst zur Macht schreiten. Wir aber sind eine Partei, die bereits zur Macht gelangt ist. Das ist der Unterschied. In der Frage der Bauernschaft, in der Frage des Bündnisses der Arbeiter mit der Bauernschaft oder mit einzelnen Schichten der Bauernschaft hat der Leninismus drei grundlegende Losungen, die drei Perioden der Revolution entsprechen. Es handelt sich nur darum, den Augenblick für den Übergang von der ersten Losung zur zweiten, von der zweiten zur dritten richtig abzupassen.

Früher, als wir der bürgerlichen Revolution entgegen schritten, als wir Bolschewiki zum erstenmal unsere Taktik hinsichtlich der Bauernschaft entwarfen, sagte Lenin: Bündnis mit der gesamten Bauernschaft gegen den Zaren und die Gutsbesitzer bei Neutralisierung der kadettischen Bourgeoisie. Mit dieser Losung schritten wir damals der bürgerlichen Revolution entgegen, und wir haben gesiegt. Das war die erste Etappe unserer Revolution.

Später, als wir an die zweite Etappe, den Oktober, herankamen, stellte Lenin eine neue Losung auf, die der neuen Lage entsprach: Bündnis des Proletariats mit der Dorfarmut gegen alle Bourgeois bei Neutralisierung der Mittelbauernschaft. Das ist die Losung, die die zur Macht schreitenden kommunistischen Parteien brauchen. Und selbst wenn sie bereits die Macht erobert, sie aber noch nicht gefestigt haben, können sie nicht auf ein Bündnis mit dem Mittelbauern rechnen. Der Mittelbauer ist ein Mann, der nur zögernd seine Wahl trifft. Er schaut zu, wer das Rennen macht, er wartet ab, und erst wenn du die Oberhand gewonnen und

die Gutsherren und Bourgeois verjagt hast, ist er zu einem Bündnis mit dir bereit. Dafür ist er eben Mittelbauer. In der zweiten Etappe unserer Revolution marschierten wir also nicht mehr unter der Losung des Bündnisses der Arbeiter mit der gesamten Bauernschaft, sondern unter der Losung des Bündnisses des Proletariats mit der armen Bauernschaft.

Und im weiteren? Im weiteren, als wir unsere Macht genügend gefestigt, als wir die Angriffe der Imperialisten abgeschlagen hatten und als wir in die Periode des umfassenden sozialistischen Aufbaus eintraten, da stellte Lenin eine dritte Losung auf, die Losung des festen Bündnisses des Proletariats und der Dorfarmut mit der Mittelbauernschaft. Diese Losung ist die einzig richtige, die der neuen Periode unserer Revolution, der Periode des umfassenden Aufbaus, entsprechende Losung. Sie ist richtig, nicht nur weil man jetzt auf das Bündnis rechnen kann, sondern auch weil wir beim Aufbau des Sozialismus nicht nur mit Millionen, sondern mit Dutzenden Millionen von Dorfbewohnern zu operieren haben. Anders kann man den Sozialismus nicht aufbauen. Der Sozialismus ergreift nicht nur die Stadt. Der Sozialismus ist eine Organisation der Wirtschaft, die Industrie und Landwirtschaft auf der Grundlage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und -instrumente zusammenfasst. Ohne Zusammenfassung dieser beiden Wirtschaftszweige ist der Sozialismus unmöglich.

So steht es mit den Losungen des Leninismus hinsichtlich des Bündnisses mit der Bauernschaft.

Was Lenin auf dem 11. Kongress der Komintern ausgeführt hat, ist absolut richtig, denn wenn du erst zur Macht schreitest oder die eroberte Macht noch nicht zu festigen vermochtest, kannst du lediglich auf ein Bündnis mit der Dorfarmut rechnen, während der Mittelbauer zu neutralisieren ist. Hast du aber erst einmal festen Fuß gefasst, hast du die Macht erobert, den Aufbau begonnen und hast du bereits mit Dutzenden Millionen von Menschen zu operieren, so ist das Bündnis des Proletariats und der Dorfarmut mit den Mittelbauern die einzig richtige Losung.

Dieser Übergang von der alten Losung „Bündnis des Proletariats mit der Dorfarmut”, von der alten Losung der Neutralisierung der Mittelbauernschaft zur Losung eines festen Bündnisses mit dem Mittelbauern ist bereits auf unserem VIII. Parteitag vollzogen worden. Gestatten Sie mir, eine Stelle aus der Rede Iljitschs bei Eröffnung dieses Parteitags anzuführen. Hier ist sie:

„Die besten Vertreter des Sozialismus der alten Zeit, als sie noch an die Revolution glaubten und ihr theoretisch und ideologisch dienten, sprachen von der Neutralisierung der Bauernschaft, das heißt davon, aus der Mittelbauernschaft eine gesellschaftliche Schicht zu machen, die, wenn sie auch die Revolution des Proletariats nicht aktiv unterstützt, so doch wenigstens nicht hindert, neutral bleibt, sich nicht auf die Seite unserer Feinde stellt. Diese abstrakte, theoretische Aufgabenstellung ist für uns vollständig klar. Doch genügt sie nicht. Wir sind in das Stadium des sozialistischen Aufbaus eingetreten, wo es gilt, konkret, detailliert, auf Grund der Erfahrung der Arbeit im Dorfe überprüfte, grundlegende Regeln und Anweisungen auszuarbeiten, nach denen wir uns richten müssen, um uns in bezug auf den Mittelbauern auf den Boden eines festen Bündnisses zu stellen.”[60]

Das ist die theoretische Grundlage für die Politik der Partei, die in der gegenwärtigen geschichtlichen Periode auf ein festes Bündnis mit dem Mittelbauern berechnet ist.

Wer mit Hilfe der von Lenin verfassten Resolution des II. Kominternkongresses diese Worte Lenins zu widerlegen gedenkt, der möge das offen sagen.

So ist die Frage theoretisch gestellt. Wir nehmen Lenins Lehre nicht im einzelnen, sondern im ganzen. Lenin hatte drei Losungen hinsichtlich der Bauernschaft: die eine zur Zeit der bürgerlichen Revolution, eine zweite zur Zeit der Oktoberrevolution und eine dritte nach der Festigung der Sowjetmacht. Wer diese drei Losungen durch irgendeine einzige und allgemeine Losung zu ersetzen gedenkt, der begeht den gröbsten Fehler.

So ist die Frage theoretisch gestellt. Praktisch aber Ist sie so gestellt, dass es, nachdem wir die Oktoberrevolution vollbracht, die Gutsherren verjagt und das Land an die Bauern verteilt haben, klar ist, dass wir Rußland, wie Lenin sich ausdrückt, mehr oder weniger

vermittelbauert haben und der Mittelbauer heute die Mehrheit im Dorfe bildet, trotz des Differenzierungsprozesses.

Eine Differenzierung vollzieht sich natürlich. Unter der NÖP, im gegenwärtigen Stadium, kann es auch gar nicht anders sein. Aber sie vollzieht sich langsamen Schritts. Ich habe neulich einen Leitfaden gelesen, der sogar von der Agitpropabteilung des ZK herausgegeben worden sein soll, und einen anderen Leitfaden, der, wenn ich nicht irre, von der Agitpropabteilung der Leningrader Organisation herausgegeben worden ist. Wollte man diesen Leitfäden Glauben schenken, so hätten wir demnach unter dem Zaren an die 60 Prozent armer Bauern gehabt, jetzt aber hätten wir 75 Prozent; unter dem Zaren hätte es etwa 5 Prozent Kulaken gegeben, jetzt aber gebe es 8 oder gar 12 Prozent; unter dem Zaren hätte es soundso viel Mittelbauern gegeben, jetzt aber seien es weniger. Ich will keine starken Ausdrücke gebrauchen, aber gesagt werden muss, dass solche Zahlenangaben schlimmer sind als Konterrevolution. Wie kann jemand, der marxistisch denkt, so etwas hinhauen und noch dazu drucken lassen, und noch dazu in einem Leitfaden? Als Mitglied des ZK bin ich natürlich für diese unerhörte Fahrlässigkeit mitverantwortlich. Wenn unter dem Zaren eine Politik der Züchtung von Kulaken betrieben wurde, das Privateigentum an Grund und Boden bestand und der Boden Handelsobjekt war (was die Differenzierung besonders verschärft), wenn die Regierung derart war, dass sie die Differenzierung bis aufs äußerste forcierte und damals dennoch nicht mehr als 60 Prozent der Bauern arme Bauern waren, wie konnte es zugehen, dass unter unserer Regierung, unter der Sowjetregierung, wo kein Privateigentum an Grund und Boden besteht, das heißt der Grund und Boden nicht mehr Handelsobjekt ist, wo der Differenzierung also dieser Hemmschuh angelegt ist, wie konnte, nachdem wir uns zwei Jahre lang der Entkulakisierung befleißigt haben, wo wir uns auch jetzt noch nicht aller Methoden der Entkulakisierung entledigt haben, wo wir eine besondere Kredit- und Genossenschaftspolitik betreiben, die eine Differenzierung keineswegs begünstigt - wie konnte es zugehen, dass angesichts solcher Beschränkungen die Differenzierung bei uns bedeutend weiter fortgeschritten sein soll als unter dem Zaren, dass es viel mehr Kulaken und arme Bauern geben soll als früher? Wie können Leute, die sich Marxisten nennen, einen solchen blühenden Unsinn zusammenschwatzen? Das ist doch einfach zum Lachen, ein Malheur, ein Jammer. (Heiterkeit.)

Das gleiche gilt von der im Juni vorgelegten unglückseligen Getreide- und Futtermittelbilanz der Statistischen Zentralverwaltung (SZV), der zufolge die begüterten Bauern angeblich über 61 Prozent der für den Markt bestimmten Getreideüberschüsse verfügten, während die armen Bauern gar keine Überschüsse besaßen und die Mittelbauern den restlichen Prozentsatz. Das Lächerliche daran ist, dass die SZV nach einigen Monaten mit einer anderen Zahl ankam, nicht 61 Prozent, sondern 52 Prozent. Ganz kürzlich nun hat die SZV nicht mehr 52 Prozent, sondern 42 Prozent angegeben. Ich bitte Sie, nennt sich so was etwa berechnen? Wir halten die Statistische Zentralverwaltung für eine Zitadelle der Wissenschaft. Wir glauben, dass keine Verwaltungsstelle ohne die Zahlen der SZV kalkulieren und planen kann. Wir sind der Ansicht, dass die Statistische Zentralverwaltung verpflichtet ist, objektive Unterlagen zu liefern, die von jeder wie immer gearteten vorgefaßten Meinung frei sind, denn der Versuch, eine Zahl wegen dieser oder jener vorgefaßten Meinung zurechtzustutzen, ist ein Verbrechen krimineller Natur. Aber wie kann man hiernach den Zahlen der SZV Glauben schenken, wenn sie selbst nicht mehr an ihre Zahlen glaubt?

Kurzum: Da wir dank der Agrarrevolution das Dorf vermittelbauert haben, da der Mittelbauer trotz des Differenzierungsprozesses im Dorf die Mehrheit bildet und unsere Aufbauarbeit sowie der Leninsche Genossenschaftsplan die Einbeziehung der Hauptmasse der Bauernschaft in dieses Werk erfordern, so ist die Politik des Bündnisses mit dem Mittelbauern unter den Bedingungen der NÖP die einzig richtige Politik. Das ist die praktische Seite der Frage.

Sehen Sie, wie Lenin unsere Aufgaben formulierte, als er die Neue Ökonomische Politik begründete. Vor mir liegt der von Lenin verfasste Entwurf zu seiner Schrift „Über die Naturalsteuer”, wo er die leitenden Grundfäden klar und deutlich herausarbeitet:
„Jetzt wird (ist) die Mehrung der Produkte der Angelpunkt, der Probierstein... Also ‚setzen’ wir auf den Mittelbauern in der Landwirtschaft.
Der fleißige Landwirt als ‚zentrale Figur` unseres wirtschaftlichen Aufschwungs.” (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 32, S. 302, russ.)
Demnach Kurs auf den Mittelbauern in der Landwirtschaft; der fleißige Landwirt als zentrale Figur unseres wirtschaftlichen Aufschwungs. So schrieb Genosse Lenin im Jahre 1921.
Diese Idee nun, Genossen, lag auch jenen Resolutionen und jenen Zugeständnissen an die Bauernschaft zugrunde, die von uns auf der XIV. Konferenz unserer Partei im April beschlossen worden sind.
Welcher Zusammenhang besteht zwischen den Resolutionen der XIV. Parteikonferenz vom April und der Resolution über die Arbeit unter der Dorfarmut, die vom ZK im Oktober[61] ebenso einstimmig wie vordem die Resolutionen der XIV. Konferenz beschlossen wurde? Die Hauptaufgabe, vor der wir auf dem Oktoberplenum des Zentralkomitees standen, war, zu verhindern, dass die Politik, die wir auf der Aprilkonferenz beschlossen hatten, die Politik des festen Bündnisses mit dem Mittelbauern, hintertrieben werde, diese Politik nicht hintertreiben zu lassen, da bei uns in der Partei Stimmungen aufkamen, die die Ansicht zum Ausdruck brachten, die Politik des festen Bündnisses mit dem Mittelbauern sei falsch oder unannehmbar. Es kamen auch Stimmungen auf, wonach die Politik eines festen Bündnisses mit dem Mittelbauern angeblich bedeutet, dass man die Dorfarmut vernachlässige, dass irgend jemand versuche, das feste Bündnis mit dem Mittelbauern über den Kopf der Dorfarmut hinweg zu schließen. Genossen, das ist dumm, aber es ist eine Tatsache, denn solche Stimmungen hat es gegeben. War für uns die Frage der Dorfarmut irgendetwas Neues, als wir im Oktober zu unserer Plenartagung zusammentraten? Natürlich nicht. Solange es eine Dorfarmut gibt, müssen wir ein Bündnis mit ihr haben. Das wissen wir schon seit 1903, als Lenins Schrift „An die Dorfarmut”[62] zum erstenmal erschien. Dafür sind wir ja Marxisten, dafür sind wir ja Kommunisten, dass wir uns auf die Armut im Dorfe stützen. Auf wen sollen wir uns denn sonst stützen? Diese Frage ist nicht neu, sie war für uns weder im April noch im Oktober, weder auf der Konferenz noch auf der Plenartagung des ZK irgendetwas Neues und konnte es gar nicht sein. Wenn trotzdem die Frage der Dorfarmut auftauchte, so geschah das im Zusammenhang mit den Erfahrungen, die wir während der Neuwahlen zu den Sowjets gesammelt hatten. Was stellte sich heraus? Die Sowjets wurden belebt. Der Sowjetdemokratie wurde Geltung verschafft. Aber zu welchem Zweck? Sowjetdemokratie bedeutet doch Führung durch die Arbeiterklasse. Keine Sowjetdemokratie kann doch eine wirkliche Sowjetdemokratie, eine wirkliche proletarische Demokratie genannt werden, wenn dabei die Führung durch das Proletariat und seine Partei fehlt. Was heißt aber Sowjetdemokratie unter Führung des Proletariats? Das heißt, dass das Proletariat seine Vertrauensleute im Dorf haben muss. Woher müssen sich diese Vertrauensleute rekrutieren? Aus Vertretern der Dorfarmut. In welcher Lage aber befand sich die Dorfarmut, als wir die Sowjets belebten? Sie war aufs äußerste zerbröckelt und zersplittert. Nicht nur manchen Elementen der Dorfarmut, sondern auch manchen Kommunisten schien es, als ob der Verzicht auf die Entkulakisierung und auf den administrativen Druck bedeutete, sich von der Dorfarmut loszusagen und ihre Interessen unberücksichtigt zu lassen. Und statt einen organisierten Kampf gegen das Kulakentum zu führen, begannen sie auf die unwürdigste Weise zu flennen.
Was mussten wir tun, um diese Stimmungen zu überwinden? Erstens galt es, die Aufgabe zu bewältigen, die die XIV. Parteikonferenz der Partei gestellt hatte, das heißt, es mussten die Bedingungen, Methoden und Maßnahmen zur materiellen Unterstützung der Dorfarmut festgelegt werden. Zweitens musste die Losung der Organisierung besonderer Gruppen oder Fraktionen der armen Bauern aufgestellt werden, die bei den Wahlen zu den Sowjets, bei den

Wahlen in den Genossenschaften usw. einen offenen politischen Kampf zu führen haben, um die Mittelbauern zu gewinnen und die Kulaken zu isolieren.
Das eben tat Genosse Molotow in seinen Thesen über die Arbeit unter der Dorfarmut, die ein Ergebnis seiner dreimonatigen Tätigkeit in der Dorfkommission des ZK waren und die vom Oktoberplenum des ZK einstimmig gebilligt wurden.
Wie Sie sehen, stellt die vom Oktoberplenum des ZK angenommene Resolution eine direkte Fortsetzung der Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz dar.
Es galt erstens, die Frage der materiellen Hilfe konkret aufzuwerfen, um die materielle Lage der Dorfarmut zu verbessern, und zweitens, die Losung der Organisierung der Dorfarmut auszugeben. Das ist das Neue, das wir ganz dem Genossen Molotow verdanken, die Losung der Organisierung von Gruppen der Dorfarmut ist seine Idee.
Wozu bedurfte es der Losung der Organisierung von Gruppen armer Bauern? Es bedurfte ihrer, um die Zersplitterung der Dorfarmut überwinden zu können und ihr die Möglichkeit zu geben, sich mit Hilfe der Kommunisten zu einer selbständigen politischen Kraft zu organisieren, die fähig ist, eine organisierte Stütze für das Proletariat auf dem Lande abzugeben in dem Kampf, den das Proletariat gegen den Kulaken und um die Gewinnung der Mittelbauernschaft führt. Die Dorfarmut ist noch immer in der Mentalität von Unterstützungsempfängern befangen, sie verlässt sich auf die GPU, auf die Obrigkeit, auf alles Mögliche, nur nicht auf sich selbst, auf die eigene Kraft. Eben diese Passivität und diese Mentalität von Unterstützungsempfängern müssen aus dem Bewusstsein der Dorfarmut ausgetrieben werden. Es gilt, der Dorfarmut eine Losung zu geben, damit sie sich endlich auf die eigenen Füße stelle, sich mit Hilfe der Kommunistischen Partei und mit Hilfe des Staates zu Gruppen organisiere und es lerne, auf dem Forum der Sowjets, auf dem Forum der Genossenschaften, auf dem Forum der bäuerlichen Hilfskomitees und auf allen Arbeitsfeldern der Dorföffentlichkeit gegen den Kulaken zu kämpfen, zu kämpfen aber nicht durch Appelle an die GPU, sondern im Rahmen eines politischen, eines organisierten Kampfes. Nur so kann die Dorfarmut gestählt werden, nur so kann die Dorfarmut organisiert und nur so kann erreicht werden, dass die Dorfarmut aus einer Gruppe von Unterstützungsempfängern zu einer Stütze des Proletariats auf dem Lande wird.
Das ist es, weshalb im Oktober die Frage der Dorfarmut auf die Tagesordnung gestellt wurde.

6. Zwei Gefahren und zwei Abweichungen in der Bauernfrage

In der Bauernfrage sind in unserer Partei zwei Abweichungen aufgetreten. Eine Abweichung in Richtung auf eine Bagatellisierung der Kulakengefahr und eine Abweichung, die diese Gefahr übertreibt und die Rolle des Mittelbauern bagatellisiert und unterschätzt. Ich will nicht sagen, dass diese Abweichungen irgendeine tödliche Gefahr für uns darstellen. Eine Abweichung ist eben eine Abweichung, eine Abweichung ist etwas, was noch keine feste Form gewonnen hat. Eine Abweichung ist der Beginn eines Fehlers. Entweder lassen wir diesen Fehler groß werden, dann steht die Sache schlecht, oder wir reißen diesen Fehler mit der Wurzel aus, und dann ist die Gefahr beseitigt. Eine Abweichung ist etwas Fehlerhaftes, was dann zu Weiterungen führt, wenn ihr nicht rechtzeitig Einhalt geboten wird.
Ein paar Worte über die Unterschätzung der Kulakengefahr. Man spricht von einer kulakischen Abweichung. Das ist natürlich töricht. Es kann in der Partei keine kulakische Abweichung geben. Es handelt sich nicht um eine kulakische Abweichung, sondern um eine Abweichung in Richtung auf eine Unterschätzung der Kulakengefahr. Selbst wenn es bis jetzt niemand gegeben hätte, der dieser Abweichung zum Opfer gefallen ist, der sich auf den Boden dieser Abweichung gestellt hat, so würden sich sowieso solche Leute finden, da die Entwicklung bei uns in Richtung einer gewissen Belebung des Kapitalismus geht, eine Belebung des Kapitalismus aber löst unweigerlich eine gewisse Verwirrung an der Peripherie unserer Partei aus. Anderseits entwickelt sich unsere sozialistische Industrie, und zwischen ihr

und dem Privatkapital spielt sich ein Kampf ab. Wer wird wem den Rang ablaufen? Gegenwärtig haben die sozialistischen Elemente das Übergewicht. Wir werden sowohl den Kulaken als auch den Privatkapitalisten in der Stadt unterkriegen. Vorläufig aber bleibt es bei der Tatsache, dass die Kulaken an Stärke zunehmen, dass wir sie ökonomisch noch lange nicht zerschlagen haben. Der Kulak sammelt zweifellos Kräfte, und wer dies nicht bemerkt, wer da sagt, dies sei eine Bagatelle, der Kulak sei nur ein Popanz, der setzt die Partei der Gefahr aus, ihre Wachsamkeit einzubüßen und im Kampf gegen den Kulaken, im Kampf gegen den Kapitalismus ohne Waffen dazustehen, denn der Kulak ist der Agent des Kapitalismus im Dorfe.

Man spricht von Boguschewski. Natürlich ist bei ihm keine kulakische Abweichung zu verzeichnen. Seine Abweichung liegt in Richtung auf eine Unterschätzung der Kulakengefahr. Wäre er einer kulakischen Abweichung verfallen, so müsste man ihn aus der Partei ausschließen. Bisher aber, scheint's, hat niemand, soweit mir bekannt, seinen Ausschluss aus der Partei gefordert. Diese Abweichung - eine Abweichung in Richtung auf eine Unterschätzung der Kulakengefahr im Dorfe -, eine Abweichung, die uns daran hindert, die Partei im Zustand steter Kampfbereitschaft zu halten, die die Partei in ihrem Kampf gegen die kapitalistischen Elemente entwaffnet, diese Abweichung wurde bekanntlich durch Beschluss des Zentralkomitees der Partei verurteilt.

Aber es gibt eine andere Abweichung, die der Überschätzung der Kulakengefahr, der Bestürzung angesichts der Kulakengefahr, der Panik: „Zu Hilfe, zu Hilfe, der Kulak kommt!" Seltsam! Man hat die NÖP eingeführt und wusste, dass die NÖP ein Aufleben des Kapitalismus, ein Aufleben des Kulaken bedeutet, dass der Kulak unbedingt sein Haupt erheben wird. Kaum aber zeigte sich der Kulak, und schon schreit man „Hilfe", schon verliert man den Kopf. Und die Bestürzung ging so weit, dass der Mittelbauer vergessen wurde. Indessen besteht die grundlegende Aufgabe auf dem Lande gegenwärtig im Kampf um die Gewinnung des Mittelbauern, im Kampf um die Loslösung des Mittelbauern vom Kulaken, im Kampf um die Isolierung des Kulaken durch Herstellung eines festen Bündnisses mit dem Mittelbauern. Das vergessen die Genossen, die jetzt vor der Kulakengefahr in Panik geraten.

Ich glaube, dass diese beiden Abweichungen, wenn man ihnen restlos auf den Grund geht, sich auf folgende Ausgangspunkte zurückführen lassen.

Die erste Abweichung besteht in der Bagatellisierung der Rolle des Kulaken und überhaupt der kapitalistischen Elemente im Dorf, in der Vertuschung der Kulakengefahr. Sie geht von der falschen Annahme aus, dass die Entwicklung der NÖP nicht zum Aufleben der kapitalistischen Elemente im Dorfe führe, dass der Kulak und überhaupt die kapitalistischen Elemente bei uns in die historische Vergangenheit abtreten oder bereits abgetreten seien, dass im Dorfe keine Differenzierung vor sich gehe, dass der Kulak nur ein Nachklang der Vergangenheit sei, ein Popanz und weiter nichts.

Wozu führt diese Abweichung?

In der Praxis führt diese Abweichung zur Leugnung des Klassenkampfs im Dorfe.

Die zweite Abweichung besteht in der Aufbauschung der Rolle des Kulaken und überhaupt der kapitalistischen Elemente im Dorf, in einer Panik vor diesen Elementen, in der Leugnung der Tatsache, dass das Bündnis des Proletariats und der Dorfarmut mit dem Mittelbauern möglich und zweckmäßig ist.

Diese Abweichung geht von der Annahme aus, dass bei uns auf dem Lande eine einfache Restauration des Kapitalismus stattfinde, dass dieser Prozess der Restauration des Kapitalismus alles andere verschlinge, dass er auch unsere Genossenschaften ganz oder zum überwiegenden Teil ergreife, dass infolge einer solchen Entwicklung die Differenzierung der Bauernschaft in großem Umfang unaufhörlich fortschreiten müsse, dass die extremen Gruppen, das heißt die Kulaken und die armen Bauern, von Jahr zu Jahr größer werden und anschwellen müssten, dass die mittleren Gruppen, das heißt die Mittelbauern, auch von Jahr zu Jahr immer schwächer werden und immer mehr dahinschwinden müssten.

In der Praxis führt diese Abweichung zur Schürung des Klassenkampfs im Dorf, zur Rückkehr zu der von den Komitees der Dorfarmut betriebenen Politik der Entkulakisierung, also zur Proklamierung des Bürgerkriegs in unserem Lande und somit zur Vereitelung unserer ganzen Aufbauarbeit und damit zur Ablehnung des Leninschen Genossenschaftsplans, der die Einbeziehung von Millionen Bauernwirtschaften in das System des sozialistischen Aufbaus vorsieht.
Sie werden fragen, welche Abweichung ist schlimmer? So darf man die Frage nicht stellen. Beide sind „schlimmer", sowohl die erste als auch die zweite Abweichung, und falls diese Abweichungen um sich greifen, so sind sie imstande, die Partei zu zersetzen und zugrunde zu richten. Zum Glück gibt es in unserer Partei Kräfte, die sowohl die erste als auch die zweite Abweichung ausmerzen können. (Beifall.) Obwohl beide Abweichungen „schlimmer" sind und obwohl es dumm ist zu fragen, welche von ihnen gefährlicher sei, so gibt es doch einen anderen Standpunkt, von dem aus man an diese beiden Abweichungen herantreten muss. Zum Kampf gegen welche Abweichung ist die Partei am besten gerüstet, zum Kampf gegen die erste oder zum Kampf gegen die zweite Abweichung? - so muss die Frage praktisch gestellt werden. Beide Abweichungen sind gefährlich, beide sind „schlimmer", man kann nicht sagen, welche von ihnen gefährlicher sei, aber darüber sprechen, zum Kampf gegen welche Abweichung die Partei am besten gerüstet ist - das kann und muss man. Würde man die Kommunisten fragen, worauf die Partei besser vorbereitet sei, ob darauf, den Kulaken auszuziehen, oder darauf, das nicht zu tun, wohl aber ein Bündnis mit dem Mittelbauern einzugehen, dann, glaube ich, würden von 100 Kommunisten 99 sagen; dass die Partei am besten auf die Losung vorbereitet ist: Schlagt den Kulaken! Lasst das nur zu, und im Handumdrehen werden sie den Kulaken ausziehen. Wenn es aber gilt, nicht zu entkulakisieren, sondern die kompliziertere Politik der Isolierung des Kulaken durch das Bündnis mit dem Mittelbauern zu betreiben, so geht einem das nicht so leicht ein. Deshalb glaube ich, dass die Partei in ihrem Kampf gegen beide Abweichungen das Feuer doch auf die zweite Abweichung konzentrieren muss. (Beifall.) Durch keinerlei Berufung auf den Marxismus, auf den Leninismus lässt sich der Grundsatz verschleiern, dass der Kulak gefährlich ist. Kulak ist eben Kulak. Er ist gefährlich, mag Boguschewski noch soviel von Popanz sprechen. Das kann man keinem Kommunisten durch noch so viele Zitate ausreden. Den Grundsatz aber, dass wir ein festes Bündnis mit dem Mittelbauern brauchen, während Iljitsch in der Resolution des II. Weltkongresses von der Neutralisierung des Mittelbauern spricht, diesen Grundsatz kann man immer durch Phrasen über Leninismus, über Marxismus vertuschen und verdunkeln. Hier bietet sich ein reiches Feld für Zitate, hier bietet sich ein reiches Feld für jeden, der die Partei verwirren, der die Wahrheit vor der Partei verbergen will, die Wahrheit, dass Lenin hinsichtlich der Bauernschaft nicht eine, sondern drei Losungen hatte. Hier lassen sich unter Berufung auf den Marxismus die verschiedensten Manipulationen vornehmen. Und gerade deshalb muss das Feuer auf die zweite Abweichung konzentriert werden.
So ist es bestellt um die Frage der inneren Lage der Union, ihrer Wirtschaft, der Industrie und der Landwirtschaft, der Klassen, der Aktivität der Klassen, der Belebung der Sowjets, um die Frage der Bauernschaft usw.
Ich werde einige Fragen übergehen, die den Staatsapparat betreffen, der sich erweitert und sich der Führung durch die Partei zu entziehen sucht, was ihm natürlich nicht gelingen wird.
Ich werde ferner nicht vorn Bürokratismus unseres Staatsapparats sprechen, und zwar deswegen nicht, weil sich mein Bericht schon allzu sehr in die Länge gezogen hat. Ich spreche nicht darüber, weil diese Frage für die Partei nicht neu ist.

7. Die Aufgaben der Partei

Ich komme zu den Aufgaben der Partei auf innenpolitischem Gebiet. Auf dem Gebiet der Entwicklung der Volkswirtschaft als Ganzes müssen wir hinarbeiten auf:
a) die weitere Steigerung der Produktion der Volkswirtschaft;
b) die Verwandlung unseres Landes aus einem Agrarland in ein Industrieland;
c) die Sicherung des entscheidenden Übergewichts der sozialistischen Elemente in der Volkswirtschaft über die kapitalistischen Elemente;
d) die Sicherung der notwendigen Unabhängigkeit der Volkswirtschaft der Sowjetunion unter den Verhältnissen der kapitalistischen Umkreisung;
e) die Vergrößerung des Anteils der nicht aus Steuern herrührenden Einnahmen am Gesamtsystem des Staatshaushalts.
Auf dem Gebiet der Industrie und der Landwirtschaft haben wir hinzuarbeiten auf:
a) die Entfaltung unserer sozialistischen Industrie auf der Grundlage eines erhöhten technischen Niveaus, die Hebung der Arbeitsproduktivität, die Herabsetzung der Selbstkosten, die Beschleunigung des Kapitalumlaufs;
b) die Übereinstimmung der Brennstoff- und Metallbilanz sowie des fixen Kapitals der Eisenbahnen mit den wachsenden Bedürfnissen des Landes;
c) die verstärkte Entwicklung der Sowjetindustrie von lokaler Bedeutung;
d) die Steigerung der Bodenerträge, die Hebung des technischen Niveaus der Landwirtschaft, den verstärkten Anbau gewerblicher Nutzpflanzen, die Industrialisierung der Landwirtschaft;
e) die Einbeziehung der zersplitterten Bauernwirtschaften in den sozialistischen Aufbau durch massenhaften genossenschaftlichen Zusammenschluss und Hebung ihres Kulturniveaus.
Auf dem Gebiet des Handels haben wir hinzuarbeiten auf:
a) den weiteren Ausbau und die qualitative Verbesserung des Warenverteilungssystems (Genossenschaften aller Art, staatlicher Handel);
b) die maximale Beschleunigung des Warenumsatzes;
c) die Herabsetzung der Kleinhandelspreise und die weitere Steigerung des Übergewichts des Sowjet- und Genossenschaftshandels über den Privathandel;
d) ein einheitliches Vorgehen und eine strenge Aufbringungsdisziplin aller Aufbringungsorgane;
e) die Verstärkung des Warenaustauschs mit der Außenwelt unter Sicherung einer aktiven Handelsbilanz, also auch einer aktiven Zahlungsbilanz, die eine ganz unerlässliche Vorbedingung für die Aufrechterhaltung einer stabilen Währung und die erforderliche Garantie gegen eine Inflation bildet.
Auf dem Gebiet der Planung muss darauf hingearbeitet werden, dass die notwendigen Reserven unbedingt sichergestellt werden.
Nebenbei ein paar Worte über eine Reservequelle - den Wodka. Es gibt Leute, die glauben, man könne den Sozialismus in Glacehandschuhen aufbauen. Das ist ein ganz grober Fehler, Genossen. Da wir nun einmal keine Anleihen erhalten, da wir nun einmal an Kapitalmangel leiden und da wir uns außerdem nicht in die Knechtschaft der westeuropäischen Kapitalisten begeben können und jene knechtenden Bedingungen, die sie uns vorschlagen und die wir abgelehnt haben, nicht annehmen können, bleibt nur eins: auf anderen Gebieten Quellen zu suchen. Das ist immer noch besser als die Knechtschaft. Hier muss zwischen Knechtschaft und Wodka gewählt werden, und diejenigen, die glauben, man könne den Sozialismus in Glacehandschuhen aufbauen, sind in einem groben Irrtum befangen.
Auf dem Gebiet der 'Wechselbeziehungen zwischen den Klassen haben wir hinzuarbeiten auf:
a) die Sicherung des Bündnisses des Proletariats und der Dorfarmut mit der Mittelbauernschaft;
b) die Sicherung der führenden Rolle des Proletariats in diesem Bündnis;

c) die politische Isolierung und die wirtschaftliche Zurückdrängung des Kulaken und des städtischen Kapitalisten.
Beim Ausbau des Sowjetapparats muss ein entschlossener Kampf gegen den Bürokratismus geführt werden, zu dem die breiten Massen der Arbeiterklasse heranzuziehen sind.
Ich möchte ein paar Worte über die neue Bourgeoisie und ihre Ideologen, die Smena-Wech-Leute, sagen. Die Smena-Wech-Strömung ist die Ideologie der neuen Bourgeoisie, die im Wachsen begriffen ist und sich allmählich mit den Kulaken und mit der beamteten Intelligenz zusammenfindet. Die neue Bourgeoisie hat ihre eigene Ideologie geschaffen, die Smena-Wech-Ideologie, die von der Annahme ausgeht, die Kommunistische Partei werde zwangsläufig entarten und die neue Bourgeoisie werde sich zwangsläufig konsolidieren, wobei wir Bolschewiki, ihrer Ansicht nach, ohne es selbst zu merken, an die Schwelle einer demokratischen Republik gelangen, sodann diese Schwelle überschreiten und mit Hilfe irgendeines „Cäsaren", der, man weiß nicht, ob aus den Reihen der Militärs oder aus der Zivilbeamtenschaft, hervorgehen wird, uns eines schönen Tages in einer gewöhnlichen bürgerlichen Republik befinden müssen.
So sieht diese neue Ideologie aus, mit der man unsere beamtete Intelligenz, und nicht nur sie, sondern auch einige uns nahe stehende Kreise, benebeln möchte. Ich will die Behauptung von der Entartung unserer Partei nicht widerlegen. Es lohnt sich nicht, eine Dummheit zu widerlegen. Unsere Partei entartet nicht und wird nicht entarten. Sie ist nicht aus solchem Holz geschnitzt und nicht von einem solchen Mann geschmiedet worden, dass sie entarten könnte. (Beifall.) Unsere Kader, die jungen wie die alten, wachsen in ideologischer Hinsicht. Es ist unser Glück, dass es uns gelungen ist, Lenins Werke in mehreren Auflagen erscheinen zu lassen. Jetzt liest man, lernt und beginnt zu begreifen. Nicht nur die Führer, sondern auch die Durchschnittsmitglieder der Partei beginnen zu begreifen und lassen sich nichts mehr vormachen. Mit Geschrei über Entartung wird man jetzt niemand mehr einschüchtern. Die Leute werden sich selbst ein Urteil bilden. Man kann schreien, soviel man will, man kann versuchen, mit Zitaten bange zu machen, soviel man will, unsere einfachen Parteimitglieder werden sich das anhören und sich selbst ein Urteil bilden, weil sie jetzt Lenins Werke zur Hand haben. (Beifall.) Diese Tatsache ist eine der Hauptgarantien dafür, dass unsere Partei den Weg des Leninismus nicht verlassen wird. (Stürmischer Beifall.)
Wenn ich trotzdem die Smena-Wech-Leute erwähnt habe, so um mit ein paar Worten allen denen zu antworten, die auf eine Entartung unserer Partei und unseres ZK spekulieren. Ustrjalow ist der geistige Vater dieser Ideologie. Er ist bei uns im Verkehrswesen angestellt. Man sagt, dass er seinen Dienst gut versieht. Ich glaube, wenn er seinen Dienst gut versieht, soll er ruhig von einer Entartung unserer Partei träumen. Zu träumen ist bei uns nicht verboten. Mag er träumen, soviel er Lust hat. Aber er soll auch wissen, dass er über seinen Träumen von Entartung nicht vergessen darf, das Korn in unsere bolschewistische Mühle zu tragen. Sonst wird es ihm schlecht ergehen. (Beifall.)

III
DIE PARTEI

Ich komme zur Frage der Partei. Die Partei behandle ich nicht etwa deshalb am Ende meines Berichts, weil sie ihrem spezifischen Gewicht nach der letzte Faktor unter allen unseren Entwicklungsfaktoren wäre. Nein, keineswegs. Der Grund ist vielmehr der, dass die Partei unser ganzes Werk krönt.

Ich sprach von den Erfolgen der Diktatur des Proletariats auf dem Gebiet der Außen- und Innenpolitik, auf dem Gebiet des außenpolitischen Manövrierens, unter den Verhältnissen der kapitalistischen Umkreisung, und auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus innerhalb des Landes. Aber diese Erfolge wären unmöglich gewesen, wenn unsere Partei ihren Aufgaben nicht gewachsen gewesen wäre, wenn sie sich nicht entwickelt und gekräftigt hätte. Die Partei als führende Kraft ist in dieser Hinsicht von unermesslicher Bedeutung. Die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats geschieht nicht im Selbstlauf, sondern vor allem durch die Kräfte der Partei und unter ihrer Führung. Ohne die Führung durch die Partei wäre die Diktatur des Proletariats in der heutigen Situation kapitalistischer Umkreisung unmöglich. Es genügt, die Partei nur ein wenig ins Wanken zu bringen, sie zu schwächen, und sofort wird auch die Diktatur des Proletariats ins Wanken geraten und geschwächt werden. Dadurch eben erklärt es sich, dass die Bourgeois aller Länder mit heller Wut von unserer Partei sprechen.

Ich will damit keineswegs sagen, dass unsere Partei mit dem Staat identisch sei. Ganz und gar nicht. Die Partei ist die führende Kraft in unserem Staat. Es wäre jedoch dumm, aus diesem Grunde zu behaupten, wie das einige Genossen tun, das Politbüro sei das höchste Organ im Staate. Das ist nicht wahr. Das ist eine Konfusion, die nur Wasser auf die Mühle unserer Feinde leitet. Das Politbüro ist das höchste Organ nicht des Staates, sondern der Partei, die Partei aber ist die höchste führende Kraft des Staates. Das ZK und das Politbüro sind Organe der Partei. Ich will die Staatsbehörden nicht mit der Partei identifizieren. Ich will nur sagen, dass in allen grundlegenden Fragen unserer Innen- und Außenpolitik der Partei die führende Rolle gehörte. Und nur deshalb hatten wir in unserer Innen- und Außenpolitik Erfolge. Deshalb ist die Frage nach der Zusammensetzung unserer Partei, nach ihrem ideologischen Niveau, nach den Kadern der Partei, nach der Fähigkeit der Partei, bei der Behandlung der Wirtschaftsprobleme des Sowjetaufbaus die Führung auszuüben, nach ihrem Gewicht in der Arbeiterklasse und der Bauernschaft und schließlich nach dem inneren Zustand der Partei überhaupt eine grundlegende Frage unserer Politik.

Zunächst über die Zusammensetzung der Partei. Am 1. April 1924 hatte die Partei ohne das Lenin-Aufgebot insgesamt 446000 Mitglieder und Kandidaten. Davon waren 196000, d. h. 44 Prozent Arbeiter, 128000, d. h. 28,8 Prozent Bauern, 121000, d. h. 27,2 Prozent Angestellte und sonstige Mitglieder. Am 1. Juli 1925 zählte die Partei statt 446000 bereits 911000 Mitglieder und Kandidaten, davon 534000, d. h. 58,6 Prozent Arbeiter, 216000, d. h. 23,8 Prozent Bauern, 160000, d. h. 17,6 Prozent Angestellte und sonstige Mitglieder. Am 1. November 1925 hatten wir 1025000 Kommunisten.

Zu welchem Prozentsatz ist die Arbeiterklasse (die gesamte Arbeiterklasse gerechnet) in unserer Partei organisiert? Auf dem XIII. Parteitag sagte ich in meinem organisatorischen Bericht, dass wir (die Landarbeiter mitgerechnet) insgesamt 4100000 Arbeiter haben. Ich rechnete die Arbeiter der Kleinindustrie damals nicht mit, die zahlenmäßig nicht erfasst werden konnten, weil die Sozialversicherung damals noch nicht ausgebaut war und die Statistik sich damit nicht befasste. Ich gab damals die Zahlen vom Januar 1924 an. In der Folgezeit, als es möglich wurde, die in der Kleinindustrie beschäftigten Arbeiter statistisch zu erfassen, zeigte es sich, dass wir am 1. Juli 1924 insgesamt 5500000 Arbeiter hatten, die Landarbeiter eingerechnet. Von ihnen waren in der Partei 390000, das heißt 7 Prozent der gesamten Arbeiterklasse. Am 1. Juli 1925 gab es 6500000 Arbeiter, von denen der Partei 534000, das heißt 8 Prozent der gesamten Arbeiterklasse, angehörten. Am 1. Oktober 1925

hatten wir in der Landwirtschaft und in der Industrie - Klein-, Mittel- und Großbetriebe zusammengerechnet - 7 Millionen Arbeiter. Von ihnen waren in der Partei 570000, das heißt 8 Prozent, organisiert.

Ich sage das alles, um zu zeigen, wie unvernünftig es ist, davon zu sprechen, man könnte in ein oder zwei Jahren erreichen, dass 90 Prozent der gesamten Arbeiterklasse des Landes in der Partei organisiert wären.

Untersuchen wir jetzt den Anteil der in der KPR(B) organisierten Arbeiter an der gesamten Arbeiterschaft der Großindustrie. Die Zahl der ständigen Arbeiter (ohne Saisonarbeiter) in der Großindustrie, sowohl der staatlichen als auch der nichtstaatlichen, die Rüstungsindustrie, die Haupteisenbahnwerkstätten und die wichtigsten Depots mit eingerechnet - die Zahl der Arbeiter in allen diesen Zweigen belief sich am 1. Januar 1924 auf 1605000. In unserer Partei gab es damals 196000 Arbeiter. Das waren 12 Prozent der gesamten Arbeiterschaft der Großindustrie. Nehmen wir nun die in der Partei organisierten Arbeiter von der Werkbank und bestimmen wir ihr prozentuelles Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter in der Großindustrie, so sehen wir, dass am 1. Januar in der Partei 83000 Arbeiter von der Werkbank waren - 5 Prozent aller in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter. Alle diese Zahlen beziehen sich auf den 1. Januar 1924. Am 1. Juni 1924 waren 1780000 Arbeiter in der Großindustrie beschäftigt; der Partei gehörten damals 389000 Arbeiter an, das heißt 21,8 Prozent aller in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter. Arbeiter von der Werkbank gab es in der Partei 267000, das heißt 15 Prozent aller in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter. Am 1. Januar 1925 gab es in der Großindustrie 1845000 Arbeiter; die Zahl der in unserer Partei organisierten Arbeiter überhaupt, sowohl derer, die an der Werkbank stehen, als auch der anderen, belief sich auf 429000, das heißt 23,2 Prozent aller in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter; Arbeiter von der Werkbank gab es damals in der Partei 302000, das heißt 16,3 Prozent der gesamten Arbeiterschaft der Großindustrie. Am 1. Juli 1925 gab es in der Großindustrie 2094000 Arbeiter; in der Partei waren 534000, das heißt 25,5 Prozent der Arbeiter; unmittelbar an der Maschine stehende Arbeiter gab es 383000, das heißt 18,2 Prozent der gesamten Arbeiterschaft der Großindustrie.

Während also, was die gesamte Arbeiterklasse betrifft, die Zahl der in der Partei organisierten Arbeiter im Verhältnis zur gesamten Arbeiterschaft langsamer zunimmt als die Zahl der Arbeiter überhaupt, so sehen Sie hier, in der Großindustrie, das umgekehrte Bild: Der Prozentsatz der in der Partei organisierten Arbeiter nimmt schneller zu als die Zahl der in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter selbst. Das muss hervorgehoben werden, damit wir uns vor Augen halten, wie unsere Partei aussieht, wenn wir von ihrem Arbeiterkern sprechen: es sind dies hauptsächlich Arbeiter der Großindustrie.

Können wir jetzt, wo wir das alles vor Augen haben, daran denken, binnen eines Jahres den Anteil der Arbeiter von der Werkbank in der Partei bis auf 90 Prozent der Mitgliedschaft zu steigern? Nein, das können wir nicht, weil wir nicht in Phantasterei verfallen wollen. Denn wenn wir jetzt 380000 Arbeiter von der Werkbank in der Partei haben, so müsste man die Zahl der Parteimitglieder binnen eines Jahres auf 7 Millionen erhöhen, damit alle übrigen Parteimitglieder, also rund 700000, die nicht an der Werkbank stehen, nur noch 10 Prozent der Parteimitgliedschaft ausmachen. Die Genossen haben sich hier einfach vergaloppiert und sind mit ihren 90 Prozent aufgesessen.

Wächst nun das Gewicht der Partei in der Arbeiterklasse? Es lohnt sich kaum, diese ganz offenkundige Wahrheit erst noch zu beweisen. Sie wissen, dass unsere Partei dem Wesen der Sache nach ein gewähltes Organ der Arbeiterklasse ist. Wir haben in dieser Hinsicht erreicht, was noch keine Partei der Welt erreicht hat. Schon diese Tatsache allein zeugt davon, dass das Gewicht unserer Partei in den Reihen der Arbeiterklasse unermesslich groß ist und dass unsere Partei eine Monopolstellung innerhalb der Arbeiterklasse einnimmt.

Was das Gewicht unserer Partei im Dorfe anbelangt, so ist es hier ziemlich schlecht bestellt. Zur Zeit des XIII. Parteitags gab es 53 Millionen Landbewohner im Alter von 18 bis 60

Jahren, zur Zeit des XIV. Parteitags etwas über 54 Millionen. Dagegen zählten die Dorfzellen zur Zeit des XIII. Parteitags 136000 Kommunisten, das heißt 0,26 Prozent der gesamten erwachsenen Landbevölkerung, und zur Zeit des XIV. Parteitags beläuft sich die Zahl der Bauern in der Partei auf 202000, das heißt auf 0,37 Prozent. Unsere Partei wächst im Dorfe furchtbar langsam. Ich will nicht sagen, dass sie mit Siebenmeilenschritten vorankommen soll, aber dieser Prozentsatz von Bauern in unserer Partei ist dennoch ganz unbedeutend. Unsere Partei ist eine Arbeiterpartei. Die Arbeiter werden in ihr immer überwiegen. Darin kommt zum Ausdruck, dass bei uns die Diktatur des Proletariats besteht. Aber klar ist auch, dass die Diktatur des Proletariats unmöglich ist ohne das Bündnis mit der Bauernschaft, dass ein gewisser Prozentsatz der besten Vertreter der Bauernschaft innerhalb unserer Partei den für die Partei notwendigen Rückhalt im Dorfe bildet. Mit dieser Seite der Sache ist es einstweilen nicht allzu gut bestellt.
Ferner muss ich hervorheben, dass das ideologische Niveau unserer Partei allgemein gestiegen ist. Über die organisatorische Seite wird Ihnen Genosse Molotow Bericht erstatten, ich will deshalb auf diese Frage nicht eingehen; eins aber muss ich bemerken, dass nämlich das ideologische Niveau unserer führenden Kader, der jungen wie der alten, allen Anzeichen zufolge bedeutend gestiegen ist. Als Beispiel dafür könnte man die Diskussion nehmen, die wir im vorigen Jahr mit dem Trotzkismus hatten. Es handelte sich, wie Sie wissen, um eine Revision des Leninismus, um einen Wechsel in der Parteiführung, sozusagen im Vorbeigehen. Wie geschlossen die Partei dieser parteifeindlichen Welle begegnete, weiß ein jeder. Was besagt das? Das besagt, dass die Partei gewachsen ist. Ihre Kader sind erstarkt, sie fürchtet keine Diskussion. Jetzt sind wir leider in die Periode einer neuen Diskussion eingetreten. Ich bin überzeugt, dass die Partei auch diese Diskussion rasch überwinden wird und dass nichts Besonderes passieren kann. (Zurufe: „Sehr richtig!" Beifall.) Um den Ereignissen nicht vorauszueilen und niemand zu reizen, will ich im Augenblick nicht grundsätzlich darauf eingehen, wie sich die Genossen Leningrader auf ihrer Konferenz verhalten und wie die Moskauer Genossen darauf reagiert haben. Ich glaube, dass die Delegierten darüber selbst sprechen werden, und ich werde dann in meinem Schlusswort das Fazit ziehen.
Ich komme zum Schluss meines Berichts.
Ich sprach von unserer Außenpolitik, von jenen Gegensätzen, die die kapitalistische Welt zerfressen. Ich sagte, dass diese Gegensätze nur durch die Arbeiterrevolution im Westen überwunden werden können.
Ich sprach ferner über jene Gegensätze, die den Rahmen für unsere Beziehungen, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Staaten, abgeben. Ich sprach darüber, dass sie, diese Staaten, bestrebt sein werden, unser Land in ein Anhängsel des kapitalistischen Systems zu verwandeln, dass sie bestrebt sein werden, uns einer Intervention zu unterwerfen; wir aber werden ihnen eine Abfuhr erteilen, wobei wir darauf rechnen, dass die Arbeiterklasse des Westens uns mit allen Mitteln unterstützen wird, besonders nachdem Arbeiter des Westens uns immer häufiger besuchen und sich mit uns verbrüdern. Hierbei rechnen wir darauf, dass diese Verbrüderung den Kapitalisten teuer zu stehen kommen wird. Diese Gegensätze werden von uns ebenfalls überwunden. In letzter Instanz aber können wir die Gegensätze, die zwischen der Welt des Kapitalismus und der Welt des Sozialismus auf äußerem Gebiet bestehen, nicht aus eigener Kraft allein überwinden, dazu brauchen wir die Hilfe der siegreichen proletarischen Revolution in einer Reihe von Ländern.
Ich sprach ferner über die Gegensätze innerhalb unseres Landes, zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Elementen. Ich sagte, dass wir diese Gegensätze aus eigener Kraft überwinden können. Wer nicht daran glaubt, der ist ein Liquidator, der glaubt nicht an den sozialistischen Aufbau. Wir werden diese Gegensätze überwinden, wir sind bereits dabei, sie zu überwinden. Natürlich ist es um so besser, je schneller Hilfe aus dem Westen kommt, denn desto rascher werden wir diese Gegensätze überwinden, um dem Privatkapital den Rest zu geben und den vollen Sieg des Sozialismus zu erringen, die

vollendete sozialistische Gesellschaft bei uns zu errichten. Aber auch ohne Hilfe von auswärts werden wir den Kopf nicht hängen lassen, werden wir nicht Zeter schreien, unsere Arbeit nicht hinwerfen (Beifall) und bei Schwierigkeiten nicht verzagen. Wer müde geworden ist, wen die Schwierigkeiten schrecken, wer den Kopf verliert, der möge denen Platz machen, die Mut und Festigkeit bewahrt haben! (Beifall.) Wir gehören nicht zu denen, die Schwierigkeiten schrecken. Dafür sind wir Bolschewiki, dafür sind wir in Lenins Schule gestählt worden, um Schwierigkeiten nicht auszuweichen, sondern ihnen entgegenzutreten und sie zu überwinden. (Zurufe: „Sehr richtig!" Beifall.)

Ich sprach ferner, Genossen, über die Erfolge und über die Fehler unserer Partei. Solche Fehler gab es nicht wenige. Sowohl im Außenhandel als auch bei der Getreideaufbringung und ebenso auf einigen anderen Arbeitsgebieten hat es nicht wenig Fehler gegeben. Iljitsch hat uns gelehrt, nicht überheblich zu werden. Wir werden nicht überheblich werden. Es wurden nicht wenig Fehler gemacht. Aber wir haben auch Erfolge zu verzeichnen. Wie dem auch sein mag, eins haben wir erreicht, wir haben etwas erreicht, was uns niemand nehmen kann. Nämlich, dass wir durch unsere umfassende Aufbauarbeit, durch unseren bolschewistischen Ansturm an der Wirtschaftsfront, durch die Erfolge, die wir hier erzielten, der ganzen Welt gezeigt haben, dass Arbeiter, die die Macht erobert haben, es verstehen, nicht nur den Kapitalismus zu schlagen, nicht nur zu zerstören, sondern auch eine neue Gesellschaft, den Sozialismus, aufzubauen. Diese Errungenschaft, die darin besteht, dass wir diese Wahrheit greifbar vor Augen geführt haben, kann uns niemand nehmen. Das ist unter allen unseren bisherigen Errungenschaften die größte, und sie hat uns am meisten Mühe gekostet. Denn wir haben der Arbeiterklasse des Westens und den unterdrückten Völkern des Ostens gezeigt, dass die Arbeiter, die bisher in der Geschichte nur für die Herren zu arbeiten verstanden, während die Herren regierten, dass diese Arbeiter, nachdem sie die Macht erobert haben, sich als fähig erwiesen, ein großes Land zu regieren und unter den schwierigsten Bedingungen am Sozialismus zu bauen.

Was ist erforderlich, damit die Proletarier des Westens siegen können? Vor allem Glauben an die eigene Kraft, das Bewusstsein, dass die Arbeiterklasse ohne die Bourgeoisie auskommen kann, dass die Arbeiter-klasse fähig ist, nicht nur das Alte niederzureißen, sondern auch Neues zu erbauen, den Sozialismus zu errichten. Die ganze Arbeit der Sozialdemokratie besteht darin, den Arbeitern Skeptizismus, Unglauben an die eigene Kraft, Unglauben an die Möglichkeit einzuflößen, mittels Gewalt den Sieg über die Bourgeoisie zu erringen. Der Sinn unserer ganzen Arbeit, unseres ganzen Aufbaus besteht darin, dass diese Arbeit und dieser Aufbau die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder von der Fähigkeit der Arbeiterklasse überzeugen, ohne die Bourgeoisie auszukommen und aus eigener Kraft die neue Gesellschaft aufzubauen.

Die Pilgerfahrten der Arbeiter in unser Land, die Tatsache, dass die Arbeiterdelegationen, die unser Land besuchen, jeden Winkel in unserem Aufbauwerk durchforschen und bestrebt sind, die Erfolge unserer Aufbauarbeit mit eigenen Augen zu sehen - all dies zeigt, dass die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder, der Sozialdemokratie zum Trotz, bereits beginnt, an ihre eigene Kraft zu glauben und an die Fähigkeit der Arbeiter-klasse, auf den Trümmern des Alten die neue Gesellschaft aufzubauen.

Ich will nicht sagen, dass wir im Berichtsjahr viel erreicht hätten, aber eins muss man dennoch anerkennen, und zwar: Wir haben durch die Erfolge unserer sozialistischen Aufbauarbeit gezeigt und bewiesen, dass die Arbeiterklasse, nachdem sie die Bourgeoisie gestürzt und die Macht in die eigenen Hände genommen hat, fähig ist, die kapitalistische Gesellschaft auf der Grundlage des Sozialismus umzugestalten. Das haben wir erreicht, und das kann uns niemand nehmen, trotz alledem. Und das ist ein unschätzbarer Erfolg. Denn was heißt es, diesen Erfolg zu erringen? Es heißt, den Arbeitern der kapitalistischen Länder den Glauben an die eigene Kraft, den Glauben an ihren Sieg zu geben. Es heißt, ihnen eine neue Waffe gegen die Bourgeoisie in die Hand zu geben. Dass sie diese Waffe ergreifen und bereit

sind, sie zu gebrauchen, geht schon daraus hervor, dass die Pilgerfahrten der Arbeiter in unser Land nicht aufhören, sondern häufiger werden. Wenn aber die Arbeiter der kapitalistischen Länder erst einmal vom Glauben an die eigene Kraft durchdrungen sind, dann, davon können Sie überzeugt sein, wird das der Anfang vom Ende des Kapitalismus und das sicherste Anzeichen für den Sieg der proletarischen Revolution sein.

Deshalb glaube ich, dass wir nicht umsonst am Aufbau des Sozialismus arbeiten. Deshalb glaube ich, dass wir bei diesem Werk im internationalen Maßstab siegen müssen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall. Der ganze Parteitag erhebt sich zu einer Ovation.)

SCHLUSSWORT ZUM POLITISCHEN RECHENSCHAFTSBERICHT DES ZENTRALKOMITEES

23. Dezember

Genossen! Ich werde die einzelnen schriftlich gestellten Fragen nicht einzeln beantworten, weil mein ganzes Schlusswort im Grunde eine Antwort auf diese Fragen sein wird.

Ferner habe ich nicht die Absicht, auf Angriffe persönlicher Natur und allerlei rein persönliche Ausfälle zu antworten, da ich der Ansicht bin, dass dem Parteitag genügend Materialien zur Verfügung stehen, um die Motive und Hintergründe dieser Angriffe nachprüfen zu können.

Ich werde mich auch nicht mit den „Höhlenmenschen” beschäftigen, mit den Leuten, die irgendwo da unten, bei Kislowodsk, zusammengekommen sind und alle möglichen Kombinationen bezüglich der Organe des ZK ausgeheckt haben. Nun, das ist ihre Sache, mögen sie kombinieren. Ich will nur betonen, dass Laschewitsch, der hier mit Aplomb gegen die Politik der Kombinatoren auftrat, selbst unter den Kombinatoren gewesen ist, und zwar hat er bei der Beratung der „Höhlenmenschen” in der Nähe von Kislowodsk, wie sich herausstellt, eine durchaus nicht unwichtige Rolle gespielt. Na schön, Gott mit ihm. (Heiterkeit.)

Nun zur Sache.

1. Sokolnikow und die Dawesierung unseres Landes

Zunächst einige einzelne Entgegnungen. Die erste Entgegnung gilt Sokolnikow. Er sagte in seiner Rede: „Als Stalin zwei Generallinien, zwei Linien unseres wirtschaftlichen Aufbaus entwarf, führte er uns irre, denn er hätte diese beiden Linien anders formulieren müssen, er hätte nicht von der Einfuhr von Produktionsausrüstungen, sondern von der Fertigwareneinfuhr sprechen müssen.” Ich behaupte, dass diese Erklärung Sokolnikows ihn restlos überführt als einen Anhänger der Thesen Schanins. Ich will damit sagen, dass Sokolnikow hier dem Wesen der Sache nach als Anhänger der Dawesierung unseres Landes auftritt. Wovon habe ich in meinem Bericht gesprochen? Habe ich etwa über den Export- und Importplan gesprochen? Natürlich nicht. Jedermann weiß, dass wir gegenwärtig gezwungen sind, Produktionsausrüstungen einzuführen. Sokolnikow aber macht aus der Not ein Prinzip, eine Theorie, eine Entwicklungsperspektive. Darin liegt der Fehler Sokolnikows. Ich sprach in meinem Bericht von zwei grundlegenden, richtungweisenden Generallinien hinsichtlich unseres Volkswirtschaftsaufbaus. Ich sprach davon, um die Frage zu klären, auf welchen Wegen eine selbständige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes unter den Verhältnissen der kapitalistischen Umkreisung gewährleistet werden kann. Ich sprach im Bericht von unserer Generallinie, von unserer Perspektive, die dahin geht, dass wir unser Land aus einem Agrarland in ein Industrieland verwandeln müssen. Was ist ein Agrarland? Ein Agrarland ist ein Land, das landwirtschaftliche Erzeugnisse ausführt und Produktionsausrüstungen einführt, selbst aber solche Produktionsausrüstungen (Maschinen usw.) aus eigener Kraft gar nicht oder fast gar nicht herstellt. Bleiben wir auf der Entwicklungsstufe stecken, auf der wir keine Produktionsausrüstungen und Maschinen aus eigener Kraft herstellen können, sondern sie einführen müssen, so können wir nicht gegen die Verwandlung unseres Landes in ein Anhängsel des kapitalistischen Systems gesichert sein. Gerade deshalb müssen wir Kurs darauf halten, die Produktion von Produktionsmitteln bei uns zu entwickeln. Kann Sokolnikow diese elementaren Dinge denn wirklich nicht begreifen? Nur davon habe ich doch im Bericht gesprochen.

Was verlangt der Dawesplan? Er verlangt, dass Deutschland die für die Reparationsleistungen nötigen Gelder aus den Märkten, hauptsächlich aus unseren sowjetischen, herauspresst. Was folgt daraus? Daraus folgt, dass Deutschland uns Produktionsausrüstungen liefern soll, dass wir diese einführen und landwirtschaftliche Erzeugnisse ausführen sollen. Wir, das heißt unsere Industrie, würden dadurch an Europa gefesselt werden. Das eben ist die Grundlage des Dawesplans. Im Hinblick darauf habe ich in meinem Referat gesagt, dass der Dawesplan, soweit er unser Land betrifft, auf Sand gebaut ist. Weshalb? „Weil wir gar nicht daran denken", so sagte ich, „uns zu einem Agrarland für irgendein anderes Land machen zu lassen, auch nicht für Deutschland", denn „wir werden selbst Maschinen und andere Produktionsmittel produzieren." Unser Land aus einem Agrarland in ein Industrieland zu verwandeln, das imstande ist, aus eigener Kraft die notwendige Produktionsausrüstung zu erzeugen, darin besteht das Wesen, die Grundlage unserer Generallinie. Wir müssen die Sache so einrichten, dass das Denken und Mühen der Wirtschaftler gerade auf diese Seite gerichtet wird, auf die Verwandlung unseres Landes aus einem Produktionsausrüstung einführenden Land in ein Produktionsausrüstung erzeugendes Land. Denn darin liegt die Hauptgarantie für die wirtschaftliche Selbständigkeit unseres Landes. Denn darin liegt die Garantie dafür, dass unser Land nicht zu einem Anhängsel der kapitalistischen Länder werden wird. Sokolnikow will diese einfache und einleuchtende Sache nicht begreifen. Sie, die Urheber des Dawesplans, möchten uns auf die Produktion von, sagen wir, Kattun beschränken, aber uns ist das zuwenig, denn wir wollen nicht nur Kattun, sondern auch die Maschinen produzieren, die zur Erzeugung von Kattun notwendig sind. Sie möchten, dass wir uns auf die Produktion, sagen wir, von Automobilen beschränken, aber uns ist das zuwenig, denn wir wollen nicht nur Automobile, sondern auch die Maschinen produzieren, die Automobile produzieren. Sie wollen uns auf die Produktion, sagen wir, von Schuhen beschränken, aber uns ist das zuwenig, denn wir wollen nicht nur Schuhe produzieren, sondern auch die Maschinen, die Schuhe produzieren, usw. usf.

Darin besteht der Unterschied zwischen den zwei Generallinien, und das ist es, was Sokolnikow nicht begreifen will.

Auf unsere Linie verzichten heißt den Aufgaben des sozialistischen Aufbaus den Rücken kehren, heißt sich auf den Standpunkt der Dawesierung unseres Landes stellen.

2. Kamenew und unsere Zugeständnisse an die Bauernschaft

Die zweite Entgegnung gilt Kamenew. Er sagte, wir hätten mit der Annahme der bekannten Beschlüsse auf der XIV. Parteikonferenz bezüglich der Wirtschaft, bezüglich der Belebung der Sowjets, bezüglich der Liquidierung der Überreste des Kriegskommunismus, bezüglich der Präzisierung der Frage der Pacht und der Lohnarbeit, wir hätten damit Zugeständnisse an den Kulaken gemacht und nicht an die Bauernschaft, das seien Zugeständnisse nicht an die Bauernschaft, sondern an die kapitalistischen Elemente. Stimmt das? Ich behaupte, das stimmt nicht, das ist eine Verleumdung der Partei. Ich behaupte, dass ein Marxist nicht so an die Frage herantreten kann, dass nur ein Liberaler so an die Frage herantreten kann.

Was sind das für Zugeständnisse, die wir auf der XIV. Parteikonferenz gemacht haben? Fügen sich diese Zugeständnisse in den Rahmen der NÖP ein oder nicht? Ja, unbedingt. Haben wir vielleicht auf der Aprilkonferenz die NÖP erweitert? Möge die Opposition antworten: Haben wir im April die NÖP erweitert oder nicht? Wenn wir sie erweitert haben, warum haben sie dann für die Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz gestimmt? Ist es denn nicht bekannt, dass wir alle gegen eine Erweiterung der NÖP sind? Worum handelt es sich dann? Es handelt sich darum, dass Kamenew konfus geworden ist, denn die NÖP schließt Zulassung des Handels, des Kapitalismus, der Lohnarbeit ein, die Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz aber sind ein Ausdruck der unter Lenin eingeführten NÖP. Wusste Lenin, dass die NÖP in der ersten Zeit vor allem von den Kapitalisten, den Kaufleuten und den Kulaken ausgenutzt werden würde?

Natürlich wusste er es. Hat aber Lenin, als wir die NÖP einführten, gesagt, dass wir damit Zugeständnisse an die Spekulanten und die kapitalistischen Elemente machen und nicht an die Bauernschaft? Nein, das hat er nicht gesagt und konnte er nicht sagen. Im Gegenteil, er hat stets behauptet, dass wir durch die Zulassung des Handels und des Kapitalismus und durch die Änderung der Politik in der Richtung der NÖP der Bauernschaft im Interesse der Aufrechterhaltung und der Festigung unseres Zusammenschlusses mit ihr Zugeständnisse machen, denn die Bauernschaft kann unter den obwaltenden Verhältnissen nicht ohne Warenumsatz, nicht ohne eine gewisse Belebung des Kapitalismus existieren, denn wir können den Zusammenschluss gegenwärtig nicht anders als durch den Handel zustande bringen, denn wir können nur auf diese Weise den Zusammenschluss festigen und das Fundament der sozialistischen Ökonomik errichten. So trat Lenin an die Frage der Zugeständnisse heran. So muss auch an die Frage der im April 1925 gemachten Zugeständnisse herangetreten werden.

Es sei mir gestattet, Lenins Meinung über diese Frage vorzulesen. Er begründet den Übergang der Partei zur neuen Politik, zur Politik der NÖP, in seinem Referat „Über die Naturalsteuer" vor den Zellensekretären des Moskauer Gouvernements folgendermaßen:

„Ich möchte auf die Frage eingehen, wie sich diese Politik mit dem Standpunkt des Kommunismus verträgt und wie es zugeht, dass die kommunistische Sowjetmacht die Entwicklung des freien Handels fördert. Ist dies vom Standpunkt des Kommunismus zu billigen? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir die Änderungen, die in der Bauernwirtschaft eingetreten sind, aufmerksam untersuchen. Anfangs war die Lage so, dass wir einen Ansturm der gesamten Bauernschaft gegen die Macht der Gutsherren sahen. Gegen die Gutsherren wandten sich gleicherweise sowohl die armen Bauern als auch die Kulaken, wenn auch natürlich mit verschiedenen Absichten: die Kulaken mit dem Ziel, dem Gutsherrn den Boden wegzunehmen und darauf ihre eigene Wirtschaft zu entwickeln. Hierbei traten dann die verschiedenen Interessen und Bestrebungen der Kulaken und der Dorfarmut zutage. In der Ukraine ist dieser Interessengegensatz auch heute viel klarer zu erkennen als bei uns. Die Dorfarmut konnte diese Wegnahme des Bodens der Gutsherren unmittelbar nur sehr wenig ausnutzen, denn sie verfügte dazu weder über Material noch über Gerätschaften. Und nun sehen wir, dass die Dorfarmut sich organisiert, um zu verhindern, dass die Kulaken die beschlagnahmten Ländereien an sich reißen. Die Sowjetmacht unterstützt die entstandenen Komitees der Dorfarmut bei uns und die ‚Komitees der unbegüterten Bauern' in der Ukraine. Was war schließlich das Ergebnis? Das Ergebnis war, dass die Mittelbauern zum überwiegenden Element im Dorfe geworden sind... Die Extreme haben sowohl in der Richtung zum Kulakentum wie in der Richtung zur Armut abgenommen, und die Mehrheit der Bevölkerung hat sich dem Mittelbauerntypus anzunähern begonnen. Wenn wir die Produktivität unserer Bauernwirtschaft heben wollen, dann müssen wir in erster Linie mit dem Mittelbauern rechnen. Dementsprechend musste die Kommunistische Partei ihre Politik einrichten... Also erklärt sich die Änderung der Politik gegenüber der Bauernschaft dadurch, dass sich die Lage der Bauernschaft selbst geändert hat. Das Dorf ist mittelbäuerlicher geworden, und wenn wir die Produktivkräfte entwickeln wollen, müssen wir dem Rechnung tragen." (Siehe Bd. XXVI, S. 304/305 [4. Ausgabe, Bd. 32, S. 271/272] russ.)

Lenin zieht ferner im gleichen Band, auf Seite 247, die allgemeine Schlussfolgerung:

„Wir müssen unsere staatliche 'Wirtschaft in Übereinstimmung mit der Wirtschaft des Mittelbauern aufbauen, die wir in drei Jahren nicht ummodeln konnten und die wir auch in zehn Jahren noch nicht umgemodelt haben werden." [4. Ausgabe, S. 203, russ.]

Mit anderen Worten, wir haben den freien Handel eingeführt, wir haben eine Belebung des Kapitalismus zugelassen, wir haben die NÖP eingeführt, um die Produktivkräfte zu entwickeln, um die Produktenmenge im Lande zu vergrößern, um den Zusammenschluss mit der Bauernschaft zu festigen. Der Zusammenschluss, die Interessen des Zusammenschlusses

mit der Bauernschaft als Grundlage unserer Zugeständnisse auf der Linie der NÖP - so packt Lenin die Frage an.
Wusste Lenin damals, dass die NÖP, dass die Zugeständnisse an die Bauernschaft von den Spekulanten, Kapitalisten, Kulaken ausgenutzt werden würden? Natürlich wusste er es. Bedeutet das aber, dass diese Zugeständnisse dem Wesen der Sache nach Zugeständnisse an den Spekulanten und Kulaken waren? Nein, das bedeutet es nicht. Denn die NÖP überhaupt und der Handel im Besonderen werden nicht nur von Kapitalisten und Kulaken ausgenutzt, sondern auch von den Staats- und Genossenschaftsorganen, denn nicht nur die Kapitalisten und Kulaken treiben Handel, sondern auch die Staatsorgane und Genossenschaften, wobei die Staatsorgane und Genossenschaften, sobald sie gelernt haben, Handel zu treiben, die Oberhand über den Privathandel gewinnen werden (sie gewinnen bereits Oberhand!) und dadurch unsere Industrie mit der Bauernwirtschaft zusammenschließen werden.
Was folgt nun daraus? Hieraus folgt, dass unsere Zugeständnisse sich im Wesentlichen auf der Linie der Festigung des Zusammenschlusses mit der Bauernschaft bewegen und um dieses Zusammenschlusses willen gemacht werden.
Wer das nicht begreift, der behandelt die Frage nicht wie ein Leninist, sondern wie ein Liberaler.

3. Wer hat sich verrechnet?

Die dritte Entgegnung gilt Sokolnikow. Er sagte: „Die nicht geringen Verluste, die wir an der Wirtschaftsfront seit dem Herbst erlitten haben, entsprangen gerade der Überschätzung unserer Kräfte, der Überschätzung des sozialistischen Reifegrads, der Überschätzung der Möglichkeiten, die wir haben, die die staatliche Wirtschaft hat, um heute schon die gesamte Volkswirtschaft zu leiten.”
Nun sollen auf einmal die Fehlkalkulationen bei der Getreideaufbringung und im Außenhandel - ich denke hier an den Passivsaldo für 1924/25 - nicht durch Fehler unserer regulierenden Organe, sondern durch eine Überschätzung des sozialistischen Reifegrads unserer Wirtschaft zu erklären sein. Und daran soll Bucharin Schuld sein, dessen „Schule” sich besonders damit beschäftige, den sozialistischen Reifegrad unserer Wirtschaft zu übertreiben.
Natürlich, jedem „steht es frei”, in Reden beliebige Purzelbäume zu schlagen, wie Sokolnikow das oft tut. Aber man muss schließlich die Grenze kennen. Wie kann man dem Parteitag solche Ungereimtheiten und sogar eine direkte Unwahrheit vortragen? Ist es Sokolnikow etwa nicht bekannt, dass Anfang November in einer speziellen Sitzung des Politbüros die Fragen der Getreideaufbringung und des Außenhandels erörtert und die Fehler der regulierenden Organe vom Zentralkomitee, von der Mehrheit des Zentralkomitees, das unsere sozialistischen Möglichkeiten überschätzt haben soll, korrigiert wurden? Wie kann man dem Parteitag mit solch einem Unsinn kommen? Und was hat das mit Bucharins „Schule” oder mit Bucharin selbst zu tun? Was für eine Manier, die Schuld Unschuldigen in die Schuhe zu schieben! Weiß Sokolnikow etwa nicht, dass das Stenogramm der auf der ZK-Sitzung gehaltenen Reden über die Fehlkalkulationen allen Gouvernementskomitees zugesandt worden ist? Wie kann man gegen offenkundige Tatsachen streiten? Jedem „steht es frei”, in Reden Purzelbäume zu schlagen, aber man muss doch die Grenze kennen.

4. Wie Sokolnikow die Dorfarmut verteidigt

Die vierte Entgegnung richtet sich gleichfalls gegen Sokolnikow. Er erklärte hier, er sei als Volkskommissar für Finanzen, man denke nur, in jeder Hinsicht bestrebt, unsere landwirtschaftliche Steuer zu einer Einkommensteuer zu machen, man hindere ihn aber daran, man hindere ihn, da man ihm nicht gestatte, die Dorfarmut zu verteidigen und den Kulaken zu

zügeln. Das ist nicht wahr, Genossen. Das ist eine Verleumdung der Partei. Die Frage der formalen Umwandlung der landwirtschaftlichen Steuer in Richtung auf eine Einkommensteuer - ich spreche von einer formalen, denn faktisch ist sie eine Einkommensteuer -, diese Frage wurde auf dem ZK-Plenum im Oktober dieses Jahres aufgeworfen, aber niemand außer Sokolnikow trat dafür ein, diese Frage dem Parteitag zu unterbreiten, da die Frage für die Behandlung auf dem Parteitag noch nicht vorbereitet war. Damals bestand Sokolnikow nicht auf seinem Vorschlag. Jetzt aber zeigt sich, dass Sokolnikow nicht übel Lust hat, diese Sache gegen das ZK auszunutzen, natürlich nicht im Interesse der Dorfarmut, sondern im Interesse der Opposition. Nun wohl, wenn Sokolnikow hier von der Dorfarmut spricht, so sei mir gestattet, Ihnen eine Tatsache mitzuteilen, die den wahren Standpunkt Sokolnikows, dieses geschworenen angeblichen Anwalts der Dorfarmut, ans Licht bringt. Unlängst wurde vom Volkskommissar für Finanzen der RSFSR, dem Genossen Miljutin, Anweisung erteilt, den Wirtschaften der armen Bauern die Steuern im Betrage von unter einem Rubel zu erlassen. Aus der Eingabe des Genossen Miljutin an das ZK ist ersichtlich, dass die Gesamtsumme dieser Steuer unter einem Rubel, die die Bauernschaft verdrießt, sich in der ganzen RSFSR auf etwa 300000-400000 Rubel beläuft, dass allein die Erhebung dieser Steuer nicht viel weniger kostet, als die Steuer einbringt. Was tut nun Sokolnikow, dieser Anwalt der Dorfarmut? Er hebt diesen Beschluss des Genossen Miljutin kurzerhand auf. Das ZK erhält aus diesem Anlass von 15 Gouvernementskomitees Proteste. Sokolnikow bleibt verstockt. Es war ein Druck des ZK notwendig, um Sokolnikow von der Aufhebung der vom Volkskommissar für Finanzen der RSFSR erlassenen völlig richtigen Anweisung, Steuerbeträge unter einem Rubel nicht zu erheben, abzubringen. Das heißt bei Sokolnikow „Verteidigung” der Interessen der Dorfarmut. Und solche Leute, die derart belastet sind, haben - nun, wie soll ich es möglichst milde ausdrücken - die Stirn, das ZK anzugreifen. Seltsam, Genossen, seltsam.

5. Ideologischer Kampf oder Verleumdung?

Schließlich noch eine Entgegnung. Es ist die Entgegnung an die Verfasser der „Sammlung von Materialien über strittige Fragen”. Gestern wurde hier die soeben erschienene „Sammlung von Materialien über strittige Fragen” vertraulich, nur an Parteitagsdelegierte, verteilt. In dieser Sammlung heißt es unter anderem, ich hätte mich beim Empfang einer Delegation von Dorfkorrespondenten im April dieses Jahres zu der Idee einer Wiederherstellung des Privateigentums an Grund und Boden zustimmend geäußert. Es stellt sich heraus, dass in der „Bednota”[63] analoge „Eindrücke” eines der Dorfkorrespondenten veröffentlicht worden waren, die mir unbekannt waren und die ich nicht zu Gesicht bekommen hatte. Ich erfuhr davon im Oktober dieses Jahres. Schon früher, im April, gab die Rigaer Telegrafenagentur, die sich von allen anderen Agenturen dadurch unterscheidet, dass sie alle möglichen Lügen über unsereinen fabriziert, eine ähnliche Nachricht an die Auslandspresse, wovon unsere Genossen uns aus Paris in einem Telegramm an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Mitteilung machten, mit der Bitte um ein Dementi. Ich antwortete damals gleich dem Genossen Tschitscherin durch meinen Gehilfen und erklärte: „Wenn Genosse Tschitscherin es für nötig hält, jeden Unsinn und Klatsch zu dementieren, so möge er dementieren” (siehe Archiv des ZK).
Ist das alles den Verfassern dieser sakrainentalen „Sammlung” bekannt? Natürlich ist es ihnen bekannt. Weshalb aber fahren sie dann fort, jedes Gefasel und Hirngespinst zu verbreiten? Wie können sie, wie kann die Opposition zu den Methoden der Rigaer Telegrafenagentur greifen? Sind sie schon so tief gesunken? (Zwischenruf: „Schande!”)
Ferner, da ich die Gepflogenheiten der „Höhlenmenschen” kenne und weiß, dass sie fähig sind, die Methoden der Rigaer Telegrafenagentur nachzuahmen, sandte ich ein Dementi an

die Redaktion der „Bednota”. Es ist lächerlich, eine solche Dummheit zu dementieren, aber da ich wusste, mit wem ich es zu tun habe, so sandte ich dennoch ein Dementi. Hier ist es.
„Brief an die Redaktion der ‚Bednota’.
Genosse Redakteur! Unlängst erfuhr ich von Genossen, dass in einer in der ‚Bednota’ vom 5. IV. 1925 abgedruckten Skizze von Eindrücken eines der Dorfkorrespondenten über meine Unterredung mit einer Delegation von Dorrkorrespondenten, die durchzulesen ich seinerzeit keine Gelegenheit hatte, mitgeteilt wird, ich hätte mich zu der Idee einer Verankerung des Bodenbesitzes auf 40 und mehr Jahre, zu der Idee des Privateigentums an Grund und Boden usw. zustimmend geäußert. Obgleich diese phantastische Mitteilung angesichts ihrer offenkundigen Unsinnigkeit keines Dementis bedarf, dürfte es vielleicht doch nicht überflüssig sein, wenn ich Sie bitte, in der ‚Bednota’ erklären zu dürfen, dass diese Mitteilung ein grober Irrtum und ganz und gar auf das Konto der Phantasie ihres Verfassers zu setzen ist.
J. Stalin”
Ist dieser Brief den Genossen, die die „Sammlung” verfasst haben, bekannt? Zweifellos. Weshalb fahren sie dann fort, Klatsch und Hirngespinste zu verbreiten? Was ist das für eine Kampfmethode? Man sagt, das sei ein ideologischer Kampf. Aber nein doch, Genossen, das ist kein ideologischer Kampf. Russisch nennt man das einfach Verleumdung.
Gestatten Sie mir, jetzt zu den grundlegenden prinzipiellen Fragen zu kommen.

6. Über die NÖP

Die Frage der NÖP. Ich denke hier an Genossin Krupskaja und ihre Rede zur Frage der NÖP. Sie sagt: „Die NÖP ist im Grunde genommen Kapitalismus, der unter gewissen Bedingungen zugelassen wird, ein Kapitalismus, den der proletarische Staat an der Kette hält...” Ist das richtig? Ja und nein. Dass wir den Kapitalismus an der Kette halten und halten werden, solange er existiert, das ist eine Tatsache, das ist richtig. Dass aber die NÖP Kapitalismus sei, das ist Unsinn, blühender Unsinn. Die NÖP ist eine besondere Politik des proletarischen Staates, berechnet auf die Zulassung des Kapitalismus, wobei sich die Kommandohöhen in den Händen des proletarischen Staates befinden, berechnet auf den Kampf zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Elementen, berechnet auf die wachsende Rolle der sozialistischen Elemente zum Nachteil der kapitalistischen Elemente, berechnet auf den Sieg der sozialistischen Elemente über die kapitalistischen Elemente, berechnet auf die Abschaffung der Klassen, auf den Aufbau des Fundaments der sozialistischen Ökonomik. Wer diese Übergangsnatur, diese zwiespältige Natur der NÖP nicht begreift, der wendet sich vom Leninismus ab. Wenn die NÖP Kapitalismus wäre, so wäre das Rußland der NÖP, von dem Lenin sprach, ein kapitalistisches Rußland. Aber ist etwa das heutige Rußland ein kapitalistisches und nicht ein im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus befindliches Rußland? Weshalb hat dann Lenin nicht einfach gesagt: „Aus dem kapitalistischen Rußland wird das sozialistische Rußland werden”, sondern es vorgezogen, eine andere Formel zu geben:
„Aus dem Rußland der NÖP wird das sozialistische Rußland werden”? Ist die Opposition mit Genossin Krupskaja einverstanden in der Behauptung, dass die NÖP Kapitalismus sei, oder nicht? Ich glaube, auf dem Parteitag wird sich kein Delegierter finden, der mit der Formel der Genossin Krupskaja einverstanden wäre. Genossin Krupskaja hat über die NÖP (möge sie mir verzeihen) reinen Unsinn geredet. Man kann hier nicht Lenin gegen Bucharin mit solchem Unsinn verteidigen.

7. Über den Staatskapitalismus

Mit dieser Frage hängt Bucharins Fehler zusammen. Worin bestand sein Fehler? Über welche Fragen hatte Lenin mit Bucharin gestritten? Lenin behauptete, dass die Kategorie des

Staatskapitalismus mit dem System der Diktatur des Proletariats vereinbar sei. Bucharin stellte das in Abrede. Er und mit ihm die „linken” Kommunisten, darunter auch Safarow, waren der Ansicht, die Kategorie des Staatskapitalismus sei mit dem System der Diktatur des Proletariats unvereinbar. Natürlich hatte Lenin Recht. Bucharin hatte Unrecht. Er hat diesen seinen Fehler eingestanden. Darin also bestand der Fehler Bucharins. Das aber gehört der Vergangenheit an. Wenn er jetzt im Mai 1925 aufs Neue erklärt, zwischen ihm und Lenin beständen Differenzen in der Frage des Staatskapitalismus, so glaube ich, dass dies einfach ein Missverständnis ist. Entweder muss er diese Erklärung direkt widerrufen, oder es ist ein Missverständnis, da die Linie, die er jetzt in der Frage nach der Natur der Staatsindustrie vertritt, die Linie Lenins ist. Nicht Lenin kam zu Bucharin, sondern umgekehrt, Bucharin kam zu Lenin. Und eben deshalb treten wir für Bucharin ein. (Beifall.)

Der Hauptfehler Kamenews und Sinowjews besteht darin, dass sie die Frage des Staatskapitalismus scholastisch, undialektisch, ohne Zusammenhang mit der historischen Situation behandeln. Ein solches Herangehen an die Frage widerspricht dem ganzen Geist des Leninismus. Wie stellte Lenin die Frage? Im Jahre 1921 war Lenin, wohl wissend, dass unsere Industrie wenig entwickelt war und die Bauernschaft Waren brauchte, dass man sie (die Industrie) nicht auf einmal in die Höhe bringen konnte, dass die Arbeiter infolge der bekannten Verhältnisse nicht so sehr für die Industrie arbeiteten als vielmehr Feuerzeuge bastelten - in dieser Situation also war Lenin der Ansicht, dass von allen Möglichkeiten die beste die sei, Auslandskapital heranzuziehen, mit seiner Hilfe die Industrie in Gang zu bringen, also den Staatskapitalismus einzuführen und durch ihn den Zusammenschluss der Sowjetnacht mit dem Dorfe herzustellen. Dieser Weg war damals unbedingt richtig, da es bei uns damals keine anderen Möglichkeiten gab, die Bauernschaft zufrieden zu stellen, weil unsere Industrie daniederlag, das Verkehrswesen nicht oder fast nicht funktionierte und es an Brennstoff mangelte. Hielt Lenin damals den Staatskapitalismus als vorherrschende Form unserer Wirtschaft für zulässig und wünschenswert? Jawohl. Aber das war damals, im Jahre 1921. Und jetzt? Kann man heute sagen, wir hätten keine eigene Industrie, der Verkehr liege still, es gebe keinen Brennstoff usw.? Nein, das kann man nicht. Kann man in Abrede stellen, dass unsere Industrie und unser Handel bereits den Zusammenschluss zwischen der Industrie (unserer Industrie) und der bäuerlichen Wirtschaft unmittelbar, aus eigener Kraft herstellen? Nein, das kann man nicht. Kann man in Abrede stellen, dass in der Industrie „Staatskapitalismus” und „Sozialismus” bereits die Rollen vertauscht haben, da die sozialistische Industrie vorherrschend geworden, der Anteil der Konzessionen und der Pachtbetriebe dagegen (erstere beschäftigen insgesamt 50000, letztere 35000 Arbeiter) minimal ist? Nein, das kann man nicht. Schon 1922 sagte Lenin, dass aus den Konzessionen und aus der Verpachtung von Betrieben bei uns nichts geworden ist.

Was folgt nun hieraus? Hieraus folgt, dass sich seit 1921 die Lage bei uns wesentlich geändert hat, dass es seitdem unserer sozialistischen Industrie und dem Sowjet- und Genossenschaftshandel bereits gelungen ist, zum vorherrschenden Faktor zu werden, dass sie es bereits gelernt haben, den Zusammenschluss zwischen Stadt und Dorf aus eigener Kraft herzustellen, dass die krassesten Formen des Staatskapitalismus - Konzessionen und Pachtbetriebe - in dieser Zeit keine ernstliche Entwicklung erfahren haben, dass, wenn man beute, im Jahre 1925, vom Staatskapitalismus als von der vorherrschenden Form unserer Wirtschaft spricht, dies bedeutet, dass man die sozialistische Natur unserer Staatsindustrie entstellt, den ganzen Unterschied zwischen der früheren und gegenwärtigen Lage nicht versteht und an die Frage des Staatskapitalismus nicht dialektisch, sondern scholastisch, metaphysisch herangeht.

Wollen wir nicht einmal Sokolnikow hören? Er sagt in seiner Rede:

„Unser Außenhandel wird als ein staatskapitalistisches Unternehmen betrieben... Unsere Binnenhandelsgesellschaften sind gleichfalls staatskapitalistische Unternehmen. Und ich muss sagen, Genossen, dass auch die Staatsbank ein ebensolches staatskapitalistisches

Unternehmen ist. Unser Geldsystem? Unser Geldsystem ist darauf begründet, dass man in der sowjetischen Wirtschaft, unter den Bedingungen des im Bau befindlichen Sozialismus, zu einem Geldsystem gegriffen hat, das von den Prinzipien kapitalistischer Ökonomik durchdrungen ist.”

So spricht Sokolnikow.

Bald wird er sich noch so weit versteigen, auch das Volkskommissariat für Finanzen als Staatskapitalismus auszugeben. Bisher glaubte ich, bisher glaubten wir alle, dass die Staatsbank einen Teil des Staatsapparats bildet. Bisher glaubte ich und glaubten wir alle, dass unser Außenhandelskommissariat - abgesehen von den sich darum gruppierenden staatskapitalistischen Unternehmungen - einen Teil des Staatsapparats bildet und dass unser Staatsapparat der Apparat eines Staates von proletarischem Typus ist. Das glaubten wir bisher alle, da die proletarische Staatsmacht die einzige ist, die über diese Institutionen zu gebieten hat. Bei Sokolnikow aber sind diese Institutionen, die einen Teil unseres Staatsapparats bilden, jetzt auf einmal staatskapitalistisch. Vielleicht ist auch unser Sowjetapparat Staatskapitalismus und nicht ein proletarischer Staatstypus, wie Lenin behauptete? Warum auch nicht? Bedient sich unser Sowjetapparat denn nicht eines „Geldsystems, das von den Prinzipien kapitalistischer Ökonomik durchdrungen ist”? Was für Unsinn ein Mensch doch verzapfen kann!

Es sei mir vor allem gestattet, Lenins Meinung über die Natur und Bedeutung der Staatsbank anzuführen. Ich möchte, Genossen, mich auf eine Stelle aus einer 1917 verfassten Schrift Lenins berufen. Ich meine die Broschüre „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?”, worin er noch auf dem Standpunkt der Kontrolle über die Industrie (und nicht ihrer Nationalisierung) stand und worin er trotzdem die Auffassung vertrat, dass die Staatsbank in den Händen des proletarischen Staates zu neun Zehntel ein sozialistischer Apparat ist. Folgendes schrieb Lenin über die Staatsbank:

„Die Großbanken sind jener ‚Staatsapparat’, den wir für die Verwirklichung des Sozialismus brauchen und den wir vom Kapitalismus fertig übernehmen, wobei unsere Aufgabe hier lediglich darin besteht, das zu entfernen, was diesen ausgezeichneten Apparat kapitalistisch verunstaltet, ihn noch größer, noch demokratischer, noch umfassender zu gestalten. Quantität wird in Qualität umschlagen. Eine einheitliche Staatsbank allergrößten Umfangs mit Zweigstellen in jedem Amtsbezirk, bei jeder Fabrik - das ist schon zu neun Zehntel ein sozialistischer Apparat. Das bedeutet eine gesamtstaatliche Buchführung, eine gesamtstaatliche Rechnungsführung über die Produktion und die Verteilung der Produkte, das ist sozusagen eine Art Gerippe der sozialistischen Gesellschaft.” (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 26, S. 82, russ.)

Vergleichen Sie Lenins Worte mit der Rede Sokolnikows, und Sie werden begreifen, wohin Sokolnikow abgleitet. Ich werde mich nicht wundern, wenn er das Volkskommissariat für Finanzen als Staatskapitalismus ausgibt.

Worum handelt es sich hier? Woher kommen solche Fehler bei Sokolnikow?

Es handelt sich eben darum, dass Sokolnikow die zwiespältige Natur der NÖP, die zwiespältige Natur des Handels unter den gegenwärtigen Bedingungen des Kampfes der sozialistischen Elemente gegen die kapitalistischen nicht begreift, dass er die Dialektik der Entwicklung unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats, unter den Verhältnissen der Übergangsperiode nicht begreift, wo die sozialistischen Elemente sich der Methoden und der Waffen der Bourgeoisie bedienen, um die kapitalistischen Elemente zu überwinden und zu liquidieren. Es handelt sich durchaus nicht darum, dass Handel und Geldsystem Methoden „kapitalistischer Ökonomik” sind. Es handelt sich darum, dass die sozialistischen Elemente unserer Wirtschaft im Kampf gegen die kapitalistischen sich diese Methoden und Waffen der Bourgeoisie aneignen und sie zur Überwindung der kapitalistischen Elemente ausnutzen, und zwar mit Erfolg ausnutzen gegen den Kapitalismus, sie mit Erfolg ausnutzen zur Errichtung des sozialistischen Fundaments unserer Wirtschaft. Es handelt sich also darum, dass die

Funktionen und die Bestimmung dieser Instrumente der Bourgeoisie dank der Dialektik unserer Entwicklung eine prinzipielle grundlegende Änderung erfahren, und zwar eine Änderung zugunsten des Sozialismus und zuungunsten des Kapitalismus. Sokolnikows Fehler besteht darin, dass er die ganze Kompliziertheit und den widerspruchsvollen Charakter der sich in unserer Ökonomik abspielenden Prozesse nicht begriffen hat.

Gestatten Sie mir nun, mich in der Frage nach dem historischen Charakter des Staatskapitalismus auf Lenin zu berufen und ein Zitat darüber anzuführen, wann und warum er den Staatskapitalismus als Hauptform in Vorschlag brachte, was ihn dazu nötigte und unter welchen konkreten Bedingungen er diesen Vorschlag machte. (Zwischenruf: „Wir bitten darum!”)

„Wir dürfen auf keinen Fall vergessen, was wir oft beobachten: die sozialistische Einstellung der Arbeiter in den dem Staate gehörenden Betrieben, wo die Arbeiter selbst Brennmaterial, Rohstoffe und Produkte herbeischaffen, oder wo die Arbeiter bemüht sind, die Industrieprodukte richtig unter der Bauernschaft zu verteilen und sie selber hinschaffen. Das ist Sozialismus. Aber daneben besteht der Kleinbetrieb, der beinahe immer unabhängig von ihm existiert. Warum kann er unabhängig von ihm existieren? Weil die Großindustrie nicht wiederhergestellt ist, weil die sozialistischen Fabriken vielleicht nur ein Zehntel von dem bekommen können, was sie bekommen sollten; und sofern sie es nicht bekommen, bleibt der Kleinbetrieb von den sozialistischen Fabriken unabhängig. Die ungeheuerliche Zerrüttung des Landes, der Mangel an Brennmaterial, Rohstoffen und Transportmitteln führt dazu, dass der Kleinbetrieb getrennt vom Sozialismus besteht. Und ich sage: Unter solchen Umständen Staatskapitalismus - was wäre das? Das wäre eine Zusammenfassung der Kleinproduktion. Das Kapital fasst die Kleinproduktion zusammen, das Kapital wächst aus der Kleinproduktion hervor. Davor darf man die Augen nicht verschließen. Freilich, Freiheit des Handels bedeutet Wachstum des Kapitalismus; darüber kann man sich keinesfalls hinwegsetzen, und wer sich darüber hinwegsetzen und das von der Hand weisen wollte, würde sich nur an Worten ergötzen. Wenn es den Kleinbetrieb gibt, wenn freier Austausch besteht, dann entsteht Kapitalismus. Aber ist dieser Kapitalismus für uns gefährlich, wenn wir die Fabriken und Werke, das Verkehrswesen und den Außenhandel in unseren Händen haben? Und da sagte ich damals und werde es auch jetzt wiederholen - ich hin der Auffassung, es ist absolut unwiderlegbar, dass dieser Kapitalismus für uns nicht gefährlich ist. Einen solchen Kapitalismus stellen die Konzessionen dar."1 (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 32, S. 273, russ.)

So ging Lenin an die Frage des Staatskapitalismus heran.

Im Jahre 1921, als wir fast gar keine eigene Industrie hatten, als es an Rohstoffen mangelte und der Verkehr stillag, schlug Lenin den Staatskapitalismus als ein Mittel vor, mit dessen Hilfe er die bäuerliche Wirtschaft mit der Industrie zu verbinden gedachte. Und das war richtig. Bedeutet das aber, dass Lenin diesen Weg in jeder Lage als wünschenswert erachtete? Das bedeutet es natürlich nicht! Er schlug den Weg der Herstellung des Zusammenschlusses mit Hilfe des Staatskapitalismus ein, weil wir keine entwickelte sozialistische Industrie hatten. Nun, und jetzt? Kann man heute sagen, wir hätten keine entwickelte staatliche Industrie? Das kann man natürlich nicht sagen. Die Entwicklung hat eine andere Bahn eingeschlagen, die Konzessionen haben beinahe gar nicht Fuß gefasst, die Staatsindustrie ist emporgewachsen, der Staatshandel, die Genossenschaften haben sich entwickelt, und der Zusammenschluss zwischen Stadt und Land wird mit Hilfe der sozialistischen Industrie allmählich hergestellt. Unsere Lage erweist sich als besser, als wir selbst gedacht hatten. Wie kann man nach alledem sagen, der Staatskapitalismus stelle die Hauptform unserer Wirtschaftstätigkeit dar?

Es ist das Pech der Opposition, dass sie diese einfachen Dinge nicht begreifen will.

8. Sinowjew und die Bauernschaft

Die Frage der Bauernschaft. Ich sagte in meinem Referat, und Diskussionsredner haben hier gesagt, dass wir es bei Sinowjew mit einer Abweichung in Richtung auf die Unterschätzung des Mittelbauern zu tun haben, dass er noch vor kurzem eindeutig den Standpunkt der Neutralisierung der Mittelbauernschaft vertrat und erst jetzt, nach dem Kampf innerhalb der Partei, versucht, auf einen anderen Standpunkt hinüberzuwechseln und sich dort festzusetzen, nämlich auf den Standpunkt des festen Bündnisses mit dem Mittelbauern. Stimmt das alles? Gestatten Sie mir, mich auf einige Dokumente zu berufen.
In dem Artikel „Über die Bolschewisierung" schrieb Sinowjew in diesem Jahr:
„Es gibt eine Reihe von Aufgaben, die alle Parteien der Komintern völlig gemeinsam haben. Zu ihnen gehört zum Beispiel ... das richtige Herangehen an die Bauernschaft. Es gibt drei Schichten in der ländlichen Bevölkerung der ganzen Welt, die von uns gewonnen und zu Verbündeten des Proletariats gemacht werden können und müssen (das Landproletariat, die Halbproletarier - die Parzellenbauern - und die Kleinbauernschaft, die keine fremden Arbeitskräfte dingt). Es gibt eine andere Schicht der Bauernschaft (die Mittelbauern), die zum mindesten von uns neutralisiert werden muss." („Prawda" vom 18. Januar 1925.)
So schreibt Sinowjew über die Mittelbauern, sechs Jahre nach dem VIII. Parteitag, auf dem Lenin die Losung der Neutralisierung des Mittelbauern verwarf und sie durch die Losung des festen Bündnisses mit dem Mittelbauern ersetzte. Bakajew fragt, was hieran denn schon Schlimmes sei. Ich aber möchte Sie bitten, Sinowjews Artikel mit Lenins These vom Kurs auf den Mittelbauern zu vergleichen und dann zu antworten, ob Sinowjew von Lenins These abgegangen ist oder nicht ... (Zuruf: „Gemeint sind die anderen Länder außer Rußland." Lärm.) Das stimmt nicht, Genosse, denn in Sinowjews Artikel wird gesprochen von „Aufgaben, die alle Parteien der Komintern völlig gemeinsam haben". Wollen Sie denn in Abrede stellen, dass unsere Partei gleichfalls ein Teil der Komintern ist? Hier ist doch direkt gesagt „alle Parteien" (Zuruf aus den Reihen der Leningrader Delegation: „In bestimmten Augenblicken." Allgemeine Heiterkeit.)
Vergleichen Sie dieses Zitat aus Sinowjews Artikel über die Neutralisierung mit dem Zitat aus Lenins Rede auf dem VIII. Parteitag, wo er sagt, dass wir ein festes Bündnis mit dem Mittelbauern brauchen, und Sie werden begreifen, dass sie miteinander nichts gemein haben.
Charakteristisch ist, dass Genosse Larin, dieser Anhänger einer „zweiten Revolution" im Dorfe, als er diese Zeilen in Sinowjews Artikel gelesen hatte, nicht zögerte, ihnen beizupflichten. Wenn auch Genosse Larin dieser Tage gegen Kamenew und Sinowjew aufgetreten ist, und gar nicht übel aufgetreten ist, so schließt das doch nicht aus, glaube ich, dass zwischen uns und ihm Meinungsverschiedenheiten bestehen und wir uns hier von ihm abgrenzen müssen. Folgendes schreibt Genosse Larin über den erwähnten Artikel Sinowjews:
„Durchaus zutreffend wurde das ‚richtige Herangehen an die Bauernschaft' vom Standpunkt der gemeinsamen Aufgaben aller Parteien der Komintern von deren Vorsitzenden Sinowjew formuliert." (Larin, „Das Sowjetdorf", S.80, russ.)
Ich sehe, dass Genosse Larin protestiert und erklärt, er habe in seinem Buch die Einschränkung gemacht, dass er mit Sinowjew insofern nicht einverstanden sei, als Sinowjew die Losung der Neutralisierung des Mittelbauern auch auf Rußland ausdehnt. Es trifft zu, dass er in seinem Buch diese Einschränkung macht und behauptet, die Neutralisierung genüge uns nicht, wir müssten einen „Schritt weiter" tun in Richtung auf eine „Verständigung mit dem Mittelbauern gegen den Kulaken". Leider aber verquickt Genosse Larin das dann mit seinem Schema von der „zweiten Revolution" gegen das kulakische Überhandnehmen, was uns von ihm trennt, ihn Sinowjew näher bringt und mich veranlasst, mich ein wenig von ihm zu distanzieren.
Wie Sie sehen, spricht Sinowjew sich in dem von mir angeführten Dokument direkt und unzweideutig für die Losung der Neutralisierung der Mittelbauernschaft aus, im Gegensatz zu

Lenin, der die Neutralisierung für ungenügend und ein festes Bündnis mit dem Mittelbauern für notwendig erklärt hat.
Das nächste Dokument. Sinowjew zitiert in seinem Buch „Leninismus" folgende Stelle aus Lenin, die sich auf das Jahr 1918 bezieht: „Mit der Bauernschaft bis zum Ende der bürgerlich-demokratischen Revolution; mit der armen Bauernschaft, dem proletarischen und halbproletarischen Teil der Bauernschaft vorwärts zur sozialistischen Revolution!" Hieraus zieht Sinowjew die nachstehende Schlussfolgerung:
„Das grundlegende ... Problem, das uns heute beschäftigt ... ist in den angeführten Sätzen Lenins vollständig und restlos beleuchtet. Hier lässt sich nichts hinzufügen und kein einziges Wort wegnehmend Hier ist alles mit Leninscher Knappheit und Anschaulichkeit, gedrängt und klar, gesagt - direkt wie für ein Lesebuch geschaffen." („Leninismus", S. 60, russ.)
So sieht Sinowjews erschöpfende Charakteristik aus, die er dem Leninismus in der Bauernfrage gibt. Mit der Bauernschaft überhaupt gegen den Zaren und die Gutsbesitzer - das ist die bürgerliche Revolution. Mit der Dorfarmut gegen die Bourgeoisie - das ist die Oktoberrevolution. Das ist alles ganz schön und gut. Zwei Leninsche Losungen werden angeführt. Was aber ist mit der dritten Losung Lenins: mit dem Mittelbauern gegen den Kulaken, für den sozialistischen Aufbau? Wo ist diese dritte Losung Lenins hingekommen? Sie fehlt bei Sinowjew. Sie ist verloren gegangen. Sinowjew behauptet zwar, „hier lässt sich nichts hinzufügen", indessen laufen wir Gefahr, Lenin zu entstellen, wie Sinowjew ihn entstellt, wenn wir hier nicht Lenins dritte Losung vom festen Bündnis des Proletariats und der Dorfarmut mit dem Mittelbauern hinzufügen. Kann man es als Zufall gelten lassen, das Lenins dritte Losung, die für uns jetzt die aktuellste Losung ist, verloren gegangen, dass sie Sinowjew abhanden gekommen ist? Nein, das kann man nicht als Zufall gelten lassen, denn er steht auf dem Standpunkt der Neutralisierung des Mittelbauern. Der Unterschied zwischen dem ersten und dem zweiten Dokument besteht lediglich darin, dass er sich im ersten gegen die Losung eines festen Bündnisses mit dem Mittelbauern ausspricht, während er im zweiten diese Losung mit Schweigen übergeht.
Ein drittes Dokument ist Sinowjews Artikel „Die Philosophie der Epoche". Ich spreche von der ursprünglichen Fassung dieses Artikels, ohne jene Änderungen und Zusätze, die nachträglich von ZK-Mitgliedern hineingebracht wurden. Der charakteristische Zug dieses Artikels ist, dass er ebenso wie das zweite Dokument die Frage des Mittelbauern gänzlich mit Schweigen übergeht und, während er diese lebenswichtige Frage umgeht, von irgendeiner verschwommenen volkstümlerischen Gleichheit räsoniert, ohne die Klassenhintergründe dieser Gleichheit aufzuzeigen. Da ist die Dorfarmut, da ist der Kulak, da ist der Kapitalist, da sind Ausfälle an Bucharins Adresse, da ist Gleichheit im Geiste der Sozialrevolutionäre, da ist Ustrjalow, nur der Mittelbauer und Lenins Genossenschaftsplan sind nicht zu finden, obgleich der Artikel „Die Philosophie der Epoche" heißt. Als Genosse Molotow mir diesen Artikel zusandte (ich war damals verreist), antwortete ich mit einer groben und scharfen Kritik. Ja, Genossen, ich bin ein gerader und grober Mensch, das ist wahr, das leugne ich nicht. (Heiterkeit.) Ich habe mit einer groben Kritik geantwortet, denn es durfte nicht geduldet werden, dass Sinowjew ein Jahr lang die charakteristischsten Züge des Leninismus in der Bauernfrage, die aktuelle Losung unserer Partei vom. Bündnis mit der Hauptmasse der Bauernschaft systematisch mit Schweigen überging oder entstellte. Folgendes antwortete ich damals dem Genossen Molotow:
„Sinowjews Artikel ‚Die Philosophie der Epoche' ist eine Entstellung der Parteilinie im Geiste Larins. In ihm wird von der XIV. Parteikonferenz gesprochen, aber das Hauptthema dieser Konferenz - die Mittelbauernschaft und die Genossenschaften - wird umgangen. Die Mittelbauernschaft und Lenins Genossenschaftsplan sind verschwunden. Das ist kein Zufall. Nach alledem von einem ‚Kampf um die Auslegung' der Beschlüsse der XIV. Konferenz zu reden, heißt Kurs halten auf die Verletzung dieser Beschlüsse. Bucharin mit Stolypin verwechseln, wie Sinowjew es tut, heißt Bucharin verleumden. Solcherweise könnte man mit

Stolypin auch Lenin verwechseln, der doch gesagt hat: ‚Treibt Handel und lernt Handel treiben!’ Die Losung der Gleichheit ist im gegebenen Augenblick sozialrevolutionäre Demagogie. Es kann keine Gleichheit geben, solange es Klassen gibt und solange es qualifizierte und umqualifizierte Arbeit gibt (siehe Lenins ‚Staat und Revolution’). Man darf nicht von einer verschwommenen Gleichheit reden, sondern muss von der Aufhebung der Klassen, vom Sozialismus sprechen. Wer unsere Revolution eine ‚nicht klassische’ Revolution nennt, der sinkt zum Menschewismus hinab. Der Artikel muss meiner Ansicht nach gründlich umgearbeitet werden, und zwar so, dass er nicht den Charakter einer Plattform zum XIV. Parteitag trägt.
12. September 1925
J. Stalin”
Alles das zu vertreten bin ich auch jetzt bereit, jedes Wort, jeden Satz.
Man darf nicht in einem grundlegenden, richtungweisenden Artikel über Gleichheit sprechen, ohne streng zu definieren, um was für eine Gleichheit es sich handelt: um die Gleichheit zwischen Bauern und Arbeiterklasse, um die Gleichheit innerhalb der Bauernschaft, um die Gleichheit innerhalb der Arbeiterklasse, zwischen Qualifizierten und Unqualifizierten oder um die Gleichheit im Sinne der Aufhebung der Klassen. Man darf in einem richtungweisenden Artikel nicht die aktuellen Losungen der Partei für die Arbeit auf dem Lande mit Schweigen übergeben. Man darf nicht mit der Phrase von der Gleichheit spielen, da dies ein Spiel mit dem Feuer ist, ebenso wie man auch nicht mit der Phrase vom Leninismus spielen und dabei die aktuelle Losung des Leninismus in der Bauernfrage mit Schweigen übergehen darf.
Das sind die drei Dokumente: Sinowjews Artikel für die Neutralisierung des Mittelbauern (Januar 1925), Sinowjews Buch „Leninismus” (September 1925), das Lenins dritte Losung, die Losung über den Mittelbauern, mit Schweigen übergeht, und Sinowjews neuer Artikel „Die Philosophie der Epoche” (September 1925), der den Mittelbauern und Lenins Genossenschaftsplan mit Schweigen übergeht.
Ist dieses ständige Torkeln Sinowjews in der Bauernfrage ein Zufall? Sie sehen, dass es kein Zufall ist.
Kürzlich, in seinem Leningrader Referat über den Bericht des ZK, raffte sieh Sinowjew endlich dazu auf, sich für die Losung des festen Bündnisses mit dem Mittelbauern auszusprechen. Das geschah nach dem Kampf, nach den Reibungen, nach den Zusammenstößen im ZK. Das ist sehr gut. Ich bin aber nicht überzeugt, dass er später nicht wieder davon abrücken wird. Denn wie die Tatsachen zeigen, hat Sinowjew nie gekrankt an Festigkeit der Linie in der Bauernfrage, wie wir sie brauchen. (Beifall.)
Hier einige Tatsachen, die Sinowjews Schwankungen in der Bauernfrage betreffen. Im Jahre 1924 verfocht Sinowjew auf dem ZK-Plenum eine „bäuerliche” Politik, die die Organisierung von parteilosen Bauernfraktionen im Zentrum und in den einzelnen Orten mit einem eigenen Wochenblatt vorsah. Dieser Vorschlag wurde auf Grund der Einwände im ZK abgelehnt. Etwas früher hatte Sinowjew sich sogar damit grossgetan, eine „bäuerliche Abweichung” zu haben. So sagte er zum Beispiel auf dem XII. Parteitag: „Wenn man mir sagt: Sie haben eine ‚Abweichung’, Sie weichen nach der Seite der Bauernschaft ab, so antworte ich: Jawohl, wir sollen nicht nur nach der Seite der Bauernschaft und ihrer wirtschaftlichen Erfordernisse ‚abweichen’, sondern wir müssen uns sogar vor den wirtschaftlichen Erfordernissen des Bauern, der unserem Proletariat folgt, verbeugen und, wenn nötig, verneigen.” Sie hören: „abweichen”, „verbeugen”, „verneigen”. (Heiterkeit, Beifall.) Dann, als es mit der Bauernschaft besser wurde, als unsere Stellung im Dorfe sich gebessert hatte, machte Sinowjew eine „Schwenkung”, der Mittelbauer, für den er eben noch Feuer und Flamme gewesen war, wurde ihm verdächtig, und er proklamierte die Losung der Neutralisierung. Etwas später machte er eine neue „Schwenkung”, er verlangte im Grunde eine Revision der von der XIV. Parteikonferenz gefassten Beschlüsse („Die Philosophie der Epoche"), legte

schier dem ganzen ZK eine bäuerliche Abweichung zur Last und begann entschiedener gegen den Mittelbauern „abzuweichen”. Schließlich, zur Zeit des XIV. Parteitags, macht er wieder eine „Schwenkung”, diesmal in Richtung auf ein Bündnis mit dem Mittelbauern, und vielleicht wird er sich noch brüsten, dass er wieder bereit sei, sich vor der Bauernschaft „zu verneigen”.
Welche Garantie besteht dafür, dass Sinowjew nicht wieder einmal in eine Schwankung verfällt?
Aber das ist doch ein Geschaukel, Genossen, und keine Politik. (Heiterkeit, Beifall.) Das ist doch Hysterie und keine Politik. (Zurufe: „Sehr richtig !”)
Man sagt, man brauche dem Kampf gegen die zweite Abweichung keine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Das ist falsch. Wenn wir zwei Abweichungen haben, die Abweichung Boguschewskis und die Abweichung Sinowjews, so müssen Sie begreifen, dass Boguschewski in keiner Weise mit Sinowjew zu vergleichen ist. Boguschewski ist ein erledigter Mann. (Heiterkeit.) Boguschewski hat kein eigenes Presseorgan. Aber die Abweichung in Richtung auf Neutralisierung des Mittelbauern, die Abweichung, die sich gegen das feste Bündnis mit dem Mittelbauern richtet, die Sinowjewsche Abweichung hat ihr eigenes Organ und setzt bis auf den heutigen Tag den Kampf gegen das ZK fort. Dieses Organ heißt „Leningradskaja Prawda”[64]. Denn was ist der neuerdings in Leningrad zusammengebraute Ausdruck „mittelbäuerlicher Bolschewismus”, worüber die „Leningradskaja Prawda” wutschäumend spricht, anderes als ein Gradmesser dafür, dass die Zeitung in der Bauernfrage vom Leninismus abgegangen ist? Geht nicht schon allein aus diesem einen Umstand klar hervor, dass der Kampf gegen die zweite Abweichung schwieriger ist als der Kampf gegen die erste Abweichung, die Abweichung Boguschewskis? Das ist der Grund, weshalb wir, wenn wir einen solchen Vertreter der zweiten Abweichung oder einen solchen Anwalt und Schutzpatron der zweiten Abweichung vor uns haben wie die „Leningradskaja Prawda”, alle Maßnahmen treffen müssen, damit die Partei besonders gerüstet ist für den Kampf gegen diese Abweichung, die stark, die kompliziert ist und auf die das Feuer konzentriert werden muss. Das ist der Grund, weshalb unsere Partei der zweiten Abweichung ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden muss. (Zwischenrufe: „Sehr richtig!” Beifall.)

9. Zur Geschichte der Meinungsverschiedenheiten

Gestatten Sie mir, jetzt zur Geschichte unseres internen Kampfes innerhalb der Mehrheit des Zentralkomitees überzugehen. Womit begannen unsere Unstimmigkeiten? Sie begannen mit der Frage, „was mit Trotzki geschehen soll”. Das war Ende 1924. Eine Gruppe der Leningrader beantragte anfangs, Trotzki aus der Partei auszuschließen. Ich habe hier die Diskussionsperiode des Jahres 1924 im Auge. Das Leningrader Gouvernementskomitee nahm eine Resolution an, die den Ausschluss Trotzkis aus der Partei forderte. Wir, das heißt die Mehrheit des ZK, waren damit nicht einverstanden (Zwischenrufe: „Sehr richtig!”) und konnten nach einigem Kampf die Leningrader Genossen dazu überreden, in ihrer Resolution den Absatz über den Ausschluss zu streichen. Nach einiger Zeit, als das ZK zu seiner Plenartagung zusammentrat und die Leningrader gemeinsam mit Kamenew den sofortigen Ausschluss Trotzkis aus dem Politbüro beantragten, waren wir auch mit diesem Vorschlag der Opposition nicht einverstanden. Wir erhielten die Mehrheit im ZK und beschränkten uns darauf, Trotzki vom Posten des Volkskommissars für Kriegswesen abzusetzen. Wir waren mit Sinowjew und Kamenew nicht einverstanden, da wir wussten, dass die Politik des Absägens große Gefahren für die Partei in sich birgt, dass die Methode des Absägens, des Aderlassens - und sie forderten Blut - gefährlich und ansteckend ist: heute hat man den einen abgesägt, morgen kommt der andere, übermorgen ein dritter dran, und was bleibt dann in der Partei? (Beifall.)

In diesem ersten Zusammenstoß innerhalb der ZK-Mehrheit zeigte sich der grundlegende Unterschied zwischen uns in den Fragen der Organisationspolitik der Partei.
Die zweite Frage, die unter uns Meinungsverschiedenheiten hervorrief, war eine Frage, die mit Sarkis Auftreten gegen Bucharin zusammenhing. Das war auf der XXI. Leningrader Konferenz im Januar 1925. Sarkis erhob damals gegen Bucharin die Anklage des Syndikalismus. Folgendes sagte er:
„Wir haben in der Moskauer ‚Prawda' den Artikel Bucharins über die Arbeiter- und Dorfkorrespondenten gelesen. Ansichten, wie Bucharin sie dort entwickelt, haben in unserer Organisation keine Anhänger. Solche - man könnte sagen - in ihrer Art syndikalistische, unbolschewistische, parteifeindliche Ansichten sind jedoch bei einer Reihe sogar verantwortlicher Genossen zu finden (ich wiederhole, nicht in der Leningrader, sondern in anderen Organisationen). Diese Ansichten befürworten die Unabhängigkeit der verschiedenen Massenorganisationen der Arbeiter und der Bauern von der Kommunistischen Partei und ihre Exterritorialität." (Stenogr. Bericht von der XXI. Lenin-grader Konferenz.)
Dieses Auftreten war erstens ein prinzipieller Fehler Sarkis, da Bucharin in der Frage der Arbeiter- und Dorfkorrespondentenbewegung absolut recht hatte, zweitens wurden hier, nicht ohne Vorschubleistung der Leiter der Leningrader Organisation, die elementaren Regeln kameradschaftlicher Erörterung einer Frage gröblichst verletzt. Es erübrigt sich zu erwähnen, dass dieser Umstand die Beziehungen innerhalb des ZK verschlechtern musste. Die Sache endete damit, dass Sarkis seinen Fehler öffentlich in der Presse bekannte.
Dieser Zwischenfall zeigte, dass das offene Bekennen eigener Fehler das beste Mittel ist, eine offene Diskussion zu vermeiden und die Meinungsverschiedenheiten im inneren Verfahren beizulegen.
Die dritte Frage ist die des Leningrader Kommunistischen Jugendverbands. Hier sind Mitglieder der Gouvernementskomitees anwesend, und ihnen wird es wahrscheinlich noch erinnerlich sein, dass das Politbüro einen entsprechenden Beschluss fasste über das Leningrader Gouvernementskomitee des Kommunistischen Jugendverbands, das versucht hatte, ohne Wissen und Einverständnis des ZK des Jugendverbands geradezu eine allrussische Konferenz des Kommunistischen Jugendverbands einzuberufen. Der Beschluss des ZK der KPR(B) ist Ihnen bekannt. Wir konnten nicht dulden, dass neben dem Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbands noch ein anderes Zentrum besteht, das mit ihm konkurriert und sich ihm entgegenstellt. Wir konnten als Bolschewiki ein Bestehen zweier Zentren nicht dulden. Das war der Grund, weshalb das ZK es für notwendig erachtete, Maßregeln zu treffen, um das Jugend-ZK, das diesen Separatismus zugelassen hatte, aufzufrischen und um Safarow vom Posten des Leiters des Leningrader Gouvernementskomitees des Jugendverbands abzusetzen.
Dieser Zwischenfall hat gezeigt, dass die Leningrader Genossen die Tendenz haben, ihre Leningrader Organisation in ein Zentrum des Kampfes gegen das ZK zu verwandeln.
Die vierte Frage war der von Sinowjew gestellte Antrag auf Gründung einer besonderen Zeitschrift in Leningrad, die den Namen „Bolschewik" führen und von Sinowjew, Safarow, Wardin, Sarkis und Tarchanow redigiert werden sollte. Wir stimmten dem nicht zu, sondern erklärten, eine solche, parallel mit dem Moskauer „Bolschewik" erscheinende Zeitschrift würde sich unvermeidlich in das Organ einer Gruppe, in ein Fraktionsorgan der Opposition, verwandeln, ein solcher Schritt würde die Einheit der Partei gefährden und untergraben. Mit anderen Worten, wir verboten das Erscheinen der Zeitschrift. Jetzt will man uns mit dem Wort „Verbot" schrecken. Das sind aber Kindereien, Genossen. Wir sind keine Liberalen. Uns stehen die Interessen der Partei höher als ein formaler Demokratismus. Jawohl, wir haben das Erscheinen eines Fraktionsorgans verboten und werden ähnliche Dinge auch in Zukunft verbieten. (Zwischenrufe: „Sehr richtig! Klar!" Stürmischer Beifall.)
Dieser Zwischenfall hat gezeigt, dass die Leningrader Spitzengruppe sich absondern und eine besondere Gruppierung schaffen will.

Ferner die Frage Bucharin. Ich denke an die Losung „Bereichert euch!” Ich habe Bucharins Aprilrede im Auge, in der ihm der Ausdruck „Bereichert euch!” entschlüpfte. Zwei Tage später wurde die Aprilkonferenz unserer Partei eröffnet. Niemand anders als ich erklärte im Präsidium dieser Konferenz in Anwesenheit Sokolnikows, Sinowjews, Kamenews und Kalinins, dass die Losung „Bereichert euch!” nicht unsere Losung ist. Ich erinnere mich nicht, von Bucharin einen Einwand gegen diesen Protest gehört zu haben. Als Genosse Larin auf der Konferenz das Wort verlangte, offenbar gegen Bucharin, da war es kein anderer als Sinowjew, der damals forderte, man solle ein Auftreten gegen Bucharin nicht zulassen. Danach aber sendet Genossin Krupskaja einen Artikel gegen Bucharin ein und fordert seine Veröffentlichung. Bucharin will natürlich nicht die Antwort schuldig bleiben und schreibt seinerseits einen Artikel gegen Genossin Krupskaja. Die Mehrheit des ZK beschließt, keinen einzigen Diskussionsartikel zu veröffentlichen, keine Diskussion zu eröffnen und es Bucharin nahe zu legen, die Unrichtigkeit der Losung „Bereichert euch!” in der Presse einzugestehen, womit er sich einverstanden erklärt und was er dann, nach seiner Rückkehr vom Urlaub, in seinem Artikel gegen Ustrjalow, auch tut. Jetzt glauben Kamenew und Sinowjew, irgendjemand mit dem Popanz eines „Verbots” einschüchtern zu können, indem sie sich in der Manier von Liberalen darüber entrüsten, dass wir die Veröffentlichung des Artikels der Genossin Krupskaja verboten haben. Damit werden Sie niemand einschüchtern. Erstens haben wir nicht nur den Artikel der Genossin Krupskaja, sondern auch den Artikel Bucharins nicht veröffentlichen lassen. Zweitens frage ich, warum wir nicht das Recht haben sollen, die Veröffentlichung eines Artikels der Genossin Krupskaja zu verbieten, wenn die Interessen der Parteieinheit das von uns fordern? Und wodurch unterscheidet sich eigentlich Genossin Krupskaja von jedem anderen verantwortlichen Genossen? Glauben Sie etwa, die Interessen einzelner Genossen müssten höhergestellt werden als die Interessen der Partei und ihrer Einheit? Wissen denn die Genossen von der Opposition nicht, dass für uns Bolschewiki der formale Demokratismus keinen Pfifferling wert ist, die realen Interessen der Partei aber alles bedeuten? (Beil all.)

Mögen uns die Genossen auch nur einen Artikel im Zentralorgan der Partei, in der „Prawda”, nennen, der die Losung „Bereichert euch!” direkt oder indirekt rechtfertigte. Sie können uns keinen solchen Artikel nennen, weil solche Artikel nicht existieren. Es gab einen Fall, einen einzigen Fall, wo Stezki in der „Komsomolskaja Prawda” einen Artikel schrieb, in dem er die Losung „Bereichert euch!” in milder, kaum merklicher Form zu verteidigen suchte. Und was geschah? Gleich am nächsten Tage wies das Sekretariat des ZK die Redaktion dieser Zeitung in einem besonderen, von Molotow, Andrejew und Stalin unterzeichneten Schreiben zurecht. Das war am 2. Juni 1925. Einige Tage später entschied dann das Orgbüro des ZK in vollem Einverständnis mit Bucharin, dass der Redakteur dieser Zeitung von seinem Posten entfernt werden müsste. Hier ein Auszug aus diesem Schreiben:

„Moskau, 2. Juni 1925. An alle Mitglieder der Redaktion der ‚Komsomolskaja Prawda'.

Wir sind der Ansicht, dass einige Stellen in Stezkis Artikeln ‚Eine neue Etappe der Neuen Ökonomischen Politik' Zweifel hervorrufen. In diesen Artikeln wird, allerdings in milder Form, für die Losung ‚Bereichert euch!' Stellung genommen. Diese Losung ist nicht unsere Losung; sie ist falsch, sie gibt Anlass zu einer ganzen Reihe von Zweifeln und Missverständnissen und darf in einem richtunggebenden Artikel der ‚Komsomolskaja Prawda' nicht vorkommen. Unsere Losung ist die sozialistische Akkumulation. Wir beseitigen die administrativen Schranken, die der Hebung des Wohlstands auf dem Lande im Wege stehen. Diese Maßnahme erleichtert zweifellos jegliche Akkumulation, sowohl die privatkapitalistische als auch die sozialistische. Aber noch niemals hat die Partei gesagt, dass sie die private Akkumulation zu ihrer Losung mache...“

Sind alle diese Tatsachen der Opposition bekannt? Natürlich sind sie es. Warum aber stellen sie dann die Hetze gegen Bucharin nicht ein? Wie lange werden sie noch über den Fehler Bucharins schreien?

Ich kenne Fehler, die einige Genossen zum Beispiel im Oktober 1917 begangen haben, an denen gemessen der Fehler Bucharins gar nicht der Beachtung wert ist. Diese Genossen begingen damals nicht nur einen Fehler, sondern sie hatten auch den „Mut”, einen äußerst wichtigen Beschluss des ZK, der unter Führung und in Anwesenheit Lenins angenommen worden war, zweimal zu verletzen. Und dennoch vergaß die Partei diese Fehler, sobald die betreffenden Genossen ihre Fehler zugegeben hatten. Bucharin hat, gemessen an den Fehlern dieser Genossen, einen unbedeutenden Fehler begangen. Auch hat er keinen einzigen Beschluss des ZK verletzt. Wodurch ist es zu erklären, dass trotzdem noch immer die wüste Hetze gegen Bucharin fortgesetzt wird? Was will man eigentlich von Bucharin?
So verhält es sich mit der Frage betreffend Bucharins Fehler.
Weiter die Frage betreffend Sinowjews Artikel „Die Philosophie der Epoche” und Kamenews Referat auf der Plenartagung des Moskauer Komitees im Spätsommer, eine Frage, die gleichfalls unsere innerparteilichen Beziehungen verschärft hat. Ich habe davon bereits in meiner Rede gesprochen und will mich nicht wiederholen. Es handelte sich damals um die „Philosophie der Epoche”, um die Fehler in diesem Artikel, um die Art, wie wir diese Fehler korrigierten, um die Fehler, die Kamenew in Verbindung mit der Getreide- und Futtermittelbilanz der Statistischen Zentralverwaltung beging, als er ihre Zahlen für bare Münze nahm, wonach 61 Prozent der für den Markt bestimmten Getreideüberschüsse sich in den Händen der Oberschichten der Bauernschaft befunden haben sollen, und dann unter dem Druck unserer Genossen seinen Fehler in einer besonderen Erklärung an den Rat für Arbeit und Verteidigung korrigieren musste. In dieser von der Presse veröffentlichten Erklärung an den Rat für Arbeit und Verteidigung heißt es, dass sich mehr als die Hälfte der Überschüsse in den Händen der Mittelbauern befindet. Alles das hat unsere Beziehungen zweifellos verschärft.
Weiterhin die Fragen, die mit dein Oktoberplenum in Verbindung stehen - neue Komplikationen: dort forderte die Opposition eine offene Diskussion, dort kam die von Saluzki aufgeworfene Frage des so genannten „Thermidor” zur Sprache, und am Ende von alledem - die Leningrader Konferenz, die gleich am ersten Tage das Feuer gegen das ZK eröffnete. Ich denke an die von Safarow, Sarkis, Schelawin und anderen gehaltenen Reden. Ich denke an die Rede Sinowjews, eine seiner letzten Reden beim Abschluss der Konferenz, in der er die Konferenz zum Krieg gegen die Moskauer aufrief und vorschlug, eine Delegation aus Leuten zu wählen, die zum Kampf gegen das ZK bereit wären. So standen die Dinge. Eben deshalb sind die bolschewistischen Arbeiter Komarow und Lobow nicht in die Leningrader Delegation hineingekommen (sie haben die Plattform des Kampfes gegen das ZK nicht akzeptiert). Man hat sie in der Delegation durch Gordon und Tarchanow ersetzt. Stellen Sie Gordon und Tarchanow auf die eine Schale der Waage und Komarow und Lobow auf die andere, und jeder unvoreingenommene Mensch wird sagen, dass jene keinen Vergleich mit diesen aushalten. (Beifall.) Und worin besteht die Schuld Lobows und Komarows? Die ganze Schuld Komarows und Lobows besteht darin, dass sie nicht gegen das ZK angehen wollten. Das ist ihr ganzes Verschulden. War es doch erst einen Monat her, dass die Leningrader Komarow als ersten Sekretär ihrer Organisation vorgeschlagen hatten. So war es doch. Ja oder nein? (Zwischenrufe aus der Leningrader Delegation: „Ja, ja!”) Was konnte denn mit Komarow während des einen Monats geschehen sein? (Bucharin: „Er ist während des einen Monats entartet.“) Was konnte denn während des einen Monats geschehen sein, dass das ZK-Mitglied Komarow, den Sie selbst als ersten Sekretär Ihrer Organisation vorgeschlagen hatten, aus dem Sekretariat des Leningrader Komitees hinausgeworfen wurde und nicht mehr für die Wahl als Parteitagsdelegierter in Betracht kam? (Zwischenruf aus der Leningrader Delegation: „Er hat die Konferenz beleidigt.” Zwischenruf: „Das ist eine Lüge, Naumow!” Lärm.)

10. Die Plattform der Opposition

Jetzt aber kommen wir zur Plattform Sinowjews und Kamenews, Sokolnikows und Laschewitschs. Es ist an der Zeit, auch einmal von der Plattform der Opposition zu sprechen. Sie haben da eine ziemlich originelle Plattform. Von der Opposition wurden hier viele mannigfaltige Reden gehalten. Kamenew sagte das eine und zog nach der einen Seite, Sinowjew sagte etwas anderes und zog nach einer anderen Seite, Laschewitsch etwas drittes, Sokolnikow etwas viertes. Trotz dieser Mannigfaltigkeit haben sie alle sich aber doch in einer Frage gefunden. Worin haben sie sich gefunden? Worin besteht ihre Plattform? Ihre Plattform - das ist eine Reform des Sekretariats des ZK. Das einzige, was ihnen allen gemeinsam ist, worüber sie völlig einig sind - das ist die Frage des Sekretariats. Das ist seltsam und lächerlich, aber es ist eine Tatsache.
Diese Frage hat ihre Geschichte. Im Jahre 1923, nach dem XII. Parteitag, arbeiteten die Leute, die sich in der „Höhle" versammelt hatten (Heiterkeit), eine Plattform aus, die die Abschaffung des Politbüros und die Politisierung des Sekretariats vorsah, das heißt die Verwandlung des Sekretariats in das leitende politische und organisatorische Organ, das aus Sinowjew, Trotzki und Stalin bestehen sollte. Was war der Sinn dieser Plattform? Was bedeutet dies? Dies bedeutet, die Partei ohne Kalinin, ohne Molotow führen. Aus dieser Plattform ist nichts geworden, nicht nur, weil sie damals prinzipienlos war, sondern auch, weil es zurzeit unmöglich ist, die Partei ohne die von mir erwähnten Genossen zu führen. Auf die mir schriftlich aus den Schluchten von Kislowodsk gestellte Frage antwortete ich ablehnend und erklärte, dass ich, wenn die Genossen darauf bestehen sollten, bereit bin, das Feld ohne Lärm zu räumen, ohne offene oder versteckte Diskussion und ohne die Forderung, dass die Rechte der Minderheit garantiert werden. (Heiterkeit.)
Das war, sozusagen, das erste Stadium.
Jetzt aber ist, wie sich herausstellt, das zweite Stadium eingetreten, das dem ersten entgegengesetzt ist. Jetzt fordert man nicht mehr die Politisierung, sondern die Technisierung des Sekretariats, nicht die Abschaffung des Politbüros, sondern Machtvollkommenheit für das Politbüro.
Nun wohl, wenn die Umwandlung des Sekretariats in einen einfachen technischen Apparat für Kamenew wirklich bequem ist, so müsste man vielleicht tatsächlich darauf eingehen. Ich fürchte bloß, die Partei wird darauf nicht eingehen. (Zwischenruf: „Sehr richtig!") Ich zweifle sehr daran, ob ein technisches Sekretariat fähig wäre, die Fragen vorzubereiten, die es sowohl für das Orgbüro als auch für das Politbüro vorzubereiten hat.
Wenn man aber von der Machtvollkommenheit des Politbüros spricht, so ist eine derartige Plattform nur wert, dass die Hühner darüber lachen. Hat denn das Politbüro nicht Machtvollkommenheit? Sind denn das Sekretariat und das Orgbüro nicht dem Politbüro unterstellt? Wo aber bleibt das Plenum des ZK? Weshalb spricht unsere Opposition nicht vom Plenum des ZK? Wünscht sie etwa dem Politbüro eine größere Macht zu verleihen als dem Plenum?
Nein, die Opposition hat entschieden Pech mit ihrer Plattform oder mit ihren Plattformen bezüglich des Sekretariats.

11. Ihre „Friedfertigkeit"

Was nun weiter, werden Sie fragen, was muss getan werden, um einen Ausweg aus der entstandenen Lage zu finden? Diese Frage hat uns die ganze Zeit, sowohl während des Parteitags als auch vor dem Parteitag, beschäftigt. Wir brauchen die Einheit in den Reihen der Partei - darum dreht es sich jetzt. Die Opposition spricht gern von Schwierigkeiten. Es gibt aber eine Schwierigkeit, die viel gefährlicher ist als alle anderen Schwierigkeiten und die die Opposition uns bereitet hat - das ist die Gefahr der Zerfahrenheit und der Desorganisierung

der Partei. (Beifall.) Es gilt vor allem, diese Schwierigkeit zu überwinden. Das hatten wir im Auge, als wir der Opposition zwei Tage vor dem Parteitag die Kompromissbedingungen eines Abkommens unterbreiteten, die auf eine mögliche Versöhnung abzielten. Dieser Vorschlag lautet folgendermaßen:

„Die unterzeichneten Mitglieder des ZK glauben, dass eine Reihe führender Genossen der Leningrader Organisation die Vorbereitung zum Parteitag im Gegensatz zur Linie des ZK der Partei und gegen die Anhänger dieser Linie in Leningrad betrieben hat. Die unterzeichneten Mitglieder des ZK halten die Resolution der Moskauer Konferenz sowohl ihrem Wesen als auch ihrer Form nach für absolut richtig und glauben, dass das ZK verpflichtet ist, allen und jeglichen Tendenzen entgegenzutreten, die sich gegen die Parteilinie richten und die Partei desorganisieren.

Allein im Interesse der Parteieinheit, im Interesse des Friedens innerhalb der Partei, der Abwendung der Gefahr, dass die Leningrader Organisation, eine der besten Organisationen der KPR, sich dem ZK der Partei entfremden könnte, halten die Unterzeichneten es für möglich - nachdem der Parteitag die präzise und klare politische Linie des ZK bestätigt -, auf eine Reihe von Zugeständnissen einzugehen. Dementsprechend machen wir folgende Vorschläge:

1. Bei Abfassung der Resolution zum Bericht des ZK soll die Resolution der Moskauer Konferenz unter Milderung einiger ihrer Formulierungen als Grundlage genommen werden.
2. Die Veröffentlichung des Briefes der Leningrader Konferenz und der Antwort des Moskauer Komitees sowohl in den Zeitungen als auch in den Bulletins soll im Interesse der Einheit für unzweckmäßig erachtet werden.
3. Die Mitglieder des Politbüros... sollen auf dem Parteitag nicht gegeneinander auftreten.
4. In den Parteitagsreden soll abgerückt werden von Sarkis (Regelung der Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft) und Safarow (Staatskapitalismus).
5. Der Fehler bezüglich Komarows, Lobows und Moskwins soll auf organisatorischem Wege korrigiert werden.
6. Der Beschluss des ZK, einen Leningrader Genossen in das Sekretariat des ZK aufzunehmen, soll unmittelbar nach dem Parteitag verwirklicht werden.
7. Zum Zwecke engerer Verbindung mit dem Zentralorgan soll ein Genosse aus Leningrad in das Redaktionskollegium des Zentralorgans aufgenommen werden.
8. Angesichts der Schwäche des Redakteurs der ‚Leningradskaja Prawda' (Gladnews), soll dieser im Einverständnis mit dem ZK durch einen stärkeren Genossen ersetzt werden.

Kalinin, Stalin, Molotow, Dzierzynski u. a.
15. XII. 1925"

Ein solches Kompromiss haben wir vorgeschlagen, Genossen.

Die Opposition aber ging auf den Kompromiss nicht ein. Sie zog dem Frieden einen offenen und erbitterten Kampf auf dem Parteitag vor. Das ist die „Friedfertigkeit" der Opposition.

12. Die Partei wird die Einheit durchsetzen

Wir verbleiben im Wesentlichen auch jetzt noch auf dem Standpunkt dieses Dokuments. In unserem Resolutionsentwurf haben wir, wie Sie wissen, einige Formulierungen im Interesse des Friedens in der Partei bereits gemildert.

Wir sind gegen das Absägen. Wir sind gegen die Politik des Absägens. Das bedeutet nicht, dass es den Führern erlaubt sein wird, sich ungestraft aufzuspielen und der Partei auf der Nase herumzutanzen. Auf keinen Fall! Verbeugungen vor Führern wird es nicht geben. (Zurufe: „Sehr richtig!" Beifall.) Wir sind für die Einheit, wir sind gegen das Absägen. Die Absägungspolitik ist uns zuwider. Die Partei will die Einheit und wird sie durchsetzen - mit Kamenew und Sinowjew, wenn sie es wollen, ohne sie, wenn sie es nicht wollen. (Zurufe: „Sehr richtig!" Beifall.)

Was aber erfordert die Einheit? Die Einheit erfordert, dass die Minderheit sich der Mehrheit unterordnet. Ohne das gibt es keine und kann es keine Einheit der Partei geben.
Wir sind gegen ein besonderes Diskussionsblatt. Im „Bolschewik” gibt es eine Diskussionsrubrik. Das wird vollkommen genügen. Man darf die Diskussion nicht zu weit treiben. Wir sind eine regierende Partei, vergessen Sie das nicht. Vergessen Sie nicht, dass jede Unstimmigkeit oben sich im Lande als ein Minus gegen uns auswirkt. Vom Ausland rede ich gar nicht erst.
Die Organe des ZK werden wohl ihre heutige Struktur bewahren. Schwerlich wird die Partei darauf eingehen, dass sie zerschlagen werden. (Zurufe: „Sehr richtig!” Beifall.) Das Politbüro hat ohnehin Machtvollkommenheit, es steht über allen anderen Organen des ZK, außer dem Plenum. Das höchste Organ aber ist das Plenum, was man mitunter vergisst. Das Plenum entscheidet bei uns alles, und es ruft seine Führer zur Ordnung, wenn diese das Gleichgewicht zu verlieren beginnen. (Zurufe: „Sehr richtig!” Heiterkeit. Beifall.)
Parteieinheit muss sein, und sie wird hergestellt werden, wenn die Partei, wenn der Parteitag sich Manns zeigt und sich nicht einschüchtern lässt. (Zwischenrufe: „Wir lassen uns nicht einschüchtern, unsereins hat Pulver gerochen!”) Sollte jemand von uns über die Stränge hauen, so wird er zur Ordnung gerufen werden - das ist notwendig, das ist unerlässlich. Es ist unmöglich, die Partei anders zu führen als durch ein Kollegium. Es ist unsinnig, nach Iljitsch davon auch nur zu träumen (Beifall), es ist unsinnig, darüber zu reden.
Kollegiale Arbeit, kollegiale Leitung, Einheit in der Partei, Einheit in den Organen des ZK, bei Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit - das ist es, was wir jetzt brauchen.
Was die Leningrader kommunistischen Arbeiter anbelangt, so zweifle ich nicht daran, dass sie stets in den ersten Reihen unserer Partei stehen werden. Gemeinsam mit ihnen haben wir die Partei aufgebaut, gemeinsam mit ihnen haben wir sie großgezogen, gemeinsam mit ihnen haben wir das Banner des Aufstands im Oktober 1917 entrollt, gemeinsam mit ihnen haben wir die Bourgeoisie besiegt, gemeinsam mit ihnen haben wir gekämpft und werden wir kämpfen gegen die Schwierigkeiten auf dem Wege unseres Aufbaus. Ich zweifle nicht daran, dass die Leningrader kommunistischen Arbeiter nicht hinter ihren Freunden in den anderen Industriezentren zurückstehen werden im Kampf um die eherne, Leninsche Einheit der Partei. (Stürmischer Beifall. Besang der „Internationale“.)

ANMERKUNGEN

1. Der Unionskongress der Lehrer fand vom 12. bis zum 17. Januar 1925 in Moskau statt. An ihm nahmen 1660 Delegierte teil, die 49 Nationalitäten der Sowjetunion vertraten. Drei Viertel der Delegierten des Kongresses waren Dorfschullehrer. Auf dem Kongress wurden folgende Referate gehalten und erörtert: die nächsten Aufgaben des Sowjetaufbaus, die Lehrerschaft und die proletarische Revolution, die Aufgaben der Volksbildung im System des Sowjetaufbaus, die Sowjetschule, die nationale Frage und die Schule, die Lehrerschaft und der Kommunistische Jugendverband, die internationale Lage der UdSSR u. a. Der Kongress nahm eine Deklaration an, in der erklärt wurde, dass die Lehrerschaft ihre Aufgaben nicht von den Aufgaben der Kommunistischen Partei, von ihrem Kampf für die Errichtung des Sozialismus trennt.
2. „Krasnaja Molodjosh" (Die Rote Jugend) - monatliche Studentenzeitschrift, die von Mai 1924 bis November 1925 von dem Zentralbüro und dem Moskauer Büro der proletarischen Studentenschaft herausgegeben wurde. Verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Krasnaja Molodjosh" war W. M. Molotow. Im November 1925 wurde die Zeitschrift in „Krasnoje Studentschestwo" (Die Rote Studentenschaft) umbenannt.
3. Vom 17. bis zum 20. Januar 1925 tagte das Plenum des ZK der KPR(B). Am 17. Januar fand eine gemeinsame Sitzung des Plenums des ZK und der ZKK der KPR(B) statt. Nach Entgegennahme einer Mitteilung J. W. Stalins über die von den Ortsorganisationen anlässlich des Auftretens Trotzkis angenommenen Resolutionen wurde auf dieser gemeinsamen Plenartagung eine Resolution angenommen, in der Trotzkis Auftreten als Revision des Bolschewismus, als Versuch, den Leninismus durch den Trotzkismus zu ersetzen, verurteilt wurde. Am 19. Januar hielt J. W. Stalin auf der Plenartagung des ZK der KPR(B) eine Rede zu dem Referat M. W. Frunses „Über die Bewilligung von Mitteln für das Volkskommissariat für Heeres- und Marinewesen der UdSSR" (siehe den vorliegenden Band, S. 11-14 [deutsche Ausgabe S.9 bis 12]).
4. Gemeint ist die Niederlage der 150000 Mann starken spanischen Armee im Herbst 1924, die von dem faschistischen Diktator Spaniens Primo de Rivera eingesetzt worden war, um die nationale Befreiungsbewegung in der spanischen Zone von Marokko, dem Rifgebiet, niederzuwerfen. Durch den Sieg der Marokkaner wurden zwei Drittel des von der spanischen Armee okkupierten Territoriums befreit.
5. Im Sommer 1924 wurde als Ergebnis der revolutionären fortschrittlichen Bewegung in Albanien die reaktionäre Regierung Ahmed Zogu gestürzt. Die zur Macht gelangte Regierung Fan Noli leitete Verhandlungen mit der Sowjetregierung über die Herstellung diplomatischer und freundschaftlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und Albanien ein. Zwischen der Sowjetunion und Albanien fand ein Austausch diplomatischer Vertreter statt. Die Regierungen Englands, Italiens und Jugoslawiens forderten von Albanien den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR. Im Dezember 1924 brachen die von den Streitkräften der faschistischen Regierung Jugoslawiens unterstützten Banden Ahmed Zogus in Albanien ein und stürzten die Regierung Fan Noli. Die Macht in Albanien fiel erneut an Ahmed Zogu.
6. „Rabotschaja gaseta" (Die Arbeiterzeitung) - Tageszeitung, Organ des ZK der KPdSU(B), die in Massenauflage von März 1922 bis Januar 1932 in Moskau erschien, zunächst unter dem Titel „Rabotschi" (Der Arbeiter) und von Juli 1922 an unter dem Titel „Rabotschaja Gaseta".
7. Es handelt sich um den Artikel J. W. Stalins „Der Oktober und Trotzkis Theorie der ‚permanenten' Revolution", der in Nr. 290 der „Prawda" vom 20. Dezember 1924 veröffentlicht wurde. Der Artikel war ein Teil des Vorworts zu dem Buch „Auf dem Wege zum Oktober", das von J. W. Stalin im Dezember 1924 geschrieben und nur in

diesem Buch vollständig veröffentlicht wurde. Der größte Teil des Vorworts wurde unter dem Gesamttitel „Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten” in verschiedenen Sammelbänden, als Einzelbroschüren sowie in allen Ausgaben von J. W. Stalins „Fragen des Leninismus” veröffentlicht und ist in Band 6 der „Werke” J. W. Stalins, S. 358-401 [deutsche Ausgabe S. 320 bis 358] enthalten.

8. Siehe W. I. Lenin, „Werke”, 4. Ausgabe, Bd. 33, S.427-435 [deutsch in „Ausgewählte Werke” in zwei Bänden, Bd. II, S. 988-995].

9. Der Sammelband „Gegen den Strom” erschien im Jahre 1918 in Petrograd. In dem Sammelband waren die Artikel W.I. Lenins aus den Jahren 1914 bis 1917: „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa”, „Über die Junius-Broschüre”, „Über den Nationalstolz der Großrussen”, „Über die zwei Linien der Revolution”, „Der Zusammenbruch der II. Internationale” u. a. enthalten, die später in Band XVIII und XIX der 3. Ausgabe der „Werke” W. I. Lenins Aufnahme fanden (siehe Bd. 21 und 22 der 4. Ausgabe).

10. W.I. Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky” (siehe „Werke”, 4. Ausgabe, Bd. 28, S. 207-302 [deutsch in „Ausgewählte Werke” in zwei Bänden, Bd. II, S. 411-502]).

11. W. I. Lenin, „Der ‚linke Radikalismus’, die Kinderkrankheit im Kommunismus” (siehe „Werke”, 4. Ausgabe, Bd. 31, S. 1-97 [deutsch in „Ausgewählte Werke” in zwei Bänden, Bd. II, S.669-757]).

12. J.W. Stalin hielt in der Sitzung des Orgbüros des ZK der KPR(B) eine Rede im Zusammenhang mit der Erörterung der Frage der Ereignisse in dem Dorf Dymowka (Kreis Nikolajew, Gouvernement Odessa). Am 28. März 1924 wurde in Dymowka von einer Bande verbrecherischer Elemente, die unter dem Einfluss des Kulakentums standen, der Dorfkorrespondent Grigori Malinowski ermordet. Der Beschluss des ZK und der ZKK der KPR(B) über die Ereignisse in Dymowka im Zusammenhang mit der Ermordung des Dorfkorrespondenten Malinowski wurde in Nr. 30 der „Prawda” vom 6. Februar 1925 veröffentlicht.

13. Gemeint sind der Kulakenaufstand im Gouvernement Tambow in den Jahren 1919-1921 und die von Weißgardisten, Sozialrevolutionären, Menschewiki und Agenten ausländischer Staaten organisierte konterrevolutionäre Meuterei in Kronstadt im März 1921.

14. Es handelt sich um den konterrevolutionären Aufstand in Georgien am 28. August 1924, der auf Direktive und mit finanzieller Unterstützung der imperialistischen Staaten und der Führer der II. Internationale von Resten der zerschlagenen bürgerlich-nationalistischen Parteien und von der menschewistischen Emigranten“regierung“ Jordanias organisiert worden war. Der Aufstand wurde mit aktiver Unterstützung der georgischen Arbeiter und der werktätigen Bauernschaft am 29. August niedergeschlagen.

15. Die XIII. Gouvernementskonferenz der Moskauer Organisation der KPR(B) fand vom 24. bis zum 28. Januar 1925 statt. Auf der Konferenz waren 1150 Delegierte anwesend, die 64078 Mitglieder und 30770 Kandidaten der Partei vertraten. Die Konferenz behandelte den Bericht des ZK der KPR(B), den Rechenschaftsbericht des Moskauer Komitees der KPR(B) und das Korreferat des Moskauer Komitees des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands Rußlands, den Bericht über die Arbeit der Moskauer Kontrollkommission, den Haushalt und die Wirtschaftslage des Moskauer Gouvernements, die Frage der Arbeit auf dem Lande und wählte die leitenden Organe. J. W. Stalin ergriff auf der Konferenz zur Frage der Arbeit auf dem Lande das Wort.

16. Dawesplan - unter dieser Bezeichnung ist das Gutachten bekannt, das von einer internationalen Sachverständigenkommission unter Vorsitz des amerikanischen Finanziers General Dawes über die Frage der Reparationszahlungen Deutschlands

abgegeben und am 16. August 1924 auf der Londoner Konferenz der alliierten Staaten bestätigt wurde. (Über den Dawesplan siehe den vorliegenden Band)

17. Brandler und Thalheimer - Führer der rechtsopportunistischen Gruppe in der Kommunistischen Partei Deutschlands, die in den Jahren 1922-1923 die Führung der KPD innehatten. Die verräterische Politik Brandlers und Thalheimers führte zur Niederlage der Arbeiterklasse Deutschlands während der revolutionären Ereignisse des Jahres 1923. Im April 1924 wurden Brandler und Thalheimer auf dem Frankfurter Parteitag der KPD von der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands entfernt. Der V. Kongress der Komintern (1924) verurteilte die Kapitulantenlinie der Gruppe Brandler-Thalheimer. 1929 wurden Brandler und Thalheimer wegen parteifeindlicher fraktioneller Tätigkeit aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen.

18. Gemeint ist der Prozess in Sachen des „Konzerns der Gebrüder Barmat” zu Beginn des Jahres 1925. Während des Prozesses wurden prominente Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit Wels an der Spitze entlarvt, die von dem Konzern große Bestechungsgelder erhalten hatten; ferner wurde aufgedeckt, dass sie während der Reichstagswahlen im Dezember 1924 Mittel des Konzerns und mit ihm verbundener Banken für den Kampf gegen die Kommunistische Partei Deutschlands verwendet hatten.

19. Kuomintang - politische Partei in China, im Jahre 1912 von Sun Yat-sen zum Kampf für die Republik und die nationale Unabhängigkeit des Landes gegründet. Sun Yat-sen starb am 12. März 1925. In seinem Vermächtnis rief Sun Yat-sen die Kuomintang auf, das Bündnis mit der Kommunistischen Partei Chinas und die Freundschaft zur Sowjetunion zu wahren und die nationale Befreiungsbewegung der Arbeiter und Bauern Chinas zu verbreitern. In der Periode der Entwicklung der Revolution in China in den Jahren 1925-1927 verriet der rechte Flügel der Kuomintang mit Tschiang Kai-schek an der Spitze das Vermächtnis Sun Yat-sens. Im Bündnis mit den Imperialisten ausländischer Staaten führte er den Kampf gegen die von der Kommunistischen Partei geführten demokratischen Kräfte Chinas.

20. Die Amsterdamer Vereinigung (Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale) wurde im Juli 1919 auf einem internationalen Kongress in Amsterdam gegründet. Ihr gehörten die reformistischen Gewerkschaften einer Reihe von Ländern Westeuropas und der USA an. Die Mitgliederzahl der Vereinigung erreichte im Jahre 1919 24 Millionen, sank bis Ende 1923 aber auf 16 Millionen. In den folgenden Jahren gingen der Einfluss der Amsterdamer Vereinigung und die Zahl ihrer Mitglieder ständig zurück. Die Amsterdamer Vereinigung stellte ihre Tätigkeit während des zweiten Weltkriegs faktisch ein. Im Zusammenhang mit der Gründung des Weltgewerkschaftsbundes wurde die Amsterdamer Vereinigung im Dezember 1945 aufgelöst.

21. Die tschechoslowakische Kommission wurde auf dem V. erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, das vom 21. März bis zum 6. April 1925 in Moskau stattfand, gebildet. Das Plenum behandelte die Fragen: die internationalen Perspektiven und die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien, der Kampf für die Einheit der Weltgewerkschaftsbewegung, die Bauernfrage, die Diskussion in der KPR(B), die Fragen einzelner Sektionen u. a. Auf dem Plenum wurden eine politische, eine tschechoslowakische, eine jugoslawische Kommission und andere Kommissionen gebildet. J.W. Stalin wurde in die politische und die tschechoslowakische Kommission gewählt. Am 30. März hielt J.W. Stalin in der jugoslawischen Kommission eine Rede zur nationalen Frage in Jugoslawien (siehe den vorliegenden Band).

22. Siehe J. W. Stalin, „Marxismus und nationale Frage” („Werke", Bd. 2, 5.290-367 [deutsche Ausgabe S. 266-3331).

23. Siehe W. I. Lenin, „Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung” („Werke", 4. Ausgabe, Bd. 20, S. 365-424 [deutsch in „Ausgewählte Werke” in zwei Bänden, Bd. 1, S. 671-7281).
24. Die erste Unionskonferenz der proletarischen Studentenschaft fand vom 13. bis zum 17. April 1925 in Moskau statt. Auf der Konferenz waren etwa 300 Delegierte anwesend, die 250000 Studenten der Hochschulen, Techniken und Arbeiterfakultäten vertraten. Die Konferenz behandelte die Fragen: die internationale und innere Lage der UdSSR, die Gewerkschaften und die Studentenschaft, den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Zentralbüros der proletarischen Studentenschaft, die Arbeit der Hauptverwaltungen für Berufsausbildung der RSFSR und der Ukrainischen SSR, die Verbindung der Hochschulen mit der Produktion. J.W. Stalin hatte am 13. April eine Unterredung mit einer Delegation der Konferenz und schickte am 15. April an die Konferenz das in diesem Band veröffentlichte Schreiben.
25. Die XIV. Konferenz der KPR(B) fand vom 27. bis zum 29. April 1925 in Moskau statt. Die Konferenz behandelte die Fragen: über den Parteiaufbau, über das Genossenschaftswesen, über die einheitliche landwirtschaftliche Steuer, über die Metallindustrie, über die revolutionäre Gesetzlichkeit, über die Aufgaben der Komintern und der KPR(B) im Zusammenhang mit dem erweiterten Plenum des EKKI. (Die Beschlüsse der Konferenz siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK”, Teil II, 1941, S. 4-31, russ.)
26. W.I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus” (siehe „Werke”, 4. Ausgabe, Bd. 22, S. 173-290 [deutsch in „Ausgewählte Werke” in zwei Bänden, Bd. I, S. 767-875]).
27. Die Wahl des Feldmarschalls Hindenburg, des eingefleischten Monarchisten und Wortführers des deutschen Imperialismus und Militarismus, zum Reichspräsidenten fand am 26. April 1925 statt.
28. Am 16. April 1925 erfolgte eine Explosion in der Kathedrale „Swjataja Nedelja” in Sofia, in der sich zu dieser Zeit Mitglieder der faschistischen Regierung Bulgariens mit Zankoff an der Spitze befanden. Zankoff sandte an die USA eine verleumderische Erklärung, in der er die Sowjetregierung beschuldigte, den Sprenganschlag inspiriert zu haben. Die reaktionäre ausländische Presse entfaltete eine Kampagne gegen die UdSSR und forderte von ihren Regierungen eine Revidierung der Beziehungen zur Sowjetunion. Der III. Sowjetkongress der UdSSR, der im Mai 1925 stattfand, wies in seinem anlässlich der bestialischen Hinmordung der besten Vertreter des bulgarischen Volkes durch die Regierung Zankoffs an die Werktätigen der ganzen Welt gerichteten Aufruf die verleumderischen Ausfälle gegen die Sowjetunion zurück.
29. Gemeint sind die Thesen über die Bolschewisierung der Parteien der Kommunistischen Internationale, die auf dem V. erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Komintern, das vom 21. März, bis zum 6. April 1925 in Moskau stattfand, angenommen wurden.
30. Es handelt sich um die Festlegung der nationalen Staatsgrenzen der Sowjetrepubliken Mittelasiens (Turkestan, Buchara, Choresm), die 1924 durchgeführt wurde. Im Ergebnis der Festlegung der nationalen Grenzen wurden gebildet: die Turkmenische SSR, die Usbekische SSR, die Tadshikische ASSR im Rahmen der Usbekischen SSR, das Kara-Kirgisische Autonome Gebiet (später Kirgisische SSR) im Rahmen der RSFSR und das Kara-Kalpakische Autonome Gebiet im Rahmen der Kirgisischen ASSR (später der Kasachischen SSR). Der III. Sowjetkongress der UdSSR nahm im Mai 1925 die Usbekische und die Turkmenische Sozialistische Sowjetrepublik in die UdSSR auf und nahm entsprechende Abänderungen in der Verfassung der UdSSR vor.

Die Festlegung der nationalen Staatsgrenzen der Sowjetrepubliken Mittelasiens wurde unter unmittelbarer Leitung J. W. Stalins durchgeführt.

31. Siehe W. I. Lenins Artikel „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage” („Werke", 4. Ausgabe, Bd. 20, S. 1-34, russ.).
32. Es handelt sich uni den bewaffneten Aufstand der Arbeiter in Reval (Tallin) am 1. Dezember 1924. Anlass zu dem Aufstand war ein Ende November 1924 in einem Verfahren gegen 149 politische Häftlinge, die der kommunistischen Propaganda beschuldigt wurden, gefälltes Urteil des estnischen Gerichts. Nach diesem Urteil wurden die meisten der Angeklagten zu langjähriger und 39 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, der Führer der estnischen Arbeiter, Tomp, wurde erschossen. Der Aufstand wurde von der reaktionären estnischen Regierung grausam niedergeschlagen.
33. „Komsomolskaja Prawda” - Tageszeitung, Organ des Zentralkomitees und des Moskauer Komitees des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands der Sowjetunion; erscheint seit Mai 1925 auf Grund der Beschlüsse des XIII. Parteitags der KPR(B) und des VI. Kongresses des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands Rußlands.
34. „Poslednije Tlowosti” (Letzte Neuigkeiten) - Tageszeitung der kadettischen weißen Emigranten; erschien in Paris seit April 1920. Redakteur der Zeitung war der Führer der Kadetten P. N. Miljukow.
35. Der III. Sowjetkongress der UdSSR fand vom 13. bis zum 20. Mai 1925 in Moskau statt. Der Kongress behandelte die Fragen: die Aufnahme der Turkmenischen und der Usbekischen Sozialistischen Sowjetrepublik in die UdSSR, den Rechenschaftsbericht der Regierung der UdSSR, die Lage der Industrie in der UdSSR, Fragen des Sowjetaufbaus, Maßnahmen zur Hebung und Festigung der bäuerlichen Wirtschaft, Fragen der Roten Armee u. a. Das Referat zu den Fragen des Sowjetaufbaus hielt auf dem Kongress M.I. Kalinin.
36. Es handelt sich um das V. erweiterte Plenum des Exekutivkomitees der Komintern, das vom 21. März bis zum 6. April 1925 in Moskau stattfand. (Die Rede J. W. Stalins über die tschechoslowakische Kommunistische Partei in der Sitzung der tschechoslowakischen Kommission des V. erweiterten Plenums des EKKI siehe in dem vorliegenden Band.)
37. Siehe W. I. Lenin, „Werke”, 4. Ausgabe, Bd. 32, S.308-343 [deutsch in „Ausgewählte Werke” in zwei Bänden, Bd. 11, 5.825-861].
38. Gemeint ist der gegen den französischen Imperialismus geführte nationale Befreiungskrieg der Rifkabylen in Marokko, der im Frühjahr 1925 begann. Nach der Niederlage der spanischen Okkupationsarmee in Marokko im Herbst 1924 beschloss Frankreich, die spanische Zone von Marokko, das Rifgebiet, an sich zu reißen, und provozierte den Krieg. Im Frühjahr und Sommer 1925 brachten die Rifkabylen den Franzosen eine Reihe ernster Niederlagen bei. Erst nach Abschluss eines Militärbündnisses zwischen Frankreich und Spanien gelang es ihren Truppen im Mai 1926, die Rifkabylen zu schlagen.
39. Es handelt sich um die Einmischung des englisch-amerikanischen und japanischen Imperialismus in die inneren Angelegenheiten Chinas in der zweiten Hälfte des Jahres 1924. Im Süden Chinas unterstützten die Engländer mit ihren Seestreitkräften die Meuterei der konterrevolutionären Kaufmannschaft von Kanton gegen die revolutionäre Kantoner Regierung, an deren Spitze Sun Yat-sen stand. Im Norden entfesselten die englisch-amerikanischen und japanischen Imperialisten einen Krieg zwischen ihren Strohmännern, den chinesischen Generalen Wu Pei-fu auf der einen und Tschang Tso-lin auf der anderen Seite, um China aufzuteilen. Die Intervention

rief einen machtvollen Aufschwung des nationalen Befreiungskampfes in China hervor, der zur Revolution der Jahre 1925-1927 führte.

40. „Bolschewik” - theoretische und politische Halbmonatsschrift des ZK der KPdSU(B), die seit April 1924 erscheint.

41. Der V. Kongress der Komintern fand vom 17. Juni bis zum 8. Juli 1924 in Moskau statt. D. S. Manuilski hielt am 30. Juni auf dem Kongress ein Referat zur nationalen Frage.

42. Siehe W. I. Lenin, „Werke”, 4. Ausgabe, Bd. 22, S.306-344 (russ.).

43. Siehe K. Marx und F. Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei”, 1939, S.75-97, Anhang [deutsch in „Gesamtausgabe”, Berlin 1932, Erste Abteilung, Bd. 6, S. 503-522].

44. Ruth Fischer und Maslow - Führer einer trotzkistischen Gruppe in der Kommunistischen Partei Deutschlands. Auf dem Frankfurter Parteitag der KPD im April 1924 bemächtigte sich, nachdem die bankrotte rechtsopportunistische Gruppe Brandler-Thalheimer von der Führung der KPD entfernt worden war, die Gruppe Ruth Fischer - Maslow der Führung in dem neu gewählten ZK der KPD. Im Herbst 1925 wurden Ruth Fischer und Maslow samt ihren Anhängern von den leitenden Posten in der KPD abgesetzt und 1926 als Agenten des Klassenfeindes aus der Partei ausgeschlossen. An die Spitze der Führung der KPD war Ernst Thälmann getreten.

45. Der VI. Kongress des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands Rußlands fand vom 12. bis zum 18. Juli 1924 in Moskau statt. Der Kongress behandelte die Fragen: die Umbenennung des Kommunistischen Jugendverbands Rußlands in Leninscher Kommunistischer Jugendverband Rußlands, die politische Lage und die Aufgaben der Jugend, den Rechenschaftsbericht der Delegation des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands Rußlands im Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale, den Rechenschaftsbericht des ZK des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands Rußlands, die Perspektiven der Arbeit von Jugendlichen und die Aufgaben der Arbeit des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands auf wirtschaftlichem Gebiet, die Arbeit des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands auf dem Lande, die Arbeit des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands in der Roten Armee und Flotte u. a. Der VI. Kongress des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands Rußlands schloss sich den Beschlüssen des XIII. Parteitags der KPR(B) an und verurteilte die opportunistische Theorie der Neutralität des Kommunistischen Jugendverbands im Kampf gegen parteifeindliche Abweichungen. (Die Beschlüsse des VI. Kongresses des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands Rußlands siehe in „Resolutionen und Beschlüsse des VI. Unionskongresses des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands Rußlands”, Moskau 1924, russ.)

46. W.I. Lenin, „Plan und Konspekte für die Broschüre ‚über die Naturalsteuer'” (siehe „Werke”, 4. Ausgabe, Bd. 32, S.302, russ.).

47. W.I. Lenin, Ansprache bei der Schließung des XI. Parteitags der KPR(B) am 2. April 1922 (siehe „Werke”, 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 291 [deutsch in „Ausgewählte Werke” in zwei Bänden, Bd. II, S. 958]).

48. Die XXII. Gouvernementskonferenz der Leningrader Organisation der KPR(B) fand vom 1. bis zum 10. Dezember 1925, kurz vor dem XIV. Parteitag statt. Der hier veröffentlichte Brief J. W. Stalins wurde am 8. Dezember 1925 auf einer geschlossenen Sitzung der Konferenz verlesen.

49. Die XIV. Moskauer Gouvernementsparteikonferenz fand vom 5. bis zum 13. Dezember 1925, kurz vor dem XIV. Parteitag statt. In der Resolution zu dem Bericht des ZK der KPR(B) billigte die Konferenz die politische und organisatorische Arbeit des ZK der KPR(B).

50. Der XIV. Parteitag der KPdSU(B) tagte in Moskau vom 18. bis zum 31. Dezember 1925. Der Parteitag erörterte den politischen und den organisatorischen Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, die Rechenschaftsberichte der Revisionskommission, der ZKK, der Vertretung der KPR(B) im Exekutivkomitee der Komintern sowie Berichte über die Arbeit der Gewerkschaften, über die Arbeit des Kommunistischen Jugendverbands, über Abänderungen am Parteistatut und andere Fragen. Der Parteitag billigte voll und ganz die politische und organisatorische Linie des Zentralkomitees und zeichnete den Weg des weiteren Kampfes für den Sieg des Sozialismus vor, er bestätigte die auf die sozialistische Industrialisierung des Landes gerichtete Generallinie der Partei, wies die Kapitulantenpläne der Oppositionellen zurück und beauftragte das ZK, alle Versuche, die Einheit der Partei zu untergraben, entschlossen zu bekämpfen. Der XIV. Parteitag der KPdSU(B) ist in die Geschichte der Partei eingegangen als der Parteitag der Industrialisierung. Er stand im Zeichen des Kampfes gegen die „neue Opposition”, die die Möglichkeit, in der UdSSR den Sozialismus zu errichten, in Abrede stellte. Auf Beschluss des XIV. Parteitags änderte die Partei ihren Namen in Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) - KPdSU(B). (Über den XIV. Parteitag der KPdSU(B) siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang”, S. 263-266 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S. 343 bis 3471.)
51. Die Konferenz von Locarno (Schweiz) tagte vom 5. bis zum 16. Oktober 1925. Vertreten waren Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Polen, die Tschechoslowakei und Deutschland. (über die Konferenz von Locarno siehe den vorliegenden Band, 5.2731274 [deutsche Ausgabe S. 23712381.)
52. In Genua (Italien) tagte vom 10. April bis zum 19. Mai 1922 eine internationale Wirtschaftskonferenz, an der auf der einen Seite England, Frankreich, Italien, Belgien, Japan und andere kapitalistische Staaten, auf der anderen Seite Sowjetrußland teilnahmen. Die Konferenz in Genua wurde einberufen, um die Beziehungen zwischen der kapitalistischen Welt und Sowjetrußland zu klären. Bei Eröffnung der Konferenz entwickelte die Sowjetdelegation ein groß angelegtes Programm für den Wiederaufbau Europas und legte das Projekt einer allgemeinen Abrüstung vor. Die Anträge der Sowjetdelegation wurden von der Konferenz nicht angenommen.
    Am 2. Dezember 1922 trat auf Einladung der Sowjetregierung in Moskau eine Konferenz von Vertretern der westlichen Nachbarstaaten (Estlands, Finnlands, Lettlands, Polens und Litauens) zusammen, denen sie einen Plan proportioneller Rüstungseinschränkung zur Erörterung unterbreitete. Am 27. Dezember 1922 bekräftigte der X. Allrussische Sowjetkongress in einem Aufruf „An alle Völker der Welt” die Linie der von der Sowjetregierung vertretenen Friedenspolitik und forderte alle Werktätigen der Welt auf, diese Linie zu unterstützen. Im Februar 1924 brachte der Vertreter der Sowjetunion auf der Flottenkonferenz in Rom einen konkreten Antrag auf Einschränkung der Rüstungen zur See ein.
53. Gemeint sind der allgemeine Vertrag und der Handelsvertrag zwischen Großbritannien und der UdSSR, die am 8. August 1924 von Vertretern der Sowjetregierung und der labouristischen MacDonald-Regierung in London unterzeichnet wurden. Die konservative Regierung Englands, die im November 1924 ans Ruder kam, lehnte es ab, diese Verträge zu ratifizieren.
54. Das Dekret des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten über die Annullierung der von der Zarenregierung aufgenommenen Staatsanleihen wurde am 21. Januar 1918 beschlossen.
55. Gemeint ist die konservative Regierung Baldwin-Austin Chamberlain, die im November 1924 zur Macht kam und die labouristische MacDonald-Regierung ablöste.
56. „Ekonomitscheskaja Sbisn” (Das ökonomische Leben) - Tageszeitung, Organ der auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet tätigen Volkskommissariate und

Institutionen der RSFSR und der UdSSR (des Obersten Volkswirtschaftsrats, des Rates für Arbeit und Verteidigung, der Staatlichen Plankommission, der Staatsbank, des Volkskommissariats für Finanzen u. a.), die von November 1918 bis November 1937 erschien.

57. Siehe W. I. Lenins Schriften „Über ‚linke' Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit" („Werke", 4. Ausgabe, Bd. 27, S. 291-319, russ.), „Rede über die Naturalsteuer in der Versammlung der Sekretäre und der verantwortlichen Zellenvertreter der KPR(B) der Stadt Moskau und des Moskauer Gouvernements am 9. April 1921", „Über die Naturalsteuer" (Bd. 32, S. 262-276, 308-343 [deutsch in „Ausgewählte Werke" in zwei Bänden, Bd. 11, 5.825 bis 8611), „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution (Bericht auf dem IV. Kongress der Kommunistischen Internationale am 13. November 1922)", (Bd. 33, S. 380-394 [deutsch in „Ausgewählte Werke" in zwei Bänden, Bd. II, S. 964-9771).

58. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des* ZK", Teil I, 1941, S. 566 (russ.).

59. Siehe W. I. Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage (Für den II. Kongress der Kommunistischen Internationale)" („Werke", 4. Ausgabe, Bd. 31, S. 129-141 [deutsch in „Ausgewählte Werke" in zwei Bänden, Bd. 11, S. 758-769]).

60. Siehe W. I. Lenin, „Werke", 4. Ausgabe, Bd. 29, S. 1241125 (russ.).

61. Gemeint ist die Resolution, die zu W. M. Molotows Referat „Über die Arbeit der Partei unter der Dorfarmut" vom Plenum des ZK der KPR(B) (3.-10. Oktober 1925) angenommen wurde (siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", Teil II, 1941, S. 38-41, russ.).

62. Siehe W.I. Lenin, „Werke", 4. Ausgabe, Bd. 6, S. 325-392 (russ.).

63. „Bednota" (Die Dorfarmut) - Tageszeitung, Organ des ZK der KPdSU(B), erschien von März 1918 bis Januar 1931.

64. „Leningradskaja Prawda" - Tageszeitung, Organ des Leningrader Gebietskomitees und des Leningrader Stadtkomitees der KPdSU(B) sowie des Gebietssowjets und des Stadtsowjets der Deputierten der Werktätigen; begann 1918 unter dem Titel „Petrogradskaja Prawda" zu erscheinen. Im Jahre 1924 wurde die Zeitung in „Leningradskaja Prawda" umbenannt. Ende 1925 wurde die „Leningradskaja Prawda" - damals das Organ des Nordwestlichen Gebietsbüros des ZK der KPR(B), des Leningrader Gouvernementskomitees der Partei, des Gouvernementsgewerkschaftsrats und der Gebietswirtschaftsberatung - von der „neuen Opposition" für ihre parteifeindlichen Fraktionszwecke ausgenutzt.

ENDE BAND 7